



Recht auf Zukunftschancen

***Beschlüsse
Juso-Bundeskongress***

***Köln
15. - 17. Juni 2001***

Inhaltsverzeichnis

<u>Recht auf Zukunftschancen</u>	1
<u>Studiengebührenverbot JETZT ins HRG</u>	12
<u>Strategiedebatte - Plattform Jusos</u>	13
<u>Bundesarbeitsprogramm</u>	29
<u>Integration und Einwanderung</u>	39
<u>Einwanderung statt Ausgrenzung - out of(f) limits!</u>	42
<u>Perspektiven für eine abgehängte Region - Menschen u. Strukturen in Ostdeutschland stärken-</u>	50
<u>Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen</u>	55
<u>Mitbestimmung und Wahlrecht für alle Azubis</u>	58
<u>Keine Beschränkung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit</u>	58
<u>Die Lenkungswirkung der Ökosteuern erhöhen</u>	59
<u>Standard behindertengerechter Einrichtungen</u>	59
<u>Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie</u>	60
<u>Her mit der Haftpflicht für AKW's</u>	64
<u>Situation der Bahn in Deutschland</u>	65
<u>Gesundheit für alle</u>	66
<u>Brustkrebsvorsorge</u>	70

<u>Neue Internationalität - Grundsatzpapier</u>	70
<u>Aufklärung des Kosovo-Konflikts</u>	81
<u>Für eine zivile und demokratische Zukunft auf dem Balkan</u>	82
<u>Raketenabwehr verhindern - nukleare Abrüstung vorantreiben</u>	82
<u>Entwicklungshilfe stärken - auch im Bundeshaushalt!</u>	83
<u>Let's save Hasankeyf! - Nein zur Hermes-Bürgschaft für den Iliusu-Staudamm</u>	83
<u>Unruhen bei EU-Gipfel</u>	84
<u>Stopp des Verkaufs des ehemaligen KZ Schloss Lichtenburg in Prettin</u>	84
<u>Prostitution voll legalisieren</u>	84
<u>Mehr Rechte für Mitarbeitende</u>	85
<u>Freiwillige Selbstverpflichtung zur harten Quote</u>	86
<u>Pro 15:30</u>	86
<u>Linke Mehrheiten für Berlin</u>	87

Recht auf Zukunftschancen

Die SPD veranstaltet gegenwärtig auf allen Ebenen eine Jugendinitiative, die zum einen die Aufgabe hat, die sozialdemokratische Politik im Interesse von Jugendlichen weiter zu entwickeln. Zum anderen will die Jugendinitiative zur Modernisierung der Parteiarbeit einen großen Teil beitragen.

Wir Jusos haben uns - von der AG vor Ort bis zum Bundesverband - intensiv an der Jugendinitiative beteiligt, und wir werden dies auch weiterhin tun. Wir haben neue Aktionsformen entwickelt und Vorschläge für eine sozialdemokratische Bildungs- und Jugendpolitik der Zukunft formuliert.

Ein Beitrag des Juso-Bundesverbandes im Rahmen der Jugendinitiative war die „Projektgruppe Zukunftschancen“. Die Projektgruppe hat sich in ihrer Arbeit vor allem auf die Themenfelder

- Arbeit - Leben - Sozialstaat
- Bildung in der Informationsgesellschaft
- Berufsorientierung und Jugendarbeitslosigkeit

konzentriert. Zu allen drei Themenfeldern wurden Hearings mit WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen durchgeführt.

Der vorliegende Antrag enthält die im Rahmen der Arbeit der Projektgruppe „Zukunftschancen“ des Juso-Bundesverbandes vorgenommenen Einschätzungen und vordringlichen Reformprojekte für die nächsten Jahre.

I. Jugend im „flexiblen Kapitalismus“

Die prägende Erfahrung unserer Generation ist die „passive Revolution“, das Ende des guten alten „Modell Deutschland“. Es ist die Dynamik des Kapitalismus selbst, die alte Strukturen und Gewissheiten auflöst. Nicht alles ist neu, manches vermeintlich Neue ist Ausdruck von schnell wieder erledigten Modewellen und gelegentlich auch von absichtlicher ideologischer Verschleierung der Realität.

Dennoch wissen wir, dass neue Zeiten angebrochen sind, dass der Kapitalismus sein Gesicht verändert hat und dass es keinen Weg zurück in alte Zeiten geben kann. Ob wir es new economy, Informationsgesellschaft, Postfordismus, Zweite Moderne oder sonstwie nennen: Jugendliche und junge Erwachsene wachsen heute in einen Kapitalismus hinein, in dem viele Gewissheiten der "stabilen Vergangenheit" nicht mehr gelten.

Damit ist Politik aber nicht in Sachzwängen gefangen. Im Gegenteil: Politik muss diesen Neuen Zeiten eine Richtung verleihen. Die Herausforderung besteht mittelfristig darin, unter den veränderten Bedingungen eines flexiblen Kapitalismus neue Formen politischer Gestaltung und die Erneuerung des Wohlfahrtsstaates durchzusetzen. Wir wollen erstens gleiche Zugänge zu gesellschaftlichen Ressourcen v.a. in den Bereichen Arbeit, Bildung und soziale Dienstleistungen ermöglichen. Wir wollen zweitens den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt befördern und in den Dienst der Gesellschaft bzw. eines ökologisch verträglichen Wachstums stellen.

Wir sind Zeugen und Akteure einer informationstechnischen Revolution. Damit verbunden ist der Übergang zu einer Produktions- und Konsumptionsweise, in der die Bedeutung und Verarbeitung von Informationen bzw. Wissen eine gegenüber der Industriegesellschaft neue Qualität erlangen. Moderne Informations- und Kommunikationstechniken dringen in alle gesellschaftlichen Bereiche. Sie verändern die Formen des wirtschaftlichen Austausches und bestehende Wertschöpfungsbeziehungen. Sie haben erhebliche Auswirkungen auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Freizeitgestaltung. Nicht zuletzt verändern sie auch die Formen der Kommunikation und der politischen Willensbildung. Diese Revolution hat einen erheblichen Produktivitätsschub und eine Beschleunigung von Innovationen zur Folge. Die Verfügung über Wissen gewinnt gegenüber dem Besitz von Kapital, Rohstoffen oder Boden an Bedeutung. An die Stelle der „alten“ Schlüsselindustrien der Nachkriegszeit treten neue Wachstumsbereiche wie die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Biotechnologie oder auch regenerative Energietechniken. Sie bilden die Basis für steigende Produktivität und einen Ausbau von neuen Dienstleistungen - von Informationsdiensten bis hin zu sozialen und ökologischen Diensten.

Strukturwandel der Arbeit

Im Zuge dieser Entwicklung erleben wir einen Strukturwandel der Erwerbsarbeit, der oft als „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ umschrieben wird. In der Tat nimmt der Anteil unbefristeter, abhängiger Vollzeitbeschäftigungen mit geregelter Arbeitszeit zugunsten atypischer Beschäftigungsformen ab. Neben der von der liberal-konservativen Politik betriebenen Deregulierung des Arbeitsmarktes ist diese Entwicklung in hohem Maße auf den steigenden Erwerbswunsch von Frauen und die deutliche Zunahme von Teilzeitarbeit zurückzuführen. Allerdings ist die Aussagekraft einer bloßen Betrachtung des "Normalarbeitsverhältnisses" begrenzt, da die eigentliche Dynamik der qualitativen Veränderung von Arbeit kaum erfasst werden kann. So werden maßgebliche Formen der Flexibilisierung bzw. Entgrenzung der Erwerbsarbeit ausblendet. Hierzu gehören v.a.:

- die Flexibilisierung von Arbeitszeiten,
- die räumliche Flexibilisierung (Zunahme von (Tele-)Heimarbeit o.ä.),
- die berufsfachliche Flexibilisierung durch neue Produktionskonzepte (Gruppenarbeit o.ä.),
- die Flexibilisierung von Entlohnungsformen (Gewinnbeteiligung o.ä.),
- die Zunahme von Übergängen zwischen unterschiedlichen Formen der Erwerbs- und der Nichterwerbsarbeit.

Diese Flexibilisierungstendenzen hängen eng zusammen mit der Auflösung des großindustriell geprägten Produktionsmodells der Nachkriegsjahrzehnte. Die wachsende Bedeutung von Kundennähe und projektförmigem Arbeiten führen zu einer Zunahme des Typus vom „Intrapreneur“, d.h. des lohnabhängig beschäftigten aber gleichzeitig in hohem Maße eigenverantwortlich und selbstorganisiert tätigen Arbeitnehmers. Diese Tendenz vollzieht sich auf der oberen und mittleren Unternehmensebene, aber sickert in wachsendem Maße nach unten durch.

Der Wandel hin zur flexiblen Arbeitsgesellschaft vollzieht sich beschleunigt über den Generationenwechsel. Die junge Generation ist konfrontiert mit flexiblen Formen der Erwerbsarbeit, aber sie prägt diese auch mit. Während 8% aller Erwerbstätigen in befristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen arbeiten, liegt der Anteil bei den 20-35jährigen Erwerbstätigen bei über 13%. Bei den Teilzeit-Beschäftigungsverhältnissen zeigt sich ein leicht höherer Anteil bei den jungen männlichen Erwerbstätigen und ein - lebenslagebedingter - deutlich geringerer Anteil bei den jungen Frauen gegenüber allen weiblichen Erwerbstätigen.

Der Anteil der Selbständigen an den jungen Erwerbstätigen steigt. Gerade die „neue Selbständigkeit“ ist eine Entwicklung, die von der jüngeren Generation getragen wird. 41,4% der Einpersonen-Selbständigen sind unter 40 Jahren. Betrachtet man nur die Wirtschaftsbereiche der unternehmensbezogenen und privaten Dienstleistungen, so liegt der Anteil der unter 40jährigen sogar bei 51%. Die Motive für die Wahl selbständiger Erwerbsformen sind vielfältig und basieren nicht immer auf Freiwilligkeit. Jedoch sind das Bedürfnis nach Unabhängigkeit, räumlicher und zeitlicher Flexibilität, selbstbestimmten Arbeiten, mehr Eigenverantwortung, freier Zeiteinteilung, einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit sowie die Hoffnung auf bessere Verdienstmöglichkeiten entscheidende Beweggründe dafür, dass immer mehr junge Erwerbstätige ihr "eigener Chef" sein wollen.

II. Eine doppelt gespaltene Generation

Die junge Generation ist Gegenstand der öffentlichen Diskussion. An Etikettierungen der „Generation @“ herrscht kein Mangel. Zweifellos prägt die passive Revolution des „flexiblen Kapitalismus“ unsere Generation. Unsere Generation ist es auch, die neue Antworten auf die Herausforderungen der Neuen Zeiten finden muss. Dabei sehen wir den Neuen Zeiten mit Optimismus entgegen. Sie beinhalten eine Menge Potenziale für technische Innovationen, mehr qualifizierte Arbeit, die Gleichstellung der Geschlechter und selbstbestimmte Lebensführung. Die Voraussetzung für die Fortsetzung einer sozialen und demokratischen Politik ist gesellschaftlicher Zusammenhalt. Diesen sehen wir jedoch gerade mit Blick auf die junge Generation gefährdet. Sie ist doppelt gespalten:

Soziokulturelle Spaltungen zeichnen sich zwischen den VertreterInnen des kulturellen Leittypus der „Neuen Selbständigen“, und „ArbeitskraftunternehmerInnen“ und VerliererInnen der Modernisierungsentwicklung ab. So kommt es zu der Situation, dass viele junge Menschen diesem Leittypus „nacheifern“, gleichzeitig jedoch von den Begebenheiten eines flexiblen Kapitalismus dahingehend „eingeholt“, werden, dass sich der Wunsch nach den Vorteilen flexibler, selbstbestimmter und autonomer Lebensführung mit den staatlichen Institutionen auf der einen Seite und den Realitäten in den der neuen Arbeitswelt auf der anderen Seite bricht. Neue Armutslinien zeichnen sich bei denjenigen Jugendlichen ab, wo neben materieller Armut auch das kulturelle Kapital verknappt ist, so dass die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit selbstbestimmter Lebensführung auseinanderklafft. Es entstehen neue Widersprüche zwischen den Erwerbstätigen, die in der Lage sind, die Anforderungen des flexiblen Kapitalismus zu bewältigen, und solchen, die dazu nicht willens oder in der Lage sind. Somit birgt umfassende Flexibilisierung und Entgrenzung der Erwerbsarbeit für die heute in die Erwerbsarbeit drängende Generation neben Risiken auch Chancen einer selbstbestimmten Lebensführung: Erstens beinhaltet die Anforderung, sich selbst um die eigene „Beschäftigungsfähigkeit“ bemühen zu müssen, den Verlust von Sicherheiten und führt zu neuen Belastungen. Das Prinzip, lebenslang lernen zu müssen und häufiger als früher Jobwechsel hinzunehmen, ist vor allem dann eine hohe Belastung, wenn jeder Erwerbstätige auf sich allein gestellt ist. Zweitens hat der zunehmend ganzheitliche Zugriff auf die menschliche Arbeitskraft eine Auflösung der bisherigen Grenzen zwischen „Arbeit“ und „Leben“ zur Folge. Zum einen dringt die Arbeit auch in die Sphäre der „Freizeit“ ein: Die Zeit außerhalb der Erwerbsarbeit wird (durch Heimarbeit, Weiterbildung, Aufbau von sozialen Kontakten etc.) genutzt, um die eigene Beschäftigungsfähigkeit zu reproduzieren. Zum anderen führen die zeitlichen und räumlichen Flexibilisierungserfordernisse zu neuen Belastungen für das Privat- und Familienleben.

Nach wie vor kommen viele Jugendliche und junge Erwachsene früh mit Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit in Berührung. Viele Jugendliche, erfahren die Realität im flexiblen Kapitalismus in erster Linie als Bedrohung. Der kürzlich erschienene Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat erneut deutlich werden lassen, dass sich der Unterschied zwischen Reichen und Armen in der Bundesrepublik in den letzten Jahren noch weiter verstärkt hat. Insbesondere für junge Menschen ist diese Schließung des Sozialen Raums eine große Gefahr, da sich die Auswirkungen von Armut in die zukünftige Lebensphasen einschreiben und sich damit Armutsrisiken reproduzieren.

Insgesamt bezogen Ende 1998 1,1 Millionen Jugendliche unter 18 Jahren laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Das entspricht einem Anteil in ihrer Bevölkerungsgruppe von 6,8 %. Im Vergleich zu einer Sozialhilfequote in Gesamtdeutschland von 3,5 % ist die Quote unter jungen Menschen damit fast doppelt so hoch. Diese Kinderarmut ist ein drängendes Problem. Benachteiligungen bei Erwerbs- und Einkommenschancen führen zu gesellschaftlicher Marginalisierung. Oftmals ist sie Resultat einer Vererbung von Armut über Generationen hinweg. Die Armut bei alleinerziehenden jungen Müttern und deren Kindern weist auf erhebliche Defizite in der Familienpolitik und der sozialen Infrastruktur hin.

Die Einkommensmobilität hat in den letzten zehn Jahren stagniert und war in den neuen Ländern sogar rückläufig. Vererbung von sozialer Ungleichheit führt sich also weiter fort. Jugendliche, die von dieser Situation betroffen sind, sind nur zu einem geringen Teil auf die Anforderungen des derzeitigen Bildungssystems und des Arbeitsmarktes vorbereitet. Hier muss im Rahmen von Eingliederungshilfen teilweise praktisch „bei null“, was die Förderung der „Beschäftigungsfähigkeit“, betrifft, begonnen werden.

Im Bildungssystem bestimmen Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen. So haben die noch Ende 2000 unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber (14.000) zu 50% einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss vorzuweisen. 12% der 20-29jährigen bleiben sogar ohne jede abgeschlossene Berufsausbildung, was zur Folge hat, dass sowohl ihr Einkommen äußerst niedrig ausfällt bzw. die Vermittlung in den Arbeitsmarkt hinein mit großen Schwierigkeiten behaftet ist.

Auf der anderen Seite nimmt der gesellschaftliche Reichtum weiter zu. Der Reichtum wird in Deutschland immer ungleicher verteilt. So besitzen ein Zehntel der westdeutschen Haushalte 42 % des gesamten Privatvermögens während 50 % der Bundesbürger lediglich mit 4,5 % des Privatvermögens auskommen muss. Pro Jahr werden 400 Mrd. DM von einer Generation an die nächste weitergeben. Auch über diesen massiven Transfer von „leistungslosem Vermögen“, vererben sich ungleiche Chancen in hohem Maße.

Teil der sozialen und kulturellen Spaltung ist auch die so genannte „digital divide“, - die digitale Spaltung der Gesellschaft. Die informationstechnische Revolution ist Teil der Lebensrealität unserer Generation. Die Ausstattung mit PC und Internetzugang spiegelt die „klassischen“, Spaltungslinien zwischen arm und reich, Mann und Frau, hohes und geringes Bildungsniveau, Stadt und Land - aber auch alt und jung wieder.

Der Einfluss unterschiedlicher Bildungsniveaus auf PC und Internet-Nutzung ist markant: Während rund zwei Fünftel der Personen über 16 Jahre mit Fachhochschulreife bzw. Abitur einen PC wenigstens einmal in der Woche nutzen, sinkt der Anteil bei Personen mit Realschulabschluss auf 23 % und bei Personen mit Hauptschulabschluss sogar auf nur 10 %. Dies äußert sich nicht nur bei der Nutzung im Beruf sondern insbesondere in der Freizeit. Offensichtlich gibt es einen Zusammenhang zwischen Einkommen und Bildungsniveau sowie der Nutzung von PC und Internet.

Alte geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich dort, wo die zahlenmäßige PC und Internet-Nutzung qualitativ untersucht wird. Berufe, in denen informationstechnische Grundlagen bearbeitet werden (also die Berufe der Computertechniker und Informatiker) werden von Männern dominiert, während Frauen eher in den verwaltenden Berufen im Büro tätig sind. Diese qualitative Differenzierung scheint sich derzeit eher zu verstärken denn abzubauen.

Regionale Spaltungen erleben wir gegenwärtig insbesondere zwischen den Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland. Ihre unterschiedlichen Erfahrungshorizonte sind Ausdruck einer unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in beiden Regionen. So sind die Unternehmen der Informationstechnik fast ausschließlich im Westen anzutreffen. Es ist dazu gekommen, dass eine gesellschaftliche – wenn auch regional stark differenzierte - Spaltung entstanden ist, die den Jugendlichen im Osten Zukunftschancen vorenthält. Die Perspektive einer Ausbildung oder Beschäftigung, die ihren Anforderungen an Erwerbsarbeit entspricht, existiert für viele nicht. Diese regionale Differenzierung ist dadurch gekennzeichnet, dass in einigen wenigen Regionen ansatzweise prosperierende Zentren entstehen, während in weiten Teilen Ostdeutschlands die Verarmung der Regionen zu einer Benachteiligungsspirale für die Bevölkerung wird.

Dadurch dass viele Jugendliche im Osten Deutschlands keine Perspektive auf einen Arbeitsplatz erhalten, sind sie zu umfangreicher Mobilität gezwungen. Insbesondere die jungen Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen nehmen Umzüge und weite Pendlersituationen in Kauf, um eine Erwerbchance zu bekommen. Das führt mittlerweile dazu, dass in einigen Teilen der Regionen eine zunehmende Dequalifizierung und Überalterung der Bevölkerung festzustellen ist, die zu einem Innovations- und Wachstumshemmnis für die regionale Wirtschaftslandschaft wird.

In den Krisenregionen steigt der Anteil der Jugendlichen, die sich in Qualifizierungsmaßnahmen befinden. Der Anteil der Jugendlichen, die über einen betrieblichen Arbeitsplatz verfügen, sinkt jedoch weiter. So ist in weiten Teilen Ostdeutschlands die Jugendarbeitslosigkeit mit 166.000 Jugendlichen unter 25 ohne Arbeitsplatz anhaltend hoch. Gleichzeitig suchen nach wie vor 120.000 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Auch die Qualität der angebotenen Plätze ist weitenteils ungenügend. Darüber hinaus werden aufgrund der mangelnden IUK-Unternehmen in Osten kaum sogenannte „zukunftsweisende“, Berufsausbildungen angeboten. Diese Missslage führt dazu, dass Jugendliche weiterhin in eher weniger prosperierenden Berufszweigen (z.B. Bauwirtschaft) ausgebildet werden, so dass bereits in der Ausbildung die Gefahr vor Arbeitslosigkeit reell wird. Stete Phasen von Erwerbslosigkeit in Verbindung mit unzureichender Berufsausbildung führt zur Dequalifizierung von Jugendlichen.

Hier muss eine fortschrittliche Wirtschafts- und Sozialpolitik offen sein für die Ansprüche Jugendlicher an individuelle Lebensläufe und Erwerbswünsche. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in den IT-Unternehmen im Westen und das brachliegende Potential der jungen Generation im Osten Deutschlands sind ein „Innovationsbündnis“, zu integrieren. Grundlage dafür ist eine qualitativ hochwertige Ausbildung junger Menschen in neuen Berufen. Somit wird ermöglicht, dass das demografiebedingte Nachfragewachstum an Arbeitskräften, welches in Zukunft immer eklatanter wird, durch engagierte junge Fachkräfte aus den östlichen Regionen kompensiert werden kann. Die Einbindung der jungen Generation in Ostdeutschland wird damit nicht nur zu einer arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeit sondern auch zu einer Frage der politischen Hegemonie.

In der BRD stehen, im Gegensatz zur Meinung des Mainstreams, Zukunftschancen per se nicht jedem offen, was sich im Zugang zum Arbeitsmarkt manifestiert. Es liegt vor allem nicht an der individuellen Motivation, weshalb die Debatte über die Faulheit von Arbeitslosen ins Leere laufen muss, sondern an den Strukturen dieser Gesellschaft, welche überwunden werden müssen. So sank die Anzahl der Arbeitsplätze von 1991 auf 1996 um über 2 Millionen. Die Löhne sind im Vergleich zu den Unternehmensgewinnen weniger stark gestiegen, so sank die strukturbereinigte Bruttolohnquote seit 1983 kontinuierlich. Damit sind die Lohnabhängigen in den letzten 15 Jahren nicht angemessen am gesellschaftlich produzierten Vermögen beteiligt worden, dieses kam ausschließlich dem Kapital zugute. Unterstützt wurde dieser Trend dadurch, dass der Anteil der Massensteuern (Lohnsteuer, Mineralölsteuer, usw.) am Steueraufkommen von 37,5 % (1960) auf 72,9 % (1996) anstieg, während der Anteil an Gewinnsteuern im selben Zeitraum von 34,7 % auf 14,6 % sank. Dies entspricht einer Vermögensumverteilung von unten nach oben. Dadurch sank das reale Nettoeinkommen der lohnabhängig Beschäftigten. Dies bedeutet eine ungleiche Verteilung von Zukunftschancen auf Grund der materiellen Voraussetzungen.

Natürlich nimmt das individuelle Bildungsniveau als Zugangsqualifikation zum Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle ein, aber auch die Qualifizierung unterliegt ausgrenzenden Zugangsvoraussetzungen. Noch immer ist der Anteil von Kindern von ArbeitnehmerInnen an den deutschen Hochschulen prozentual gesehen sehr gering. Immer noch haben in der BRD Frauen und Männer nicht die gleichen Zukunftschancen. Altersarmut ist immer noch weiblich, so lagen die Hälfte aller an Frauen gezahlten Arbeitsrenten 1996 unter 900 Mark. Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst von männlichen Angestellten im produzierenden Gewerbe lag laut dem statistischen Bundesamt bei 7.142 DM der von weiblichen Angestellten nur bei 5.028 DM.

Zukunftschancen - Sozialer Fortschritt in Neuen Zeiten

Wir wollen, dass sozialdemokratische Politik von allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem Begriff der „Zukunftschancen“, in Verbindung gebracht wird. Dabei geht es erstens um die ganz konkrete Vertretung der Interessen von Jugendlichen und einer Stärkung ihrer Chancen. Die einzelnen politischen Maßnahmen müssen sich aber zweitens auch einfügen eine neue sinnstiftende Philosophie sozialdemokratischer Politik. Es ist die Verbindung von Individualität und Modernität auf der einen und Sicherheit und Gerechtigkeit auf der anderen Seite, die wir als „Sozialdemokratie der nächsten Generation,“ herstellen müssen. Das politische Projekt der Zukunft wird sich um die Frage drehen müssen, wie Demokratie, Lebensqualität und soziale Integration in einem veränderten Kapitalismus durchgesetzt werden können.

Den Kulturkampf zwischen den Anforderungen einer flexiblen Arbeitswelt und dem Anspruch, ein schönes Leben zu führen und eine Familie zu haben, macht jeder mit sich selber aus. Der Konflikt geht nicht nur durch die Gesellschaft, sondern durch jeden von uns. Wir erreichen eine neue Stufe der Individualisierung, die jeden zum „Manager seiner eigenen Biografie“ macht. Die wenigsten aber sind aufgrund der strukturellen Ungleichheiten in der Lage, dies individuell zu meistern. Unsere Sozialpolitik ist nach wie vor Ausdruck der Industriegesellschaft, der ungebrochenen Erwerbsbiografie und des männlichen Familienernährermodells. Auch lernen wir immer noch zu sehr für die Fabriken, Werkstätten und Büros der industriegesellschaftlichen Epoche. Eine Sozial- und Bildungspolitik der Zukunft muss stärker individuelle Lebenslagen berücksichtigen, Chancengleichheit ermöglichen und den nachhaltigen sozialen Umbau der Gesellschaft unterstützen.

Unser Leitbild: Selbstbestimmte Flexibilität

Unser Leitbild ist die selbstbestimmte Flexibilität. Selbstbestimmte Flexibilität bedeutet eine Abkehr vom männlich geprägten Normalarbeitsverhältnis der Nachkriegszeit und ermöglicht eine lebensphasenabhängige Ausgestaltung der Erwerbsarbeit. Das neue Teilzeitgesetz der Bundesregierung ist ein vernünftiger Schritt in diese Richtung; jedoch sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die Vereinbarkeit von neuen Formen der Arbeit und Privatleben für beide Geschlechter zu ermöglichen. Je nach Lebenslage müssen selbstgewählte Formen der Arbeit möglich sein. So könnten sich für Paare die Leitbilder 2 Dreivierteljobs oder 2 Vollzeitstellen mit variablen Auszeiten durchsetzen.

Dies erfordert jedoch neben einer Neuausrichtung der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Tarifpolitik auch einen Ausbau der sozialen Infrastruktur und die Abkehr von den konservierenden steuerrechtlichen Regelungen, die das überholte Modell der „male-breadwinner-family,“ konservieren:

- Erforderlich ist der Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen, v.a. auch für Kinder unter 3 Jahren.
- Wir streben eine flächendeckende Durchsetzung der Ganztagschule an.
- Die Durchlässigkeit im Bildungssystem ist sowohl für die Aus- wie auch für die Weiterbildung deutlich zu verbessern.
- Die Steuervorteile des Ehegattensplitting müssen umgewandelt werden in die Förderung von Phasen der Kindererziehung.

Erforderlich ist ein erneuertes Sozialstaatsverständnis, das sich davon löst, in erster Linie monetäre Transferleistungen im Risikofall zu erbringen. Eine neue Arbeitsmarktpolitik muss den präventiven Charakter stärken und wesentliches Element einer zukünftigen Regulation der Arbeitsgesellschaft sein.

IV. Unsere Leitprojekte einer Politik für Zukunftschancen

1. Jugend, Arbeit und Berufsorientierung

Nach wie vor stellt die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen eine große Herausforderung für die Politik dar. Während die Jugendarbeitslosigkeit im Westen im letzten Jahr um 3% gesunken ist, ist sie im Osten sogar um 4% gestiegen. Insgesamt sind 450.000 Jugendliche ohne Job, davon 167.000 in Ostdeutschland.

Mit dem JUMP-Programm der Bundesregierung wurde ein über die bereits bestehenden Maßnahmen des SGB III und vielfältige Programme der Länder hinaus gehender Ansatz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geschaffen. In den Jahren 1999 und 2000 wurden rund 270.000 Jugendliche gefördert. Allerdings ist es nur gelungen, ein Fünftel der Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Charakter von JumP ist es, gleiche Chancen durch Ausbesserung von Qualifikationsdefiziten zu schaffen, nicht neue Arbeitsplätze. Das Programm setzt nur an bestehenden Arbeitsmarktstrukturen an und versucht darauf aufzubauen.

Mit zahlreichen Maßnahmen zur Schaffung von (zu großen Teilen öffentlich finanzierten) Ausbildungsmaßnahmen hat sich das Problem zunehmend auf die so genannte „Zweite Schwelle,“ verschoben. Zwar ist noch einiges zu tun, um das Ziel zu erreichen - vor allem in Ostdeutschland und in strukturschwachen Regionen Westdeutschlands -, allen Jugendlichen ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zu garantieren. Dennoch ist das größere Problem: wir haben zu wenig Arbeitsplätze für Jugendliche.

Regional auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen

Nach den Informationen des aktuellen Berufsbildungsberichts 2001 haben im letzten Jahr 97% der Ausbildungsplatzsuchenden in den alten Ländern und 94% in den neuen Ländern einen Ausbildungsplatz erhalten. Damit ist

das selbst gesteckte Ziel des „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“, alle Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen, nicht erreicht worden. Wenn man berücksichtigt, dass viele Jugendliche die Suche nach einem Ausbildungsplatz aufgeben, dürften die Werte noch geringer sein. Von einem regional auswahlfähigen Angebot an Ausbildungsplätzen (d.h. die Zahl an Ausbildungsplätzen in der Region übersteigt die Zahl der BewerberInnen um 12,5%) sind wir weit entfernt.

Vor allem in weiten Teilen Ostdeutschlands sowie strukturschwachen bzw. vom Strukturwandel betroffenen Regionen im Westen haben wir eine erhebliche Lücke zwischen der Nachfrage und dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Diese Lücke wird nach wie vor durch ein hohes Maß an öffentlich ko-geförderten Maßnahmen gefüllt. Mit anderen Worten: zunehmend finanziert der Staat die Aufgaben der Wirtschaft.

Die wichtigste Politik für mehr Ausbildungsplätze ist der Aufbau von zukunftsfähigen Wirtschaftsstrukturen. Die Wirtschaftspolitik des Bundes muss in Zukunft stärker als bisher auf die Probleme aber auch Kompetenzen der Regionen konzentriert werden.

Nur 56% aller Betriebe sind ausbildungsberechtigt. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben oft nicht die Möglichkeiten auszubilden. Hier sind Instrumente wie Ausbildungsverbünde der richtige Weg, um sie in die Lage zu versetzen, Ausbildungsplätze anzubieten. Eine andere Möglichkeit ist die Einrichtung von Ausbildungsbetrieben im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung.

Aber auch von den anderen 44% bilden nur die Hälfte aller Betriebe aus. Gleichzeitig brauchen wir daher ein Instrument, das den Anreiz für Unternehmen erhöht, Ausbildungsplätze bereit zu stellen. Wir Jusos halten daher an unserer Forderung nach einer Ausbildungumlage für alle Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze anbieten, fest. Das Geld soll in einen Ausbildungsfonds fließen, aus dem Unternehmen, die über Bedarf ausbilden, Ausbildungsverbünde etc. gefördert werden.

JUMP PLUS- Fortführung und Ergänzung des Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit

Desweiteren setzen wir uns dafür ein, dass das JUMP-Programm auch über das Jahr 2003 hinaus fortgesetzt und verstetigt wird. Mittelfristig sollen die guten Ansätze des JUMP-Programms in ein reformiertes SGB III integriert werden. In der Neuauflage sollen die Mittel für Maßnahmen in den ostdeutschen Ländern nochmals aufgestockt werden. Demnach soll die Hälfte der Finanzmittel von JUMP in die neuen Bundesländer gehen.

Allerdings fordern wir gegenüber der bisherigen Ausgestaltung des JUMP eine entscheidende Erweiterung. Im Rahmen eines JUMP PLUS ist ein neuer Ansatz für Regionen mit strukturell verfestigter (Jugend-)Arbeitslosigkeit erforderlich.

Auf Basis der positiven Erfahrungen der französischen Regierung mit ihrem Jugend-Programm zur Schaffung neuer Arbeit im Dienstleistungsbereich, sollen Jugendlichen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit dauerhafte Arbeitsplätze angeboten werden. Wir halten eine zweite Säule des Sofortprogramms für erforderlich, die die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen für Jugendliche in Beschäftigungsfeldern des gesellschaftlichen Bedarfs (Soziales, Kultur, Umweltschutz etc.) vorsieht. Als Träger für solche Jobs kommen sowohl öffentliche, private als auch gemeinnützige Einrichtungen in Frage. Die Bedarfe an zusätzlicher Arbeit sollten im regionalen Konsens definiert werden und ihnen eine „erwerbsähnliche Lebenssituation“, zu ermöglichen. Die Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche sollen in die Beschäftigung bei der Agentur integriert und mit Betriebspraktika o.ä. verzahnt werden. Ziel ist es, Jugendliche in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

In Ostdeutschland könnte dieses neue Element eines JUMP PLUS verknüpft werden mit dem geforderten kommunalen Infrastrukturprogramm (KIP).

Ein weiterer Bestandteil von JUMP PLUS sollte der Aufbau von lokalen Agenturen „Jugend in Arbeit“, in öffentlicher Trägerschaft sein. Sofern Jugendliche nicht in eine reguläre Beschäftigung vermittelt werden können, sind sie voll sozialversicherungspflichtig bei der Agentur beschäftigt. Dabei geht es darum, frustrierende Maßnahmenkarrieren zu verhindern und ihnen eine „erwerbsähnliche Lebenssituation“, zu ermöglichen. Die Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen für Jugendliche sollen in die Beschäftigung bei der Agentur integriert und mit Betriebspraktika o.ä. verzahnt werden. Ziel ist es, Jugendliche in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Integrierte Lebenslaufberatung

Die Notwendigkeit für Jugendliche, bereits während der Schulzeit eine individuelle Strategie zur Entfaltung der eigenen Stärken und der Organisation der späteren Berufsbiografie zu entwickeln, nimmt erheblich zu. Immer weniger taugt die Biografie der Eltern als Wegweiser für das eigene Leben. Während in bürgerlichen Milieus die Fähigkeit, sich flexibel auf neue Anforderungen einstellen zu können, eingeübt wird, gilt dies für andere Teile der Gesellschaft nicht. Nach wie vor spiegeln die Berufswahlwünsche von jungen Frauen (v.a. Friseurin) und jungen Männern (v.a. KFZ-Mechaniker) nicht die Vielfalt der modernen Arbeitswelt wieder.

Die Schulen sind auf diese neue Anforderungen nicht vorbereitet. Sie sind nicht hinreichend in der Lage, Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten. Ein erhebliches Problem ist die Trennung von Schule, Berufsberatung, Jugendhilfe und der Arbeitsmarktpolitik. Die unterschiedlichen Institutionen sind unzureichend miteinander vernetzt. Es muss uns gelingen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihren Orientierungsphasen eine individuelle Beratung und Coaching aufbauend auf ihren Potenzialen zu organisieren.

Unser Prinzip lautet: wir wollen, dass Jugendliche ab der 8. Schulklasse den Anspruch auf eine „integrierte Lebenslaufberatung“, haben. Bei der „integrierten Lebenslaufberatung“, geht es erstens um eine regelmäßige Bewertung der individuellen Stärken und Schwächen. Zweitens sollen Jugendliche auf dieser Grundlage eine Beratung über die möglichen Berufsperspektiven in der Region sowie die vorhandenen öffentlichen Fördermöglichkeiten erhalten. Drittens soll die „integrierte Lebenslaufberatung“, eine Grundlage zur eigenverantwortlichen Gestaltung der eigenen Erwerbsbiografie darstellen. Im Zuge der „integrierten Lebenslaufberatung“, soll Jugendlichen nichts verordnet werden. Die Etappen einer Berufsbiografie sollen im engen Dialog zwischen Jugendlichen und BeraterInnen regelmäßig weiterentwickelt werden. Ein besonderer Schwerpunkt ist auf die Berufsberatung für junge Frauen zu legen. Es gilt, sie zu ermutigen, auch Ausbildungen über die klassischen „Frauenberufe“, hinaus

in Anspruch zu nehmen. Die Beratung soll Jugendlichen auch den Wechsel von Ausbildungen ermöglichen. Ausprobieren und Neuentscheidungen sind wichtige Elemente der Jugendphase - diese gilt es zu stärken.

- Alle Schulformen müssen sich stärker für die Arbeitswelt öffnen. Dabei geht es nicht um „Training for the job“, sondern auch darum, sich mit Wirtschaft und Arbeit kritisch auseinanderzusetzen zu können. Wir wollen projektorientierte Unterrichtsformen ausbauen und mit Unternehmenspraktika etc. verzahnen. Sie müssen die wesentliche Anlaufstelle für SchülerInnen in Fragen der Berufs- und Lebenslaufberatung „aus einer Hand“ sein. Die Schulen sind weiterhin als öffentlich gesteuerte Bildungsinstitutionen anzusehen, die einem weitgehenden Einfluss der Wirtschaft entzogen bleiben müssen.
- Jugendliche brauchen mehr Beratung und Coaching beim Übergang von der Ausbildung in den Beruf. Zur besseren Integration von Jugendlichen in die Erwerbsarbeit sollte die Logik von Programmen wie „Jugend in Arbeit“, in NRW auch Eingang in die Arbeitsmarktpolitik des Bundes finden.
- Das Prinzip der individuellen Eingliederungspläne muss im Rahmen des Umbaus der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung Bestandteil einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik werden.
- Die „Lebensfahrpläne“, sollen auch nach der Ausbildung weiter entwickelt und mit Ansprüchen der ArbeitnehmerInnen auf Qualifizierung verzahnt werden. Dazu sind geeignete Fort- und Weiterbildungsangebote zu schaffen, die für alle Interessierten zugänglich sind. Die Erstellung und Umsetzung der Pläne darf nicht vom gefüllten Geldbeutel abhängen.
- Nach wie vor bleibt das Hauptziel der schulischen Erstausbildung jedoch die Vermittlung grundlegender Kulturtechniken sowie einer humanistischen Grundbildung. Um das auch in Zukunft zu gewährleisten, kann ein allgemeines „Kerncurriculum“, eine bessere Vergleichbarkeit der Lerninhalte und so auch mehr Chancengleichheit bringen.
- Eine bessere Ausstattung der Schulen und eine Demokratisierung der Schullandschaft ist notwendig: Schule muss zum Ort werden, an dem kritisches Denken und demokratisches Handeln gefördert wird.

Förderung von Mobilität

Eine Politik, die Zukunftschancen von Jugendlichen stärkt, kann nicht allein von deren Mobilität abhängen. Auch wenn der vereinzelt Suchen nach Auszubildenden in einigen Regionen ein erheblicher Ausbildungsplatzmangel in anderen Regionen gegenübersteht, darf daraus nicht die Situation entstehen, dies durch gesteigerte Mobilität von Jugendlichen ausgleichen zu wollen.

Anstatt die ohnehin stark ausgeprägte Abwanderung aus strukturschwachen Gebieten finanziell zu unterstützen, muss die gezielte Förderung und die damit verbundene Schaffung von Ausbildungsplätzen in diesen Regionen im Vordergrund stehen, um eine dauerhafte Verbesserung zu erreichen. Wir sind für eine möglichst wohnortnahe Ausbildung, um der Abwanderungstendenz entgegenzuwirken und sowohl den Auszubildenden als auch der gesamten Region eine positivere Zukunftsperspektive zu bieten.

Eine kontinuierliche Förderung ganzer Regionen könnte besonders eine Perspektive für Ostdeutschland, aber auch für viele andere strukturell benachteiligte Regionen darstellen.

Wesentliche Forderungen in diesem Zusammenhang sind:

- Das Lohngefälle zwischen Ost und West entzieht dem Osten wertvolles Potenzial und muss daher so schnell wie möglich abgebaut werden.
- Mobilitätshilfen sollen nur in individuellen Ausnahmefällen als Lösung des Ausbildungsplatzproblems in Anspruch genommen werden.
- Die betroffenen Regionen müssen für Auszubildende und junge Arbeitnehmer attraktiv gestaltet werden, um einen Anreiz zu schaffen, dort ein Ausbildungsverhältnis einzugehen, bzw. sich dort beruflich niederzulassen.

2. Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit als Kernziele einer neuen Bildungsreform

Die aktuelle bildungspolitische Diskussion ist dadurch gekennzeichnet, dass es nicht hinreichend gelingt, das Spannungsverhältnis von Qualifizierung und Bildung, von Beschäftigungsfähigkeit und Emanzipation in konkreten Projekten produktiv aufzulösen. Aus unserer Sicht soll das Bildungssystem nicht nur für die Verwertung von Arbeitskraft im Wirtschaftsprozess qualifizieren. Es geht um die Herausbildung von emanzipierten und selbstbewussten Persönlichkeiten. Allerdings ist der Anspruch, die Kompetenzen für die Arbeitswelt von morgen zu erlernen bei Jugendlichen weit verbreitet. Nur wenn das öffentliche Bildungssystem mit dem technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozess Schritt hält, kann es auch Einfluss auf die Gestaltung dieses Prozesses nehmen.

Die Notwendigkeit der Aneignung so genannter „Schlüsselkompetenzen“ ist seit vielen Jahren ebenso Gegenstand der berufsbildungspolitischen Diskussion, wie die Betonung der Notwendigkeit eines „lebensbegleitenden Lernens“ und die daraus resultierenden Reformbedarfe der Qualifizierungspolitik. Die an alle Beschäftigtengruppen gestellten erweiterten Anforderungen an fachliche aber auch überfachliche Qualifikationen erfordern eine Reorganisation des Verhältnisses von Erfahrungs- und Wissensqualifikation sowie von sozialer Qualifikation und Fachqualifikation, eine Neufassung des Verhältnisses von betrieblicher Erstausbildung und Weiterbildung und den Aufbau einer vorausschauenden potenzialorientierten Qualifizierungspolitik sowie die Verbindung von verstärkt externer Rekrutierung und ausgedehnter Einarbeitung.

Unzureichend berücksichtigt bleiben jedoch vielfach die sich aus neuen Formen der Arbeitskraftnutzung und veränderten Formen einer reflexiver werdenden Lebensführung ergebenden Anforderungen an die Erwerbstätigen. Je flexibler Arbeitsformen sind, desto größer werden die Anforderungen an inhaltliche, räumliche und zeitliche Selbstorganisation. Gerade in den dynamischen und innovativen Wirtschaftsbereichen hängt der Erfolg auf dem (Arbeits-)Markt in hohem Maße vom Einsatz des persönlichen sozialen und kulturellen Kapitals ab. Neben Know-How, bekommt das Know-Who wachsende Bedeutung. Erforderlich wird eine „Netzkompetenz“ in dreifacher Hinsicht: es geht um den Umgang mit elektronischen Netzen, das Agieren in sozialen Netzen und das ver-

netzte Denken. Die Veränderungen der Arbeitswelten erfordert von der Bildung die Vermittlung neuer Kompetenzen:

- **Selbständigkeit und Engagement:** Durch die zunehmende Autonomie am Arbeitsplatz und im Arbeitsprozess wird es immer wichtiger, eigenständig Prozesse zu organisieren und Inhalte bzw. Basiswissen kritisch bewerten und kreativ auf die vorliegende Arbeitssituation anwenden zu können. Dazu muss Bildung die Analyse- und Reflexionsfähigkeit fördern.
- **Reduktion komplexer Sachverhalte:** Die Komplexität der Tätigkeiten wird sich durch vernetztere Formen der Arbeit und Erweiterung der Handlungskompetenz vergrößern. Damit besteht auch die individuelle Anforderung, komplexe Sachverhalte auf für das jeweilige Arbeitsprojekt sinnvolle Art zu reduzieren.
- **Team- und Projektarbeit:** Allgemein lässt sich eine Zunahme von Team- und Projektarbeit feststellen. Damit ist es nicht Aufgabe der Bildung ein Meer an Individualisten zu erzeugen, sondern Zusammenarbeit und vernetztes Arbeiten zu fördern. In integrativen Projekten können Inhalte gemeinsam bearbeitet werden.
- **Präsentationsfähigkeit:** Die eigene Vorstellung, „das sich Verkaufen können“, und die Präsentation von Erarbeitetem erlangen eine große Bedeutung. Hier sind schon früh Trainingsprogramme zu entwickeln, die Offenheit und Artikulationskompetenz fördern.
- **Infoability:** Neue Informationstechnologien ermöglichen den Zugang zu immer mehr Informationen. In Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, aus der Fülle von Informationen die wichtigsten herauszufiltern und in ihrem Gehalt zu bewerten. Der reflexive Umgang mit Information ist ausschlaggebend dafür, in welchem Maße flexibel auf Problemlagen reagiert werden kann.
- **Eduquality:** Der Weiterbildungsbedarf wird in Zukunft immer größer werden. Deshalb ist es besonders wichtig, schon früh die Fähigkeit zu individueller Weiterqualifizierung zu lehren. Jungen Menschen muss ein dynamischer Bauplan zur Verfügung gestellt werden, wie sie in Zukunft sinnvoll und effektiv den anfallenden Qualifizierungsbedarf decken und sich neue Tätigkeitsfelder erschließen können.
- **Kritische und demokratische Kompetenz:** Die zunehmende Deregulierung, die enger werdenden sozialen Räume erfordern eine verstärkte Förderung des kritischen und solidarischen Handelns. Demokratisches Engagement an der Hochschule muss als Teil beruflicher Qualifizierung festgeschrieben werden. Nur wo solches Engagement als Qualifikation und Emanzipation erkenntlich wird, kann auch einer „Politikverdrossenheit“ entgegengewirkt werden.

Reform der beruflichen Bildung

Wir halten grundsätzlich am Dualen System der Berufsausbildung fest. Wir wollen es stärken, indem wir benachteiligte Jugendliche in das System integrieren und es gleichzeitig auch für qualifizierte Jugendliche attraktiver machen. Das Duale System ermöglicht die Verbindung von Theorie und Praxis und garantiert den Erwerbstätigen eine überbetriebliche Verwertbarkeit ihrer Qualifikationen. Allerdings muss die Erneuerung und Modernisierung der Ausbildungsordnungen in Zukunft dynamischer ausgestaltet werden. Die Ausbilder und die Berufsschulen müssen in die Lage versetzt werden, diesen Neuordnungsprozess auch nachvollziehen zu können.

Am Beispiel der seit 1997 existierenden IT-Berufe zeigt sich, dass das Duale System auch für die „neue Arbeitswelt“ geeignet ist. Zunehmend liegen die neuen Berufe jedoch quer zu den bisherigen Berufsbildern. Zukünftige Neuordnungsprozesse werden dem Rechnung tragen müssen. Wir halten die Schaffung neuer Berufe gerade in den modernen Dienstleistungsbereichen für erforderlich. Gleichzeitig sprechen wir uns dafür aus, die gegenwärtige Vielfalt der Berufe des Dualen Systems auf deutlich weniger Kernberufe zu reduzieren und im Rahmen von dreijährigen Ausbildungsgängen Spezialisierungen zuzulassen. Auch muss der Wahlbereich gestärkt werden.

In der Berufsschule soll Fächerunterricht zugunsten eines Projektunterrichts so weit wie möglich aufgelöst werden. Der Projektunterricht soll nicht nur den Geschäftsprozess nachbilden, er soll v.a. auch die erwähnten Schlüsselqualifikationen in den Ausbildungsprozess integrieren und solidarische Zusammenarbeit vermitteln. Für die Berufsschulen ist ein deutlicher Investitionsschub zur besseren materiellen Ausstattung erforderlich. In dem Maße wie Berufsbilder die bisherigen Grenzen verschwimmen lassen, stellt sich auch die Frage, ob die Einteilung in kaufmännische, technische etc. Schulen noch zukunftsfähig ist. Perspektivisch sind integrierte Berufsschulen erforderlich. Die Sekundarstufe II gilt es mittelfristig in Form eines doppelqualifizierenden Ausbildungsgangs weiter zu entwickeln. Ebenso soll Absolventen einer Ausbildung im Dualen System der Zugang zu den Hochschulen ermöglicht werden, um Bildungssackgassen zu vermeiden.

Regionale Bildungslandschaften

Der Mangel in der Ausstattung des Bildungssystems und die Unfähigkeit der Institutionen, flexibel auf den zunehmenden Qualifizierungsbedarf zu reagieren, führt immer mehr dazu, dass private Unternehmen versuchen, den Bildungsmarkt zu erobern. Beschäftigten bleibt daher oftmals nicht mehr die Möglichkeit, auf kostenlose Fortbildungsmaßnahmen zurückzugreifen, so dass sie vor die Wahl gestellt sind, entweder viel Geld in ihre Qualifizierung zu stecken oder aber ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verlieren und damit Nachteile auf dem Arbeitsmarkt zu erlangen.

Notwendig ist es daher, durch sinnvolle Lernortkooperationen mit Unternehmen und Bildungseinrichtungen vor Ort, für die Beschäftigten Weiterbildungsmöglichkeiten zu schaffen, die den individuellen Qualifizierungsbedarf mit den regionalen Anforderungen des Arbeitsmarktes verknüpfen. Das unmittelbare Lernen im Betrieb in Kooperation mit weitergehenden Qualifikationen durch öffentliche Bildungsinstitutionen ist das Leitbild für regionale Bildungslandschaften.

Wir streben eine bessere regionale Verzahnung der unterschiedlichen Bildungseinrichtungen an. Die starre Trennung zwischen unterschiedlichen Schulformen kann durch regionale Kooperationsformen aufgelöst werden. Die Berufsschulen sollten sich zu regionalen Qualifizierungszentren weiterentwickeln. Die Weiterbildungsträger gilt es stärker zu vernetzen. Die Hochschulen sollten sich für die Weiterbildung öffnen. Jede Region soll einen „Qualifizierungsrat“, einrichten und regelmäßig sogenannte Qualifizierungsberichte vorlegen. Die regionale Quali-

fizierungspolitik soll auf Basis eines integrierten „Innovationsmanagements“ enger mit der regionalen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden.

Die Hochschulen haben dabei die Aufgabe, ein weitreichendes Angebot öffentlich finanzierter Weiterbildung, das der Chancengleichheit verpflichtet ist, bereitzustellen. Wichtig ist uns, dass die Weiterbildung nicht vordringlich als neue Finanzierungsquelle für die Hochschulen verstanden wird, sondern als inhaltliche Erneuerung. Dazu muss der Trend, Studienangebote in der grundständigen Lehre auszudünnen, um sie dann kostenpflichtig im Weiterbildungsbereich weiterzuführen, aufgehalten werden.

Projektfinanzierung als erster Schritt zu einer qualitativen Hochschulreform

Am Beispiel des Hochschulzugangs zeigt sich sehr deutlich, dass Zukunftschancen ungleich verteilt sind. Noch immer sind Kinder aus ärmeren, sogenannten bildungsfernen Schichten an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert. Während 72 % aller Kinder aus hoher sozialer Herkunft ein Hochschulstudium aufnehmen, sind es nur 8 % aller Kinder aus einer niedrigen Herkunftsschicht. Dabei sind ärmere Kinder natürlich keineswegs dümmer. Ihnen fehlen bestimmte Voraussetzungen, in dem Maße an weiterführender Bildung teilzunehmen, wie es Kinder aus besser verdienenden Haushalten können. Jedoch ist aus vielerlei Gründen eine Ausweitung des Hochschulzugangs geboten und der Bedarf an mehr Studierenden wird von unterschiedlichsten Seiten immer wieder gefordert. Dies eröffnet gesellschaftliche und individuelle Zukunftschancen. Die Hochschulen sollen ein Ort sein, an dem in gesellschaftlicher Verantwortung und für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft geforscht wird. Dies ist angesichts drängender Zukunftsprobleme dringend geboten, die wissenschaftliche Lösungsansätze erfordern (Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung, Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft etc.).

Extensiver Wettbewerb sowie Managementstrukturen an den Hochschulen sichern die Zukunftsfähigkeit der Hochschulen und ihrer Aufgaben nur unzureichend; sie führen eher zu Verdrängung, Sparzwängen oder Selektion.

Um Chancengleichheit beim Zugang zu den Hochschulen herzustellen:

- Muss der Hochschulzugang ausgebaut werden. Daher sind Numeri Clausi sowie sonstige Zugangsbeschränkungen abzubauen. Das Abitur muss nicht die einzige Zugangsvoraussetzung sein. Eine Berufsausbildung mit mehrjähriger Berufserfahrung kann denselben Zweck erfüllen.
- Ist von der Erhebung von Studiengebühren abzusehen. Sie sind unsozial. Die bisherigen Erfahrungen mit Studiengebühren haben gezeigt, dass ihre Einführung zu einem Rückgang der Studierendenzahlen führt, also genau das Gegenteil von dem bewirkt, was gesellschaftlich notwendig ist.

Die Diskussion um die Reform der Hochschulfinanzierung wird gegenwärtig unter dem Vorzeichen der „nachgelagerten Outputmessung“ diskutiert. Die Schiefelage dieser Perspektive erweist sich nicht nur in den Messungsproblemen qualitativer Bildungseffekte. Sie zwingt Einrichtungen mit schlechteren Ausgangsvoraussetzungen auf eine Abwärtsspirale, die Innovationspotenziale lähmt.

Die Perspektive für eine zukunftsorientierte Finanzierung, die tatsächlich Innovationspotenziale der Hochschulen freilegt heißt: Projektfinanzierung. Gemeint ist damit vor allem die Verteilung von Mitteln innerhalb der Universität. Dabei können Lehrende (und ggf. auch andere) sich mit Projektskizzen für Veranstaltungen etwa auf Fachbereichsebene um Mittel bewerben. Ein Teil der dem Fachbereich zugewiesenen Mittel kann vor Ort auf vielversprechende Projekte verteilt werden. Zweierlei muss dabei berücksichtigt werden. Zum einen darf eine solche Projektfinanzierung nur als Ergänzung zu einer ausreichenden Basisausstattung verstanden werden. Andernfalls bewirkt sie ähnliche Effekte wie die Outputfinanzierung. Zum andern steht eine ernstgemeinte Projektfinanzierung im Widerspruch zu den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen an Hochschulen. Wo Professoren weiterhin allein über alles entscheiden dürfen, wird Innovation nur sehr eingeschränkt Einzug halten, womit ein Hauptziel dieser Neuorientierung verbaut wäre. Zudem fordert die Projektorientierung des Studiums eine teilweise Abkehr vom Bild des einsamen Gelehrten. Ein Projekt zu leiten, fordert von einem Hochschullehrer, dass er sich als Moderator eines Prozesses versteht. Diese Ausrichtung muss bereits im Entscheidungsprozess greifen. Über die Rahmenvorgaben können Steuerungseffekte im Sinne übergeordneter Ziele der gesamten Hochschule erreicht werden. So wären etwa Projekte, die Forschung und Lehre in produktiver Weise verknüpfen, die die Gleichstellung der Geschlechter fördern, die Einbindung der Hochschule in ihre Region berücksichtigen oder besonders interdisziplinär angelegt sind, bevorzugt zu fördern.

Innerhalb eines unterfinanzierten Hochschulsystems ist natürlich die Wirksamkeit der neuen Projektorientierung begrenzt. Sie ersetzt also keinesfalls, dass die gesellschaftliche Wichtigkeit von Bildung auch ihre Entsprechung in der öffentlichen Verantwortung findet.

Studierende, die die Mitarbeit an Projekten gelernt hatten, konnten ebenso die Qualifikationen erwerben, die neuen Beschäftigungsanforderungen entsprechen, als auch im Bildungsfreiraum ihr Kritikpotential außerhalb direkter Verwertung entwickeln.

Daher kann die Projektfinanzierung aber auch nur der Weg zum Ziel einer qualitativen Studienreform sein. Es bleibt also unabdingbar, dass die Inhalte des Studiums und sein Aufbau zusammen neu überdacht werden müssen.

Demokratisierung - jetzt

Wir Jusos halten an der Forderung fest, die Hochschulen zu demokratisieren:

- Die legislativen Gremien (Senat, Fachbereichsrat etc.) müssen gegenüber den Exekutivorganen (DekanInnen, RektorInnen/PräsidentInnen) entgegen dem gegenwärtigen Trend gestärkt werden. Eine Professionalisierung der GremienvertreterInnen (Qualifizierungsmaßnahmen, Aufwandsentschädigungen) muss vorangetrieben werden. Projektfinanzierung kann nur dort sinnvoll sein, wo Entscheidungen nicht einzelnen FunktionsträgerInnen überlassen werden.
- Das HRG muss in der geplanten Novelle verpflichtend eine verfasste Studierendenschaft flächendeckend festschreiben.

- Wir fordern die Einführung regionaler Arbeits- und Bildungsräte, die Projekte zwischen Arbeitswelt und Bildungssystem fördern. Diese Räte setzen sich aus gesellschaftlichen, politischen VertreterInnen und VertreterInnen der Statusgruppen an den Hochschulen zusammen. Ziel der Einrichtung ist es, soziale und nachhaltige Projekte in der Region öffentlich zu initialisieren.

Fortsetzung der Reform der Ausbildungsförderung

Wir begrüßen die Reform des BAföG, die zu einer deutlichen Erweiterung des Kreises der Geförderten führen wird: Die Anrechnung des Kindergeldes entfällt, die Freibeträge wurden angehoben, der Höchstsatz wurde auf 1.140 DM erhöht und gilt für Ost und West. Zudem wurde die Gesamtdarlehensbelastung auf maximal 20.000 DM begrenzt.

Allerdings hat die SPD vor der Bundestagswahl das Versprechen einer Strukturreform der Ausbildungsförderung formuliert. Grundlage war das sogenannte Drei-Körbe-Modell, das allen Studierenden eine elternunabhängige Ausbildungsförderung auf Basis der Transferleistungen des Familienlastenausgleichs (v.a. Kindergeld) garantieren sollte. Auch wenn dieses Modell gegenüber der bedarfsorientierten Grundsicherung große Schwächen aufweist, wäre die Einführung ein Fortschritt für die Studierenden gewesen. Daher bleibt der Streit für eine frühere finanzielle Unabhängigkeit von Jugendlichen ein zentraler Auseinandersetzungspunkt mit der Regierung.

Aufbau eines „Fonds für Zukunftschancen,“

In der Bundesrepublik ist die Ausweitung der Bildungsinvestitionen auf allen Ebenen erforderlich, um Innovation und Chancengleichheit gleichermaßen zu realisieren. Allerdings wird diese Ausweitung sich nicht um die Frage der Finanzierung drücken können.

Nach wie vor ist die Erbschaftssteuer in Deutschland unverschämt gering. Nach Schätzungen werden pro Jahr 400 Mrd. DM vererbt und verschenkt. Die Einnahmen für die Länder betragen aber gerade einmal 5,8 Mrd. DM in 2000 und 5,5 Mrd. in diesem Jahr. Damit liegen sie unterhalb der Einnahmen aus Branntwein- und Kaffeesteuer, die dem Fiskus zusammengenommen 6,3 Mrd. DM einbringen. Beim Kaffee mit Schuss kassiert der Staat demnach mehr ab, als bei der Weitergabe von Reichtum.

Über Erbschaften werden Chancen verteilt. Die Bundesregierung hat bislang jeden Mut vermissen lassen, hohe Vermögensübertragungen oberhalb des Gebrauchsvermögens stärker zu besteuern. Unser Vorschlag lautet weiterhin: jede zehnte vererbte Mark soll in einen „Fonds für Zukunftschancen,“ fließen. Damit könnte Deutschland das modernste Bildungssystem der Welt aufbauen und gleichzeitig dem Ziel der Herstellung von Chancengleichheit einen großen Schritt näherkommen.

Internationalisierung der Bildung

Das Beherrschen von anderen Sprachen aber vor allem auch das „Sich-in-andere-Ländern-bewegen-können,“ ist bereits heute eine wichtige Kompetenz. Wir wollen, dass Englisch oder eine andere Fremdsprache, wie es bereits in mehreren Bundesländern praktiziert wird, bereits ab der Grundschule Einzug in den Unterricht und den Status einer „zweiten Muttersprache,“ erhält. Englischer Unterricht ist in allen Schulformen erforderlich. Gerade auch Kinder von MigrantInnen, für die schon Deutsch die „zweite Muttersprache,“ ist, müssen stärker in Sprachen gefördert werden.

Auslandsaufenthalte von deutschen SchülerInnen und Studierenden sind immer noch ein Privileg. Wir wollen, dass mittelfristig alle deutschen SchülerInnen und Studierenden die Möglichkeit auf einen hinreichend geförderten Aufenthalt in Schulen und Hochschulen anderer Länder erhalten.

Wir Jusos unterstützen die Idee der Schaffung eines europäischen Hochschulraums bis 2010. Die vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere die vorgelegten Konzepte zur Schaffung gestufter Studiengänge nach angelsächsischem Vorbild, reichen dazu bei Weitem nicht aus. Vielmehr bedarf es geeigneter Regelungen auf europäischer Ebene, die eine gegenseitige Anerkennung der erbrachten Studienleistungen verbindlich regeln und gleichzeitig einfach und transparent zu handhaben sind. Mittelfristig ist nicht nur eine europäische, sondern eine internationale Regelung zu finden, die den genannten Bedingungen gerecht wird.

Die unterschiedlichen Studiensysteme sehen weltweit für die Vielfalt und Unabhängigkeit der Wissenschaft. Der Wissenschaftstransfer war und ist trotz unterschiedlicher Systeme möglich. Deshalb ist eine qualitative Vergleichbarkeit nach Wettbewerbsprinzipien unnötig und sollte nicht angestrebt werden.

Internationalität setzt immer Gerechtigkeit voraus. Dies bedeutet, dass die Rahmenbedingungen für ausländische Studierende in Deutschland und deutsche Studierende im Ausland deutlich verbessert werden müssen. Durch internationale Kooperationen sind die Organisation und Finanzierung von Informationsangeboten, Sprachkursen und den Auslandsaufhalten selbst zu fördern. Ein Auslandsstudium darf keine Frage sozialer Herkunft sein.

3. Access - Zugänge in die Informationsgesellschaft

Der Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien wird in Zukunft eine Schlüsselkompetenz sein. Ebenso wird der Zugang bzw. die Nutzungsmöglichkeit dieser Technologien eine Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben sein. Es gilt also, der drohenden „digital divide,“ der Spaltung der Gesellschaft in Internet-User und Internet-Looser entgegenzuwirken.

Mit der weiteren Bedeutungszunahme von Internet und digitaler Technik bedeutet eine Ausgrenzung vom Netz auch eine mangelnde Teilhabe an wichtigen Informationen und den Ausschluss von der Möglichkeit diese schnell und problemlos zu beschaffen. Beschaffung von politischer Information hängt schon heute ganz entscheidend davon ab, wie es verstanden wird, mit dem Netz und deren Flut an Seiten umzugehen. Die Entwicklung kritischer Medienkompetenz ist wichtiger denn je. Wer Informationen erzeugt und wer was in die Netze einspeist, kann zu einem politischen Machtfaktor werden. Auch der *realistische* Umgang mit elementaren Hilfsmitteln wie Suchmaschinen ist eine Vermittlungsaufgabe, die Bildungsinstitutionen zu leisten haben.

Öffentliche Zentren des Wissens

Die Nutzung von Internet und Computern wird in öffentlichen Räumen meist von privaten Internet-Cafés - oft nicht kostengünstig - zur Verfügung gestellt. Öffentliche Institutionen haben es lange verschlafen, wirklich offene Zugänge zu „virtuellen Welten,“ zu ermöglichen. Erst langsam erhalten Computer und Internet Einzug in die öf-

fentlichen Bibliotheken und Jugendzentren. Nicht nur hier sind Kommunen auch aus Sicht der kommunalen Arbeitsmarktpolitik gefragt, den Interessen junger Menschen nach der Nutzung neuer Medien nachzukommen und - wie es die EU-Kommission vorgeschlagen hat - „öffentliche Zentren des Wissens„ anzubieten. In ihnen soll neben der Technik auch qualitative Beratung zur Verfügung gestellt werden. Geschlechtsspezifisch unterschiedlicher Umgang mit neuen Medien ist dabei zu berücksichtigen. Hier ist das durch das Bundesfamilienministerium geförderte Programm „Netgeneration„ ein erster Schritt zu einer qualitativen Auseinandersetzung der Jugendarbeit mit den neuen Medien.

Zugänge in den Schulen durch Public-Private-Partnership organisieren

Zugänge zu Internet und Computer zu organisieren, bedeutet ökonomische Innovationsfähigkeit mit Gleichberechtigung zu verknüpfen und gesellschaftlich abzusichern. Angesichts der strukturellen Haushaltsdefizite insbesondere der Kommunen und der Länder erscheint es daher sinnvoll, einen Transfermechanismus zwischen gesellschaftlichen und privaten Interessen herzustellen. Im Rahmen Public-Private-Partnership könnten öffentliche Träger von Schulen und Jugendeinrichtungen Verträge mit Unternehmen schließen, die sich verpflichten, öffentliche Räume mit Hardware, Software auf dem aktuellen Entwicklungsstand auszustatten und den Zugang zum Netz zu ermöglichen. Damit werden Unternehmen einen qualifizierten Werbeeffekt erreichen, während gleichzeitig öffentliche Einrichtungen an neuester Entwicklung und Dienstleistung teilhaben. Der Staat kann unter den günstigsten Anbietern auswählen und die Unternehmen dazu anhalten, technische Neuigkeiten unverzüglich in öffentlichen Räumen zu installieren.

Sponsoring darf nicht den Grundbedarf der Schulen decken oder in Verbindung mit Bedingungen stehen, welche die Unabhängigkeit der Lehre in der Schule beschränken oder die SchülerInnen in ihrer persönlichen Freiheit eingrenzen. Der Sponsor darf kein Stimmrecht in den Gremien der Schule haben. Um große soziale Ungleichheiten zu vermeiden, fordern die Jusos einen Ausgleichfonds zwischen den Schulen, der beim jeweiligen Bundesland angesiedelt sein soll.

Die Schulen sollen 10% des Gegenwertes ihrer Sponsoringeinnahmen an einen landesweiten Ausgleichfonds abführen. In diese Fonds können Unternehmer Gewinne einzahlen, um damit einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Bildungsregion zu leisten. Über die Zuweisung der Mittel an die Schulen entscheidet dann ausschließlich der Schulträger, um so einen Ausgleich zwischen verschiedenen Stadtteilen bzw. Schulformen sicherstellen zu können.

Bildung und Internet

Internet in der Bildung ist jedoch nicht nur eine Frage der technischen Ausstattung und des Netzzugangs. Daher gehen öffentlichkeitswirksame Initiativen wie „Schulen ans Netz„ nicht weit genug. Es ist kein unmittelbarer qualitativer Unterschied, ob die Schulaufgaben am Computer oder herkömmlich auf Papier bearbeitet werden. Auch der Besuch im Informatikraum einmal monatlich macht noch nicht eine Informatisierung der Bildung aus. Vielmehr sind Medienkompetenzen in den Unterricht einzubeziehen. Das bedeutet, den klassischen Erzieher- und Frontalunterricht zu einem projektorientierten, diskursiven und experimentellen Unterricht umzubauen, der von Lehrenden mehr Moderation verlangt und den Lernenden größere Eigenständigkeit und Steuerungskompetenz einräumt. Die Initiative „BeNet„ der Bundesregierung ist hier ein erster Schritt zur Erweiterung netzbasierter Lernangebote. Neben einer medienpädagogischen Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist eine größere Vernetzung von Lerninhalten und eine Integration von praktischen Elementen in den allgemeinbildenden Unterricht vonnöten, da erst so eine wirklich anschauliche Vermittlung der Lerninhalte ermöglicht wird. Bei aller Notwendigkeit der Schulung in und mit neuen Medien muss jedoch auch der mit der allgemeinen Änderung der Mediengewohnheiten in unserer Gesellschaft einher gehenden Konzentrationsschwäche vieler Jugendlicher entgegenge wirkt werden.

4. Arbeitsversicherung

Der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft erfordert eine neue Arbeitsmarktpolitik. Unser Vorschlag lautet, die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine „Arbeitsversicherung“ umzuwandeln. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall (drohende) Erwerbslosigkeit eingetreten ist, sondern die Erwerbstätigen erwerben mit ihren Leistungen individuelle Ansprüche, z. B. an Phasen kürzerer Arbeitszeit oder Qualifizierung, die sie während der Erwerbstätigkeit oder in Übergangsphasen einlösen können.

Nicht nur die Ansprüche der Wirtschaft an die Beschäftigten sind in den letzten Jahren massiv gestiegen, sondern auch die Ansprüche der Beschäftigten an ihrem Arbeitsplatz bzw. an ihre ArbeitgeberInnen. Dabei geht es beiden Parteien darum, die Qualifikation besonders im Bereich der Neuen Medien auf aktuellem Stand zu halten – aus verschiedenen Gesichtspunkten: Während der/die ArbeitgeberIn die Verbesserung der Marktposition im Auge hat, muss der/die Beschäftigte um die Sicherheit seines/ihrer Arbeitsplatzes fürchten. Dies führt dazu, dass Qualifizierung mehr und mehr zur reinen Privatsache der Beschäftigten wird, bzw. dass bei überbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen zwar die Interessen der Wirtschaft im Blick sind, sich jedoch die ArbeitgeberInnen aus der Finanzierung zurückziehen.

Mit der Arbeitsversicherung als Ergänzung zur Arbeitslosenversicherung wollen wir dieser Tendenz entgegenwirken. Dadurch dass Unternehmen für alle ihre Angestellten einzahlen und sich auch Behörden und Selbständige an der Finanzierung beteiligen, wird die Qualifizierung einen neuen Schub erhalten und die Innovationsmöglichkeiten erheblich steigern.

Folgende *Prinzipien* sollen für die Arbeitsversicherung gelten:

- Die Arbeitsmarktpolitik bekommt den expliziten Auftrag, am Erreichen des *Vollbeschäftigungsziels* mitzuwirken. Sie versteht sich nicht als Ersatz für eine makroökonomische und nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik, sondern als deren Ergänzung; demnach müsste ähnlich wie 1967 auch ein Stabilitäts- und Wachstumsgesetz für den flexiblen Kapitalismus entwickelt werden.

- Ebenso zentral ist das Ziel der *Gleichstellung der Geschlechter*. Um dieses zu realisieren, kann nicht die männliche Erwerbsbiografie auf die Frauen übertragen werden, sondern es müssen die Ansprüche junger Frauen und Männer an eine Vereinbarkeit von Beziehung/Familie und Beruf umgesetzt werden.
- Der Grundsatz des *Vorrangs aktiver vor passiven Leistungen* und damit der *Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit* wird konsequent umgesetzt. Die Vielzahl von einzelnen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik soll im Ansatz der Arbeitsversicherung systematisiert, verstetigt und gebündelt werden. Erforderlich sind die Förderketten, die die Beschäftigungsfähigkeit des/der Einzelnen stärken. Im Rahmen von Eingliederungsplänen ist vor allem der Aspekt des Coaching zu stärken.
- Erwerbstätige können auch ohne akute Bedrohung durch Arbeitslosigkeit Leistungen aus der Arbeitsversicherung in Anspruch nehmen. Die Arbeitsversicherung erhält somit eine *lebensbegleitende, aktivierende Funktion*. Vor allem sollen für Beschäftigte *Optionen* geschaffen werden. Für Arbeitslose gibt es einen *Rechtsanspruch auf arbeitsmarktpolitische Integration auf Basis eines individuellen Förderplans* spätestens ab 3 Monaten Arbeitslosigkeit.
- Die Arbeitsversicherung wird zur *Erwerbstätigenversicherung* ausgestaltet, d.h. auch BeamtInnen und Selbstständige werden mit einbezogen. Damit wird nicht nur dem Solidaritätsgedanken Rechnung getragen, sondern auch die biografische Kontinuität sozialer Sicherung gewährleistet.
- Damit diese Maßnahmen gezielt, effektiv und möglichst nah am Problem umgesetzt werden können, fordern wir die Regionalisierung der Arbeitsmarktpolitik. Die Bundesanstalt für Arbeit stellt hierfür die Mittel bereit. Die Förderprogramme werden in Kooperation zwischen den regionalen Arbeitsämtern, den Kommunen und den Wirtschaftsförderungsgesellschaften erarbeitet.

• **Steuerung des Arbeitsangebots und öffentliche Flankierung von Arbeitszeitverkürzungen**

Ohne eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeiten werden gegenwärtig weder die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, noch die gleichberechtigte Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit auf beide Geschlechter zu realisieren sein. Arbeitslosigkeit ist in diesem Zusammenhang ein Indikator falsch verteilten gesellschaftlichen Reichtums. Eine arbeitsmarktpolitische „Angebotssteuerung“ muss daher in enger Verzahnung mit der Tarifpolitik einen aktiven Beitrag dazu leisten, das auf dem Markt vorhandene Angebot an Arbeit mit der bestehenden Nachfrage abzugleichen.

Aus arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitischen Gründen macht es Sinn, Anreize für freiwillige Formen von Teilzeit sowie den übergangsweisen Ausstieg aus dem Erwerbsleben (Erziehungsphasen, Sabbaticals, Weiterbildung) zu schaffen. Gerade für die zeitlich und räumlich flexibel Erwerbstätigen können längere „Auszeiten“ die sinnvollere Option sein, als die schematische Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Damit wird dem Anspruch, Arbeitszeitflexibilisierung, Arbeitszeitsouveränität und Angebotssteuerung strategisch zu verzahnen aber noch nicht Rechnung getragen. Erforderlich sind:

- Erstens: differenzierte Formen der Wochen-, Jahres-, und Lebensarbeitszeitverkürzung, die vor allem Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten ermöglichen.
- Zweitens: die intelligente Kombination („Deals“) von gesetzlichen Maßnahmen, tariflicher Politik, betrieblichen Vereinbarungen und einer arbeitsmarktpolitischen Förderung von Arbeitszeitverkürzungen durch Rechtsansprüche und gezielte Anreize.

Auf Basis der Erfahrungen mit den beispielsweise in Frankreich erprobten Modellen ließe sich überlegen, wie individuelle, betriebliche und tarifliche Arbeitszeitverkürzungen in Verbindung mit Neueinstellungen mit Hilfe von Mitteln der BA finanziell so flankiert werden können, dass Lohneinbußen für die ArbeitnehmerInnen ausbleiben.

Ein Schritt in diese Richtung sind Modelle der *Job Rotation*, bei denen es zu einem „Deal“ zwischen Beschäftigten, Unternehmen, Arbeitslosen und dem Staat kommt. Während die Beschäftigten (überwiegend) auf Kosten ihres Betriebes längere Weiterbildungsphasen in Anspruch nehmen können, finanziert der Staat die befristete Einstellung von Arbeitslosen auf dem frei werdenden Platz. *Job Rotation* ist damit nicht nur ein Modell der Arbeitsumverteilung, sondern auch der Qualifizierung von ArbeitnehmerInnen und somit auch Gegenstand des nächsten Regelungskreises. Weniger das konkrete Modell, als vielmehr die *Job Rotation* zugrundeliegende Logik bildet den Kern der Arbeitsversicherung.

Auch bei individuellen Arbeitszeitverkürzungen, die gesellschaftlich nützlichen Aufgaben dienen, ist über die öffentliche Unterstützung nachzudenken. So könnte das Erziehungsgeld in ein Teil-Arbeitslosengeld umgewandelt werden.

Employability und Lebensbegleitendes Lernen

Arbeitsmarktpolitik wird in Zukunft auch gleichzeitig Innovationsförderung sein müssen - und zwar in zweierlei Hinsicht: für die Volkswirtschaft und die Beschäftigten. An der Debatte um den bereits akuten Fachkräftebedarf in der IT-Branche wird deutlich, dass die Mismatch-Arbeitslosigkeit zunimmt, d.h. den einerseits hohen Arbeitslosenzahlen gleichzeitig viele unbesetzte Stellen gegenüber stehen. Daher ist zu diskutieren, ob sich wandelnde Anforderungen an die Qualifikationen der Beschäftigten im Rahmen einer umfassenden Innovationsstrategie nicht einen neuen Anspruch an öffentlich ko-geförderte Weiterbildung begründen. Berufliche Weiterbildung muss gerade deswegen im Rahmen einer aktiven und präventiven Arbeitsmarktpolitik auch von nicht von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten in Anspruch genommen werden können.

Alle Erwerbstätigen erhalten - ebenso wie Erwerbslose im Rahmen von individuellen Förderplänen - einen Anspruch auf Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Jeder Erwerbstätige enthält ein individuelles Qualifikationskonto, über das er verfügen kann.

Die Arbeitsversicherung setzt hier einen Rahmen, der durch tarifliche und betriebliche Vereinbarungen ausgestaltet werden kann. Anzustreben ist, dass die Weiterbildung im Rahmen von Job Rotation mit Neueinstellungen verzahnt wird.

Zu einer Politik, die die Employability von Beschäftigten stärkt, muss aber noch mehr gehören. Ebenso wichtig ist eine Weiterentwicklung der *Berufsberatung*, z.B. durch ein Anrecht aller Beschäftigten, professionelle Unterstüt-

zung zur Entwicklung individueller Strategien und Förderpläne für die eigene Erwerbsbiografie in Anspruch nehmen zu können.

Ebenso gehört zur Employability auch eine stärkere *Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit der Existenzgründungsförderung* bzw. den Anforderungen der „Neuen Selbständigkeit“. Zwar können arbeitslose Existenzgründer ein Überbrückungsgeld für sechs Monate erhalten. Damit bleiben aber viele Bedarfe gerade der kleinen Selbständigen im Hinblick auf Beratung, Qualifizierung, Personalbedarf in der Gründungsphase u.a. unberücksichtigt
Verzahnung von Beschäftigungs- und Strukturförderung

Die bislang skizzierten Maßnahmen können gerade in strukturschwachen Regionen keinen Beitrag zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit leisten. Auch die Professionalisierung der bislang überwiegend von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeit erfordert neue gesellschaftliche Organisationsformen. Soll eine Spaltung des Arbeitsmarktes durch die Verlagerung bestimmter Dienstleistungstätigkeiten in einen Billiglohnssektor vermieden werden, sind dauerhafte öffentliche Ko-Finanzierungsformen unabdingbar. Vor allem in im Strukturwandel befindlichen Regionen im Westen sowie in weiten Teilen Ostdeutschlands gibt es mittelfristig zur öffentlich geförderten Beschäftigung keine Alternative.

Strukturpolitische Maßnahmen in reiner Verantwortung den einzelnen Kommunen zu überlassen, wird nicht zum Erfolg führen. Regionen können sich nicht entwickeln, da die Kommunen sich gegenseitig blockieren und als Konkurrenten verstehen. Eine sozialverträgliche Strukturpolitik zielt auf eine gerechte Verteilung von Arbeit und Erwerbschancen ab. Diese Verteilung ist heute ungleich: zwischen den Menschen in den verschiedenen Regionen in Deutschland sowie zwischen Frauen und Männern. Zum Ausgleich der ungleichen regionalen Verteilung von Arbeit und Erwerbschancen ist der Mitteleinsatz in den strukturschwachen und vom Strukturwandel besonders betroffenen Regionen in Deutschland zu konzentrieren. Dies wird auch zukünftig nicht ohne eine Umverteilung von Mitteln gehen.

Eine auf die spezifischen Bedürfnisse der Regionen zugeschnittene Strukturpolitik ist nur unter Einbindung der regionalen Akteure möglich. Vor Ort sind die notwendigen Informationen vorhanden, die zur detaillierten Ausgestaltung dieses Politikfeldes nötig sind. Dies entspricht dem Bedürfnis nach mehr Mitsprache und Mitgestaltung der regionalen Akteure.

Die Regionalisierung der Strukturpolitik dient die Schaffung einer regionalen Ebene vor, in deren Rahmen benachbarte Kommunen kooperieren können. Diese neue Ebene ist allerdings keine neue Verwaltungsebene, sondern nur ein Forum für die regionale Abstimmung und Zusammenarbeit von benachbarten Kommunen. An dem formal-rechtlichen Aufbau und Ablauf des politisch-administrativen Systems ändert sich durch die Etablierung von „Regionen“, und „Regionalkonferenzen“, zunächst einmal überhaupt nichts. Dieser Zusammenschluss ergänzt die herkömmlichen Verfahrenswege politischer Entscheidungsfindung, er ersetzt sie aber nicht.

Das Hauptanliegen einer regionalisierten Strukturpolitik ist die Mobilisierung der strukturpolitisch relevanten Kräfte und Potenziale in den Regionen. Durch die Dezentralisierung der staatlichen Strukturpolitik sollen zwei Ziele erreicht werden. Auf der einen Seite soll durch die Einbeziehung der lokalen Akteure die regionale Selbstverantwortung gestärkt werden. Auf der anderen Seite sollen die Potenziale innerhalb der Regionen genutzt werden. Diese Konzept ist kein Ersetzen des traditionellen Top-down-Modells durch eine reine Bottom-up-Strategie. Angestrebt wird vielmehr ein Zusammenwirken zwischen staatlichen und kommunalen Ebenen, da jede regional-spezifisch ausgeformte Politik in den allgemeinen Rahmen der Landes-, Bundes- und EU-Politiken eingepasst werden muss. Nicht durch die einfache Delegation nach unten, sondern nur durch gleichberechtigte Kooperation und gleichgerichtetes Zusammenwirken können Synergieeffekte entstehen. Dabei muss deutlich sein, dass die Regionen ohne ausreichende finanzielle Hilfe des Bundes diese Aufgaben nicht bewältigen können.

Zudem besteht die Herausforderung, arbeitsmarktpolitische Risikogruppen wie Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Der sogenannte Zweite Arbeitsmarkt war immer als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt konzipiert. Längst hat sich angesichts der Massenarbeitslosigkeit ein chaotischer öffentlich geförderter Beschäftigungssektor herausgebildet. Das SGB III sieht v.a. *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* und *Strukturanpassungsmaßnahmen* vor. Zum Teil werden auch die Mittel für *Sozialplanmaßnahmen* im Rahmen von *Beschäftigungsgesellschaften* oder die *Freie Förderung* von den Arbeitsämtern für solche Zwecke genutzt. Weitere Ansätze von EU, Ländern und Kommunen sehen beispielsweise die Förderung von Dienstleistungspools, Sozialen (Wirtschafts-)Betrieben bzw. Arbeitsförderbetrieben oder „Arbeit statt Sozialhilfe“ vor. Was jedoch fehlt, ist die Bereitschaft, den chaotischen Zweiten Arbeitsmarkt im Rahmen eines *öffentlich geförderten Beschäftigungssektors* auf eine neue Grundlage zu stellen, in den sich der bunte Mix an regionalen Projekten einfügen kann.

Gleichwohl kann es nicht darum gehen, irgendwelche Beschäftigung zu fördern, sondern es gilt, Beschäftigungs- und Strukturförderung miteinander zu verzahnen und die Mittel im Rahmen einer auf die regionale Binnenwirtschaft bezogenen „zweiten Säule der Strukturpolitik“ so produktiv wie möglich zu nutzen.

V. Zukunftschancen - der Kern der Juso-Politik der nächsten Jahre

Wir Jusos werden unsere Forderung für bessere Zukunftschancen für die junge Generation ins Zentrum unsere Arbeit stellen.

Wir werden im Rahmen der SPD-Jugendinitiative auf allen Ebenen der SPD die Diskussion über Jugend, Arbeit und Bildung einfordern und unsere Positionen einbringen.

Wir werden unsere Positionen auf dem kommenden Bundesparteitag in die Debatte einbringen.

Wir wollen für unsere Positionen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2002 werben.

Schließlich werden wir unsere Anliegen auch im Rahmen der Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der SPD vertreten.

Studiengebührenverbot JETZT ins HRG

Der Juso-Bundeskongress fordert die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion auf, das Studiengebührenverbot sowie die bundesweite Absicherung der Verfassten Studierendenschaft mit den weitest möglichen Kompetenzen in der Frage des Allgemeinpolitischen Mandates in die Neuordnung des HRG mit aufzunehmen.

Begründung:

Die Neuregelung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) steht kurz bevor. Derzeit sieht es jedoch so aus, als wolle die Bundesregierung nur die Dienstrechtsreform darin umsetzen.

Doch damit würde die Bundesregierung allen bisherigen Verlautbarungen Widersprechen.

Denn im Koalitionsvertrag von 1998 heißt es: *“Wir werden das Hochschulrahmengesetz im Einvernehmen mit dem Bundesrat weiterentwickeln und dabei die Erhebung von Studiengebühren ausschließen sowie die verfasste Studierendenschaft absichern”*

Und noch am 22. Januar 2001 erklärte das SPD-Präsidium seine Ablehnung zu Studiengebühren:

“Das Präsidium bekräftigt die Haltung der Bundesregierung, die Erhebung von Studiengebühren bis zum ersten berufsqualifizierendem Abschluss und für ein Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt, auszuschließen. Es bedauert, dass die B-Länder den Abschluss eines Staatsvertrages zur Gewährleistung der Gebührenfreiheit entsprechend des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 25. Mai 2000 abgelehnt haben. Das Präsidium fordert die Bundesregierung auf, bis zum Ende des Jahres eine entsprechende HRG-Novelle vorzulegen”

Auch die zuständige Ministerin Edelgard Buhmann versprach immer wieder das Studiengebührenverbot in einer HRG-Novelle zu regeln.

Da zwei HRG-Novellierungen innerhalb eines Jahres wohl mehr als nur unwahrscheinlich seien dürften, ist dies die letzte Chance vor der nächsten Bundestagswahl – also vor 2003 – das Studiengebührenverbot und das Allgemeinpolitische Mandat (PM) im HRG zu verankern.

Nachdem die SPD geführte Bundesregierung schon – durch das Veto des Bundeskanzlers – den Koalitionsvertrag schon beim Thema BAFöG-Reform gebrochen hat, sind Studiengebührenverbot und PM die einzigen übriggebliebenen Punkte der Koalitionsvereinbarung in der die Bundesregierung ihr Wort gegenüber den Studierenden halten kann.

Es geht hier also nicht nur um irgend ein Wahlversprechen.

Es geht hier auch nicht nur um eine Frage der sozialen Gerechtigkeit oder der Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Es geht hier auch und vor allem um die Glaubwürdigkeit der SPD – weit über die Grenzen der Hochschulpolitik hinaus.

Strategiedebatte - Plattform Jusos

0. Strategiedebatte warum?

Wir Jusos führen eine Debatte über unsere weitere strategische Ausrichtung. Nach 30 Jahren ist das notwendig geworden:

Seit 1998 ist die SPD Regierungspartei. Die Jusos sind auf Bundesebene nicht mehr Jugendverband einer Opposition. Wir konnten uns noch nicht daran gewöhnen, dass damit eine neu Form des Einflusses auf tatsächliches politisches Handeln in Deutschland - nicht nur auf die SPD - möglich wurde. Wir haben noch nicht gelernt, wie wir inhaltliche Impulse wirkungsvoll setzen müssen und in welchen Bereichen das erfolgreich sein kann. Trotz einzelner Eingriffspunkte, die Jusos nutzen konnten, haben wir das Prinzip noch nicht ausreichend in unsere Arbeit einbezogen. In vielen Bundesländern und Kommunen war diese Situation uns Jusos bislang jedoch nicht unbekannt. Dortige Erfahrungen und Erfolge wollen wir verstärkt in die Arbeit der Bundes-Jusos einbringen.

Immer weniger - besonders junge - Menschen wollen sich in den traditionellen Großorganisationen engagieren. Also auch nicht in der SPD. Sie haben andere Zugänge für politisches Engagement. Die hat ihr Nachwuchsproblem erkannt. Deshalb stellt sie die Anforderung an Jusos diesen politischen Nachwuchs zu rekrutieren, traut es ihnen aber zeitgleich nicht zu. Uns stellt sich also die Frage, ob wir uns der Herausforderung stellen oder ob wir diese Aufgabe der Mutterpartei überlassen, die mit vielen eigenen Versuchen der Jugendansprache bislang entweder gescheitert ist oder - möglicherweise gezielt - ein weniger kritisches bis eher unpolitisches Potential erreichen konnte. Dabei erschwert das gesellschaftliche Klima, in dem eine zugespitzte gesellschaftliche Debatte über die Zukunftsfragen kaum mehr stattfindet, die Arbeit eines linken Jugendverbands.

Auch wir Jusos werden immer weniger. Die Art, in der wir arbeiten, entspricht viel zu häufig nicht dem Lebensgefühl unserer Generation — auch nicht unserem eigenen. Wir müssen unsere Arbeit und unsere Arbeitsformen nicht nur verändern. Wir wollen das auch! Denn wie wir uns seit 30 Jahren organisieren, lässt moderne Ansprüche und Lebensgefühl an zu vielen Stellen außer Acht. Schließlich haben wir erkannt, dass wir neue Ideen brauchen, um mehr als bisher zielgerichtet, ergebnisorientiert Politik umzusetzen. Was wir vieler Orts bereits begonnen haben, müssen wir fortsetzen: Uns selbst und unsere Arbeitsformen immer wieder hinterfragen, überprüfen und an die Gegebenheit der Zeit anpassen.

Nicht mehr parteifromme Jugendorganisation sondern kritischer und linker Richtungsverband wollten die Jusos 1969 sein. Sie wurden zum Teil der revoltierenden Jugend. Von diesem Zeitpunkt an begann die Orientierung der SozialistInnen - an den vielen Theorien und Ansätzen der Arbeiterbewegung und solchen, die sich ihr zugehörig fühlten, auf der ganzen Welt. Ihre ideologischen Auseinandersetzungen spiegelten sich auch bei den Ju-

so wieder. Zentral waren Fragen nach der Rolle des Staates, der Bewertung des politischen Systems der DDR, dem Einfluss des Kapitals auf politische Entscheidungen der Bundesrepublik, dem richtigen Sozialismus und dem Weg dorthin. Die Debatten, die Mitte der 70er Jahre den Höhepunkt der Abstraktion überschritten, zwischen den ProtagonistInnen der Flügel setzten sich fort, auch wenn die strittigen Themen sich wandelten. Im Ende kennt heute kaum jemand mehr die theoretischen Grundlagen, auf denen der Streit aus den 70ern beruhte.

Hierin liegt das Signal gegenüber der Partei, nämlich dass Jusos in der Lage wie auch Willens sind, als handlungsfähige Kraft, angefangen bei der lokalen bis hinauf zur Ebene des Bundes, die Politik der SPD verantwortungsvoll mit zu gestalten. Bei allen internen Kontroversen vereint Jusos der Anspruch, mehr zu sein als nur Nachwuchsrekrutierung ohne politisches Ziel, was verstärkt in der letzten Zeit von der lokalen Ebene bis hin zu obersten Parteiführung durchzusetzen versucht wird.

Eigenständige politische Mitgestaltung bedeutet eine ernste Verantwortung, und wie Jusos ihr gerecht werden können, ist Inhalt dieses Papiers. Grundwerte, Leitlinien politischen Handelns und strategische Elemente lassen sich dabei nicht immer eindeutig von inhaltlicher Positionierung und organisatorischer Aufgabenbeschreibung trennen. Dies ist letztendlich eine Frage des Blickwinkels, vor allem aber eine Aufgabe der Umsetzung.

1. Realitäten eines gewandelten Kapitalismus

Am Beginn des 21. Jahrhunderts stehen wir vor der Herausforderung einen gegenüber den ersten Nachkriegsjahrzehnten deutlich veränderten Kapitalismus zu analysieren. Der wirtschaftliche Strukturwandel in Richtung Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, die Aufweichung des Normalarbeitsverhältnisses, die informationstechnologische Revolution, die "innere Landnahme" von Freizeitwelten durch kommerzielle Angebote prägen die junge Generation und bringen neue Chancen, aber auch neue Formen der Unsicherheit und - unter den Vorzeichen einer wirtschaftsliberalen Politik - auch soziale Spaltungen hervor.

Massive Ungleichverteilung zwischen Arm und Reich und krisenhafte Erscheinungen wie Massenarbeitslosigkeit bestätigen dies anschaulich; unter dem Schlagwort "Globalisierung" wird die Reorganisation der ökonomischen Prozesse von Produktion und Reproduktion nach wie vor benutzt, um Flexibilisierung und Deregulierung von Erwerbsarbeit zu begründen. Immer deutlicher werden die negativen Auswirkungen:

- Beschäftigung ist, von Konjunkturphasen abgesehen, in den meisten Ländern über die Zyklen hinweg rückläufig, auch wenn an einzelnen Standorten durch Steigerung der Konkurrenzfähigkeit neue Arbeitsplätze entstanden, die allerdings potenziell durch gesteigerte Produktivität wieder geschluckt werden können.
- Die aggressiven Bemühungen der Unternehmer und Aktiener nach Profitsteigerungen haben auch zu einer verschärften Konkurrenzsituation unter den Beschäftigten geführt, und setzen sie unter besonderem Kosten- und Leistungsdruck. Das "Normalarbeitsverhältnis", das in jahrzehntelangen sozialen Auseinandersetzungen etabliert worden ist, wird angesichts des Globalisierungsdrucks zum Objekt unternehmerischer Flexibilisierungsstrategien.
- Aufgrund des Verlustes an Zeitsouveränität und der nach wie vor bestehenden Rollenzuweisung haben Frauen erheblich größere Probleme, sich beruflich zu etablieren.
- Hoffnungen, gerade die ‚new economy‘ könne sich als Jobmaschine der Zukunft erweisen, sind übertrieben. Kernbereich und wesentlicher Wachstumsfaktor bleibt nach wie vor der Bereich der ‚old economy‘.
- Die Lebenserfahrungen von jungen Frauen sind heute anders geprägt als die ihrer Müttergeneration. Einerseits konnten in den letzten dreißig Jahren viele Zugänge für Frauen erkämpft werden. Andererseits haben sich nach 16 Jahren Kohl, in denen der Wertewandel die Gesellschaft nachhaltig veränderte, auch die Selbstdefinition und der Lebensanspruch von Frauen gewandelt.

Die Veränderungen des modernen Kapitalismus gestalten sich differenziert und widersprüchlich. Die Veränderung der Produktions- und Betriebsstruktur, der Wandel der Beschäftigungsstruktur, der Arbeitsbeziehungen, der Qualifikationsanforderungen und der steigende Druck auf die sozialen Sicherungssysteme stellen – in nur wenigen Stichworten – das Szenario dar, vor dem Politikentwürfe, die die Zukunft der Erwerbsarbeit als einen zentralen Punkt beinhalten, bestehen müssen. Diese Umbruchsituation und die daraus resultierenden alten wie neuen Spaltungen lassen sich als prägende Generationenerfahrung festhalten.

1.1 Wirtschaft im Kapitalismus

Wir erleben derzeit einen gewaltigen Innovationsschub und zugleich einen gigantischen Strukturwandel in der Wirtschaft. In der sogenannten ‚new economy‘ ist es am deutlichsten, wie schnell sich die technische und organisatorische Basis verändert.

1.1.1 Veränderungen an der ökonomischen Basis

Insbesondere ist eine Veränderung der Wertschöpfungsbeziehungen festzustellen, die im wesentlichen auf die informationstechnische Revolution zurückzuführen ist: Eine verstärkte Konkurrenz auf den Gütermärkten und eine forcierte weltweite Arbeitsteilung, neue Beziehungen zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Kunden, eine neue Qualität bei der Ausbeutung des Produktionsfaktors Wissen und der inneren Landnahme des Kapitalismus, markieren diese Strukturveränderungen. Die Etablierung einer neuen, auf den ersten Blick „flexibleren“, Betriebsweise, der als strukturgebendes Merkmal eine vertikale Desintegration von Produktionsabläufen unterstellt werden kann, obwohl diese zum großen Teil nicht die Wertschöpfungsketten ändern, bewirkt andererseits eine räumliche Agglomeration von Unternehmenskomplexen. Die Strategie der Kostendegression wird kurz umschrieben „von innen nach aussen verlagert“. Eine Verlagerung der Bedeutung von Standortfaktoren in Richtung eines Raum-, Sektors- und Strukturfaktors ist demnach zu beobachten und nicht eine völlige Ausblendung der alten Faktoren. Im Gegensatz zur These der Globalisierung erhält der Raum eine Kategorie der Chancenzuteilung von Entwicklungspfaden.

Diese Veränderungen der Wirtschaftswelt finden auf der Basis der bestehenden Bedingungen des Kapitalismus statt. Viele der Änderungen, die heute im Arbeitsleben stattfinden, haben ihren Ursprung so nicht in neuen Tech-

nologien, sondern sind auf die Massenarbeitslosigkeit und damit das größere Konkurrenzverhalten der abhängigen Klasse untereinander zurückzuführen.

Der Weg zu Flexibilisierung, on-time-delivery und -production konnte zwar erst mit der informationstechnologischen Durchdringung der Arbeits- und Produktionsprozesse erfolgreich beschritten werden. Doch Online-banking, Schnellere Kommunikationsmöglichkeiten, computergesteuerte Fertigung, Just-In Systeme, Selbstauskunft über Suchmaschinen und Homepages von Firmen haben rapide Produktivitätssteigerungen zur Folge und kosten so massiv Arbeitsplätze. Die new economy wird ihren Rückschlag, den wir gegenwärtig erleben, natürlich überleben. Unklar ist aber, welchen Anteil sie an der Gesamtwirtschaft haben wird sowie, inwieweit sie den weiteren Gang der Wirtschaft mit prägen wird. Es scheint aber klar zu sein, dass sie keinesfalls in der Lage sein wird, die durch Effizienzsteigerungen verlorenen Arbeitsplätze auch nur annähernd zu ersetzen.

Die ökonomische Entwicklung verläuft dabei sektoral und räumlich gespalten: Auf der einen Seite geht im Bereich der Exportindustrie im Zeichen internationalisierter Märkte, beschleunigter Innovationszyklen und steigender Kapitalintensität ein Konzentrationsprozess vorstatten; zunehmender Druck hinsichtlich zu erbringender Profitraten und auf weitere Liberalisierungen sind die Folge. Auf der anderen Seite geraten durch die unzureichende Wachstumsdynamik und die Aufbürdung der rationalisierungsbedingten steigenden Lohnnebenkosten binnenwirtschaftlich orientierte Unternehmen unter Druck. Regionale Unterschiede drohen sich hierbei zu verstärken: Boomtowns wie etwa München und Köln stehen Regionen wie etwa das nördliche Ruhrgebiet und weite Teile Ostdeutschlands gegenüber, die von der ökonomischen Entwicklung abgekoppelt zu werden drohen.

Ein letzter Punkt liegt in der neuen Qualität der Konkurrenz von Realwirtschaft und Finanzmärkten, die sich im wesentlichen durch eine Entkopplung der monetären von der realwirtschaftlichen Entwicklung beschreiben lässt – überzogene kurzfristige Profiterwartungen durchkreuzen hier längerfristige Unternehmensstrategien statt sie zu befördern.

1.1.2 Internationale Dimensionen

Durch einen tiefgreifenden Wandel in der Außen- und Sicherheitspolitik wurden Handlungsspielräume eingeschränkt und zunehmend mehr von ökonomischen Prämissen bestimmt. Zwar zählte 1999 das Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung weltweit 134 Konflikte zwischen Staaten, Organisationen und organisierten Gruppen, von denen immerhin 100 gewaltlos ausgetragen wurden und „nur“ 34 mit Gewalt, d.h. die überwiegende Mehrzahl aller Krisen wird diplomatisch beigelegt. Der politische Wille, wie und ob der Konfliktaustrag geregelt werden soll, scheint dabei offensichtlich die größte Bedeutung zu haben.

Dennoch hat die klassische Außen- und Sicherheitspolitik einen tiefgreifenden Wandel erfahren. Handlungsspielräume werden eingeschränkt und von ökonomischen Prämissen bestimmt. Wenn auf diese Entwicklung nicht mit einem umfassenden Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik reagiert wird, wird sich das Primat der Ökonomie weitgehend durchsetzen können.

Die Krisenanfälligkeit der globalen Finanz- und Handelsmärkte und ihre erheblichen, rein spekulativ bedingten Schwankungen haben in den letzten Jahren hunderttausende an Arbeitsplätzen zerstört und die ökonomische Entwicklung beeinträchtigt. Die einerseits immer höhere Integration der Ökonomien der Industriestaaten hat andererseits zur Folge, dass zahlreiche Entwicklungsländer nicht nur keinen Anteil daran haben, sondern dass vielmehr eine regelrechte Desintegration ganzer Weltregionen statt findet. Es sind insbesondere diese Regionen, in denen Entstaatlichung und Anarchisierung gesellschaftlicher Prozesse zum Alltag gehören. Diese Entwicklung gipfelt zwangsläufig in Bürgerkriegen, Migration und Hungerkatastrophen.

Durch die Neue Nato-Doktrin, die den Blick ablenkt auf sog. "Schurkenstaaten" und die ökonomischen und ökologischen Konfliktursachen negiert, wurde ein außenpolitischer Paradigmenwechsel eingeleitet wurde und mit überraschender Deutlichkeit Interessenlagen des militärisch-industriellen Komplexes definiert wurden, die es nötig machen, Instrumente zum bewaffneten Eingreifen zur Verfügung zu stellen. Dadurch wurde die Sichtweise des Krieges als Mittel der Politik wieder hegemoniefähig gemacht. Ein sicherheitspolitischer Grundkonsens, der Gewaltverhütung und Prävention als Priorität von Sicherheitspolitik anerkennt, scheint in weite Ferne gerückt und ist durch die Verlagerung der Entscheidungsebenen zudem mehr denn je demokratischer Kontrolle entrückt.

In der Diskussion um die Globalisierung der Finanzmärkte und Warenströme darf nicht ebenso vergessen werden, dass eben diese Warenströme auf der Ausnutzung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen basieren. Alle diese natürlichen Ressourcen sind in ihrer Menge, gleichgültig wie groß diese ist, begrenzt, ihre Nutzung damit endlich. Als natürliche Ressourcen gelten dabei nicht nur direkt gehandelte Güter wie fossile Energieträger, Erze und Mineralien. In ihrer Menge begrenzt sind auch solche Ressourcen, die vor allem in ihrem lokalen bzw. regionalen Vorhandensein von Bedeutung sind, wie verfügbares, sauberes Trinkwasser oder nutzbares Kulturland, oder die nicht oder nur in Ansätzen ökonomisiert sind, wie die Aufnahmekapazität der Biosphäre für CO² oder die globale Artenvielfalt.

Alle diese natürlichen Ressourcen sind existenziell für das Überleben jetziger und zukünftiger Generationen. Ihre Umwandlung in materielle Güter oder einen Kapitalstock bildet dabei keinen adäquaten Ersatz für ihren Verbrauch: Weder können „wertlose“ technologische Fehlallokationen ausgeschlossen noch kann ihre endgültige Zerstörung mit dem Einsatz von Kapital ausgeglichen werden. Ihr Erhalt bzw. der schonende Umgang mit ihnen ist somit eine Aufgabe, der sich die Politik im nationalen wie im internationalen Maßstab gleichermaßen stellen muss.

Ebenfalls verletzt ist die intergenerative Verteilungsgerechtigkeit, daher die Verteilung der Ressourcennutzung unter den heute lebenden Menschen. Weltweit verbraucht ein Viertel der Menschen drei Viertel der fossilen Energieträger. Die wirtschaftliche Ausbeutung der globalen Artenvielfalt erfolgt überwiegend durch die industrialisierten Länder, welche sich ihre technische Umsetzung patentrechtlich zum Schaden der Herkunftsländer schützen lassen. Und der Besitz nutzbaren Landes liegt in vielen Ländern des Südens in den Händen einer kleinen Minderheit. In ihren Folgen sind alle Umweltwirkungen nicht auf die ökologische Dimension beschränkt, sondern besitzen in hohem Maße soziale und ökonomische Wirkungen. Dies betrifft insbesondere die Gesellschaften der

nichtindustrialisierten Länder des Südens, die von einer lokalen Wirtschaftsweise bei Handwerk und Landwirtschaft geprägt sind. Der Verlust der ökologischen Lebensgrundlage geht einher mit der Zerstörung der ökonomischen und der sozialen Basis.

Die Globalisierung der Wirtschaft hat über Ausbeutung natürlicher Ressourcen hinaus weitere negative Umwelteffekte. So zwingt der weltweite Wettbewerb immer weitere Regionen in einen gegenseitigen Konkurrenzdruck, welcher nicht selten zum Abbau von Sozial- und Umweltstandards führt. Und an der Ausbeutung der Ressourcen nichtindustrialisierter Länder profitieren ferner vor allem transnational operierende Konzerne, welche an einer schonenden Ressourcennutzung keine wirtschaftlichen Interessen haben.

Aufgrund des globalen Charakters der ökologischen Dimension reichen nationale Maßnahmen nicht länger aus, den drohenden ökologischen Kollaps zu verhindern. Die Konferenz von Rio 1992 hat einen entscheidenden Anstoß für eine Entwicklung im Sinne der Nachhaltigkeit gegeben, in der die ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungsziele gekoppelt werden mit Instrumenten der Beteiligung der Betroffenen sowie der internationalen Zusammenarbeit. Trotz weiterer Konferenzen und einiger Abkommen droht das Ziel der Nachhaltigkeit verloren zu gehen. Verbindliche Ziele und vor allem Instrumente der Durchsetzung müssen im Rahmen eines weltweiten Umweltregimes (global governance) etabliert werden, dass die Fortentwicklung der Welt im Sinne der Nachhaltigkeit als Aufgabe hat.

1.2 Strukturwandel der Arbeit

Bereits seit Mitte der 80er Jahre wird der Strukturwandel der Erwerbsarbeit als „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ umschrieben. Der Anteil unbefristeter abhängiger Vollzeitbeschäftigungen mit geregelter Arbeitszeit nimmt zugunsten von atypischen Beschäftigungsformen ab. Hintergrund dieser Entwicklung sind neben dem beschriebenen wirtschaftlichen Strukturwandel und dem politisch gewollten Abbau von arbeitsrechtlichen Absicherungen vor allem veränderte Bedürfnisse der Beschäftigten an neue Formen der Arbeit.

Während auf der einen Seite qualifizierte Jobs relativ zunehmen, verfestigt sich auf der anderen Seite ein Segment niedrigqualifizierter Billiglohnarbeit. Zugleich begegnen wir dem Phänomen der Entgrenzung der Erwerbsarbeit. Wer heute einen Beruf erlernt und in das Erwerbsleben einsteigt, kann sich immer weniger sicher sein, diesen das ganze Leben lang auszuüben. Vielfach wechseln sich unterschiedliche Formen von Erwerbsarbeit ab. Die Anforderungen an Eigenverantwortlichkeit, an zeitliche und räumliche Flexibilität und kontinuierliche Weiterentwicklung der beruflichen Kompetenzen steigen. Ein Element wird die Fähigkeit zur Selbstorganisation sein. Dies gilt jedoch längst nicht für alle jungen Erwerbstätigen.

Die Tragweite der Entwicklung wird in verschiedenen Teilen der Linken unterschiedlich beurteilt. Auf der einen Seite wird im Ergebnis die Herausbildung einer neuen Grundform der Ware Arbeitskraft analysiert: Durch eine verstärkte Eigensteuerung der Beschäftigten werde versucht, bislang ungenutzte Potenziale an Eigenverantwortung und Innovationsfähigkeit etc. für betriebliche Zwecke zu aktivieren. Diese Tendenz gehe einher mit der Zunahme neuer Formen der Selbstständigkeit. Auf der anderen Seite wird diese Entwicklung als dem Kapitalismus systemimmanenter Strukturwandel analysiert, bei dem zwar durch Deregulierung die Zeitsouveränität und veränderte materielle Beteiligungsformen das äußere Erscheinungsbild der Ware Arbeitskraft verändert wird, das klassische Abhängigkeitsverhältnis bestehen bleibt, z.B. im Hinblick auf die letztendliche Entscheidungsbefugnis. Unabhängig von dieser unterschiedlichen Beurteilung können zwei Auswirkungen konsensual festgehalten werden:

- der zunehmend zeitlich unbegrenzte Zugriff auf die menschliche Arbeitskraft
- die immer stärker zweckrationierte Gestaltung der eigenen Lebensführung

Damit deutet sich eine höchst widersprüchliche und polarisierende Entwicklung an, die Chancen zu mehr Autonomie und Souveränität für einen Teil der Erwerbstätigen, aber auch neue Formen der Ausbeutung beinhaltet. Ein Indiz für letzteres ist die massive Zunahme von Überstunden, die andeutet, dass die Zeitsouveränität der ArbeitnehmerInnen als eine der wesentlichen Errungenschaften neben Umverteilung von Produktivitätsgewinnen in akuter Gefahr ist.

Das medial vermittelte Bild des "Young Professionals", der mit Aktienkapital am Unternehmen beteiligt ist und sich nicht für Tarifverträge interessiert, in Projektarbeit vollkommen selbstverantwortlich aufgeht und in harmonischem Einklang mit der Unternehmensleitung agiert, bleibt ein Minderheitenphänomen, wenn die Mehrheit der jungen Männer wie Frauen im gegenwärtigen Schulsystem weder Zugang zur entsprechenden Qualifikation findet noch dem Lebenswandel, den das Leitbild suggeriert, entsprechen kann oder will. Dennoch wird der Umbruch als grundlegend neue Situation wahrgenommen und tendenziell verallgemeinert. Hinzu kommt: diese neuen Formen der Erwerbsarbeit werden subjektiv nicht ausschließlich als Problem, sondern auch als Steigerung der individuellen Flexibilitätsspielräume, Herauslösung aus tradierten Zwängen und damit als qualitativ neue Stufe der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit angesehen.

Da das Normalarbeitsverhältnis nicht nur rein erwerbsbezogene Merkmale in sich vereint, sondern vielmehr eine gesellschaftliche Norm darstellt, an der sich wesentliche Elemente des Wohlfahrtsstaates orientieren, stehen mit seiner Aufweichung auch wesentliche Elemente der arbeits- und sozialpolitischen Absicherung massiv unter Druck.

Die Chancen, den eigenen Lebensentwurf zu realisieren, bleiben ungleich verteilt. Wohlfahrtsstaat und Bildungsreform haben in den 70er Jahren den sozialen Raum geöffnet und den Kindern der alten Aufbaugeneration neue Aufstiegschancen ermöglicht. Während in den 80ern noch die Chance für progressive Politik gesehen wurde, an den Resultaten der Bildungsreform, der Individualisierung und der Pluralisierung der Lebensstile anzuknüpfen, hat im gleichen Zeitraum die konservative Politik zu einer Schließung des sozialen Raums, d.h. zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit und einer Blockierung gesellschaftlicher Aufstiegschancen geführt. Die Notwendigkeit zur Selbstorganisation verschärft bestehende Chancenungleichheiten. Bildungssystem und Sozialstaat haben diese Entwicklung noch nicht nachvollzogen. Wer beim beschleunigten Tempo nicht mithalten kann oder will, droht in prekäre Randbereiche der Arbeitsgesellschaft abgedrängt oder ganz abgekoppelt werden.

Entsolidarisierung, Individualisierung und der Verweis auf Eigeninitiative sind nur einige Stichworte, die auch die neue Bewusstseinslage von Frauen prägten. In der Konsequenz haben viele junge Frauen heute das subjektive Gefühl, nicht mehr benachteiligt zu sein, und die Selbstwahrnehmung, dass ihnen dieselben Lebenschancen offen stehen wie jungen Männern. Auf den ersten Blick mag dieser Eindruck auch richtig sein. Mädchen und junge Frauen sind qualifizierter und erreichen die höheren Bildungsabschlüsse als junge Männer. Doch gelingt es nicht, dieses „kulturelle Kapital“ auch in verbesserte Berufs- und Karrierechancen umzusetzen. Früher oder später stößt die Mehrheit von ihnen an die objektiv vorhandene „gläserne Wand“. Trotz geschlechtsspezifischer Berufswahl sind sie dabei weniger in Ausbildung und in der Berufseinstiegsphase benachteiligt als vielmehr bei späterer Bezahlung, Aufstiegsmöglichkeiten und im reproduktiven Bereich, v.a. durch die „Kinderfalle“ – Männer gleich welchen Alters zeigen sich heute wieder erstaunlich resistent gegen Forderungen, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

1.3 Zivilgesellschaft / Politische Repräsentation

Weite Teile des politischen Systems sind in eine Legitimationskrise geraten. Grund dafür ist die weitgehend ungelöste Frage, was dem "Modell Deutschland" aus institutionalisierten Sozialpartnerschaft und den bisherigen Formen der Stellvertreterdemokratie in Parteien und Parlamenten angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen nachfolgen soll. Die wesentlichen Ansätze, z.B. das Bündnis für Arbeit und Standort-sicherung, bleiben defizitär und widersprüchlich. Insbesondere hat sich die Rolle der Parteien geändert: Sie sind kaum noch der Ort, an dem Zukunftsentwürfe entwickelt und debattiert werden. An ihre Stelle ist unterstützt durch die Macht der Massenmedien und die politische Selektion wissenschaftlicher Netzwerke eine neue Form von Politikentwicklung getreten, die in kleinen und kleinsten Zirkeln stattfindet.

Wer heutzutage noch meint, dass Globalisierung einzig und allein bedeutet, dass Waren- und Handelsströme über den ganzen Erdenball verlaufen, tatenlos zugeschaut werden muss, verkennt ebenso die maßgeblichen wirtschaftlichen Einflüsse der Industrieländer wie auch die moralische Verantwortung der in diesen Ländern lebenden Menschen für die Zukunft des gesamten Erdenballes und der auf ihm lebenden Menschheit. Dabei wird zwar ständig auf eine Bürgergesellschaft verwiesen, jedoch nirgends der Nachweis geführt, dass eine solche allein auf Freiwilligkeit gegründete Gesellschaftsform die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten auch nur annähernd besser zu meistern vermag, als eine demokratisch legitimierte Gesellschaftsform.

So sind Thesen von der Allmacht des globalisierten Marktes und der generellen Ineffizienz des Staates und seiner sozialen Sicherungssysteme tief in den Köpfen nicht nur konservativer Parteigänger verankert. Vergleichbares gilt für den angeblichen Widerspruch zwischen Wohlstand, Lebensqualität und Arbeitsplätzen einerseits und einer Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft andererseits. Solche Denkweisen bilden den fruchtbaren Boden für politische Agitation und ermöglichen ihren Erfolg bei der Mobilisierung breiter Bevölkerungsgruppen, die meist gegen ein bestimmtes Vorhaben zielt.

Die Orte politischer Mitarbeit von Menschen sind vielfältig und reichen weit über das parlamentarische System und die Mitarbeit in Parteien hinaus. Von der Sozialdemokratie hart erkämpft ist die politische Mitarbeit in der Wirtschaft, daher das Engagement im Betriebsrat und den Gewerkschaften. Von den "klassischen" sozialen Bewegungen in den 70er Jahren ging durch das aktive Eintreten der Bürger für ihre Belange eine Demokratisierung der Gesellschaft aus, welche den staatsautoritären Mief der 50er und 60er Jahren überwand und welche die im Vergleich zu den 60er Jahren offene Gesellschaft der Gegenwart geschaffen hat. Aktiv aufgegriffen wurden diese Impulse durch die sozialdemokratischen Regierungen in den 70er Jahren, für die die Demokratisierung, d. h. zusätzliche Freiheiten und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, wie auch verstärkter ökonomischer Teilhabe an dem erarbeiteten Bruttosozialprodukt, wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Politik bildete.

Diese wurde durch eine ökonomisch neoliberale und politisch reaktionäre Wende als überflüssig gebrandmarkt. Auch Teile der SPD müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dieser Verhöhnung von "Aufklärung" an heim gefallen zu sein.

Die Debatte um die Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung und die Einschränkung der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten sind nur zwei Beispiele. Und auch die von den Konservativen angestrebte Debatte um die Rolle 68er in der damaligen Politik ist in dieser Richtung interpretierbar. Ohne Gegenwehr durch die Menschen selbst drohen die bereits errungenen Rechte der demokratischen Mitarbeit wieder verloren zu gehen. Das gleiche gilt für die Erfolge bei der Ökologisierung von Gesellschaft und Wirtschaft sowie bei der sozialen Absicherung. Aufgabe.

2. Eine linke Neuformierung ist notwendig

Für junge Sozialistinnen und Sozialisten kann und darf es nicht darauf ankommen, nur kurzfristige Zustimmung gegenüber der SPD bei Wahlen zu organisieren. Die Herausforderung liegt vielmehr darin, weite Teile der jungen Generation langfristig für einen Fortschrittsblock zu gewinnen. Eine progressiv ausgerichtete Formierung der jungen Generation muss notwendigerweise um Identifikation zu stiften über eine pragmatische Regierungspolitik hinausweisen. Notwendig ist ein produktives Spannungsverhältnis zwischen junger Generation und der regierenden Linken.

2.1 Aufstellung Linke, SPD, Jusos

Eine linke Neuformierung findet statt auf der Basis der real existierenden Aufstellung der Linken, für junge SozialistInnen insbesondere der SPD und der Jusos, statt.

2.1.1 Entwicklung der Linken

Aus der Tatsache, dass linke Gesellschaftsentwürfe heute kritischer hinterfragt werden als in den 70ern, darf nicht der simple Schluss gezogen werden, die Gesellschaft sei nach rechts gerückt. Selbstverständlich haben sechzehn Jahre neokonservative Politik und die Ideologie des „Jeder ist seines eigenen Glückes Schmied“ ihre

Wirkung hinterlassen. Weite Teile der Eliten in Wissenschaft, Medien und Politik sind in diese Richtung geprägt worden. Eine kritische Gegenöffentlichkeit findet kaum noch statt. Gleichzeitig verbergen sich ökonomische und politische Interessen angesichts der geopolitischen Veränderungen und der Konzentration wirtschaftlicher Macht durch neue Akteure- z.B. auf den Finanzmärkten- hinter einem Schleier der Anonymisierung.

Dennoch gibt es gerade in den modernen Milieus erhebliche "Fortschrittpotenziale". Steigende Qualifikationsanforderungen in der Erwerbsarbeit, die Herauslösung aus tradierten sozialen Zwängen, der zunehmende Wunsch junger Frauen nach einer qualifizierten Erwerbsbiographie stehen in Widerspruch zu einer neoliberalen und autoritären Politik. Die steigenden Ansprüche an Partizipation, Individualität und die Entfaltung von Kompetenzen können nur im Rahmen einer demokratisierenden Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik realisiert werden. Ebenso ist der Anspruch auf soziale Gerechtigkeit stark ausgeprägt.

Was gegenwärtig jedoch fehlt, ist politischer Druck auf die Regierung. Die bestehenden Widersprüche werden im sozialen Umfeld diskutiert, aber sie finden kein gesellschaftliches Echo. Dennoch gelingt es immer wieder, zumindest punktuelle Aktivitäten zu entfalten. Die großen Mobilisierungsaktionen der Gewerkschaftsjugend mit vielen Tausend Jugendlichen haben den Konflikt zwischen Ausbildungsplatzmangel und Arbeitslosigkeit auf der einen und steigenden Gewinnen auf der anderen Seite ins Zentrum gerückt. Die Studierendenproteste in Deutschland vor wenigen Jahren haben den Widerspruch zwischen neuen beruflichen Anforderungen und mangelnder personeller und materieller Ausstattung und Modernisierung des Bildungssystems thematisiert. Die überwiegend von Jugendlichen getragenen Demonstrationen in den USA im Rahmen der WTO-Konferenz waren keine Proteste gegen „die Globalisierung“, sondern gegen ihre unsozialen Auswirkungen vor allem auf benachteiligte Weltregionen.

Der Linken ist es bislang jedoch nur unzureichend gelungen, diese Potenziale zu nutzen. Die Themen, Rituale und kulturellen Ausdrucksformen der Linken in Deutschland stehen vielfach in Widerspruch zu den Erfahrungen und Lebensweisen. Die Linke muss die neuen Widersprüche des flexiblen Kapitalismus thematisieren und politische Alternativen entwickeln.

2.1.2 Entwicklung der Sozialdemokratie

Auf die beschriebenen Realitäten des gewandelten Kapitalismus hat ein Teil der Sozialdemokratie mit dem Versuch reagiert, Wohlfahrtsstaat und Neoliberalismus zu verbinden - fernab von dem Projekt einer demokratisch-sozialistischen Alternative zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus liegt. Diese Neupositionierung hat ausgehend von Debatten im angelsächsischen Raum mit dem Projekt des sogenannten "Dritten Weges" die in der SPD bislang bedeutsamen Strömungen teils aufgesogen, teils in die Defensive gedrängt:

Innovation – „Angebotspolitik von links“

Die neue Angebotspolitik von links steht für eine grundsätzliche Bejahung des internationalen Standortwettbewerbs. Diese paart sich jedoch mit der Einsicht, dass dieser Wettkampf nicht in erster Linie auf der Kostenseite „gewonnen“ werden kann. Stattdessen sollen die strukturellen Vorteile der europäischen Volkswirtschaften genutzt und ausgebaut sowie die „unternehmerischen Kräfte“ entfaltet werden. Die Funktion des Staates liegt in der Bereitstellung von Ressourcen (Qualifizierung, Risikokapital, Technologietransfer etc.) für privatkapitalistische Initiativen. Er muss aber auch die notwendige Infrastruktur wie unterschiedliche Mobilitätsmöglichkeiten (Verkehrsmittel und -wege), sachgerecht und interessenausgleichend geplante Flächennutzung, ökologisch verantwortbare Ver- und Entsorgung, breites Bildungsangebot, Freizeit-, Kultur-, Erholungseinrichtungen vorhalten, die ein ökologisch und sozial vertretbares Wirtschaften ermöglichen und die Lebensqualität der Menschen verbessert – nicht zuletzt auch im Standortwettbewerb um qualifizierte ArbeitnehmerInnen.

Soziale Gerechtigkeit – Der „aktivierende Staat“

Nicht mehr die Errichtung einer "von Klassenschranken befreiten Gesellschaft" (Berliner Grundsatzprogramm) wird als Aufgabe der Gesellschaftspolitik angesehen, sondern die Aktivierung des Einzelnen zur gesellschaftlichen Selbstpositionierung. An die Stelle eines Sozialstaates, der sich als Ausgleich kapitalistischer Verteilungsverhältnisse versteht, tritt eine Politik, die den Einzelnen notfalls auch durch finanziellen Druck zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit „befähigen“ besser jedoch "bewegen" will. Sinnbild hierfür ist die Trampolinfunktion des Sozialstaates, die die angeblich vorhandene „sozialen Hängematte“ ersetze. Dieses autoritäre Sozialstaatsverständnis verkennt die wahren Probleme, wie sie auch im aktuellen Armutsbericht der Bundesregierung zum Ausdruck kommen, und ist somit blind für die Funktion einer umfassenden Absicherung und Förderung von Emanzipation und persönlicher Entfaltung durch den Sozialstaat. Individuell ist mit dem „aktivierenden Staat“ die Politik der zweiten Chance verbunden. Die Nachformung von klassen- und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten im Kapitalismus bleibt ausgeblendet.

„Inszenierter Korporatismus“

Ein neues Gesellschaftsprojekt realisiert sich nicht durch das Handeln eines zentralen Akteurs, auch nicht einer Bundesregierung, sondern ist das Ergebnis von ökonomischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Der „inszenierte Korporatismus“ – "Bündnis für Arbeit", "Ausbildungskonsens NW" etc. – steht zum einen für Einbettung sozialer Kämpfe unter Ausschluss der benachteiligten Teile der Gesellschaft. Zum anderen bezieht sich der Begriff auf die öffentlich inszenierte Zusammenführung der „pragmatischen“ Kräfte und damit auf die verbundenen symbolischen Politikformen.

Die SPD entwickelt sich mit rasanter Geschwindigkeit von der Programmpartei zum Kanzlerwahlverein. Beschlüsse von Bundesparteitagen haben auf die Politik von Regierung und Fraktion faktisch keinen Einfluss mehr. Stattdessen wird der Bundesparteitag der SPD zum nachträglichen Bestätigungsorgan bereits getroffener Regierungsentscheidungen. In den Kernbereichen der Wirtschafts- und Sozialpolitik wagt die Partei keinen Widerspruch, zumal entsprechende Anträge geschickt zur Vertrauensabstimmung über den Kanzler hochstilisiert werden. Wenn die SPD Zukunft ernsthaft willentlich gestalten will, müssen die Menschen sowohl über den Bauch als auch über der Kopf von einem Ziel überzeugt werden. Dazu bedarf es anderer Formen als die einer reinen Schaufensterdemokratie, in der viel geredet und letztendlich über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden wird. Wir verstehen die Menschen statt als passive "Empfänger" politischen Handelns, als aktive Mitgestalter, die

sehr wohl ihre eigene individuelle Wahrnehmung von gesellschaftlichen Problemen besitzen und zu deren Lösungen sie beitragen wollen - wenn man sie entsprechend einbindet. Das Gegenbild hierzu spiegelt sich in einer Weltanschauung wider, die nach dem Motto agiert: "Politik muss etwas durchsetzen, und wenn es sein muss, auch gegen den Willen der Menschen. Schließlich geschieht dies zu ihrem eigenen Nutzen." Eine solche Denkweise ist sowohl in konservativen als auch sogenannten linken Ideologien vorhanden, welche die Festlegung des allgemeinen Nutzens einer kleiner Machelite übertragen. Der Nutzen gehört in einer Demokratie jedoch von den Menschen selbst definiert.

Bei dem ebenfalls zur Philosophie des Dritten Weges gehörenden Begriff der "Neuen Mitte" handelt es sich nicht nur um eine Werbefigur eines vergangenen Wahlkampfes, sondern um den Versuch, ein quer zu den gesellschaftlichen Klassen liegendes Bündnis zwischen „aufgeklärten" Kapitalfraktionen, industriellen Kernbelegschaften und modernen Milieus der abhängig Beschäftigten zu formieren. Es handelt sich also um eine typische "Integrationsideologie", deren Wesensmerkmal es ist, Interessengegensätze zu überbrücken oder zumindest zu beschönigen. Die Basis ist also alles andere als homogen: Selbst innerhalb der „Neuen Mitte" verlaufen Konfliktlinien, die nicht ohne weiteres dauerhaft kaschiert werden können.

Auch deshalb bietet die gegenwärtige politische Situation neue Spielräume für die gesamte Linke. Zum einen müssen nicht mehr alle Kräfte auf den Abwehrkampf gegen konservativ-liberale Politik konzentriert werden. Zum anderen werden sich Widersprüche zwischen den hohen Erwartungshaltungen und der realen Politik der Bundesregierung auftun. Damit entsteht neuer Raum für Kreativität, Bewegung und Druck.

2.1.3 Entwicklung der Jusos

2.2 An den Erfahrungen der eigenen Generation ansetzen

Nicht erst seit gestern ist klar: „Die Jugend“ als homogene Lebenslage existiert nicht. Individualisierungsmöglichkeiten, die sich vor allem durch das Projekt der Chancengleichheit unter der Regierung von Willy Brandt ergeben haben, führten zu einer Ausdifferenzierung der Lebensverhältnisse. Dennoch sind auch heute noch Lebensperspektiven und individuelle Entwicklungschancen für die überwiegende Mehrheit der jungen Menschen herkunfts- und einkommensabhängig bzw. geschlechtsspezifisch bestimmt.

Jugendliche sind früh konfrontiert mit der Konkurrenz um Bildungszugänge, Arbeitsplätze und individuelle Zukunftschancen. Wer heute 16 Jahre alt ist, kennt keine andere Situation, als dass der monatliche Arbeitsmarktbericht der Bundesanstalt für Arbeit mindestens einen Pegelstand von zwei Millionen Arbeitslosen angibt. Nach wie vor stehen in vielen Regionen nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung. Armut wird zu einem wachsenden Problem, das gerade Kinder und Jugendliche betrifft und die persönlichen Entwicklungschancen entscheidend prägt. Je mehr Freizeitaktivitäten kommerzialisiert werden, desto stärker werden vor dem Hintergrund von relativer Armut Spaltungen vertieft. Auch die Nutzung der modernen Informationstechnologien („Generation @“) bleibt überwiegend Jugendlichen mit ausreichender materieller Absicherung vorbehalten. Auf diese Ungleichheiten hat die Politik bislang keine ausreichenden Antworten gefunden. Während ein Teil der jungen Generation in die Lage versetzt wird, das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, wird ein anderer Teil zunehmend sozial und kulturell marginalisiert.

2.2.1 Spaltungstendenzen der jungen Generation

Eine große Koalition zwischen Jung-PolitikerInnen nahezu aller Parteien, jungen MedienmacherInnen und der privaten Versicherungswirtschaft thematisiert seit mehreren Jahren die Frage der Generationengerechtigkeit. Die Grundthese lautet, dass die ältere Generation angesichts der demografischen Entwicklung und der hohen Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf Kosten der jüngeren lebe und daher Einschnitte v.a. in das System der sozialen Sicherung erforderlich seien. Vor allem entlang der Rentenfrage soll der bislang gültige Konsens des „Generationenvertrages" zugunsten einer stärkeren Individualisierung und Privatisierung der Alterssicherung aufgekündigt werden.

Stichwort Rente:

Entscheidend für die materielle Lage aller Generationen ist das erreichte Niveau des Volkseinkommens, für die materielle Lage der privaten Haushalte - ob jung oder alt - die Verteilung dieses Volkseinkommens. Das gegenwärtige Niveau der Reichtumsproduktion basiert auf dem von ehemals und aktuell erwerbstätigen Generationen aufgebauten Realkapitalstock, dem Wissen, der öffentlichen Infrastruktur etc. Der Lebensstandard der Jüngeren ergibt sich demnach aus den Vorleistungen der älteren Generationen. Gegenstand des Generationenvertrages ist es, dass die aus dem Erwerbsleben ausscheidende Generation auf Basis des jeweils erreichten Wohlstandsniveaus teilhaben kann. Finanziert wird die Alterssicherung aus dem jeweiligen Volkseinkommen der laufenden Periode.

Selbstverständlich wirkt sich die demografische Entwicklung bzw. die Alterung der Gesellschaft auf die Sozialversicherungssysteme aus. Lag der Anteil der über 60jährigen noch 1980 bei 19%, so wird er bis zum Jahr 2030 auf ca. 35% steigen. Dennoch ist auch im Jahr 2030 nicht die entscheidende Frage, wie groß der Anteil an RentnerInnen ist, sondern: Reicht der zu verteilende Kuchen, um allen Generationen einen größeren Wohlstand zu ermöglichen? Zudem ist die demographische Entwicklung kein Naturgesetz. Eine Politik, die mehr Einwanderung ermöglicht und die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert könnte zur Verjüngung der Gesellschaft beitragen.

Stichwort Haushaltssanierung:

Auch in der Debatte um die Haushaltspolitik ist das Generationenargument problematisch. Unzweifelhaft belastet eine wachsende Zins-Steuer-Quote kommende Generationen von SteuerzahlerInnen. Allerdings belastet eine Senkung der Staatsquote, die Rücknahme von Investitionen und Sozialausgaben mitnichten nur die ältere Generation. Oft ist das Gegenteil der Fall: die Rücknahme von investiven Ausgaben des Staates in Infrastruktur wirkt sich negativ auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung aus und belastet somit die jüngere Generation.

Gerade im Bildungssystem bleiben erforderliche Investitionen und Einstellung von mehr Personal aus - auch dies geht v.a. auf Kosten der Jungen. Auch haben keineswegs nur ältere Erwerbslose unter einer Reduzierung der Sozialleistungen zu leiden. Zudem wird so getan, als würde eine steigende Staatsverschuldung Geld vernichten. Öffentlichen Schulden steht jedoch zwangsläufig privater Reichtum gegenüber. Dieser ist jedoch höchst ungleich verteilt und reproduziert über den Generationenwechsel soziale Ungerechtigkeiten. Mittlerweile werden im Jahr über 400 Mrd. DM vererbt, d.h. von einer Generation an die nächste weitergegeben. Dass jedoch jede/r zweite nichts erbt und nach wie vor erhebliche Ungerechtigkeiten im Hinblick auf die soziale Herkunft existieren, gehört auch zur Realität der Generationengerechtigkeit.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ohne Zweifel eine Gerechtigkeitslücke. Diese ist aber eine interpersonelle und keine intergenerationelle. Mit anderen Worten: Der Konflikt zwischen arm und reich, d.h., die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die hohe Massenarbeitslosigkeit sind die eigentlichen Probleme. Die stärkere Einbeziehung von Kapitaleinkommen in die Aufgabe der Haushaltskonsolidierung und die Finanzierung der Sozialversicherungen wäre ein Beitrag auch zur Herstellung von Generationengerechtigkeit. Insofern verschleiert die Debatte um Generationengerechtigkeit die eigentlichen Probleme mehr, als sie gelöst werden. Jugendliche und junge Erwachsenen geraten indes immer zunehmend unter Druck: In diesem Alter entscheidet sich der zukünftige berufliche (und Lebens-)Weg und wer es hier versäumt, sich den immens gestiegenen und sich ständig verändernden Leistungsanforderungen anzupassen oder schlicht und ergreifend nicht Schritt halten kann, gerät in die Gefahr, für den Rest seines/ ihres Lebens dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt „stigmatisiert“ zu sein. So ist es kaum verwunderlich, dass diese „Generation“ eher von der Sorge geprägt ist, Chancen auf einen Arbeits- und Ausbildungsplatz zu bekommen, als von der Sorge, ob die Rente im Alter gesichert ist. Mit diesen Ängsten werden sie weitgehend alleine gelassen, denn nach wie vor ist die Regierung nicht in der Lage – trotz (oder vielleicht gerade auch wegen) des Bündnis für Arbeit – für ein ausgeglichenes Verhältnis auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu sorgen. Hat die Bundesregierung zwar an diese „erste Schwelle“ das Jugendsofortprogramm als „Auffangnetz“ gesetzt, ist immer noch nicht gesichert, dass dieses dann einen realistischen Übergang in ein Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis sicherstellt. Auch nach den Maßnahmen – also an der zweiten Schelle - werden immerhin noch ca. 30% in die Arbeitslosigkeit entlassen; nach 6 Monaten liegt dieser Prozentsatz noch bei 24%. Mit Generationengerechtigkeit – in positiver Diktion – hat dies nichts mehr gemeinsam. Generationengerechtigkeit heißt für uns, die Ursachen zu bekämpfen und nicht nur die Symptome.

Es ist bezeichnend, dass die wenigsten, die sich als Interessenvertreter der jungen Generation profilieren, sich darum kümmern, welche *aktuellen Chancen* die jüngere Generation hat. Im Mittelpunkt müssten dann Kinder- und Jugendarmut, der Lehrstellenmangel, die hohe Jugendarbeitslosigkeit, der schlechte Zustand der Bildungseinrichtungen, die rückständige Modernisierung der beruflichen Ausbildung, die geringe Ausbildungsförderung, die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, die Unmöglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Karriere, kurzum: die unzureichenden Chancen der Realisierung individueller Lebensentwürfe stehen.

Die junge Generation hat nicht nur Anspruch auf die Sicherung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen. Die Bedrohung der ökologischen Existenzgrundlagen, die Leben zukünftig zunehmend bestimmen wird, bleibt in der politischen Auseinandersetzung ein Randthema. Besonders das Umsteuern bei der Energieerzeugung und dem Ausstoß des atmosphärenscheidigenden Treibhausgases CO₂ steht aus. Im Rahmen des „Energiekonsenses“ wurden die Ansprüche der mächtigen Atomwirtschaft fast ausnahmslos berücksichtigt, statt den notwendigen sofortigen Ausstieg aus der gefährlichen Nukleartechnologie politisch durchzusetzen und damit gleichzeitig Entwicklungspotenziale für die Nutzung alternativer, nachhaltiger Energiequellen frei zu setzen. Maßnahmen zum Reduzieren des Ausstoßes von CO₂ werden, obwohl die Einhaltung internationaler Verpflichtungen zu scheitern droht, auf gesetzliches Nachvollziehen von ohnehin durch Unternehmen umgesetzte Modernisierung von Anlagen nach Stand des technischen Fortschritts beschränkt. Die Öko-Steuer wurde wissend so angelegt, dass ein ökologischer Steuerungseffekt nicht eintreten kann; stattdessen erfolgt durch sie allein die Umfinanzierung der Rentenkosten von einer paritätischen Finanzierung durch Arbeitgeber und abhängig Beschäftigte auf eine Finanzierung allein durch den Verbraucher. Diese Politik, die offenbar schlicht darauf vertraut, dass die düsteren Prognosen von WissenschaftlerInnen über eine erwartete Klimakatastrophe sich nicht bewahrheiten, setzt unverantwortlich auf angebliche Selbstregulierung des Markts, scheut aber vor allem die Auseinandersetzungen mit den Interessen des Kapitals zu Lasten der jungen und künftigen Generationen.

Es geht um Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft – auch zwischen den Generationen. Die aktuelle Debatte um Generationengerechtigkeit trägt vor allem dazu bei, die junge Generation zu spalten. Während privilegierte Jugendliche gegen den Sozialstaat mobilisiert werden, bleiben benachteiligte Jugendliche sich selber überlassen. Wenn die Linke sich auf diese Debatte einlässt, tappt sie in die Falle der Wirtschaftsliberalen, deren strategisches Kalkül in der Zerschlagung des Sozialstaats über den Generationenwechsel liegt.

2.2.2 Widersprüche unserer Zeit

Die strategische Herausforderung liegt nun darin, der sich entlang der Sozialstaatsfrage vollziehenden Spaltung der jungen Generation gemeinsame Anknüpfungspunkte für eine solidarische und emanzipatorische Politik entgegenzustellen. Dies wird nicht durch die Orientierung an postmodernen Eliten aber auch nicht durch Hoffnungen auf eine Protestbewegung benachteiligter Jugendlicher zu bewerkstelligen sein - nicht durch das gegeneinander Auspielen von neuen und alten Arbeits- und Lebensrealitäten, sondern im Gegenteil durch die Identifizierung gemeinsamer Anknüpfungspunkte. Solche liegen in alltäglich erfahrbaren Widersprüchen:

Gespaltene materielle Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum vs. das Leitbild der Konsumgesellschaft

Durch Medien und Werbung, aber auch durch wirtschaftliche und politische AkteurInnen wird eine im Leitbild der Konsumgesellschaft aufgehende, glückliche Jugend präsentiert. Hippe Jugendliche haben nach dieser Projektion einfach Spaß am Leben und müssen sich um die Widrigkeiten des Alltages nicht kümmern. Tatsächlich sind viele Jugendszenen in hohem Maße kommerzialisiert und definieren sich nicht zuletzt über ihre Konsummuster.

Die gesellschaftliche Realität wirkt ernüchternd: Von den knapp drei Millionen SozialhilfeempfängerInnen, die 1998 gezählt wurden, waren 1,1 Millionen Kinder und Jugendliche. Die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die nicht am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum partizipieren können steigt beständig. Nicht individuelles Unvermögen oder Unwilligkeit der Einzelnen ist die beherrschende Ursache, sondern die objektive Verwehrung von Qualifizierung - Ausbildungsplatzmangel -, von Leistungserbringung - Arbeitslosigkeit - oder gerechter Entlohnung - Billigjobs.

Die Reaktionsmuster auf diesen Widerspruch sind höchst differenziert und reichen von einer unkritischen Anpassung über notwendige Arrangements bis hin zu völliger Resignation und persönlicher wie gesellschaftlicher Abschottung einzelner und ganzer gesellschaftlicher Gruppen. Letzteres kann auch der Nährboden für zunehmende Gettoisierung wie für zunehmenden Chauvinismus und Rassismus sein. Gefragt sind Ansätze, die den Widerspruch zwischen der allgegenwärtigen Konsumgesellschaft und der gespaltenen materiellen Teilhabe daran aufgreifen, politisieren und mit gemeinsamen Ansprüchen der jungen Generation verbinden. Auch der größte Teil der modernen Mittelschichten lebt zwar in zumeist guten materiellen Verhältnissen, ihr Wohlstand ist dabei jedoch ein „prekärer“, alltägliche Schicksalsschläge wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle oder Scheidungen kann sie in erhebliche finanzielle Bedrängnis bringen. Ein solides Sozialsystem, dass Lebensentwürfe in ihrer Unterschiedlichkeit fördert und Lebensrisiken solidarisch absichert und gehört zu ihrem gemeinsamen Kerninteresse.

Bereitschaft zu Innovation und die strukturellen Blockaden

Bei der Mehrheit der jungen Männer wie Frauen ist heute eine Zunahme qualitativer Ansprüche an die Erwerbsarbeit festzustellen: Sinnhaftigkeit der Arbeit, Selbstständigkeit und eine interessante Tätigkeit zu haben steht weit oben auf der Rangskala. Eine kompetenter und selbstbewusster agierende junge Generation von ArbeitnehmerInnen verbindet diese Ansprüche mit weiterreichenden persönlichen Entwicklungsansprüchen. Berufliche und persönliche Entwicklung werden verstärkt als Einheit erfasst und ihre Umsetzung über Weiterqualifizierung verfolgt.

Im Gegensatz hierzu stehen gesellschaftlich und betrieblich geboten Möglichkeiten solche Ansprüche zu realisieren. Trotz der so oft proklamierten Notwendigkeiten Lebenslangen Lernens, der lebens- und arbeitsweltlichen Öffnung der Bildungsinstitutionen oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Männern wie Frauen, bilden weiter strukturelle Blockaden den wesentlichen Hinderungsgrund einer Verwirklichung von Qualifikations- und Innovationsbereitschaft sowie des Anspruchs auf eigene berufliche und persönliche Entwicklungschancen. Im Gegenteil: Durch die Unfähigkeit der Politik, Bildungszugänge, die durch die neoliberale Politik der Kohlregierung eingeschränkt wurden, wieder zu erweitern und durch den Unwillen, mit aktiver Beschäftigungspolitik die Schaffung von qualifizierten und existenzsichernden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu ermöglichen, nimmt die Gefahr einer weiteren Spaltung der Gesellschaft zu.

Qualifizierte Eigeninitiative: Für optimalen Profit oder gesellschaftlichen Fortschritt?

Während Arbeit in der Vergangenheit meist mit einem klar hierarchischen System von Vorgaben und Anweisungen verbunden war, sind heute gerade junge Arbeitnehmer, die sich erst noch in ihrer Position "bewähren" müssen, weniger an einen im Detail vorgeschriebenen Arbeitsprozeß als vielmehr an die eigenständige Maximierung des Outputs gebunden. Diese selbsttätige Optimierung der eigenen Ausbeutung erfordert eine ganz spezifische Qualifikation. Einerseits ist dafür ein sehr weitgehendes Nachvollziehen der jeweiligen Ausbeutungsmechanismen erforderlich. Denn wer selbständig den Profit maximieren soll, den andere aus der eigenen Arbeit ziehen, ohne dass ein Vorgesetzter ihr oder ihm im Detail vorschreibt, wie dies zu geschehen hat, muss reproduzieren können, wie dieser Profit zustande kommt. Andererseits ist die Einsicht in diese Ausbeutungsmechanismen auch die notwendige Voraussetzung dafür, die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren und für eine Veränderung zu wirken. Eine solche Qualifikation ist also auch potentiell subversiv und kann die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in Frage stellen. Das für eine solche Haltung notwendige Selbstvertrauen in die individuellen Fähigkeiten ist in der Ambivalenz der gegenwärtig hegemonialen Individualisierungsideologie durchaus mit angelegt.

Reiche Arbeit – Armes Leben

Junge, hochmotivierte und leistungsorientierte ArbeitnehmerInnen und Führungskräfte stehen häufig in der Situation, die betriebliche Anforderungen, ihr Eigeninteresse an professioneller Leistungsentfaltung, aber auch ihre sowohl privaten als auch gesellschaftlich vermittelten Ansprüche zunehmend schwerer miteinander verbinden zu können. So tritt die Selbstverwirklichung im Beruf gerade für junge Frauen - zunehmend aber auch für junge Männer - in Konflikt mit der Frage nach einer lebenswerten Zukunft.

Ausgangspunkt ist das zu Verfügung stehende individuelle Zeitbudget, im Rahmen dessen es zu einem scharfen Wettbewerb der unterschiedlichen Ansprüche kommt. Die zunehmende Entgrenzung der Arbeit und die bewusste oder unbewusste Akzeptanz einer Vermengung beider Sphären, die immer auch die Gefahr einer Verengung der Lebensführung birgt, vermögen diesen Widerspruch nicht aufzulösen sondern verschärfen ihn. Zentral ist die Frage, ob dieser nun einfach auszuhalten ist oder Ansatzpunkte für eine Überwindung gefunden werden können.

3. Grundwerte und Leitbilder jungsozialistischer Politik

3.1 Grundwerte

Die Sozialdemokratie war es, die in Deutschland, im Zeitraum vom 19. über das 20. in das 21. Jahrhundert als einzige Partei an Demokratie und Werten wie Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz, Frieden und Freiheit festgehalten hat. Diese Werte und damit Vorstellungen vom friedlichen und gleichberechtigten Zusammenleben von Menschen haben immer wieder Visionen und Utopien hervorgebracht, die als Leitmotive für das aktuelle Handeln gedient haben.

Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Sie sind unser Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit, Maßstab für eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft und zugleich Orientierung für das Handeln der einzelnen Jungsozialistinnen und Jungsozialisten.

Diese ursprünglich aus der französischen Revolution stammenden Grundwerte wurden historisch immer wieder

unterschiedlich interpretiert. So wird unter Freiheit heute vielfach nur die Abwesenheit von staatlichem Eingreifen und nicht mehr die Freiheit zur eigenen Entfaltung für alle verstanden. Und auch der Begriff der Gerechtigkeit, der von der Arbeiterbewegung an die Stelle der Gleichheit gesetzt wurde, meint in der aktuellen Diskussion oftmals nur gleiche Ausgangschancen, die verspielt sind, wenn sie nicht individuell erfolgreich genutzt wurden. Wir aber verstehen diese Grundwerte folgendermaßen:

3.1.1 Freiheit

Es ist Bestimmung des Menschen, frei zu sein.

Er ist prinzipiell fähig und berufen, die natürliche und gesellschaftlichen Gesetze, die seine Existenz bestimmen, zu erkennen und dadurch in Richtung eines selbst bestimmten Daseins fortzuschreiten. Die Garantie individueller Freiheitsrechte ist für uns eine *conditio sine qua non* jeder politischen Idee. Sozialismus verstehen wir als emanzipatorische, kritische Grundhaltung. Wir betrachten Sozialismus als ständige Aufgabe nicht als unmittelbar erreichbaren Zielzustand.

Freiheit ist nur in der solidarischen Gemeinschaft mit anderen möglich. Dabei setzt die Freiheit aller stets die Freiheit eines jeden einzelnen voraus. Es kann keine freiheitliche Gesellschaft sein, in der sich selbst zu entfalten das Risiko mit sich bringt, existentiell zu scheitern, in der also stets die Gefahr besteht, dass der einzelne seine Freiheit verliert. Zu überwindende Einschränkungen der selbstbestimmten Entfaltung liegen daher nicht in eingeforderter Solidarität, sondern in ihrer mangelnden Ausgestaltung in Form sozialer Sicherheit. Solange Arbeit Existenzbedingung ist, schränkt die Arbeitslosigkeit in ihrer bestehenden Form in höchstem Maße die Freiheit ein. Insbesondere zwingt die damit verbundene Existenznot viele Menschen, für Jahre unter Bedingungen zu arbeiten, die ihren eigenen Interessen entgegenstehen. Tatsächliche Freiheit schließt auch ein frei entscheiden zu können, auf welche Art und Weise die eigene Arbeitskraft zur Herstellung von Produkten genutzt wird und wie diese anschließenden verteilt werden. Freiheit erfordert darüber hinaus die demokratische Mitbestimmung aller an der Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

3.1.2 Gleichheit und Gerechtigkeit

Gleichheit ist für uns die gleiche Teilhabe an gesellschaftlicher Entwicklung.

Das beinhaltet einerseits eine sozial gerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und andererseits die gleiche Möglichkeit, auf die politische und ökonomische Gestaltung der Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Obwohl Deutschland seiner Herrschaftsform nach eine Demokratie ist, sind die Möglichkeiten zur tatsächlichen Partizipation an demokratischen Prozessen ungleich verteilt. Soziale Gleichheit nivelliert nicht die Unterschiedlichkeit der Individuen, sondern beteiligt alle und damit jedeN einzelneN gleich an einer demokratischen Entscheidungsfindung. Wenn gesellschaftliche Machtverhältnisse oder andere Umstände dieser Beteiligung bisher entgegenstehen, so ist das weder natur- noch gottgegeben, sondern Ergebnis sozialer Prozesse, die veränderbar sind und verändert werden müssen. Um eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen, ist es beispielsweise nötig, den durch patriarchale Strukturen ermöglichten Selbstverwirklichungsmöglichkeiten von Männern im Bedarfsfall ein Konzept von gezielter Frauenförderung entgegenzusetzen. Entscheidend ist im übrigen, dass eine wirklich gleiche Teilhabe aller ein weitgehend gleiches Niveau der Qualifikation einer/s jeden voraussetzt. Dieses zu erreichen ist ein zentrales Ziel.

Das Ziel von Gleichheit und Gerechtigkeit umfasst den gleichen und fortdauernden Zugang zu Chancen – gleiche Chancen bei Bildung, bei gesellschaftlicher Teilhabe, bei der individuellen Lebensgestaltung. Der Versuch, unter dem Begriff der Chancengerechtigkeit Lebenschancen zu limitieren, widerspricht Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft, in der es darum geht, Verteilungsgerechtigkeit herzustellen und systemimmanente nicht hinzunehmen.

Es ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit künftigen Generationen gegenüber die natürlichen Lebensgrundlagen so zu erhalten, dass auch ihnen ein Leben in dieser Umwelt möglich ist.

3.1.3 Solidarität

Solidarität ist für uns das gemeinschaftliche Handeln im Bewusstsein der gemeinsamen Interessen.

In der Tradition der Arbeiterbewegung, aber auch in Hinblick auf neuere soziale Bewegungen, sehen wir darin eine notwendige Bedingung für den Kampf um die Verbesserung der Verhältnisse, beispielsweise im Arbeitskampf, in der Ausgestaltung des modernen Sozialstaates oder bei der Gestaltung eines humanen Zusammenlebens weltweit. Solidarität richtet sich gegen die Ellenbogengesellschaft. Die Freiheit des Einzelnen ist nur in einer solidarischen Gemeinschaft möglich – existentieller Wettbewerb unter den Menschen beschränkt die freie Entfaltung der/s Einzelnen. Daher muss das Konkurrenzprinzip, soweit es die Menschen aus der Solidarität herauslöst, zurückgedrängt werden. Den Kapitalismus als Gesellschaftsform der Entsolidarisierung wollen wir überwinden.

Freiheit, Gleichheit und Solidarität bedingen einander und stützen sich gegenseitig. Gleich im Rang, einander erläuternd, ergänzend und begrenzend erfüllen sie ihren Sinn. Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus.

3.2. Leitbilder

3.2.1. Rolle der Jusos

Jusos - sozialistisch, feministisch und internationalistisch

Wir Jusos wollen uns mit der Gesellschaft wie sie heute ist nicht abfinden. Deshalb haben sich die Jusos schon mit der Linkswende 1969 von ihrer vorherigen Funktion als reiner Nachwuchsverband der SPD gelöst. Wir bleiben auch weiterhin linker Richtungsverband in der SPD. Dabei haben wir einen anderen Blick auf diese Funktion als die Jusos noch vor zehn Jahren. Das bedeutet für das Selbstverständnis von Jusos heute:

- Wir sind Sozialistinnen und Sozialisten. Wir halten fest an den Grundwerten von Freiheit, Solidarität und Gleichheit und Gerechtigkeit. Diese Grundwerte können wir in der aktuellen kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur begrenzt durchsetzen. Als sozialistischer Richtungsverband treten wir einerseits mit dem Ziel der Gleichheit oder gleichem Zugang zu Chancen an, andererseits, weil versucht wird, durch politischen Kampf Verteilungsgerechtigkeit herzustellen und jedenfalls systemimmanente Ungleichheit nicht hinzunehmen. Deshalb wollen wir unsere Gesellschaft verändern. Es ist die Verpflichtung, alle Ziele ausschließlich mit demokratischen Mitteln zu erstreben und einen demokratischen Umgang selbstverständlich auch nach ihrem Erreichen zu achten. Und es dient zur Betonung der Ablehnung jener Systeme in Vergangenheit und Gegenwart, welche das Ziel des Sozialismus durch undemokratische Strukturen diskreditierten. Jusos treten ein für die gesellschaftliche Emanzipation der Einzelnen, demokratische Beteiligung von Betroffenen in allen Lebensbereichen, gerechte Verteilung des Reichtums. Das bedeutet für uns Fortschritt.
- Frauen sind in unserer Gesellschaft weiterhin strukturell benachteiligt. Auch wenn viele - besonders junge Frauen - diese Benachteiligung für ihre persönliche Situation nicht mehr wahrnehmen, ist die Gleichstellung von Frauen insgesamt noch weit entfernt. Diese Ungleichheit zwischen den Geschlechtern aufzuheben ist für Jusos zentrale Aufgabe, die alle Politikfelder umfasst. Dies gilt in ganz besonderem Maße für unseren eigenen Verband und den Umgang miteinander. Wir wollen deshalb auch ein feministischer Verband sein für die Formulierung des Feminismusbegriffs wird es nicht nur darauf ankommen, eine eigene feministische Position zu formulieren, sondern darauf, mit der Vorstellung einer emanzipatorischen, freien, solidarischen und gleichen Gesellschaft für beide Geschlechter Bindekraft für den ganzen Verband zu schaffen. Drei zentrale Forderungen der Frauenbewegung müssen dabei berücksichtigt werden: die Politisierung der von der Gesellschaft der Privatheit zugeordneten Räume, der Anspruch von Frauen auf Selbstvertretung durch Frauen sowie die Veränderung des patriarchalen Herrschaftssystems und damit auch männlicher Herrschaftsmuster.
Besonders wichtig wird dabei der Stellenwert von Erwerbsarbeit sein, weil über das Ausüben von Erwerbsarbeit beide Geschlechter ihre Lebensentwürfe mit selbsterwirtschaftetem Einkommen absichern können. Gleichzeitig ist Gleichberechtigung nur dann möglich, wenn auch die Reproduktionsarbeit gerecht zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird.
Feministisches Handeln versteht sich als gesamtgesellschaftlich notwendiger Prozess, die geschlechtsspezifische Ausgrenzung von Frauen zu überwinden. Hierzu sind einseitige wirkende Maßnahmen zur Überwindung bestehender Ungleichheiten erforderlich, wenngleich das letztendliche Ziel in der Umsetzung verbesserter Freiheitsrechte für alle Menschen, Frauen wie Männern, besteht.
- Der Internationalismus war schon immer ein Anliegen sozialistischer Bewegungen. Er fußt auf der Erkenntnis, dass nicht nur die Menschen in einem Land, sondern auf der ganzen Welt gleich sind. Hieraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für die wohlhabenden Industriegesellschaften des Nordens gegenüber den kaum-industrialisierten Gesellschaften des Südens, welcher nationalistische Egoismen entgegenstehen. Zugleich folgert hieraus das Eintreten für alle Menschen in unserer Gesellschaft, gleichgültig ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Religion, und die Abwehr rassistischer oder faschistischer Bestrebungen. In diesem Sinne muss auch eine andere Sichtweise, die Krieg als Mittel der Politik hegemoniefähig machen will, ersetzt werden, durch einen Grundkonsens, der Gewaltverhütung und Prävention als Priorität anerkennt.
- Das Eintreten für eine ökologisch verantwortlich handelnde Gesellschaft folgt aus dem Wissen um die Endlichkeit natürlicher Ressourcen sowie aus der Einsicht, dass ihre Zerstörung nur Wenigen Nutzen bringt, jedoch allen Menschen schadet, sowohl in gegenwärtigen wie zukünftigen Generationen. Ökologisches Handeln ist untrennbar mit sozialem und ökonomischem Handeln verbunden. Zu dritt formen diese Bereiche die drei Säulen der Nachhaltigkeit, welche es im konkreten Handeln mit demokratischen und internationalistischen Handlungsweisen zu verwirklichen gilt.

Jusos haben gelernt, dass es bei SozialistInnen einen Begründungspluralismus gibt; bei Jusos finden sich MarxistInnen ebenso wie ethische und christliche SozialistInnen wieder. Daraus resultieren natürlich unterschiedliche Politikansätze und Arbeitsformen, die gegenseitig zu akzeptieren wir bereit sein wollen.

Nach Lage der Dinge kann es gegenwärtig nicht um die Diskussion einer abstrakten Systemalternative, sondern vor allem um die Bündelung von kapitalismuskritischen Potenzialen entlang von realpolitischen Fragen sowie den Ausbau von Chancen und Rechten unter den gegebenen Bedingungen gehen. Die aktuelle strategische Aufgabe lautet, sich in die Veränderungen des gegenwärtigen Kapitalismus einzuschreiben. Jusos wollen ihre Ressourcen deshalb in Zukunft gezielter entlang ihrer politischen Schwerpunktsetzung einsetzen. Ohne zu jeder Zeit jede Frage beantworten zu müssen, wollen wir uns einmischen für eine fortschrittliche Politik. Wir werden uns auf unsere Stärken besinnen und gezielt Impulse setzen und wollen damit Positionen in der SPD durchsetzen. Jusos nämlich haben die Chance mit einer gewissen Entfernung von politischem Tagesgeschäft und vor allem von politischer Verantwortung neue Ideen zu formulieren und zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln. Zukünftige Politik der Jusos muss es sein, einerseits offensiv um bisherige Mainstream-Positionen der Sozialdemokratie (Sozialstaat, Umverteilung, Bildung, Reregulierung der Marktkräfte), die immer noch gesellschaftlich mehrheitsfähig sind, zu kämpfen und dabei partielle Bündnisse mit verschiedenen Strömungen innerhalb und außerhalb der SPD eingehen, andererseits auch Gegenöffentlichkeit für bestimmte Themenfelder (Grundrechte, Außenpolitik usw.) zu schaffen, um Mehrheiten zu erringen, und aktiver Teil einer erkennbaren, kämpferischen und orientierenden Linken innerhalb der SPD zu sein.

Daraus ergeben sich für uns Jusos folgende Anknüpfungspunkte:

- Selbstbestimmte Lebensführung

Das Leitbild der „selbstbestimmten Lebensführung“ steht für die Einlösung der in die Individualisierungstenden-

zen gesetzten Hoffnungen – und zwar für beide Geschlechter. Plurale und wechselnde Lebensformen werden anerkannt. Dabei geht es vor allem um die Vielfalt an verlässlichen Wahlmöglichkeiten, sein eigenes Leben selbst zu organisieren. Die Chancen für Jugendliche müssen in allen Bereichen der Lebensplanung ausgeweitet und abgesichert werden. Das bedeutet in letzter Konsequenz eine Neuordnung von Arbeitsgesellschaft, Sozialstaat und Zivilgesellschaft.

- Solidarische Gesellschaft

Gerade in einer Zeit, in der die gesellschaftliche Reichtumsentwicklung immer weiter auseinanderklafft, so dass weite Teile der Gesellschaft von materiellem Wohlstand bzw. auch nur der Teilhabe am Erwerbsleben ausgeschlossen sind, bewerten wir die Schaffung gesellschaftlich sinnvoller Werte und die Arbeit im gesellschaftlichen Interesse positiv und beziehen sie in unsere Strategien zur Überwindung des kapitalistischen Systems mit ein. Ein Gegenmodell zum Prinzip des Shareholder-Value wird sich aber nur durch in einer Auseinandersetzung um die Köpfe unter der Fragestellung „In welcher Welt wollen wir eigentlich leben?“ unter Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten entwickeln und durchsetzen können.

- Kompetenzgewinn für den Umbau

Unsere Politik soll die Widersprüche zwischen den Rechten als StaatsbürgerInnen und denen als ArbeitnehmerInnen aufdecken. In Folge dessen müssen wir dazu kommen, einklagbare soziale Ansprüche zu schaffen, die auf die veränderten Anforderungen an die Arbeits- und Lebensgestaltung junger Menschen, wie Arbeitszeitverkürzung, Weiterbildungsphasen etc., reagieren. Ebenso geht es um die Kompetenzbildung für die Fortsetzung eines stringenter sozialen und ökologischen Umbaus der Produktions- und Lebensweisen mit Hilfe des Ausbaus von Mitbestimmungsrechten. Eine Bildungsreform muss nicht nur den veränderten Realitäten des Erwerbslebens Rechnung tragen, sondern auch eine frühere Verzahnung von Bildungsphase und Einstieg in die Erwerbsarbeit sicher stellen, ohne dabei den notwendigen Freiraum zur Kritikfähigkeit innerhalb des Bildungssystems aufzugeben. Eine Schnittstelle für eine „solidarische Ökonomie“ könnte auch eine eigene Konzeption von Innovations- und Existenzgründungshilfen für diejenigen sein, die Kreativität und gesellschaftliche Solidarität als „SozialunternehmerInnen“ in nicht-marktgängigen Dienstleistungen oder Sparten mit dem Wunsch nach Selbstverwirklichung und dem Umsetzen eigener Ideen verbinden wollen.

- Sozialstaat à la carte

Eine der größten Aufgaben wird die Neuformulierung eines Sozialstaatskonsenses am Generationenumbruch sein, der eine neue Solidarität zwischen den so genannten ModernisierungsgewinnerInnen und –verliererInnen organisiert. Kern dieses Konsenses muss die Einsicht eines gemeinsamen und damit gesamtgesellschaftlichen Nutzens des Sozialstaates sein. Dies kann aber nur ein lebensbegleitendes Sozialstaatskonzept mit frei wählbaren Leistungen gewährleisten, die weiterhin solidarisch finanziert werden, aber sich eben nicht nur auf materielle Transferleistungen erstrecken, sondern verbreitert werden hinzu einem Recht auf Zukunftschancen durch aktive Förderung und Absicherung.

- Aktiver Staat

Die Rolle des Staates als aktiver, auf das Gesamtwohl aller Menschen bedachter Akteur umfasst als Themenkomplexe eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Fortentwicklung staatlicher Sozialsicherungssysteme und die Entfaltung demokratischer Mitgestaltung. Staatliches Handeln kann dabei die Marktkräfte nicht ersetzen, ist jedoch aufgrund der „Blindheit“ des Marktes gegenüber den Rechten des Einzelnen unbedingt erforderlich. Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten, der nicht eingreift oder lediglich moderiert.

- Ökologische Nachhaltigkeit

Die ökologische, soziale und ökonomische Weiterentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne der Nachhaltigkeit wird im zweiten Politikfeld verfolgt. Nachhaltigkeit verlangt dabei vom Grundsatz her, alle drei Aspekte gleichwertig und gekoppelt miteinander zu verwirklichen. Seine besondere Triebkraft erfährt das Politikfeld jedoch durch die ökologische Ausrichtung, welche u.a. zielt auf eine Einschränkung des Verbrauchs fossiler Energieträger, den Ausschluss gefährlicher Stoffe und Verfahrenstechniken sowie dauerhafter Sicherung nicht- bzw. schwer wieder herstellbarer Umweltressourcen.

- Demokratische Zivilgesellschaft

Die Weiterentwicklung demokratischer Teilnahmeverfahren, zivilgesellschaftlicher wie institutioneller auf lokaler, nationaler wie auf internationaler Ebene ist Gegenstand des dritten Politikfeldes. Auch wenn das demokratische Element selbstverständlicher Teil der beiden anderen ist, bleibt die Einbindung möglichst aller Menschen in die Politik ein zentrales, weil grundlegendes Ziel. Neue Methoden im Kleinen (bspw. Konsensus-Konferenzen) finden ihr Pendant im globalen Maßstab in der Einbeziehung von Nichtregierungs-Organisationen bei Entscheidungen.

Jusos in der SPD

Ohne die Sozialdemokratie besteht kaum eine Möglichkeit Mehrheiten für eine fortschrittliche Position in Deutschland zu erkämpfen. Jusos engagieren sich in der SPD, um so fortschrittlichen Konzepten zum Durchbruch zu verhelfen. Es gibt so gesehen für junge SozialistInnen keine Alternative zu einem Engagement in der SPD.

- Wegen einer sehr häufig unterschiedlichen Bewertung gesellschaftlicher Zustände und daraus resultierender Erfordernisse, aber auch aufgrund von Lebenssituation und Alter stimmen Jusos mit SPD-Politik und -Programmatik nicht immer an allen Punkten überein. Das bedeutet, dass Jusos dann aktiv werden müssen, wenn die Chance besteht, dass damit auch etwas bewegt werden kann - in Partei oder Öffentlichkeit. Wir dürfen uns nicht länger beim Schreiben von Erklärungen verschleißen, die niemand liest. Zukünftige Politik der Jusos muss es sein, einerseits offensiv um bisherige Mainstream-Positionen der Sozialdemokratie (Sozialstaat, Umverteilung, Bildung, Reregulierung der Marktkräfte), die immer noch gesellschaftlich mehrheitsfähig sind, zu kämpfen und dabei partielle Bündnisse mit verschiedenen Strömungen innerhalb und außerhalb der SPD eingehen, andererseits auch Gegenöffentlichkeit für bestimmte Themenfelder (Grundrechte,

Außenpolitik usw.) zu schaffen, um Mehrheiten zu erringen, und aktiver Teil einer erkennbaren, kämpferischen und orientierenden Linken innerhalb der SPD zu sein.

- Jusos als Organisation sind nicht in Parlamenten und Regierungen vertreten. Das eröffnet viele Chancen für die inhaltliche Debatte. Auch Jusos wollen seriöse Konzepte vorlegen; sie stehen jedoch nicht unter dem direkten Einfluss politischer und rechtlicher Zwänge. Damit können sie auch zunächst unabhängig von der konkreten Umsetzung Zielvorstellungen entwickeln, die häufig schon deswegen in der Mutterpartei nicht entstehen, weil die Verantwortlichen kontinuierlich die Schere im Kopf tragen. Dabei geht es nicht um Luftschlösser, sondern um solche Utopien; die in konkretes politisches Handeln umzusetzen sind. Diese Utopien einer anderen Gesellschaft wollen wir in Gesellschaft und SPD verankern.

Jusos sind die nächste Generation. Heutige Politik setzt die Rahmenbedingungen für unser Leben von morgen und das nachfolgender Generationen. Deshalb beanspruchen wir für uns Mitsprache bei den Entscheidungen, die häufig gar nicht mehr die betreffen, von denen sie gefällt werden; das gilt ganz besonders für den Erhalt unserer ökologischen Existenzgrundlagen (z. B. CO₂-Ausstoß, Atom-"Ausstieg") oder langfristige gesellschaftliche Systemfragen (z. B. Staatsverschuldung, Rente). Das bedeutet, dass wir zu Recht von der SPD verlangen können, dass sie unsere Anliegen ernsthaft aufgreift und Jusos ausdrücklich vor dem Hintergrund einer profilierten inhaltlichen Positionierung bei der Besetzung von Funktionen und Mandaten auf allen Ebenen berücksichtigt.

- Jusos haben den Anspruch zentraler Träger der politischen Qualifizierung zu sein. Hier werden nicht nur politische Grundbegriffe, methodische Techniken und der unvermeidliche formale Umgang in der Gremienarbeit gelernt. Das politische Engagement bei Jusos bietet viel mehr. Eben weil sie für sich Politikentwicklung über den Tag hinaus beanspruchen, qualifiziert die politische Arbeit bei Jusos dazu Konzepte denken und formulieren zu können, frei vom Druck der politischen Verantwortung experimentieren und die vermeintliche Alternativlosigkeit von Lösungen im Sinne der Sachzwanglogik infrage zu stellen.
- Die vielfältigen Bemühungen der SPD zur Nachwuchsrekrutierung sind notwendig. Jusos unterstützen diese auf allen Ebenen. Die Ansätze für Jugendliche sich politisch zu engagieren sind sehr unterschiedlich, ebenso Ziele und Formen ihres Engagements. Deshalb benötigen wir möglichst vielfältige Angebote in der SPD aktiv zu werden. Letztlich geht es jedoch um Politik. Nicht zuletzt, weil Jusos am ehesten geeignet sind den politischen Nachwuchs in der und für die SPD zu qualifizieren, wollen wir uns dieser Aufgabe stellen und uns auch dafür neu aufstellen. Die SPD ist noch dramatischer überaltert als die Gesamtbevölkerung. Ohne neue, junge Aktive wird die Partei ihre Arbeit auf bereits absehbare Zeit nicht mehr aufrecht erhalten können; schon heute gibt es Gliederungen, die ernsthafte Probleme haben, die Vorschlagslisten für öffentliche Wahlen sinnvoll zu besetzen. Der Mangel an Personal führt zwangsläufig dazu, dass es keine Möglichkeit der Auswahl mehr gibt. Die Politik der SPD darf aber nicht beliebig werden, also darf es die Personalauswahl auch nicht.

3.2.2 Jusos als politischer Akteur

Politik für wen?

Jusos haben die Ausdifferenzierung der Lebensentwürfe von Jugendlichen, ihre veränderte Selbstpositionierung und ihre vielfältiger gewordenen Milieus früh richtig eingeschätzt. Nun geht es darum, Jugendliche auch ernst zu nehmen in ihren entwickelten Ansprüchen, in ihren Lebensentwürfen und Forderungen. Nicht politische Belieblichkeit oder belehrende Agitation, sondern nur ehrliche Dialogbereitschaft bietet für Jusos eine Chance, wieder eine Verankerung in der jüngeren Generation zu finden. Jusos sind nicht per se die VertreterInnen der jungen Generation, erst recht repräsentieren sie diese nicht. Aber wir sind Teil der jungen Generation - in ihrer ganzen Breite - und bilden sie damit zumindest genauso ab wie die SPD die Gesellschaft widerspiegelt. Damit formulieren Jusos ihre politischen Ansprüche auch im Interesse dieser Generation, ohne dabei zu beanspruchen, dass diese auch immer dem individuellen Interesse aller Einzelnen entspricht.

Doch Jusos sind nicht allein der Generationsverband. Deshalb wollen wir nicht einseitig und egoistisch die Interessen der jugendlichen Generation durchsetzen. Vielmehr geht es uns um eine solidarische und gerechte Gesellschaft. Wir wollen einen Interessenausgleich zwischen Alt und Jung, genauso wie zwischen den Geschlechtern. Wir wollen aber auch eine Umverteilung zugunsten derer, die in unserer Gesellschaft marginalisiert sind.

Worauf wir setzen.

Wie wir Jusos unsere Vorstellungen durchsetzen wollen, ist bislang oft heftig umstritten gewesen. Einig waren wir uns immer an dem Begriff der Doppelstrategie festhalten zu wollen; allerdings musste dieses weiterentwickelt werden. Im Kern sind sich Jusos darüber einig, dass zwei Eingriffspunkte zu wählen sind: das Wirken in der SPD und die Verankerung ihrer inhaltlichen Positionen in der Gesellschaft. Der gesellschaftliche Bedarf für politische Selbstorganisation wächst geradezu in dem Maße, in dem sich (Regierungs-) Politik von gesellschaftlichen Realitäten abkoppelt. Die Chance zu nutzen, das Vakuum der gesellschaftlichen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten als Juso-Verband auszufüllen, gelangt schon deshalb nicht, weil die Problematik der Entkopplung von Politik und gesellschaftlicher Realität ja gerade damit zusammenhängt, dass es nicht etwa keine Probleme für die junge Generation gäbe, sondern dass Lösungsstrategien einfach nicht mehr mit Politik oder solidarischen Durchsetzungsstrategien verbunden werden.

Verschiedenartige Herangehensweisen haben sich in den vergangenen Jahren entwickelt, um die sich intensiver Streit rankte. Heute kann es nicht mehr darum gehen, den vermeintlich richtigen Weg durchzusetzen. Vielmehr müssen wir die positiven Ansätze und Chancen all dieser Optionen nutzen und weiterentwickeln, müssen sie passgenau auf eine konkrete Zielsetzung hin anwenden. Dass es dabei aus jeweils unterschiedlichen Sichtweisen und Funktionszuweisungen an die verschiedenen Ebenen überall andere Schwerpunktsetzungen geben wird, ist unvermeidbar und deshalb zu respektieren.

- Ein Handlungsansatz orientiert darauf, als linker Teil der SPD fortschrittliche Politik in die Gremien der Partei zu tragen. Durch die Mitarbeit von Jusos auf allen Ebenen soll erreicht werden, dass ihre Diskussionen und

Positionen aufgenommen und letztlich auch durchgesetzt werden. Dafür ist die Zusammenarbeit mit einer reformierten Parteilinken erforderlich.

- Dabei sind Jusos als Teil der Linken in Deutschland insgesamt zu betrachten. Die Vorstellung besteht, dass eine linke Politik allein durch Debatten in der SPD nicht nachhaltig durchsetzbar sein werden. Deshalb sollen linke Politikkonzepte mit BündnispartnerInnen diskutiert, formuliert und breit in die Gesellschaft hinein getragen werden.
- Insgesamt wollen Jusos neben ihrer Tätigkeit in der SPD gesellschaftliche Entwicklungen befördern. Das soll zweierlei bewirken: Zum einen sind sich Jusos bewusst, dass eine konsequente linke Reformpolitik nur dann durchsetzbar sein wird, wenn sie von der Menschen auch getragen wird. Der steigende Opportunismus der Regierungspartei SPD macht diesen Teil der Doppelstrategie unverzichtbar. Das bedeutet für Jusos offensiv in der Gesellschaft für ein sozialistisches Gesellschaftsmodell zu werben.

Es bleibt entscheidend die gegenseitigen Wechselwirkungen der verschiedenen Handlungsfelder aufeinander zu berücksichtigen und entsprechend zu nutzen.

Verband 21: Öffnung und Professionalisierung unserer Arbeit

Die neuen Arbeits- und Lebensrealitäten und damit auch die veränderten Ansprüche der Menschen an politische Beteiligung gilt es aufzunehmen und Konsequenzen für die politische Arbeit der Jusos zu ziehen. Der Verband darf den Jugendlichen nicht nur das Gefühl geben, dass sie sich politisch einmischen können, sondern muss auf allen Ebenen real Möglichkeiten hierzu schaffen. Er steht vor der Herausforderung von einem überholten rein repräsentativen Organisationsmodell in ein beteiligungs- und mitmachorientiertes Modell umzubauen. Politische Mitwirkung darf dabei nicht vor den Toren der Gremien halt machen, sondern muss im Gegenteil weit aus unserer eigenen Generation heraus möglich sein, so wie Jusos weit in die Gesellschaft hinein wirken müssen.

Linke Bündnisse können dabei immer weniger als Addition von Organisationen gedacht werden. An die Stelle der Bündnisarbeit im herkömmlichen Sinne muss die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Eingriffsmöglichkeiten bzw. von konkreten Akteuren in den Bereichen Arbeit, Wissenschaft und Medien/Kultur treten. Erforderlich sind gesellschaftliche Räume, in denen Kommunikation und Interaktion stattfinden kann. Sicherlich entsteht politischer Druck nicht einfach durch irgendwelche Vernetzungen, sondern durch politische Initiative. Die Aufgabe derartiger Netzwerke bestünde aber darin, als Anknüpfungspunkte für soziale Bewegungen zu dienen und politische Alternativen in den Köpfen zu verankern, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Der Gedanke, die ‚Netze des Alltags‘ stärker für die Formulierung und Vermittlung von sozialdemokratischer Politik zu nutzen, aber auch wissenschaftlichen und kulturellen Sachverstand stärker in den politischen Diskurs einzubinden, ist nicht neu, jedoch auf dem Hintergrund veränderter individuelle Ansprüche an politische Mitwirkung neu mit konkreten Angeboten zu füllen. Die Mobilisierung parteiinternen Sachverstandes durch thematische Arbeitsstrukturen kann auch als Angebot über die Grenzen der Partei hinaus ausgebaut werden.

Popularisierung und Inszenierung von Reformprojekten

Politik wird inszeniert - gestern wie heute. Der Verband muss dazu kommen, sich auf die Grundlinien einer gemeinsamen Kommunikation und Inszenierung nach außen zu verständigen. Sicherlich gehört hierzu auch eine lebensweltlich orientierte Programmatik, da auch mediale Inszenierung eng gebunden an gesellschaftliche Formierungen bleibt.

Linke Politik kann und darf sich so nicht auf akademische Arbeit, Gremienauseinandersetzung und konkrete Interessenvertretung beschränken. Erforderlich ist auf der einen Seite das gezielte Eingreifen in öffentliche Diskurse. Inszenierungen können demokratisch-diskursiv und autoritär-manipulativ angelegt sein. Erforderlich sind Zuspitzungen, Symbole und positiv Referenzbeispiele, die eng mit der politischen Programmatik in Verbindung stehen und enge Anknüpfungspunkte zum Alltagsverständnis der Menschen besitzen. Daher gilt es, die progressiven Elemente im Alltagsverständnis und in den Anspruchskonzepten unserer Generation zu identifizieren und gezielt anzurufen.

3.3 Wir wollen Politik anders machen

Ziel der vor uns liegenden Jahre muss es sein, auf der Basis dieser Leitbilder die Jusos als einen modernen und eingriffsfähigen Jugendverband sozialistischer Prägung zu erneuern. Er muss wieder Plattform werden für diejenigen, die ihre Ansprüche an ein selbstbestimmtes Leben unabhängig von der sozialen Herkunft politisch durchsetzen wollen und unter solidarischer Gestaltung der Zukunft mehr verstehen als das Managen der Deutschland AG.

Wir wollen eine Zusammenarbeit zwischen Bundesverband und Gliederungen erreichen, die in einer neuen Ernsthaftigkeit bei der gemeinsamen Annahme der Herausforderungen unserer Zeit und der Entwicklung von Lösungsstrategien besteht. Aus dem Wettlauf, wer eingebrachte Konzepte am wirksamsten verhindert, muss ein Wettbewerb um die besten Zukunftsentwürfe für unsere Politik und unsere Verbandsarbeit werden.

One organisation – one future

Wir brauchen politische Schwerpunktsetzung, Konzentration auf die wesentlichen Fragen und Kampagnen auf der einen Seite genauso wie eine Vielfalt an thematischen Angeboten auf der anderen Seite.

- Kampagnen sind dort sinnvoll, wo politische Fragen den gesamten Verband betreffen, wo überall Jusos sich engagieren um Gesellschaft zu mobilisieren. Das sind Fragen, die unsere gemeinsamen Grundsätze betreffen. Beispielhaft dafür waren der Protest gegen die NATO-Nachrüstung in den 80ern, der Kampf für den Erhalt des Asylrechts oder für die Einführung der Umlagefinanzierung in den 90ern, der Einsatz gegen die Atomenergie in den 70ern und ganz aktuell gegen die Castor-Transporte.

- Ansonsten zeichnen sich Jusos dadurch aus, dass sie an der ganzen Breite politischer Themen arbeiten. Das ist gut so und gehört dazu, wenn wir sozialistischer Richtungsverband sein wollen. Das bedeutet nämlich auch alle gesellschaftlichen Themen aufzugreifen.
- Der Bundesverband indes kann und muss das allumfassende Themenspektrum nicht allein repräsentieren. Seine Aufgabe wird es zunehmend sein die zentralen politischen Auseinandersetzungen in Deutschland herauszugreifen. Er soll sich auf das beschränken, was realistisch auch seriös zu leisten ist und wo konkrete Eingriffspunkte für Jusos erkennbar sind — zumindest wo eine öffentliche Wahrnehmung zu erreichen ist.
- Die inhaltliche Kompetenz der Jusos darüber hinaus muss besser genutzt werden. Dazu Bedarf es einer stärkeren Vernetzung der Gliederungen — vertikal und horizontal. Dort wo inhaltliche Ressourcen vorhanden sind, muss die Bereitschaft bestehen diese anderen zur Verfügung zu stellen. Und es muss die Bereitschaft geben Ergebnisse anderer zu verwenden; das Rad muss nicht immer neu erfunden werden. Zu Themen, die vom Juso-Bundesvorstand nicht besonders behandelt werden, kann dieser künftig Bezirke, die mit entsprechenden Fragen befasst sind, mit der Vorbereitung von Positionsfindungen für den Juso-Bundesverband beauftragen.

Demokratie im demokratisch-sozialistischen Jugendverband

Als SozialistInnen wollen wir Jusos ein demokratischer Verband sein. Demokratie bedeutet mehr als ein formal-demokratischer Aufbau und Delegation, Wahlen und Abstimmungen allein nach dem Mehrheitsprinzip. Die Voraussetzungen dafür bestehen bei uns Jusos. Wir müssen uns jedoch von Verhaltensweisen der Vergangenheit trennen:

- Entscheidungen werden durch die demokratisch legitimierte Gremien der JungsozialistInnen gefällt. Wo neben Bundeskongress, Bundesvorstand und Bundesausschuss andere Arbeitsformen eingesetzt werden, müssen diese demokratisch legitimiert sein und die Breite der Jusos repräsentieren. Voraussetzung dafür ist ein gleicher Informationsstand.
- Politische Strömungen in einem politischen Verband sind nicht verwerflich. Menschen mit ähnlicher Orientierung können ihre Konzepte miteinander diskutieren; das gilt gerade in dem pluralistischen Verband Jusos. Dies ist für uns kein Instrument zur gegenseitigen Ab- und Ausgrenzung.
- Wo Entscheidungen für Jusos vorbereitet werden sollen, darf das jedoch nicht in der Hand zufällig zusammengesetzter Runden liegen. Diese Funktion können nur die demokratisch legitimierte Ebenen — also im Bundesverband die Bezirke — durchaus auch in Zusammenarbeit wahrnehmen.
- Gleichzeitig muss jedoch klar sein, dass nicht alle Aufgaben von den satzungsgemäßen Gremien oder den bekannten, aus allen Bezirken paritätisch besetzten Kommissionen erledigt werden können. Wir brauchen in Zukunft eine stärkere Vernetzung von Aktiven in den verschiedenen Bereichen (Kommunalpolitik, ArbeitnehmerInnen usw.), die ansonsten nicht in der Juso-Hierarchie Funktionen wahrnehmen. Wir brauchen zu konkreten Themen spontane, zielgerichtete Projektgruppen zu konkreten Fragestellungen, in die fachkundige GenossInnen unabhängig von Amt und Herkunft einbezogen werden. Es bleibt sicherzustellen, dass solche Organisationsformen nicht den demokratischen Willensbildungsprozessen bei Jusos entgegenstehen sondern ergänzend einbezogen werden können.
- Im Bundesverband darf keine Situation entstehen, in der sich einzelne Bezirke oder ganze Verbandsteile vom Bundesverband abkoppeln werden. Dies erfordert, mit Konflikten und dem Austausch von Ressourcen auf der Grundlage demokratischer Prinzipien umzugehen.

Neue Arbeitsformen

In den vergangenen Jahren haben Jusos an vielen Stellen begonnen ihre Arbeitsformen zu modernisieren. Um den neuen Anforderungen gerecht zu werden, müssen wir diesen Prozess der Veränderungen fortsetzen und forcieren. Ausgangspunkt bei einer Erneuerung der Verbandsarbeit sind für uns die Stärken der Jusos. Hierzu zählen zuerst die vielen ehrenamtlichen Mitglieder, die viel Zeit und Energie investieren, um die Jusos voranzubringen. Dieses Engagement unserer Aktiven ist unbezahlbar. Politische Meinung wird — auch im Medienzeitalter — stark im persönliche Umfeld geprägt. Wer heute den Kampf um Köpfe allein über die Medien führen will, denkt zu kurz. Wir brauchen so eine Konzentration auf die Verbandsentwicklung, also die Stärkung der Verbandsorganisation durch Mitgliederwerbung, eine mittelfristige Nachwuchsförderung und eine Öffnung und Professionalisierung unserer Arbeitsweise. Wir Jusos brauchen neue Ideen politische Arbeit zu organisieren. Viele Formen haben wir schon erfunden oder entdeckt, die Jusos interessanter, spannender und attraktiver machen. Das reicht noch nicht aus. Deshalb müssen wir weiter daran arbeiten, wie wir uns am besten aufstellen.

- **Feminisierung des Verbandes**

Das Schlagwort von der Feminisierung des Verbandes bzw. das Etikett des feministischen Richtungsverbandes muss mit Leben gefüllt werden. Zu viele personelle Ressourcen bleiben ungenutzt, wenn interessierte Frauen jeden Juso-Alters immer wieder auf ein gesellschaftlich, aber auch innerverbandlich tradiertes Rollenbild zurückverwiesen werden und ihr Engagement nach kurzer Zeit wieder einschlafen lassen, anstatt sich konstruktiv einbringen zu können. Zwei Komponenten sind dabei von zentraler Bedeutung: zum einen müssen mehr Frauen zur Mitarbeit bei den Jusos gewonnen, spezielle Angebote an Frauen gemacht und Frauen an allen Entscheidungen, Gremien und Strukturen gleichberechtigt beteiligt werden, zum anderen muss der Geschlechteraspekt Teil aller politischen Anliegen der Jusos und Frauenpolitik Bestandteil aller Gliederungen sein.

- **Politische Orientierung**

Jusos wollen ein sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband sein. Dazu gehört, dass sie politische Orientierung geben. Es reicht jedoch nicht aus die Gesellschaft, in der wir Leben, zu erklären und zu bewerten. Dass über die Ausrichtung unseres Verbands heute unterschiedliche Meinungen be-

stehen, hat viel mit mangelnder Vermittlung zu tun. Es reicht nicht aus beim Streit über Gesellschaftsanalysen allein die großen Linien festzulegen. Politische Entwürfe müssen ihre Tauglichkeit und Ausstrahlungskraft in der tagespolitischen Realität nachweisen. Jusos müssen für die Zukunftsthemen in unserer Gesellschaft und in unserer Generation stehen, sie politisch besetzen und hier die politische Auseinandersetzung suchen.

- **Den schnelleren Generationenwechsel bewältigen**

Diese Aufgabe stellt sich nicht zuletzt neu, weil die Wechsel der Juso-Generationen und immer schnelleres Tempo angenommen haben. Während vor zehn Jahren „Karrieren“, über mittlere Zeiträume verliefen, wird jungen GenossInnen heute deutlich früher Verantwortung in Funktionen übertragen. Die Zeit politisches Handwerkszeug zu lernen und in inhaltliche Diskussionslinien hineinzuwachsen gibt es nicht mehr in dem Maße, die Weitergabe von Wissen der Älteren an die Jüngeren hat so nachgelassen. Der politischen Bildung kommt deshalb künftig ein höherer Stellenwert zu. Diese muss sowohl thematische wie methodische Aspekte umfassen, damit inhaltliche Fundierung und Professionalität verbessert werden können.

- **Bildungsarbeit stärken**

Bildungsarbeit war schon bisher ein wichtiges Handlungsfeld vieler Gliederungen. Jusos insgesamt bieten ein sehr breites, anspruchsvolles und qualitativ hochwertiges Bildungsprogramm an. Angesichts der gestiegenen Anforderungen sollten sich Jusos aber nicht mehr leisten, dass sie an vielen Stellen nebeneinander geleistet wird. Auch dort müssen wir voneinander profitieren können. Daher können wir Bildungsangebote poolen, sie öffnen über die jeweiligen Gliederungen hinaus und damit auch Jusos außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs die Teilnahme ermöglichen. Ebenso wie Bildungskonzeptionen und Seminarplanungen zur Nutzung anderer zur Verfügung zu stellen kann das Bildungspooling besonders — nicht ausschließlich — die kleinen, struktur- und finanzschwachen Bezirke unterstützen.

- **Konzentration und Qualität**

Jusos müssen sich von dem Gedanken verabschieden sie seien immer für alles zuständig. Individuelle Ansprüche an ein zu leistendes Arbeitspensum und zurückgehende Aktivenzahlen erfordern, dass der Arbeitsumfang reduziert wird. Das darf nicht zu Lasten der Qualität gehen. Dabei ist es entscheidender ein gutes inhaltliches Projekt durchzuführen statt eine Reihe halbherziger Aktionen, welche die Aktiven belasten und keine Folgen haben. Die Prioritäten ergeben sich aus unseren strategischen Ansätzen und auch aus dem persönlichen Interesse der Aktiven. Aufwand und Ergebnis müssen ernsthaft gegeneinander abgewogen werden; nur durch einen bewussten Umgang mit den vorhandenen Kapazitäten und durch mehr Effizienz wird der Schritt zu Beliebigkeit, die unseren Anforderungen eben nicht entspricht, zu umgehen sein. Wir müssen lernen den Mut zu haben zwischen Pflicht und Kür zu unterscheiden — zwischen dem, was machbar ist, und dem, was wünschenswert ist, aber nur bei ausreichenden Ressourcen realisiert werden kann.

- **Mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen**

Projektorientiert arbeiten heißt auch offener Arbeiten. Die Unterteilung in Gremien und Ebenen ist in einem großen und demokratischen Verband unumgänglich. Wer aber einfach nur Politik machen möchte, kann mit diesen Bürokratien wenig anfangen. Wer sich scheut in diese Mühle hineinzugeraten bleibt bestenfalls in seinem unmittelbaren Arbeitsumfeld. Deshalb müssen Arbeitsweisen geöffnet werden. Dort wo interessante und sinnvolle Projekte laufen, müssen alle, die daran Interesse haben oder über thematische Kompetenz verfügen, mitwirken dürfen. Wir brauchen stärkere Beteiligungsmöglichkeiten, eine höhere Durchlässigkeit und einen größeren Austausch zwischen den Ebenen. Für den Juso-Bundesverband bedeutet dies konkret, dass er die Unterbezirke stärker in seine Arbeit einbezieht und für sie auf seiner Ebene Betätigungsmöglichkeiten einräumt — auch um Vermittlung und Bindungskraft zu verstärken.

- **Niedrigschwellige politische Angebote schaffen**

Beteiligung muss auch in enger eingegrenzten Bereichen möglich sein. Deshalb ist ein erweitertes niedrigschwelliges, politisches Angebot notwendig. Dort, wo junge Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld ganz konkret ihre Erfahrungen einbringen und etwas bewegen wollen, sind dezentrale Netzwerke ein erfolgversprechender Ansatz, wie Juso-SchülerInnengruppen und Juso-Hochschulgruppen schon in der Vergangenheit gezeigt haben. Solche Formen gilt es auszubauen u. a. durch Bildung eines ArbeitnehmerInnennetzwerks. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Ergänzung und Professionalisierung der bestehenden Strukturen. Netzwerke in demokratische Strukturen einbinden. Die Jusos müssen sich über die Funktion und Ziele von Netzwerken kritisch verständigen. Sinnvoll sind sie nur in demokratisch legitimer Form und mit klar definierter Einbindung in die bestehenden Gremien. Ihre Arbeitsweise organisieren Netzwerke selbst, ihre Ziele müssen überprüfbar bleiben: Autonome Arbeitsweise ja, Abkopplung nein!

- **Jusos als Ideenwerkstatt**

Jusos müssen sich auch in ihren Arbeitsformen als Ideenwerkstatt begreifen. Was gut funktioniert, muss bleiben. Was zu verbessern ist, wird angegangen. Jede Einheit wird zum Experimentiermodell für andere. Wir wollen uns am best practice orientieren, es als Chance und nicht als Gefahr begreifen.

Bundesarbeitsprogramm 2001-2003

1 Von der Strategieplattform zum Bundesarbeitsprogramm

In der Strategieplattform haben wir versucht zu skizzieren, wie sich Jusos in neuen Zeiten aufstellen, um erfolgreich Politik machen zu können. Dies stellt die Grundlage unseres politischen Handelns dar. Das Bundesarbeitsprogramm knüpft nun genau an diesem Punkt an.

Für uns Jusos geht es in den nächsten zwei Jahren darum, jenseits von technokratischen Strukturdiskussionen die Arbeit von jungen SozialistInnen in Strategie und Praxis im beschriebenen Rahmen ganz konkret zu erneuern. Ziel darf nicht die Anpassung an einen vermeintlich durch die Schröder Regierung getroffenen Zeitgeist sein, sondern das Anknüpfen an fortschrittlichen Potentialen, um so einen Beitrag zu einer eigenständigen Entwicklung eines linker ausstrahlungsfähiger Politikentwürfe und der Organisation junger SozialistInnen innerhalb und außerhalb der Jusos zu leisten.

Die vereinbarte Strategie gewinnt in der praktischen Arbeit Gestalt. Die Voraussetzung für eine ernsthafte Umsetzung der Strategie ist die Verständigung auf eine gemeinsame strategisch-organisatorische Arbeitsplattform, auf der sich Bundesverband und Bezirke treffen. Wir Jusos begreifen in diesem Sinne das vorliegende Arbeitsprogramm als gemeinsame Grundlage der Arbeit von Bundesverband und Bezirken. Es stellt die Basis und den Rahmen unserer weiteren Aktivitäten dar.

2 Herausforderungen / Agenda der kommenden Jahre

Politische Lage und Aufstellung von rot-grün

Nach 2 1/2 Jahren rot-grüner Bundesregierung fällt eine Bilanz des Regierungshandelns ambivalent aus. Nach Kosovo-Krieg und Haushaltskonsolidierung 1999 waren die Renten- und die Steuerreform in den letzten Monaten die bestimmenden Themen.

I. Die *Steuerreform* - eines der großen angekündigten Reformprojekte von Rot-Grün - lässt eine klare Linie nicht erkennen. Neben größeren und richtigen Entlastungen im unteren Einkommensbereich durch die Senkung des Eingangssteuersatzes und die Erhöhung des Freibetrages wurde auch der Spitzensteuersatz deutlich gesenkt. Die Reform der Dividendenbesteuerung weg vom Vollanrechnungs- hin zum Halbeinkünfteverfahren benachteiligt Kleinaktionäre massiv. Volkswirtschaftlich hat die Reform zwar zu einer kurzfristigen Belebung der Binnenkonjunktur beigetragen, mittel- bis langfristige Auswirkungen auf die Inlandsnachfrage werden allerdings marginal bleiben, da weiterhin auf eine gezielte steuerliche Umverteilung verzichtet wird.

II. Einem Zick-Zack-Kurs kam die Auseinandersetzung um die *Rentenreform* gleich. Beinahe im Zwei-Wochen-Takt musste aufgrund öffentlichen und parteiinternen Drucks das ursprüngliche Reformmodell zum Teil grundlegend revidiert werden. Die Einführung einer kapitalgedeckten Zusatzversorgung und die indirekte Aufkündigung der paritätischen Finanzierung sind Punkte, die noch vor der gewonnen Bundestagswahl für die Sozialdemokratie undenkbar gewesen wären. Entsprechend groß war auch der Widerstand in der Partei. Die beiden größten Bezirke Westliches Westfalen und Bayern sowie Hessen-Süd und Mecklenburg Vorpommern legten Alternativentwürfe vor. Trotzdem war die Regierung nur bereit, marginale Korrekturen an ihrem Modell vorzunehmen. Das Ergebnis ist eine Rentenreform, die insbesondere in der Aufkündigung der paritätischen Finanzierung der kapitalgedeckten Säule den Grundstein zu einem späteren Ausstieg aus der solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Rente gelegt hat. Auch die (versprochene) soziale Grundsicherung im Alter, die diesen Namen auch verdient, ist zwischen politischem Unwillen, Sparlogik und Formelkompromissen auf der Strecke geblieben. Für den Rest der Legislaturperiode hat sich die Regierung noch einiges vorgenommen: Wende in der Agrarpolitik nach der BSE-Krise, gesetzliche Regelung der Einwanderung, die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes oder die Gesundheitsreform sind nur einige der Themen, die auf der Agenda stehen werden. Alle Themen böten die Chancen für eine fortschrittliche Politik. Besonders die Auseinandersetzung um die betriebliche Mitbestimmung kann von uns genutzt werden, um wieder grundlegende Fragen nach der Demokratisierung unserer Wirtschaft breit zu thematisieren. Diese Chance kann aber nur wahrgenommen, wenn die Debatte innerhalb und außerhalb der Partei mit Nachdruck geführt und entsprechend Druck auf die Regierung ausgeübt wird. Denn eines ist in 2 1/2 Jahren rot-grüner Regierungspolitik mehr als deutlich geworden: Jeder noch so kleine Schritt in die richtige Richtung muss hart erkämpft werden.

Hieran setzt der Beitrag der Jusos für den Wahlkampf an: Es kann uns bereits in der Vorbereitung des Wahlkampfes - u.a. mit dem Parteitag 2001 - gelingen, öffentlich darstellbare Wegmarken für eine fortschrittliche Reformpolitik aufzubauen. Aus dieser Chance heraus können die Jusos ihren Beitrag zum Wahlkampf entwickeln und der eigenen Generation politische Gestaltungsangebote liefern. Für die Jusos wird der Bundestagswahlkampf aber auch ein entscheidender Testlauf für die Erneuerung des Verbandes: Eine breite Ansprache und Wirksamkeit in die junge Generation, die zielgerichtete Durchsetzung zeitgemäßer Kommunikationsangebote und eine intensive Aktiven- und Mitgliederwerbung sind die Arbeitsaufgaben für den Wahlkampf.

Reform der politischen Beteiligung in der SPD

Die sich verändernde Gesellschaft bringt auch Anforderungen nach sich verändernden Formen der politischen Beteiligung mit sich. Rund um den Arbeitstitel "Partei 21" hat der SPD-Parteivorstand in den letzten Jahren einige Elemente ausprobiert. Dabei sind zwei grundlegende Tendenzen zu unterscheiden:

I. Bestrebungen über - zum Teil neue - Formen der Bildungsarbeit vor allem methodische Kenntnisse und Erfahrungen im ehren- wie im hauptamtlichen Bereich auszubauen und somit die "Effizienz" der politischen Arbeit mit einem schrumpfenden Personalpool zu erhöhen und

II. Die Herausbildung von Netzwerken in der politischen Arbeit, deren Aufgabenprofile sich zumindest zum Teil mit der Arbeit in bestehenden Strukturen überschneiden.

Die skizzierten Ansätze zur Reform der politischen Beteiligung bieten dabei Chancen und Risiken für eine stärkere Beteiligung der jungen Generation und für mehr Einfluss auf die Ausgestaltung der Sozialdemokratie von morgen. Den Jusos kommt dabei die Aufgabe zu, sie einerseits als Instrumente zur Durchsetzung einer fortschrittlichen Politik zu nutzen. Andererseits müssen die Jusos neue Formen der Beteiligung mit einer demokratisch legitimierten politischen Willensbildung verbinden: Neue "Formen" sind kein Selbstzweck - sie sind Instrumente eines politischen Prozesses und bedürfen der demokratischen Kontrolle durch die gewählten Gremien von Jusos und SPD.

3 Arbeitsplan 01-03

Wir wollen uns klare Schwerpunkte und einen klaren Fahrplan für die vor uns liegende Zeit geben. Wir fassen deshalb die genannten Überlegungen in einen konkreten gemeinsamen Arbeitsplan für die Amtszeit des zu wählenden Bundesvorstands zusammen. Er beschreibt konkret die Aufgaben und Projekte der vor uns liegenden zwei Jahre.

Die Jahre 2001 und 2002 sind für die Jusos die Zeit,

- I. in der wir konkret *Chancenprojekte vor allem für die Jugend* angehen wollen. Die Handlungsfelder Bildung, Arbeit und Integration bilden dabei den inhaltlichen Rahmen. Wir fassen diesen Schwerpunkt unter dem Motto *Recht auf Zukunftschancen* zusammen.
- II. in der wir im *Bundestagswahlkampf 2002* mit einer eigenständiger Wahlkampagne der Jusos für Umsetzungsperspektiven unserer Chancenprojekte und damit gleichzeitig für die Fortsetzung der rot-grünen Regierungskoalition werben werden. Unter dem Titel *Perspektive 2002* gilt es eine gemeinsame Wahlkampagne zu entwerfen.
- III. in der wir die *Programmdebatte der SPD* durch eigene Beiträge bereichern und massiv verbreitern wollen. Eine *Programmdebatte von unten* ist notwendig, um die Breite der Partei zu beteiligen und mitzunehmen.
- IV. in der wir weitere Schritte hin zur *Öffnung und Professionalisierung unserer Arbeitsweise* gehen werden. Es kann für uns dabei keine Erneuerung ohne Öffnung und Demokratisierung unserer Strukturen geben.
- V. in der wir so unseren Anspruch ein wesentlicher Teil der *Sozialdemokratie der nächsten Generation* zu sein untermauern werden.

I *Chancenprojekte: Das Recht auf Zukunftschancen*

Wir wollen, das sozialdemokratische Politik mit dem Begriff "Zukunftschancen" in Verbindung gebracht wird. Dabei geht es uns *einerseits* um die ganz konkrete Vertretung der Interessen von Jugendlichen und eine Stärkung ihrer Chancen, *andererseits* immer auch um eine parteiische Vertretung der Interessen aller lohnabhängig Beschäftigten. Wir vertreten aber auch die Interessen derer, die in unserer Gesellschaft marginalisiert sind. Letztlich geht es um eine solidarische und gerechte Gesellschaft. Die einzelnen Maßnahmen müssen sich einfügen in eine neue sinnstiftende Philosophie fortschrittlicher Politik. Das Projekt der Zukunft wird sich um die Frage drehen müssen, wie Demokratie, Lebensqualität und sozial Integration in einem veränderten Kapitalismus durchsetzen lassen.

Die SPD diskutiert "Chancen" und "Sicherheit im Wandel"

Die SPD-Parteiführung bereitet den Bundesparteitag 2001 grundlegender und intensiver vor, als wir es bislang gewohnt waren: Bereits in den vergangenen Wochen wurden die Leittritte für den Parteitag Ende November in die innerparteiliche aber auch öffentliche Diskussion eingespeist. Die Taktik ist klar: Je mehr Diskussionsbedarf im zeitlichen Vorlauf "befriedigt" wird, desto geschlossener und klarer kann der Parteitag zum Jahresende die Leittritte beschließen und somit die wesentliche programmatische Basis für den Bundestagswahlkampf legen. Diese Vorgehensweise und die im Prinzip offenen Diskussionsangebote bieten den Jusos Chancen, sich öffentlich und innerparteilich in die zentralen Debatten einzuschreiben.

Der Konflikt zwischen Anforderungen einer flexiblen Arbeitswelt und dem Anspruch, ein schönes Leben zu führen, geht nicht nur durch die Gesellschaft, sondern durch jeden von uns. Wir erreichen eine neue Stufe der Individualisierung, die jeden zum "Manager seiner eigenen Biographie" macht. Die wenigsten sind aber in der Lage, dies individuell zu meistern. Eine Sozial- und Bildungspolitik der Zukunft muss stärker diese Lebenslagen berücksichtigen, Chancengleichheit realisieren und eine reale Beschäftigungsperspektive der/des Einzelnen sicherstellen.

Erforderlich ist ein *fortschrittliches* Sozialstaatsverständnis, das sich davon löst, in erster Linie monetäre Transferleistungen im Risikofall zu erbringen. Eine *fortschrittliche* Bildungspolitik muss Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit als Kernziele sicherstellen. Eine *fortschrittliche* Arbeitsmarktpolitik muss den präventiven Charakter stärken und wesentliches Element einer zukünftigen Regulation der Arbeitsgesellschaft sein. Eine *fortschrittliche* Einwanderungspolitik muss Zukunftschancen vor allem durch ein breit angelegtes Integrationskonzept ermöglichen.

Wir wollen so das Recht auf Zukunftschancen zu einem praktischen Leitbild einer erneuerten sozialdemokratischen Politik machen, deswegen stellen wir es in das Zentrum unserer Arbeit. Wir werden auch im Rahmen der SPD-Jugendinitiative auf allen Ebenen Initiativen und Aktionen starten, die diesen Anspruch gerecht werden.

I.1. Recht auf Bildungschancen: Grundlage für Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit

Die Situation Jugendlicher und junger Erwachsener ist maßgeblich dadurch geprägt, dass dieser Lebensabschnitt gesellschaftlich als Ausbildungsphase betrachtet wird. Insofern ist es für einen politischen Jugendverband, der an den Lebensrealitäten junger Menschen ansetzen will, selbstverständlich, sich intensiv mit dem Thema Bildung zu befassen.

Darüber hinaus erhält das Thema Bildung aktuell immer höhere Bedeutung. "Arbeitskraft" ist immer weniger tatsächlich mit dem Einsatz von "Kraft" verbunden. Entsprechend sieht das heutige Leitbild eines Arbeitnehmers

diesen immer stärker als quasi-selbständigen Kleinstunternehmer, dessen Kapital seine Qualifikation und seine Arbeitskraft sind. Dieser ist weniger an einen im Detail vorgeschriebenen Arbeitsprozess als vielmehr an die eigenständige Maximierung des Outputs gebunden. Bei der Implementierung dieses Leitbildes kommt der Kommerzialisierung des Bildungsbereiches eine Schlüsselrolle zu. Denn die selbsttätige Optimierung der eigenen Ausbeutung erfordert eine ganz spezifische Qualifikation. Andererseits ist die Einsicht in diese Ausbeutungsmechanismen auch die notwendige Voraussetzung dafür, die entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu kritisieren und für eine Veränderung zu wirken. Eine solche Qualifikation ist also auch potentiell subversiv und kann die Grundlage für fortschrittliches politisches Eingreifen sein.

Dem gegenüber orientieren Jusos auf eine solidarische Bildungsreform, die Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit in den Mittelpunkt der Debatte rückt. Insofern kann es bei Bildungschancen nicht um Optionen gehen, die man entweder erfolgreich nutzt oder verspielt hat. Vielmehr ist sicherzustellen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben sich ständig und immer wieder neu zu qualifizieren. Diese für eine emanzipative Gesellschaftsentwicklung notwendige Voraussetzung ist heute leichter durchsetzbar, da die traditionelle Vorstellung von einer befristeten Ausbildung, die dann Grundlage für eine lebenslange Berufstätigkeit ist, auch unter der Perspektive kapitalistischer Profitmaximierung nicht mehr zweckmäßig ist. Das heißt aber selbstverständlich nicht, dass im aktuellen Umbau der Bildungslandschaft emanzipative Elemente ganz von allein wirksam werden. Im Gegenteil: dies wird Gegenstand härtester Auseinandersetzungen sein.

Wir wollen eine grundlegende Reform des Bildungssystems mit dem Ziel der Stärkung der Demokratie. SchülerInnen und Studierende müssen mehr Mitentscheidungsrechte erhalten. Wir werden die SPD auffordern, hierfür erforderliche Gesetzesänderungen z. B. beim Hochschulrahmengesetz vorzunehmen.

Da die Reform des Bildungssektors im wesentlichen dezentral umgesetzt wird, ist es für unsere konkrete Arbeit in diesem Bereich ganz besonders entscheidend, eine gute Verankerung in den Bezirken zu erreichen. Hierzu ist gemeinsam mit den Juso-SchülerInnen und den Hochschulgruppen ein Prozess einzuleiten, in dem einerseits die regionalen Erfahrungen gesammelt werden und andererseits eine Konzeption von Bildung und Qualifikation als Teil emanzipativer Gesellschaftsentwicklung entwickelt und in konkrete Reformschritte heruntergebrochen wird. Auf dieser Grundlage werden wir einerseits in die Partei hinein agieren, um der bildungspolitischen Debatte hier wieder eine fortschrittliche Perspektive zu geben. Wesentlicher Eingriffspunkt ist hier der Bundesparteitag im November 2001. Andererseits werden wir uns koordiniert zu den wesentlichen Reformvorhaben der nächsten Zeit auf Bundes- und Länderebene positionieren und eigene Vorschläge, die über die tagespolitische Debatte hinausweisen, einbringen.

1.2. Zukunft der Arbeit: Neue Chancen durch eine Arbeitsversicherung und Beschäftigungspolitik

Der Strukturwandel der Arbeit erfordert eine neue Arbeitsmarktpolitik. Unser Vorschlag lautet, die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine "Arbeitsversicherung" umzuwandeln. Sie soll nicht erst Leistungen erbringen, wenn der Risikofall Erwerbslosigkeit eingetreten ist, sondern die Erwerbstätigen erwerben mit ihren Leistungen individuelle Ansprüche, z.B. an Phasen kürzerer Arbeitszeit und Qualifizierung, die sie während ihrer Erwerbstätigkeit oder in Übergangsphasen einlösen können. Wenn das bisherige Normalarbeitszeitverhältnis immer weniger Gültigkeit besitzt, lösen sich auch damit verbundene Sicherheitsstandards auf. Erforderlich ist daher eine Konzeption der Flexibilisierungen, die im Interesse der Erwerbstätigen sind, zulässt, aber auch neue Sicherheiten bietet. Vor allem geht es dabei um die Realisierung einer Brückenfunktion an Arbeitsmarkt-Übergängen.

Mit der Aufnahme des von den Jusos geforderten Ansatzes der "Arbeitsversicherung" als Weiterentwicklung der bisherigen Arbeitslosenversicherung in den vom SPD-Parteivorstand vorgelegten Leitantrag "Sicherheit im Wandel" ist ein neues, alternatives Steuerungsmodell der Arbeitsmarktpolitik auf die politische Tagesordnung gedrungen. Notwendig ist es nun, dieses alternative (und damit auch weitgehend unbekannt) Konzept über die innerparteiliche Diskussion hinaus in eine öffentliche Debatte zu bringen und somit grundsätzlich Türen für die Diskussion alternativer Ansätze und Entwürfe aufzustoßen.

Weiterhin ist es Ziel von Jusos im Rahmen der Debatte um die Zukunft der Arbeit, die Ausbildungs- und Berufseinstiegschancen Jugendlicher und junger Erwachsener zu verbessern. Hierzu gehören insbesondere

- die Fortführung des JUMP Programms über das Jahr 2003 hinaus und seine Fortentwicklung in Richtung eines "JUMP-PLUS", das gesonderte Förderung von Regionen mit struktureller Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere in Ostdeutschland, gewährleistet.
- die grundlegende Reform des Berufsbildungssystems durch eine Ausbildungumlage. Insbesondere für strukturschwache Regionen ist die Ausbildungumlage nach wie vor zur Sicherung eines auswahlfähigen Angebotes an Ausbildungsplätzen ein notwendiges Instrument.

Die Verbesserung von Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit macht nur dann Sinn, wenn auch gleichzeitig qualifizierte, existenzsichernde und vor allem ausreichend Arbeitsplätze geschaffen werden. Massenarbeitslosigkeit hat ihre Ursache nicht in mangelnder Aus- oder Weiterbildung der lohnabhängig Beschäftigten, sondern darin, dass der Strukturwandel oftmals nur unzureichend durch politische Regulierung abgefedert worden ist. Erforderlich ist erstens eine Steuer- und Finanzpolitik, die gerecht ist, die Massenkaufkraft stärkt und Kapital in arbeitsplatzschaffende und ökologisch verträgliche Wachstumsfelder lenkt. Wir plädieren zudem für den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS), der wirtschaftliche Eigeninitiative von unten und eine Stärkung gemeinwohlorientierter Dienstleistungen ermöglicht. Zum dritten wollen wir die Möglichkeiten für eine regionalisierte Strukturpolitik ausbauen.

1.3 Demokratie in Partei und Gesellschaft

Dieses zentrale Projekt soll die Ansprüche der Jusos an Demokratie und Teilhabe innerhalb ihres Verbandes und der Partei aufgreifen und hierzu Konzepte entwickeln.

Des weiteren geht es darum unsere Vorstellungen für mehr Demokratie in der Gesellschaft zu formulieren. Dabei werden wir uns mit Konzepten von mehr direkter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen auf der Bundesebene sowie Verfassungsänderungen zur Einführung von mehr Demokratie durch Volksabstimmungen und Volksbegehren beschäftigen.

Die Projektgruppe wird beauftragt hierzu einen Kongress vorzubereiten.

Wir müssen uns dafür einsetzen, dass bürgerschaftliches Engagement nicht als günstige Gelegenheit verstanden wird, dass sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückziehen kann! Genauso wenig kann es einen Ersatz für Erwerbsarbeit darstellen.

I.4. Integration als Kern einer modernen Einwanderungspolitik

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Einwanderung in die Bundesrepublik gesetzlich zu regeln und auf vernünftige Beine zu stellen. Die Jusos werden sich in diese Debatte einmischen. Es gilt, die eigene Positionen auch wahrnehmbar in der öffentlichen Auseinandersetzung zu platzieren. Dabei kommt es auch darauf an, konservativer Stimmungsmache gegen AusländerInnen und einem Frontalangriff auf die Überreste des Grundrechts auf Asyl das Wasser abzugraben. Besondere Beachtung wird dabei auch der speziellen Situation von weiblichen Flüchtlingen und MigrantInnen zukommen.

Aufgabe der Jusos in dieser Debatte ist es aber nicht, nur rechtzeitig den "besseren, weil humaneren Gesetzentwurf" vorzulegen, sondern durch Informationen aufklärerisch tätig zu sein, um aufzuzeigen, dass zahlreiche der gebetsmühlenartig in der öffentlichen Debatte wiederholten "Argumente" falsch, verdreht oder unvollständig sind und die Notwendigkeit eines quotenbewehrten Einwanderungsgesetzes sich daraus nicht zwangsläufig ableiten lässt, sondern vor allem Anstrengungen zur Wiederherstellung des Asylrechts und zur Integration der hier lebenden oder zuziehenden Einwanderer und Einwanderinnen nötig sind. Insofern kann es gerade mit diesem Thema gelingen, verschiedene Interessenschwerpunkte des Verbandes zu bündeln und zusammenzubringen.

I.5. Umsetzung und Verbandsmobilisierung

Ziel ist es eine breite Verständigung des Verbandes auf drei bis vier zentrale Reformansätze erfolgen, die im Rahmen einer gemeinsamen Philosophie intensiv im Verband und darüber hinaus kommuniziert werden. Die abgeleiteten Forderungen sollten in der zweiten Jahreshälfte von den Jusos u.a. in die Diskussion der regionalen Parteigliederungen zur Vorbereitung des Parteitages eingebracht werden - mit der Zielsetzung einer positiven Positionierung der SPD-Landesverbände & -Bezirke. Als Handreichungen hierfür werden dem Verband "Arbeitshilfen" zur Verfügung gestellt, die die inhaltliche Positionierung, Hinweise zur strategischen Verankerung im Verband, Aktions- und Veranstaltungstipps sowie sonstigen Support enthalten. Praktischerweise sollten diese "Arbeitshilfen" über die Internetseiten der Jusos zu beziehen sein. Zudem sollten entsprechende Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit (zum Verteilen) entwickelt und produziert werden. Zielsetzung des skizzierten Vorgehens ist es, dass sich die Jusos an einigen wenigen Reformansätzen profilieren und durch eine intensive Bearbeitung und öffentliche Darstellung nachweisbare Erfolge erzielen. Ein solcher Prozess wäre nicht nur eine Chance für die Stärkung der eigenen Verbandsidentität, sondern auch ein öffentlich darstellbarer Kompetenzbeleg und die erste Konturierung inhaltlicher Profilierungsfelder für den Juso-Bundestagswahlkampf.

II Bundestagswahl 2002 – Perspektive 2002

II.1 Bundestagswahlen 2002

Zurzeit ist noch weitgehend unklar, wie die "Aufstellung" von CDU/CSU für die Bundestagswahl ausfallen wird. Nicht nur wegen der illegalen Finanzierungspraktiken und dem nicht wiederlegten Korruptionsvorwurf gegen den langjährigen Parteivorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Union eine nicht aufgearbeitete "Erblast" mit sich zu tragen. Vor allem aber der systematische Klau von Zukunftschancen für die junge Generation in den 16 Jahren Kohlscher Regentschaft, der Abbau von Chancengleichheit, die untätige Hinnahme von Jugendarbeitslosigkeit etc. sind Markenzeichen des konservativen Projekts der 1980er und 90er Jahre, mit dem auch die sog. "neue CDU" bis in die letzte Faser verwoben ist. Aufgrund der desolaten Situation der CDU ist in der Union zudem eine weitere Verschiebung des Kräfteverhältnisses hin zur rechtskonservativen CSU zu befürchten, der im Wahlkampf mit der klaren Ansage "Stoppt Stoiber" zu begegnen ist, *insbesondere da von dieser Seite eine Kanzlerkandidatur zu befürchten ist*. Die FDP hingegen ist mit ihrem Frontmann Guido W. dabei, sich einen jugendlichen Touch zu verpassen und will die Modernisierungselite der jungen Generation vereinnahmen. Sie setzt mit ihrem neo-liberalen Modernisierungsansatz dabei klar auf die soziale Spaltung unserer Generation. Ihrem "Ellenbogen-Ansatz" müssen Zukunftschancen für die gesamte Generation entgegengestellt werden, bei denen der Aspekt der Chancengleichheit der zentrale Ansatzpunkt ist.

Nach dem Erfolg der Bundestagswahl-Kampagne 1998 wird von der SPD-Parteiführung auch für den kommenden Wahlkampf wieder eine umfassende, professionelle, zentral gesteuerte Kampagne angestrebt. Eine solche Kampagne muss aber verknüpft werden mit klaren Regeln der innerparteilichen Willensbildung und einer intendierten Beteiligungsorientierung für die Sozialdemokratie vor Ort. Nach den auch 1998 nur mäßigen Wahlerfolgen im JungwählerInnenbereich wird die SPD im kommenden Bundestagswahlkampf deutlich Akzente einer Jugendarbeit verankern. Hier kommt es wesentlich darauf an, nicht nur mit populären Veranstaltungen u.ä. jugendlich aufzutreten. Vielmehr müssen jugendgerechte Formen der Zielgruppenansprache verbunden werden mit einem politischen Angebot, das auf den sozialen Zusammenhalt der jungen Generation ausgerichtet ist und fortschrittliche Antworten auf die Fragen der zukünftigen Ausgestaltung des Lebens, Lernens und Arbeitens liefert.

II.2 Strategieentwicklung/Plattform

Eine Wahlkampfkonzeption, die allein darauf aufbaut, von der Bundesebene her eine Kampagne zu planen und mittels der Bereitstellung entsprechender Materialien dem Verband zur Umsetzung vorzulegen, wird wenig ausstrahlen. Notwendig ist es - mit beträchtlichem zeitlichen Vorlauf - beginnend bereits in 2001 - eine Wahlkampfstrategie zu entwickeln und ein entsprechendes Team aufzubauen. Dies meint dreierlei:

- Nur wenn es gelingt, weitgehend zusammen im Verband eine Wahlkampfstrategie zu entwickeln und hierin die unterschiedlichen Kompetenzen der regionalen Gliederungen zu integrieren und auf eine überschaubare Zahl konkreter Reformprojekte zu verdichten, wird es gelingen, einen gemeinsamen Juso-Wahlkampf mit einem erkennbaren Profil zu entwickeln.

- Hierzu gehört der Aufbau einer Gruppe mit VertreterInnen der Bundes- wie der Landes- und Bezirksebene, das als dezentrale "Juso-Kampa" die Entwicklung einer Wahlkampfstrategie begleitet und konkrete Beiträge zur Ausgestaltung und Koordination liefert.
- Möglichst frühzeitig muss eine Einbindung der lokalen/regionalen Umsetzungsebene des Juso-Wahlkampfes.

II.3 Perspektive 2002 - Junge in den Bundestag

Eine wichtige Kernaufgabe ist die Rekrutierung von politischem Nachwuchs, die personale Verankerung in der jungen Generation und damit auch die Heranführung von jungen WählerInnen an die Sozialdemokratie. Hierfür bieten "Juso-Kandidaturen" für den Bundestag sicherlich einen positiven Bezugspunkt. Vom Juso-Bundesverband sollten frühzeitig - d.h. relativ umgehend - Hilfestellungen in Bezug auf die Vorbereitung und Durchsetzung von Kandidaturen erarbeitet, ein gemeinsames "Label" angeboten und eine koordinierende Rolle übernommen werden.

Zwar sind auch die Jüngeren in der SPD sich nicht immer einig. Produktiven Streit sehen wir jedoch als Chance und Bereicherung. Viele sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Politische Verantwortung heißt für uns aber auch, für Ideen zu stehen und nicht nur für Posten. Wenn wir nicht als Einzelkämpfer auftreten wollen, muss auch eine gemeinsame Basis definiert werden. Gerade in Phasen des Umbruchs kann es dabei keine fertigen Antworten geben. Wir wollen den offenen Diskurs. Aber im "Kampf um die Köpfe" scheuen wir uns nicht, politische Gegner zu benennen. Wir bekämpfen alle Spielarten des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus und werden alles in unserer Kraft stehende unternehmen, um Jugendliche und junge Erwachsene nicht in den braunen Sog geraten zu lassen. Aber wir stellen uns auch gegen den von angeblichen Liberalen gepredigten "Anarchismus für Reiche". Wer die Ideologie des ungezügelten Marktes und der soziale Ungleichheit predigt, verachtet die Interessen der allermeisten Menschen und gefährdet die Grundlagen der Demokratie.

Darum: Jung sein allein ist kein Qualitätsmerkmal. Wir wollen junge SozialistInnen unterstützen! Diese Unterstützung kann aber nicht am Wahltag beendet sein. Gerade nach dem Einzug in den Bundestag müssen wir Jusos stärker als 1998 versuchen, die Verbindung zu den MdBs zu halten und ihnen Angebote zur Kooperation machen, um die inhaltliche Anbindung zu gewährleisten, andererseits auch, um ihnen "den Rücken zu stärken".

III Programmdebatte von unten

Programmdebatte nur oben

Die SPD hat im letzten Jahr beschlossen, ihr Grundsatzprogramm zu erneuern. Bisher ist die Debatte eher schleppend angelaufen und eine Diskussion außerhalb der Programmkommission der Partei findet kaum statt. Dies entspricht der Anlage Programmdebatte von Seite der Parteiführung. Zwar ist grundsätzlich der Ansatz zu begrüßen, dass die Debatte als gesellschaftlicher Dialog organisiert sein soll, vieles deutet jedoch darauf hin, dass medientaugliche Positionsverkündungen statt ein Dialog und Diskurs im Vordergrund stehen.

Nach den aktuellen Planungen der Partei wird es auf dem Bundesparteitag einen Zwischenbericht insbesondere zur Gesellschaftsanalyse geben, dann wird für die Bundestagswahl unterbrochen und danach wird die Debatte dann mit einem neuen Programm abgeschlossen.

Für die Debatte zum Grundsatzprogramm wurde der Partei kein fester Zeitrahmen gegeben, zum Parteitag 2001 soll jedoch ein Analyseteil vorliegen, der eine "Bestandsaufnahme aktueller Entwicklungen vor dem Hintergrund der sozialdemokratischen Grundwerte" vorlegen soll. Diese Zielsetzung umfasst mehr als eine reine Beschreibung der Veränderungen seit Verabschiedung des Berliner Programms, denn eine solche Beschreibung wird auch Themen und Richtung der weiteren Diskussion vorgeben. Unser Ziel muss es sein, die Positionen und Erfahrungen der Jusos und der jungen Generation in diese Diskussion einzubringen.

Die Debatte über das neue Grundsatzprogramm sollte:

- an Themen orientiert geführt werden
- in die politische Arbeit der Gliederungen eingebunden sein
- auch zur Ansprache Interessierter genutzt werden

Dies alles spricht dafür, Beiträge zur Programmdebatte als Gegenüberstellung der bestehenden SPD-Programmatik (Berliner Programm) mit einer "Bestandsaufnahme" zu organisieren, d.h. unter der Fragestellungen: Mit welchen Veränderungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik haben wir zu tun? Wo liegen die politischen Aufgaben und Probleme bzw. welche erwachsen daraus? Ausgangspunkt für die Programmdebatte bleibt für die Jusos in der SPD damit das Berliner Programm der SPD

Darüber soll der Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen gesucht werden, bevorzugt mit denjenigen, von denen künftig (wieder) Unterstützung bei Wahlen erwartet wird. Von besonderer Bedeutung ist es dabei - nicht nur wegen der o.a. zeitlichen Nähe zur Bundestagswahl - Bestandsaufnahmen, Analysen und Lösungskompetenz vor Ort einzubeziehen und damit die Verbindung zwischen Theorie und Praxis herzustellen. Veranstaltungen sollten möglichst dezentral organisiert werden, wobei die Wahl der Veranstaltungsform und die Themenstellung den organisierenden Gliederungen überlassen bleiben. Damit ist auch sichergestellt, dass die jeweils gewählten Themenschwerpunkte einen Bezug zur Arbeit des Verbands vor Ort haben und mit bereits vorhandenen Planungen und Aktivitäten verzahnt werden können.

Umsetzung

Die Programmdebatte auf Bundesebene wird in einer Programmkommission zusammengeführt. Ziel ist es, hier die laufende Information aus der Programmkommission der SPD zu gewährleisten, die inhaltlichen Debattenstränge zu bündeln sie mit den Bezirken und Landesverbänden zu koordinieren sowie sinnvolle politische Eingriffspunkte zu definieren. Dies setzt auch Impulse von außen voraus.

Um eine breite Programmdebatte von unten zu initiieren, bedarf es konkreter Arbeitshilfen von Seiten der Bundesebene. Diese sollen in Form von Veranstaltungsvorschläge bzw. -muster ReferentInnenlisten etc. zu einem Arbeitspaket Programmdebatte zusammengefasst werden, das laufend ergänzt werden kann. In diesem Rahmen ist auch die Weitergabe und Verteilung der Arbeits- und Ergebnispapiere der Bundesprogrammkommission

und der Grundwertekommission sowie der Zugriff auf aktuelle Diskussionsergebnisse zu organisieren, auch und gerade durch Nutzung der Neuen Medien.

Die Programmkommission legt bis zum Herbst Bundesvorstand und Bundesausschuss ein Zwischenergebnis der bisher geleisteten Arbeit vor. Auf dessen Grundlage entscheidet der Bundesvorstand rechtzeitig vor dem Bundesparteitag, in welcher Form die Jusos eine begründete Stellungnahme zur Bestandsaufnahme auf dem Bundesparteitag einbringen.

IV Organisationsvoraussetzungen schaffen

IV.1 Gemeinsame Verbandsführung umsetzen

Gemeinsamer Arbeitsplan

Über die auf dem Bundeskongress sicher mehrfach postulierte Bereitschaft aller, an einer kollektiven Verbandsführung mitzuarbeiten hinaus, müssen hierzu auch im Zusammenspiel von Bundesverband und den Juso-Bezirken und -Landesverbänden verbindliche Verfahren und Instrumente vereinbart werden.

Nur so wird es gelingen, trotz aller - begrüßenswerten! - Pluralität der Jusos eine Verständigung auf einige ausgewählte zentrale Reform- und Arbeitsfelder zu erreichen. Strategisches Minimalziel für die nächsten Monate ist es, an den zu Anfang genannten konkreten Reformprojekten den Verband weitestgehend kollektiv aufzustellen, inhaltlich zu positionieren und öffentlich wie der Partei gegenüber eingriffsfähig zu machen - und damit ein entscheidendes Fundament für den Juso-Bundestagswahlkampf zu legen.

Bundesausschuss

In einem pluralistischen Bundesverband, in dem die Bezirke und Landesverbände das inhaltliche Rückgrat bilden, nimmt der Bundesausschuss als ihre Vertretung eine herausgehobene Rolle ein. Diese Rolle beinhaltet neben den Rechten auch die Verantwortung zu Teilhabe und zum Einbringen.

Die Bedeutung des Bundesausschusses muss erhöht werden. Er muss zum zentralen Koordinationsgremium zwischen den Bezirken und zwischen Bezirken und Bundesvorstand werden. Der Bundesausschuss ist der Ort an dem die inhaltliche Verknüpfung der Inputs der Bezirke stattfindet.

Der Bundesausschuss muss sich stärker als bisher als Arbeitsgremium verstehen, dessen Ergebnisse für die Gliederungen hilfreich sind.

Um gegenüber dem Bundesvorstand eine deutlich eigenständigere Rolle einzunehmen, wählt der Bundesausschuss selbständig ein eigenes Präsidium, das aus mindestens drei Mitgliedern des Bundesausschusses besteht.

Dieses lädt mindestens sechsmal im Jahr das Gremium ein, leitet die Sitzungen, legt die Tagesordnung fest und kann jederzeit vom Bundesvorstand Rechenschaft verlangen. Die Mitglieder des Bundesvorstandes sind verpflichtet, an den Sitzungen des Bundesausschusses teilzunehmen.

In der kommenden Amtszeit streben wir für den Bundesausschuss eine Richtlinienänderung in Abstimmung mit den Bezirken und Landesverbänden an, die den Bundesausschuss zum höchsten beschlussfassenden Gremium zwischen den Bundeskongressen macht. Des weiteren ist Ziel der Richtlinienänderung mehr Transparenz zu schaffen.

Der Bundesausschuss soll darüber hinaus das Agieren der Jusos auf Bundesparteitagen vorbereiten, um die Jusos dort wieder zu einer ernstzunehmenden, geschlossenen Kraft werden zu lassen.

Der Bundesausschuss muss die Arbeit der langfristigen Schwerpunktprojektgruppen, der Kommissionen und der kurzfristigen Arbeitsgruppen koordinieren und mit den Bezirken abstimmen.

Die Arbeitsgruppen, Kommissionen und die Projektgruppen sind vom Bundesausschuss einzurichten. Sie werden in Abstimmung mit dem Bundesvorstand geleitet.

Im Eilfall kann der Bundesvorstand vorbehaltlich der Zustimmung des Bundesausschusses Arbeitsgruppen einsetzen

IV.2 Unterstützung ostdeutscher Landesverbände

Ostdeutscher Diskurs

Die Debatten zur Zukunft Ostdeutschlands werden wir Jusos stark begleiten. Die aktuell diskutierten ökonomischen Perspektiven und damit verbunden arbeitsmarktpolitisch und wirtschaftspolitisch auf den Weg zu bringende Instrumente entscheiden auch über die - gerade in der Arbeitsmarktpolitik - künftigen sozialdemokratischen Grundrichtungen in diesen Politikfeldern. Die Stimmung und der Mut unter den Politikern ist weitestgehend erdrückend. Die "ausprobierten" Instrumente (wie ABM, SAM und Ansätze des ÖBS) drohen über Bord geworfen zu werden aufgrund der ausgebliebenen Wirkungsentfaltung. Wenn Jusos sich in diesen Debatten zurückhalten, können Ansätze unserer politischen Forderungen erst gar keine Verankerung finden. Es kann uns gelingen aus dem "Experimentierfeld" Ostdeutschland eine Vorbildfunktion für künftige arbeitsmarktpolitische Instrumente zu gestalten.

Projekte/ Ostgipfel

Es ist gelungen die Zusammenarbeit der ostdeutschen Landesverbände wieder zu verdichten. Durch die Anstöße über den Baustein Ost sind die ostdeutschen Landesverbände zu einem lebendigen Netzwerk zusammengekommen. Die dort entwickelten Projekte und Positionen sind an vielen Punkten formuliert und werden nun sowohl in den Bundesverband als auch in die Partei und die Regionen vor Ort getragen. Der Ostgipfel wird auch in Zukunft seine Arbeit fortsetzen. Bei dieser Koordinierung werden wir die ostdeutschen Landesverbände weiterhin unterstützen. Mit der zurückliegenden Ostkonferenz sind erste Zeichen gesetzt worden. Wir werden die Zusammenarbeit mit dem Forum Ostdeutschland weiter ausbauen und ähnliche Veranstaltungen zur Verankerung unserer entwickelten Vorstellungen organisieren.

Für Demokratie Courage - das in Sachsen in Kooperation mit dem DGB, den Falken und anderen Kooperationspartnern sehr erfolgreich durchgeführte Schulprojekt wird in den kommenden Monaten auf weitere Bundesländer ausgeweitet. In Thüringen sind die Jusos bereits dabei, in den anderen Ländern wird daran gearbeitet. Dieses

Projekt und das Netzwerk werden wir Jusos unterstützen. Die anderen Bundesverbände des DGB und auch der Falken sind dabei, wir werden dem folgen und bei der Verankerung dieses Projektes in ganz Ostdeutschland unterstützend tätig sein.

Serviceleistungen

In den zurückliegenden Monaten ist die Zusammenarbeit zwischen Bundesbüro und ostdeutschen Landesverbänden gut vorangeschritten. Diese Zusammenarbeit werden wir fortsetzen - das Bundesbüro ist mit seinem Umzug nach Berlin in die Mitte unserer Landesverbände gerückt. Die in der Vergangenheit gesammelten guten Erfahrungen im Zusammenhang mit der Ostkonferenz und vor allem der Osterschule müssen wir nutzen für ähnliche Projekte in den kommenden zwei Jahren. Die Qualifizierung und Vernetzung unserer Funktionäre werden weiter ausgebaut und dies wird der Bundesverband weiterhin fördern. *Wir werden weiterhin* Basismaterialien anbieten, die *wie die* der Kampagne "Neue Zeiten denken" viel Freiraum für die flexible Gestaltung vor Ort *bieten* und diese Angebote innerhalb der Materialpalette werden wir weiter ausbauen (Eindruckleporellos, Eindruckplakate etc.).

IV.3 Arbeitsebene Bund – Arbeitsgruppen und Kommissionen

Flexible Arbeitsgruppen

Die Arbeitsformen auf Bundesebene bedürfen einer Erneuerung: konkrete Projektarbeit zu ausgewählten Themen, zeitlich begrenzt und mit einer konkreten Ergebnisorientierung bietet die Chance Kompetenzen zusammenzuführen und zielgerecht für die Entwicklung konkreter Positionierungen zu nutzen. Der Bundesvorstand und Bundesausschuss werden in ganz verschiedenen Formen die inhaltliche Arbeit bedarfsgerecht organisieren. Dies kann in zeitlich genau begrenzten Projekten, ExpertInnenrunden usw. passieren.

Bundesweite und Regionale Events

Bundesweite Veranstaltungen wollen wir zu Events der Diskussion junger Sozialistinnen und Sozialisten innerhalb und außerhalb der Jusos machen. Dies setzt eine langfristige und ernsthafte politische wie organisatorische Vorbereitung sowie die Verankerung im Verband voraus. Daneben werden vermehrt regionale Veranstaltungen angeboten, die in Kooperation mit den Bezirken veranstaltet werden. So kann ebenfalls eine größere Beteiligung der Mitgliedschaft und von außen gewährleistet werden.

Kommissionen

Auf dieser Grundlage werden folgende Kommissionen für notwendig erachtet:

- *Bundesfrauenkommission*

Die autonome Frauenstruktur auf Bundesebene wird beibehalten. Besondere Herausforderung für die Bundesfrauenkommission wird es sein, im Bewusstsein der Doppelbelastung politisch aktiver Frauen in Frauenstrukturen und "normalen" Gremien mehr Frauen zur Mitarbeit auf Bundesebene zu gewinnen und sich weiter zu öffnen. Inhaltlich wird sich die BFK einerseits mit der programmatischen Weiterentwicklung eines Feminismusbegriffs, andererseits mit der Abarbeitung aktueller Tagespolitik wie bspw. dem Gleichstellungsgesetz oder der Bedeutung des Ehrenamts beschäftigen müssen. In der SPD wird es für die BFK darauf ankommen, die Federführung zur Verankerung der harten Quote und der Sanktionierungsmöglichkeiten für den Juso-Verband im Organisationsstatut der SPD auf dem nächsten BPT zu übernehmen. Verstärkt wird der Bundesverband Kontakt halten zu anderen frauenpolitischen Organisationen und Zusammenhängen um Gegenmacht an konkreten politischen Vorhaben zu organisieren.

Eine Schulungsoffensive muss sowohl unsere Konzepte einer zukünftigen Gesellschaft, wie auch unsere frauenpolitischen Forderungen im Verband verankern und für Frauenpolitik, die gesellschaftliche Situation von Frauen und geschlechtsspezifische Diskriminierungen sensibilisieren. Darüber hinaus wird es eine besondere Herausforderung sein, Geschlechteraspekte bei allen politischen Vorhaben mitzudenken.

Außerdem müssen Konzepte entwickelt werden, wie die Zielgruppenansprache der SchülerInnen und Studierenden Frauen in besonderem Maße berücksichtigt. Der Bundesverband wird eine Mitgliederwerbekampagne entwickeln, die in besonderer Weise Frauen anspricht. Zur Unterstützung der Untergliederungen entwickelt der Bundesverband zusätzlich spezielle Kampagnenangeboten, erstellt frauenspezifische Themenflugblätter und bietet Hilfestellungen an.

Im Rahmen einer programmatischen Neubestimmung des Anspruchs der Jusos als feministischer und sozialistischer Richtungsverband wird es für die Frauen besonders darauf ankommen, Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern als zentralen Aspekt einer zukünftigen Gesellschaft zu verankern. Es geht dabei nicht um einen künstlichen Bruch mit der alten Frauenbewegung, sondern um die Weiterentwicklung feministischer Positionen als unabdingbaren Bestandteil der Programmatik des Verbandes.

- *BundeschülerInnenkommission*

Im nächsten Jahr werden wir einen Prozess zur Neuausrichtung der Arbeit der BSK beginnen. Hintergrund für diesen Prozess müssen die aktuellen Veränderungen im Bildungssystem und die bisher gemachten Erfahrungen auf allen Ebenen der SchülerInnenarbeit sein.

Ziel dieses Prozesses soll zum einen die Konzentration auf die Unterstützung der Basisarbeit sein, z. B. in Form von Werbematerial, Handbüchern und der personellen Unterstützung vor allem schwächerer Verbandsteile.

Zum anderen werden unsere inhaltliche Arbeit auf wenige Schwerpunktthemen begrenzen. Die Ergebnisse unserer Arbeit sollen verstärkt in die Arbeit des Bundesverbandes einfließen.

Der BundeschülerInnenkongress 2002 wird wieder die zentrale Veranstaltung sein, um Schülerinnen und Schüler anzusprechen. Die erfolgreichen Ansätze des letzten Kongresses sollen weiterentwickelt und optimiert werden.

- *Bundekommission "Wirtschaft und Soziales"*

Die Projektgruppe "Demokratisches und nachhaltiges Wirtschaften" beschäftigt sich mit der Frage, wie die Wirtschaft auf die Ziele der Vollbeschäftigung und der ökologischen Nachhaltigkeit ausgerichtet werden kann.

Ein wichtiger Aspekt ist unseres Erachtens der der Demokratisierung. Es kann nicht sein, dass wir zwar für den Straßenverkehr allgemein akzeptierte Regeln haben, aber nicht für den Verkehr von Gütern und Finanzen. Der Markt ist als Instrument nicht verzichtbar, aber er braucht klare Regeln und muss ergänzt werden um demokratische Entscheidungsmechanismen - vom Arbeitsplatz bis hin zur ganzen Volkswirtschaft. Der "Demokratie-Gedanke" zieht sich durch unser Arbeitsprogramm, das wir gegenwärtig abarbeiten. bedeutet "demokratisches Wirtschaften" auch die Weiterentwicklung der betrieblichen Demokratie: mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Beschäftigten am Arbeitsplatz, im Betrieb und auf überbetrieblicher Ebene.

Last but not least wollen wir ein Alternativmodell zum Shareholder-Value-Kapitalismus entwickeln. Wir wollen keinem/keiner KleinanlegerIn den Spekulationspaß verderben, aber wir brauchen soziale und demokratische Regeln. Vor allem muss der wachsenden Macht von "Kapitalsammelstellen" entgegengetreten werden.

Die Projektgruppe hat bereits ein umfangreiches Papier zum Themenbereich "Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor und lokale Ökonomie" sowie eine Projektskizze für den regionalen Umgang mit dem Thema entwickelt. Da bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seit der Bundestagswahl 1998 zwar Fortschritte erzielt wurden, diese jedoch noch nicht zu einer Überwindung der Massenarbeitslosigkeit geführt haben, wird die Beschäftigung mit der Arbeitsmarktpolitik auch weiterhin auf der Tagesordnung stehen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Erwerbssituation und die Erwerbsbiografien von Frauen gelegt werden. Ziel wird es sein, Wege aufzuzeigen, wie insbesondere die Erwerbssituation von Frauen nachhaltig verbessert werden kann.

- *Bundekommission Internationales*

- I. Internationale Arbeit ausbauen

Die internationale Tätigkeit der Jusos ist trotz eingeschränkter Personalressourcen nach außen stabil. Unsere Relevanz und programmatischen Ideen konnten durch kontinuierliche Diskussionen und Bündnisarbeit aufgebaut werden. Kaum ein Verband in IUSY und ECOSY hat stringenter zur Positionsentwicklung in verschiedensten Bereichen mitgearbeitet.

Die inhaltliche Erarbeitungskompetenz konnte zur kurzfristigen Potenzialausschöpfung unserer Aktiven auf die PGI übertragen werden (beispielsweise zu den Themen Lomé, Internationale Finanzmärkte). Auch wird nach dem neuesten Generationenwechsel dies bezüglich einer Debatte über die Weltwirtschaftsordnung (z.B. WTO) versucht. Eine breit angelegte Kompetenzerlangung ist jedoch privatisiert worden und somit vom individuellen Fleiß bzw. von der Möglichkeit in den einzelnen Arbeitszusammenhängen der Bezirke abhängig.

Seminarangebote zu Handreichungen der Bundesebene an die Bezirke sind somit unerlässlich geworden. Zudem sollten Zuständigkeiten für den Kontakt mit befreundeten oder anderen Organisationen (beispielsweise WEED, AK Nord-Süd der Partei, regionale Entwicklungspolitik-Netzwerke) festgelegt und die verantwortliche Durchsicht von Publikationen und die Teilnahme an Tagungen verbindlich zugeteilt werden. Dazu gehört auch eine zu erarbeitende Strategie, wie die Erkenntnisse und Positionen tradiert werden können, damit nicht jede/r neue FunktionsträgerIn des Verbandes auf internationaler Ebene sich jede Kompetenz von neuem selbst mühsam und zeitraubend für den gleichen Kenntnisstand neu erarbeiten muss. Es gilt, auch über Generationen im Verband hinweg, eine Kontinuität internationalen Organisationen zu erreichen.

Kernpunkt allerdings ist die Lenkung von Verbandskapazitäten auf die internationale Arbeit. Die Ausdünnung des internationalen Engagements der Bezirke und Untergliederungen ist Folge der Herabsetzung solcher Themen von der allgemeinen Agenda. Durch die Spektralverschiebung der Politik geraten internationale Themen zusehends in inhaltliche Konkurrenz zu anderen; umgekehrt werden die Internationalen zu Exoten im eigenen Verband.

Dies wird sich durch den steigenden Fokus auf Europa in den nächsten Jahren deutlich ändern. Es muss gelingen, sowohl inhaltliche Kompetenzen bezüglich der drängenden Probleme und Themen (wie EU-Osterweiterung, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) aufzubauen als auch diese Erkenntnisgewinne aus der politischen Praxis für die Untergliederungen greifbar zu machen.

- II. Schwerpunkte des Angebots: Zentralität der Vermittlungsziele

Folgende Themenbereiche werden den Schwerpunkt des Angebots darstellen:

Osteuropa: In Form einer Konferenz, die sich mit dem Prozess der EU-Osterweiterung beschäftigt, wollen wir Diskussion über Transformationsstrategien führen, um die Vermittlung wirtschaftspolitischer Kompetenzen und auch kapitalismuskritische Inhalte zu vermitteln. Kontakte zu osteuropäischen Partnerorganisationen sollen auch an untere Ebenen vermittelt und Erfahrungen der Bezirke (bsp. Weißrussland, Zypern etc.) berücksichtigt werden.

Balkan: Es gilt Sinn, Unsinn und Mechanismen kriegerischer Auseinandersetzungen aufzudecken, sowie Präventions- und Versöhnungsarbeit zu organisieren, auch mit anderen deutschen Jugendverbänden zusammen, und Kontakte mit ihnen in der Region aufzubauen.

Kuba: In Anlehnung an die traditionelle Solidarität mit Kuba wird ein neues analoges Projekt aufgelegt mit der Zielsetzung, der kubanischen Bevölkerung konkret materiell zu helfen und generelle Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses und der Weltwirtschaftsordnung deutlich zu machen.

Regulierung internationaler Finanzmärkte: Die Durchsetzung des Prinzips des Freihandels, einseitige zyklische Stützung der Konjunktur, eine Geldpolitik, die nur auf vermeintliche Inflationsbekämpfung ausgerichtet ist und die Zulassung ungebremsster Finanzspekulationen sind Eckpfeiler einer konsequent betriebenen Deregulierungspolitik, die primär an Kapitalverwertungsinteressen orientiert ist. Die werden wir weiterhin offen ansprechen und unsere Konzepte und Ideen entgegensetzen.

Internationale Gleichstellungspolitik: Die unterschiedlichen Entwicklungszustände der verschiedenen Regionen der Welt in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht lassen zwar keine einheitliche Herangehensweise zu, wenn es gilt, die Geschlechterverhältnisse zu analysieren, die Wirkungen der Globalisierung sind jedoch weltweit zu spüren. Um so mehr erstaunt es, wie blind sich die Globalisierungsdebatte gegenüber den Auswir-

kungen der Globalisierung auf die Lebenssituation von Frauen erweist. Sie ignoriert, dass auch die "neu" Durchkapitalisierung nicht auf unbezahlte Reproduktionsarbeit verzichten kann, die eine wesentliche Basis der kapitalistischen Produktionsweise bildet. Ein geschlechtsspezifischer Blick auf die Globalisierungsdynamik zeigt daher notwendige neue Handlungspotenziale der nationalen und internationalen Politik auf. Wir Jusos wollen diese Fragestellung diskutieren und Lösungsvorschläge entwickeln.

III. Internationale Arbeit absichern

Die Struktur der internationalen Arbeit, die de facto in Form einer Kommission funktioniert hat, war erfolgreich und soll auch in den nächsten Jahren beibehalten werden. Eine andere Organisation der internationalen Arbeit stellt keine erfolgversprechende Alternative dar.

Eine Differenzierung der internationalen Arbeit in weitere Arbeitsfelder und -strukturen wird von der Internationalen Kommission nach Bedarf und Aktualität in Absprache mit dem Bundesvorstand eingerichtet.

In der kommenden Wahlperiode wird es neben den beiden Strukturen - d.h. Arbeitskreis Nord-Süd und Europa sowie der Regionalgruppe Nahost ebenfalls eine Struktur geben, die sich angesichts der abzusehenden Entwicklungen mit Fragen von Krieg und Frieden (GASP, NMD) auseinander setzen wird.

Zur Absicherung einer professionellen Arbeit gehört ebenfalls eine ausreichende Ausstattung mit Finanzmitteln, um die deutsche Öffentlichkeit zu informieren. Die geplanten Handreichungen, Publikationen (Juso-Handbuch für Internationale, Leitfaden für Delegationen) und die Durchführung von öffentlichen Fachveranstaltungen, die nach Möglichkeit jährlich stattfinden sollen, müssen abgesichert werden.

- *Programmkommission (siehe oben)*
- *AK Antifa*

Wie kann mensch den Rechtsradikalismus, der in einigen Regionen Deutschlands bereits den Charakter einer vorherrschenden Jugendkultur angenommen hat, wirkungsvoll bekämpfen?

Wie kann mensch die rassistischen und antisemitischen Denkmuster, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen, dekonstruieren und emanzipatorisches Gedankengut dagegensetzen?

Dem AK geht es darum, zum einen die antifaschistischen Interventionsfelder und die daraus abzuleitenden Handlungsmöglichkeiten der Jusos in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ausführlicher und detaillierter zu definieren und dem gesamten Verband zur Diskussion zu stellen, zum anderen sich selbst Arbeitsprojekte zu geben, die diese Handlungsmöglichkeiten am effektivsten gewährleisten können.

Zu diesem Zweck wird der AK Antifaschismus folgende Projekte in Angriff nehmen. Der AK:

- erstellt ein Aktionshandbuch unter dem Titel "Antifa heißt Schulterchluss mit den Opfern" mit grundsätzlichen Erörterungen zum Thema Antifaschismus und konkret zu den Themenfeldern Immigration/Antirassismus/Antidiskriminierung/, (kommunale) Geschichtspolitik und Entschädigung, gemeinsam gegen Naziaktivitäten, der Delegitimierung von Antifaschismus entgegenwirken.

- erarbeitet einen Grundlagenantrag zu strukturellem Rassismus (also rassistische Verhaltens-, Deutungs- und Denkmuster in der Gesellschaft).

- Nimmt zu letztgenanntem Zweck Kontakt zu den Partnerverbänden in "klassischen" Einwanderungsländern (z.B.: Australien, Kanada, Niederlande, Großbritannien) auf und befragt diese zu ihren Erfahrungen, Strukturen, Projekten und Positionen.

- Erstellt einen ReferentInnenpool zu den verschiedenen antifaschistischen Themenbereichen und stellt für Untergliederungen (auf Wunsch) die nötigen Kontakte her.

- Stellt einen Austausch über die Aktivitäten und die unterschiedlichen antifaschistischen Handlungsansätze der Untergliederungen und Projekte her.

- Bereist auf Anfrage und gemäß den personellen Möglichkeiten Untergliederungen und tauscht sich mit diesen über Handlungsmöglichkeiten aus.

Ausblick:

- Der AK bemüht sich längerfristig, Modellbeispiele für antirassistische und antifaschistische Handlungsmöglichkeiten im Bereich Betriebe und Verwaltungen zu sammeln, zu diskutieren und Handlungsmöglichkeiten für den Verband und die Gliederungen auszuloten. Zu diesem Zweck wollen wir mit antifaschistischen/antirassistischen Initiativen und Gruppen innerhalb der Gewerkschaften in Kontakt treten.

Die Bundeskommission werden jeweils selbstständig ein Arbeitsprogramm entwickeln und dem Bundesvorstand und Bundesausschuss zur Kenntnis vorlegen.

- *Umwelt/Verkehr und Infrastruktur*

Aufgabe des Arbeitskreises ist es ein schlüssiges Konzept zur Reform der Bahn und der Förderung des Personenverkehrs zu entwickeln sowie sich mit der grundsätzlichen Linie einer jungsozialistischen Verkehrspolitik zu beschäftigen. Daneben sollen Konzepte für eine neue Energiepolitik, die Umsetzung von Klimaschutzziele und eine Neuausrichtung der Abfallpolitik behandelt werden.

- *Kommunale Gesellschaftspolitik*

Der Juso-Bundesvorstand richtet unter Einbeziehung der Bezirke und Landesverbände einen kommunalpolitischen Kongress aus.

- *Interne Kommunikation/Publikationsstruktur*

Die Weitergabe und Verbreitung von Informationen ist einer der zentralen Punkte in der Juso-Arbeit. Was sich zunächst unbedeutend anhört, wird jedoch unterschätzt. Viele Juso-Mitglieder verlieren den Kontakt zu höheren Ebenen, da sie nicht wissen, was abgeht bzw. welche Themen wie diskutiert werden. Zudem ist die Weitergabe von Argumenten und Informationen wichtig, da sie hilft Jusos auch vor Ort bei ihrer Argumentation und Diskussion zu unterstützen. Wir werden prüfen, in wie fern die Ideen unseres Generalsekretärs das Intranet auszubauen auch für uns nutzbar zu machen ist. Unsere interne Kommunikation muss schneller und effektiver werden. Wir werden unsere Publikationen weiterhin verbessern und vor allem unseren Internetauftritt ausbauen. Durch die Neustrukturierung der Seiten in den letzten zwei Jahren wurde dafür ein gutes Fundament gelegt. Wir werden in

den nächsten zwei Jahren daran arbeiten die Seiten deutlich interaktiver zu gestalten und das Medium Internet für uns noch effektiver zu nutzen.

Update

Das Update soll layouttechnisch überarbeitet werden und für Beiträge der Bezirke, Landesverbände und Unterbezirke geöffnet werden. Es soll noch mehr informatorischen Charakter haben und offen für einen politischen Diskurs im Verband sein. Hierzu sind auch Pro und Contra Rubriken einzurichten. Die Verantwortung für das Update liegt beim gesamten Bundesvorstand. Er kann eine Redaktion einsetzen.

Argumente

Die Professionalisierung der Argumente-Hefte soll weitergeführt werden. Sie sind noch stärker zur Theoriezeitschrift der Jusos auszubauen. Dabei muss aber beachtet werden, dass diese Zeitschrift vor allem auch offen für alle Meinungen und Politikkonzepte im Verband sein muss. Sie muss auch unterschiedliche Meinungen der Jusos widerspiegeln, wie dieses z. B. bei der Strategiedebatte geschehen ist.

V Öffnung und Professionalisierung unserer Arbeitsweise

Ausgangspunkt bei einer Erneuerung der Verbandsarbeit sind für uns die Stärken der Jusos. Hierzu zählen zuerst die vielen ehrenamtlichen Mitglieder, die viel Zeit und Energie investieren, um die Jusos voranzubringen. Dieses Engagement unserer Aktiven ist unbezahlbar. Politische Meinung wird – auch im Medienzeitalter – stark im persönliche Umfeld geprägt. Wer heute den Kampf um Köpfe allein über die Medien führen will, denkt zu kurz. Er blendet reale Machtinteressen ebenso aus, wie er das wechselseitige Verhältnis von tatsächlicher Bewegung in der Gesellschaft und Kommunikation darüber übersieht. Externe Politikberatung und Werbeagenturen können und müssen ergänzend herangezogen werden. Ein Allheilmittel sind sie jedoch nicht.

Wir brauchen auch die Stärkung der Verbandsorganisation durch Mitgliederwerbung, eine mittelfristige Nachwuchsförderung und eine Öffnung und Professionalisierung unserer Arbeitsweise. Dazu gehört auch die Feminisierung des Verbandes, die zunehmend mehr ins Hintertreffen geraten ist.

Organisationsuntersuchung auswerten

Für die wohl unumstritten als notwendig erachtete Erneuerung der Jusos ist es nicht nur hilfreich, sondern grundlegend notwendig, einen möglichst umfangreichen und authentischen Überblick über die gegenwärtige Arbeit der Jusos zu gewinnen. Der Juso-Bundesverband führt daher in diesen Wochen eine bundesweite Potenzialanalyse durch, in der alle Juso-Unterbezirke bzw. -Kreisverbände sowie die Hochschulgruppen zu ihrer politischen Praxis, den Verfahren, Methoden und Instrumenten der politischen Arbeit sowie ihren Anforderungen an die Zukunft der Jusos befragt werden. Diese Organisationsuntersuchung liefert einen wichtigen Beitrag dazu, die Potenziale in der realen Juso-Arbeit aufzuspüren und Handlungsanforderungen zu entwickeln. Die Untersuchung bietet daher die Chance, nicht nur über die Erneuerung des Verbandes zu reden und auf vermeintliche Anforderungen der "Verbandsbasis" hinzuweisen, sondern diese konkret abzufragen, im Bundesvorstand und ggf. mit den betroffenen Landes- und Bezirksvorständen auszuwerten und in der politischen Praxis zu verankern und einzulösen.

Feminisierung des Verbandes

Das Schlagwort von der Feminisierung des Verbandes bzw. das Etikett des feministischen Richtungsverbandes muss mit Leben gefüllt werden. Zu viele personelle Ressourcen bleiben ungenutzt, wenn interessierte Frauen jeden Juso-Alters immer wieder auf ein gesellschaftlich, aber auch innerverbandlich tradiertes Rollenbild zurückverwiesen werden und ihr Engagement nach kurzer Zeit wieder einschlafen lassen, anstatt sich konstruktiv einbringen zu können. Zwei Komponenten sind dabei von zentraler Bedeutung: zum einen müssen mehr Frauen zur Mitarbeit bei den Jusos gewonnen, spezielle Angebote an Frauen gemacht und Frauen an allen Entscheidungen, Gremien und Strukturen gleichberechtigt beteiligt werden, zum anderen muss der Geschlechteraspekt Teil aller politischen Anliegen der Jusos und Frauenpolitik Bestandteil aller Gliederungen sein.

V.1 Ausbau direkte Kommunikation & Mediensupport

Ausbau der Internet-Plattform

Die wichtigste Grundlage hierzu ist der Ausbau der Internet-Plattform der Jusos zur Informations- und Serviceadresse der Jusos. Bereits in den letzten Wochen und Monaten haben wir die Seiten www.jusos.de weiterentwickelt und ihren Aktualitätsgrad sowie die Dienstleistungsfunktion erhöht. Dies hatte auch Auswirkungen auf die "Nachfrage" unserer IT-gestützten Medien: Die derzeitigen AbonnentInnen-Zahlen beim Juso-Newsletter (rund 820 - im Herbst 2000 sind wir mit rund 100 an den Start gegangen!) und beim Juso-Presseservice zeigen die hohe Akzeptanz und Verbreitung IT-gestützter Kommunikation im Verband. Über die Potenzialanalyse erhalten wir zudem einen Überblick über die Nutzung bzw. Verbreitung von Internet-Angeboten im Juso-Verband, die entsprechend auszuwerten und in die notwendige Weiterentwicklung der Kommunikationsplattform www.jusos.de zu integrieren sind.

Einbindung der regionalen Ebene und Aufbau eines "Aktionsletters"

Stärker auszubauen ist in diesem Zusammenhang die Darstellung der Arbeit auf der lokalen bzw. regionalen Ebene über das Portal www.jusos.de. Bisherige Angebote, wie z.B. die Rubrik "JusosRegional" im Newsletter wurden nur kaum nachgefragt; insofern sind weitere bzw. andere Angebote der Kommunikation "von unten nach oben" im Netz zu etablieren.

Als weiterer, zusätzlicher Baustein der IT-gestützten Kommunikation unter www.jusos.de ist der Aufbau einer "Aktionsbörse" anzustreben. Hier soll v.a. eine Darstellung von Aktionen und Projekten aus dem Verband ("best practices") erfolgen - z.B. auch mit Rückgriff auf die Juso-Projekte, die sich für den Innovationsfond der SPD bewerben. Neben der Darstellung von Projektideen etc. soll hier ein "Aktionsletter"-Verteiler aufgebaut werden, der eine Grundlage für die Verbreitung und Umsetzung aktionsorientierter Arbeitsansätze im Juso-Bundestagswahlkampf 2002 bildet.

V.2 Netzwerke / Mitmachplattformen

Frauennetzwerke

Neben der inhaltlichen Verankerung einer feministischen Debatte im Verband und der Entwicklung emanzipatorischer Leitbilder kommt dem forcierten Aufbau von Frauennetzwerk-Strukturen im leider immer noch männlich geprägten Juso-Verband eine zentrale Rolle zu: Wir erleben zurzeit real, wie die Jusos frauenpolitische Kompetenzen verlieren und feministische Ansätze (und Arbeitsweisen) immer stärker zur Disposition stehen. Daher müssen u.a. durch die Vernetzung von Frauen feministische Inputs auf die Tagesordnung des Verbandes gelangen. Über die Netzwerk-Struktur soll nicht nur ein Erfahrungsaustausch organisiert werden, sondern auch gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Durchsetzungsfähigkeit von jungen Frauen (Mentoringprogramme etc.) eingeleitet werden. Dessen ungeachtet bleiben autonome Frauenstrukturen wie Arbeitskreise oder –kommissionen für alle Ebenen weiterhin unverzichtbar.

Kompetenznetzwerke

Der Juso-Bundesverband hat mit der Konferenz "Sozialdemokratie der nächsten Generation" Ende 2000 auf der Bundesebene Netzwerke eingeführt, die sich langsam mit Leben füllen. Diese Netzwerke können ebenfalls dazu beitragen, die reale politische Rolle der Jusos auf der Bundesebene sowie in den Ländern und Kommunen politisch zu stärken. Ausgangspunkt für die Weiterführung dieser Netzwerke ist aber die Schaffung von inhaltlichen Plattformen, die konkreter und nachvollziehbarer als bisher die beschlossenen Positionen der Jusos transportieren. Dabei ist insbesondere der Ausbau des kommunalpolitischen Netzwerkes zu forcieren, um einem vielfach geäußerten Bedürfnis im Verband nachzukommen.

Der Ausbau dieser Netzwerke darf nicht an den Verbandsgrenzen enden, sondern muss gerade auch Beteiligungs- und Einflussangebote in weiten Teile der eigenen Generation aufbauen. Hierzu gehören entsprechende Angebote in die Bereiche Hochschule/Wissenschaft, Schule aber z.B. auch in die Kulturarbeit. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Ergänzung und Professionalisierung der bestehenden Strukturen.

V.3 Jugendagentur

Ein weiterer Ansatzpunkt beim Aufbau von Alltagsnetzen ist der Aufbau von Jugend-/Politikagenturen, bei denen Jugendliche selbstbestimmte Projekte entwickeln und unter Hilfestellung/Koordination von Jusos bzw. SPD realisieren. Diese niedrigschwelligen Angebote politischen Engagements können aber wichtige Zugangswege für eine Verankerung in den "fortschrittlichen" Bereich der Jugend aufbauen und eine Vernetzung der Jusos mit unterschiedlichen Projekten und den darin engagierten Jugendlichen zur Folge haben.

V.4 Innovationsfonds als Chance nutzen

Daran anknüpfend ist auch der von der SPD aufgelegte Innovationsfonds - der auf die Initiative der Jusos zurückzuführen ist - von Interesse: Über diesen Fonds können modellhafte Projekte wie Zukunftswerkstätten zur Ansprache und Aktivierung von Jugendlichen eine Ko-Finanzierung erhalten. Vielfältige von Jusos eingereichte Projektvorschläge könnten hier nicht nur das Potenzial an Kreativität und Engagement im Verband herausstreichen - sondern (insb. in Regionen, in denen die Jusos über nur sehr begrenzte Mittel verfügen, in Ostdeutschland) einen realen Anschlag für die Arbeit bringen. Notwendig und für die Jusos interessant wäre es, innovative Projekte und die darin arbeitenden Personen zu vernetzen und einen für den Verband nutzbaren Erfahrungsaustausch zu organisieren.

V.5 Bildungsarbeit

In weiten Teilen des Juso-Verbands steht zurzeit eine Neubestimmung der Bildungsarbeit an. Dabei werden verschiedene Wege und Ansätze diskutiert, über die es einen Erfahrungsaustausch zu organisieren gilt. Für die weitere Entwicklung des Verbandes - auch in seiner Rolle als "Nachwuchsorganisation" - kommt es darauf an, hohe, professionelle Standards in der Bildungsarbeit zu etablieren. Hierzu kann auch die Einbeziehung von externen Anbietern gehören. Von Seiten des Juso-Bundesverbandes wird den Bezirken und Landesverbänden angeboten, in diesem Sinn gemeinsam Qualitätsstandards für die Bildungsarbeit zu entwickeln. Ebenso werden von der Bundesebene den Gliederungen Informationen über die (auch für Jusos nutzbaren) Angebote in der Bildungsarbeit der Partei und ihres Umfeldes zur Verfügung gestellt.

Unabhängig davon wird der Bundesverband verstärkt auch eigene Bildungsangebote konzipieren, sei es, dass der Bildungsaspekt in der Arbeit der Bundeskommissionen verstärkt wird, sei es durch eine FunktionärInnen-Sommerschule im Sommer 2002.

Integration und Einwanderung

Mit der Vorabveröffentlichung des Berichts der "Süssmuth-Kommission" liegen in der Debatte um die künftige Einwanderungspolitik nun umfassende Vorschläge zur Zukunft der Einwanderungspolitik auf dem Tisch. Auch wenn es als positives Zeichen zu werten ist, dass das Faktum eines "Einwanderungsland Deutschland" von keiner demokratischen Partei mehr bestritten wird, fallen im Zuge eines "Wettbewerbs um Fachkräfte" zurzeit viele wichtige Aspekte einer fortschrittlichen Einwanderungs- und Gesellschaftspolitik unter den Tisch.

Das von der CDU beschlossene Einwanderungskonzept steht für eine zynische Logik: Während qualifizierte Fachkräfte als Ausgleich für eine 16 Jahre lang verfehlt Bildungs- und Wissenschaftspolitik angeworben wer-

den, sollen die Bedingungen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge verschärft werden. Auf Basis des CDU-Konzepts ist für uns ein überparteilicher Konsens nicht vorstellbar.

Wir Jusos plädieren für eine offene Einwanderungspolitik. Nicht wiederholt werden dürfen die Fehler der Einwanderungspolitik der 50er und 60er Jahre. Die Einwanderung von Menschen wird dauerhaft sein. Wer das Gegenteil behauptet belügt die Menschen in diesem Land und verhindert die Integration der Einwanderer.

Unsere Grundsätze:

- Wir halten eine Ausweitung der Einwanderungsmöglichkeiten in die Bundesrepublik für erforderlich.
- Oberste Priorität hat für uns Aufnahme von Menschen aus politischen und humanitären Gründen. Ihnen sind Perspektiven auf einen dauerhaften Verbleib in der Bundesrepublik einzuräumen.
- Wir setzen auf eine "doppelte Integration". Das heißt: zum einen müssen alle bereits in Deutschland lebenden Menschen kulturell und sozial (d.h. auch in den Arbeitsmarkt) integriert werden. Zum anderen gilt es, die Reform der Einwanderungsmöglichkeiten mit einer neuen Integrationspolitik zu verzahnen.

Einwanderungspolitik darf kein Ersatz für Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik sein.

Es zeichnet sich ein breiter Konsens für eine verstärkte Einwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen ab. Dies begrüßen wir. Einwanderung kann nicht nur auf den ökonomischen Interessen Deutschlands basieren. Sie kann auch nicht die Ausbildungsverpflichtung der deutschen Wirtschaft ersetzen. Wir weisen darauf hin, dass noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, das bestehende Arbeitskräftepotenzial zu nutzen. Wir fordern:

- Eine verstärkte Bildungs- und Qualifizierungspolitik sowie Mobilitätsförderung, um den "Mismatch" zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen.
- Die Förderung von Frauenerwerbstätigkeit, mit dem Ziel, die Frauenerwerbsquote deutlich zu erhöhen.
- Eine Verbesserung des Arbeitsschutzes und der Arbeitsbedingungen, um Frühverrentungen vorzubeugen.
- Eine Aufwertung der Arbeit (z.B. durch Professionalisierung und bessere Entlohnung) in so genannten "einfachen" Dienstleistungen, mit dem Ziel, sie für erwerbslose bereits in Deutschland wohnende Menschen attraktiver zu machen.

Integrationspolitik verstärken

Die Attraktivität Deutschlands als Einwanderungsland und die Akzeptanz der Einwanderung in der Gesellschaft wird wesentlich von der Integration der Einwanderer und der schon hier lebenden ausländischen BürgerInnen abhängen. Dies gestaltet sich schwierig in einer Gesellschaft die immer weniger in der Lage ist die bereits hier lebenden Menschen – „Einheimische„ und „MigrantInnen„ – in die Gesellschaft zu integrieren. Auch die bereits in der dritten Generation in Deutschland lebenden AusländerInnen sind nach wie vor im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt.

Eine Integrationspolitik darf nicht als Politik der Anpassung verstanden werden. Sie muss die familiäre Situation der Einwanderer und ihre Kultur zum Ausgangspunkt für Maßnahmen machen. Eine zukunftsorientierte Integrationspolitik hat die dauerhafte gesellschaftliche, soziale und berufliche Eingliederung sowie die faktische Gleichstellung zum Ziel. Einwanderer sollten spätestens zum Zeitpunkt der Einreise wissen, welche Maßnahmen ihnen angeboten werden.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration ist die Entwicklung individueller Eingliederungsziele und Programme, die die Voraussetzungen, Kompetenzen und Qualifikationen der Einwanderer berücksichtigen. Dazu ist ein integriertes Konzept von einzelnen Integrationsmaßnahmen erforderlich. Die politische Bildung ist dabei ein wichtiger Bestandteil. Angebote der politischen Bildung sollten sich dabei nicht nur an die Einwandernden richten, sondern zum Abbau von Unkenntnissen und Vorurteilen auch an die einheimische Bevölkerung.

Wir fordern: Alle Menschen, die befristet oder dauerhaft in die Bundesrepublik einwandern, erhalten einen rechtlichen Anspruch auf Integrationsmaßnahmen. Vor allem Bund und Länder sind in der Verpflichtung, die hierfür erforderlichen Lasten zu tragen. Sanktionsmaßnahmen gegen MigrantInnen, die diese Angebote nicht in Anspruch nehmen, halten wir für nicht zweckmäßig. Die von der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung vorgeschlagenen "Integrationsverträge" hingegen können ein sinnvolles Instrument sein.

Eine persönliche und kompetente Integrationsberatung muss obligatorisch angeboten werden. Die Beratungsstellen sollen neben der Aufstellung von Programmen auch eine sozialpädagogische Begleitung für die Dauer der Maßnahmen sicherstellen.

Eine ausreichende Sprachkenntnis ist für eine erfolgreiche Integration unerlässlich. Deshalb müssen ausreichend Angebote zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist ein modularer Aufbau sinnvoll, da er insbesondere die Möglichkeit eröffnet, Angebote bei einem Wohnortwechsel dauerhaft wahrzunehmen. Die Anreize, derartige Angebote wahrzunehmen müssen erhöht werden.

Allerdings bedeutet Integration mehr als nur den Erwerb der deutschen Sprache und Kenntnisse über die Rechtsordnung. Als "Querschnittsaufgabe" muss eine erfolgreiche Integrationspolitik auch in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, einschließlich der Elternarbeit und den Stadtteilen stattfinden.

Besonders in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil ist eine erhöhte Integrationsleistung schon in der Schule zu erbringen. Das bedeutet: Schulen müssen als entscheidende Integrationsinstanz verstanden auch entsprechend als solche ausgestattet werden. Dazu gehört eine bessepersonelle Ausstattung von Einrichtungen mit hohem Ausländeranteil und die Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen bei den LehrerInnen. Diese müssen so-

wohl im Rahmen der LehrerInnenausbildung als auch bei der Fort- und Weiterbildung berücksichtigt werden. Die Vermittlung von sprachlichen Kompetenzen hat eine besondere Bedeutung für den schulischen Erfolg. Auf diese Notwendigkeit müssen die Schulen entsprechend ausgerichtet werden. Dazu gehört ein, die individuellen Voraussetzungen berücksichtigender Deutschunterricht. Die Bedeutung der Herkunftssprache wird sowohl für das Erlernen der deutschen Sprache, als auch für den Erwerb sozialer und interkultureller Kompetenzen häufig unterschätzt. Ausbildungsdefizite insbesondere bei Mädchen müssen überwunden und die entsprechende Teilhabe an Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gefördert werden.

Zu dieser Integration gehört auch die Integration in den Arbeitsmarkt. Nur wenn für alle hier lebende Menschen auch eine hinreichende Zahl von Arbeitsplätzen sichergestellt werden kann, wird Integration möglich sein und kann die Angst vor Lohndumping bekämpft werden.

Positive Erfolge bei der geschlechtsübergreifenden Vermittlung ausländischer Arbeitsloser wie bei dem nordrhein-westfälischen Programm „Jugend in Arbeit“, sollten bundesweit Nachahmung finden.

Integrationsmaßnahmen müssen auch im direkten Lebensumfeld in den Stadtteilen greifen. Ghettoisierung ganzer Bevölkerungsgruppen hat in der Vergangenheit allzu oft zur sozialen Ausgrenzung geführt. Um vor diesem Hintergrund wohnungspolitische Fortschritte erzielen zu können, ist im Rahmen der für die Stadtentwicklung vorgesehenen BürgerInnenbeteiligung eine stärkere Einbeziehung der zugewanderten Menschen unverzichtbar. Dies gilt auch kulturpolitisch, da insbesondere bei eingewanderten Frauen das unmittelbare soziale Umfeld eine bedeutende Rolle spielt.

Ein freier Zugang zum Wohnungsmarkt für Einwanderer ist zwingend notwendig. Die Einbeziehung von Einwanderern in die Förderung von Wohneigentum ist anzustreben.

Die verstärkte Unterstützung von Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Schulen und Begegnungsstätten in Stadtteilen mit überdurchschnittlichem Anteil von Einwanderern ist unabdingbar.

Ebenso sind die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten von Menschen ohne deutschen Paß zu stärken. Wir unterstützen den Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion NRW, eine Bundesratsinitiative für das kommunale Wahlrecht für AusländerInnen in die Wege zu leiten.

Die unterschiedlichen Formen der Gewährung von Aufenthaltsmöglichkeiten in der Bundesrepublik sind bürokratisch und für die Menschen nicht durchschaubar. Die Überlegungen der Süßmuth-Kommission hinsichtlich einer Straffung und Vereinfachung der bestehenden Regelungen begrüßen wir. Grundsätzlich streben wir an, dass nur noch zwei Grundformen bestehen: der befristete und der unbefristete Aufenthalt. Letzter ist die Voraussetzung für die (freiwillige) Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft. Wir halten an unserer Forderung fest, auch die doppelte Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Hierzu ist auch der Abbau finanzieller Hürden bei der Einbürgerung notwendig. In einem überparteilichen humanitären Akt müssen alle sich illegal in der Bundesrepublik aufhaltenden Personen die Möglichkeit zur legalen Erlangung der Aufenthaltsberechtigung mit einer Straffreiheitsgarantie für die Kontaktpersonen (Lehrer, Ärzte, Anwälte etc.) nach italienischem und französischem Vorbild erhalten. Da es keine zuverlässigen Schätzungen über die Anzahl der Betroffenen existieren und von einer halben Lösung des Problems abzuraten ist, darf es hierbei keine numerische Begrenzung geben – auch das lehrt das französische Vorbild.

Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik nicht vermischen – Asylrecht stärken

Es gibt eine Reihe von unterschiedlichen Gründen und entsprechenden Rechtsgrundlagen für die Aufnahme von Menschen in die Bundesrepublik. Wir begrüßen die Feststellung der Süßmuth-Kommission der Eigenständigkeit des Asyl- und Flüchtlingsrechts. Die Aufnahme von Flüchtlingen steht in keinem sachlichem Zusammenhang mit der ökonomisch motivierten Einwanderung in die Bundesrepublik. Bei einer zukünftigen Regelung dürfen diese nicht vermischt werden. Wir unterstützen die Süßmuth-Kommission darin, dass die Festlegung von Höchstgrenzen für die Flüchtlingseinwanderung kein geeignetes Steuerungsinstrument darstellt. Ebenso ist eine Vermischung mit anderen Formen der Einwanderung abzulehnen. Oberste Priorität hat für uns die Aufnahme von Menschen aus politischen und humanitären Gründen. Hier kann es aus rechtlichen und moralischen Gründen keine Obergrenze geben. Wir bestehen auf dem Grundrecht auf Asyl. Die repressive Anerkennungspraxis und die tatsächliche Schutzquote von Flüchtlingen klaffen weit auseinander. Wir fordern, dass nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgründe anerkannt werden. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf. Zudem fordern wir die Abschaffung des Flughafenverfahrens, des Asylbewerberleistungsgesetzes und im Zuge der europäischen Regelung der Asylpolitik die Abschaffung (und bis zu einer endgültigen Regelung die Aussetzung) der Drittstaatenregelung. Zusätzlich muss die Bundesregierung auch an der Bekämpfung von Fluchtursachen mitwirken, bzw. ihnen präventiv entgegenwirken. Ebenso kann es für andere, rechtlich gesicherte Formen von Einwanderung keine Obergrenze geben. Die rechtlichen Grundlagen für den Familiennachzug müssen modernisiert werden. So sind z.B. homosexuelle Lebensgemeinschaften einzubeziehen.

"Arbeitsmarktorientierte Einwanderung"

Die Bundesrepublik Deutschland braucht Einwanderung. Diese ökonomische Notwendigkeit bezieht sich dabei nicht nur – wie vielfach argumentiert – auf die Finanzierung des Sozialversicherungssystems. Eine Stabilisierung des Arbeitskräftepotentials ist eine Grundvoraussetzung für die Beibehaltung und den Ausbau der wirtschaftlichen Produktivität. Auch wenn Prognosen mit Blick etwa auf die immer noch mangelhafte Frauenerwerbsquote mit Vorsicht zu genießen sind, ist (laut UN Szenario) mittelfristig eine Bruttoeinwanderung von 400.000 bis 500.000 Personen jährlich notwendig. Vor diesem Hintergrund ist die vom Bundesinnenminister vertretene Quote von 20.000 sehr gering. Der Einwanderungsbedarf der Bundesrepublik erstreckt sich nicht nur auf hochqualifi-

zierte Fachkräfte im IT-Bereich. Die Greencard-Regelung ist daher auch kein geeignetes Mittel. Sie geht zudem wie die Quotendiskussion davon aus, dass Deutschland Dämme gegen ein zuviel an Einwanderung aufbauen muss und beschränkt die Aufenthaltsdauer für IT-Experten auf fünf Jahre. Die Realität – und das zeigen die ersten Erfahrungen mit der Greencard – dürfte aber eher sein, dass die Bundesrepublik Mühe haben wird, eine hinreichende Zahl von Einwanderern anzuziehen. Es besteht Anwerbungsdruck und kein Einwanderungsdruck!

Der mittel- bis langfristig hohe Bedarf an Einwanderung spricht gegen die Restriktion der Einwanderung auf die tagesaktuellen Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft. Neben der gezielten Anwerbung von Fachkräften muss daher auch der Zuzug von Menschen möglich sein, die diese Anforderungen (noch) nicht erfüllen. Eine strikte Bewertung der potentiellen Einwanderer nach deren ökonomischer Verwertbarkeit anhand eines Punktesystems lehnen wir daher ab. Jeder Einwanderungswillige soll - unabhängig von seinem Status - einen Antrag auf Einwanderung stellen können. Allen nicht-deutschen Personen, die seit mehr als einem Jahr legal sich in der Bundesrepublik aufhalten, ist unabhängig von der Art ihres Aufenthaltsstatus unter Benennung einer Frist die Möglichkeit anzubieten, sich um den Status eines Einwanderers zu bewerben. Diese Möglichkeit ist insbesondere auf Schüler/innen, Studierende und Auszubildende anzuwenden, da es unsinnig ist, im Ausland Arbeitskräfte anzuwerben und bereits hier befindliche Nicht-Deutsche mit der Ausweisung zu bedrohen.

Ausgleichszahlungen bei Fachkräfteanwerbung

Die Anwerbung von Fachkräften aus anderen Ländern kann dazu führen, dass diesen wertvolles "Humankapital" entzogen wird und deutsche Unternehmen nötige Qualifizierungsmaßnahmen nur unzureichend vornehmen. Daher fordern wir, dass jeder Arbeitgeber (ob Unternehmen oder Sportverein), der qualifizierte Fachkräfte aus nicht EU-Staaten (alternativ: Länder mit einem Pro-Kopf-BIP unterhalb einer zu definierenden Grenze) anwirbt, eine Zahlung an einen Fonds zu leisten hat. Aus diesem Fonds sollen zum einen Ausgleichszahlungen an das entsendende Land geleistet werden. Zum anderen soll dieser Fonds ein Teil der Finanzierung der Integrationsmaßnahmen übernehmen.

Neue Integrations- und Einwanderungspolitik

Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland. Dieser Tatsache muss in Zukunft auch die gesetzliche Grundlage für Einwanderung in die Bundesrepublik Rechnung tragen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung nach der Sommerpause einen Entwurf für ein "Einwanderungs- und Integrationsgesetz" in den Deutschen Bundestag einbringt. Die viele Ausnahmetatbestände sollen durch eine klare und nachvollziehbare Regelung ersetzt werden. Darüber hinaus sollte ein neues Einwanderungs- und Integrationsgesetz dazu genutzt werden, das aus dem vorletzten Jahrhundert stammende Polizei- und Ordnungsrecht zu reformieren und den ausländerrechtlichen Dschungel neu und verständlich zu regeln.

Wir unterstützen die Vorschläge der Süßmuth-Kommission hinsichtlich der Einrichtung eines Einwanderungsrates, der Zusammenführung der Regelungen auf Basis eines Einwanderungs- und Integrationsgesetzes und der Schaffung eines Bundesamtes für Einwanderung und Integration. Der Einwanderungsrat soll alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen einschließlich von Menschenrechtsorganisationen und Vertretern von MigrantInnen in Deutschland beinhalten. Er unterliegt der politischen Kontrolle des Deutschen Bundestages. Ihm obliegt die wichtige Aufgabe, den gesellschaftlichen Konsens für eine liberale Einwanderungspolitik zu sichern und zu stärken.

Einwanderung statt Ausgrenzung - out of(f) limits!

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

1. Einleitung

In der aktuellen Debatte um ein Einwanderungsgesetz vermischen die konservativen Parteien die Themen Einwanderung und Asyl in unzulässiger Weise.

CDU und CSU fordern ein Einwanderungsgesetz bei gleichzeitiger Abschaffung des Asylrechts. Asyl sei nur als politisch bestimmter Gnadenakt für "Gäste" vorstellbar, das deutsche Asylrecht als einklagbares Individualrecht sei ein historisches Unikum, das im europäischen Harmonisierungsprozess abgeschafft werden müsse, lautet vielfach die Argumentation.

Mit diesem Vorstoß wird gleichzeitig der gesamte Einwanderungsdiskurs auf den Punkt gebracht: Die Reste einer ausschließlich humanitär-menschenrechtlichen Position zugunsten verfolgter Menschen soll beseitigt werden. Nur noch wirtschaftlich nützliche AusländerInnen sollen nach Deutschland einreisen dürfen.

Seinen Ausdruck könnte dies in einem Einwanderungsgesetz mit engen, nur am Bedarf der Wirtschaft orientierten Zuwanderungsquoten finden.

Weite Teile der SPD und der Grünen haben inzwischen – weitgehend unkritisch – eine entsprechende Sichtweise übernommen, wenn sie auch im überwiegenden Maß an den symbolischen Überresten eines Grundrechts auf Asyl nicht rütteln wollen.

Zugleich erklärt der Bundeskanzler, die Einwanderungsfrage über eine Ausweitung der Greencard-Regelung lösen zu wollen. Diese Lösung wäre ausschließlich an den Profitinteressen der Wirtschaft orientiert. Eine dauerhafte Integration, eine gleichberechtigte Teilhabe dieser „neuen“ GastarbeiterInnen ist nicht gewünscht. Ein bequemer Weg für die Wirtschaft, sich aus ihrer Verantwortung für die Qualifizierung und Ausbildung zu stehlen.

Die Union plant, Asyl und Zuwanderung zum Wahlkampfthema zu machen. Seit Anfang der 80er Jahre führt sie vorurteilsbeladene Kampagnen gegen ausländische MitbürgerInnen. Konservative Politiker schrecken auch nicht davor zurück, den Wortschatz der Rechtsradikalen in ihre Kampagnen zu übernehmen. Aus rein wahltaktischem Kalkül bedienen sie den Stammtisch-Rassismus und gießen Wasser auf die Mühlen rechtsradikaler Schläger. Aufgabe der Jusos in dieser Debatte ist es nicht, nur rechtzeitig den „besseren, weil humaneren Gesetzentwurf, vorzulegen, sondern durch Informationen aufklärerisch tätig zu sein, um aufzuzeigen, dass zahlreiche der gebetsmühlenartig in der öffentlichen Debatte wiederholten „Argumente, falsch, verdreht oder unvollständig sind und die Notwendigkeit eines quotenbewehrten Einwanderungsgesetzes sich daraus nicht zwangsläufig ableiten lässt, sondern vor allem Anstrengungen zur Wiederherstellung des Asylrechts und zur Integration der hier lebenden oder zuziehenden EinwandererInnen nötig sind. Dabei muss für uns Jusos eines selbstverständlich sein: JedR, der/die seinen/ihren Lebensmittelpunkt in der BRD hat, ist Teil dieser Gesellschaft! Die Jusos stehen für ein weltoffenes Europa.

2. Weltflüchtlingsbewegung – „Die Angst vor dem Süden,“

Mehr als 150 Millionen Menschen leben nach aktuellen Angaben der Internationalen Organisation für Wanderungsbewegung (IOM) in anderen Ländern als ihrem Heimatland, weltweit sind Millionen von Menschen vor Kriegen, Bürgerkriegen und Umweltkatastrophen auf der Flucht. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR bezifferte ihre Zahl Anfang 2000 auf mehr als 22 Millionen Menschen.

Dabei ist die "Dritte Welt" in Europa ein migratorischer Angstgegner erster Ordnung, obwohl die Süd-Nord-Migration nach Europa in den 1990er Jahren um weniger als 2 Prozent, die Ost-West-Migration hingegen um mehr als 20 Prozent anstieg.

Bei den Angstvorstellungen über Verlauf und Zukunft der Süd-Nord-Migration stehen auf der einen Seite Mene-telk vom afrikanischen "Marsch" auf Europa, außerdem dominieren auf der anderen Seite Vorstellungen von einer Art sukzessiven Infiltration, bei der Asylsuchende (Mittel- und Nordeuropa) und irregulär Beschäftigte (Südeuropa) als Pioniermigranten Zuwanderungspfade für Familiennachzüge und irreguläre bzw. illegale Kettenwanderungen eröffnen würden.

Der mit Abstand größte Teil der schätzungsweise 120 bis 150 Millionen Menschen umfassenden weltweiten Wanderungsbewegungen aber verlief am Ende des 20. Jahrhunderts nach wie vor innerhalb der "Dritten Welt", zu rund einem Drittel allein in Afrika und tangierte das verängstigte Europa nur zu zirka 5 Prozent.

Außerdem muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass viele Staaten des Südens sehr große und z.T. übermenschliche Leistungen erbringen, wenn es darum geht, Flüchtlinge aus anderen Staaten, mit denen ethnische, religiöse oder historische Verflechtungen bestehen, aufzunehmen, zu versorgen und auch zu integrieren. Die Geschichte der Süd-Nord-Wanderung nach Europa ist, so betrachtet, im Grunde weniger eine Geschichte von Wanderungsbewegungen als eine Geschichte der Angst davor und der Abwehr dagegen.

Ursachen für Migration

An erster Stelle steht auf der südlichen Halbkugel die Schere zwischen starkem Bevölkerungswachstum und stagnierendem oder sogar schrumpfendem Erwerbsangebot. Verarmende Landbevölkerungen suchen ihr durch vorwiegend regionale Landflucht zu entkommen. Das verschärft die Krise in überlasteten städtischen Zuwanderungsräumen mit mangelnder Infrastruktur.

Hinzu trat in vielen Ausgangsregionen die mobilisierende Kraft von klimatisch bedingter und menschlicher Umweltzerstörung.

Die weltweite Ungleichheit nimmt zu: 1996 lebten nach dem Human Development Report von UNDP 1,6 Milliarden Menschen schlechter als 15 Jahre zuvor, lag das Pro-Kopf-Einkommen in 70 Ländern der "Dritten Welt" niedriger als zwei Jahrzehnte zuvor.

Zugleich reduzierte das Ende der Systemkonkurrenz die Bereitschaft zu "Entwicklungshilfe" im weitesten Sinne, die im Kalten Krieg nicht nur humanitär, sondern auch machtpolitisch motiviert war.

Vor diesem komplexen Hintergrund und im Zusammenwirken damit ging der Weltbevölkerungsbericht der UNFPA von 1993 davon aus, dass die Suche nach besseren Einkommenschancen immer deutlicher durch Überlebensmigrationen auf der Suche nach Arbeit und Einkommen überlagert wird.

Zudem bewirken von global vernetzten Medien transportierte Bilder des vergleichsweise reichen Nordens und Westens bewirken im Süden und Osten nicht nur Konsum-, sondern auch Migrationsanreize.

Mobilisierend wirken in den Ausgangsräumen weiter Spannungen, die teils aus indigenen Entwicklungen, teils aus kolonialen bzw. postkolonialen Belastungen resultieren, sowie Konflikte, die zu Abwanderung, Flucht oder Vertreibung von Minderheiten führen können und ihre Ursache meist in Verteilungskämpfen haben, zu meist aber religiös oder ethnisch verbrämt werden. Auch durch die europäische Kolonialherrschaft implantierte Krisenpotenziale spielen nach wie vor eine Rolle.

3. Europa

3a. die EU

Europa hat bislang am wenigsten für die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen und am meisten für die Bekämpfung von Flüchtlingen getan, die in Europa hätten Zuflucht finden können. Den zahlreichen Initiativen, Appelle, Absichtserklärungen und Beschlüsse für die Bekämpfung von Fluchtursachen, von der nationalen über die europäische Ebene bis zu den UN, folgten keine Taten. Einerseits sind Beteiligungs- und Finanzierungsfragen nicht geklärt, andererseits stehen massive ökonomische Interessen, wie zB der Rüstungsindustrie dem entgegen.

Eine notwendige europäischen Einigung auf humanitäre Mindeststandards zur Aufnahme von Flüchtlingen fehlt immer noch. Unter der österreichischen Präsidentschaft wurde ein Papier von EU-Kommissar Padraig Flynn vorgelegt, das die tendenziell ausgrenzende Haltung einiger europäischer Regierungen als verbindlich für alle

Mitgliedsstaaten festlegen will und somit noch ausgrenzender machen will.

Dabei wurde vom Europäischen Flüchtlingsrat ECRE zunächst als positiv festgestellt, dass angeregt wurde, über eine langfristige Strategie zu beraten. Doch das Strategiepapier geht von einer Reihe von Grundannahmen über die Art von Flüchtlingsbewegungen in den 90er Jahren aus, welche ECRE so nicht teilen kann. Da das Papier kaum Quellen nennt, sei es äußerst, schwierig mit konkreten Zahlen zu antworten. Dabei drehe sich aber die Diskussion gerade um diese Grundanalyse.

Das Papier verwechsle die Ursachen von Fluchtbewegungen mit denen von Wanderungsbewegungen. So wird zum Beispiel in Abs. 15 und 53 die Verringerung von "Migrationsdruck" mit Krisenverhinderung in Verbindung gebracht, jedoch nicht unterschieden zwischen der Krise in Albanien, die weitestgehend wirtschaftlicher Natur war, und den Krisen in Kurdistan und Kosovo, die durch die systematische Verletzung von bürgerlichen und politischen Rechten verursacht wurden.

Dies bedeutet, dass die politischen Konsequenzen entsprechend gezogen werden; Migration soll durch wirtschaftliche Anreize für die Herkunftsländer ausgeglichen werden, anstatt dass politischer oder wirtschaftlicher Druck zur Beseitigung von Menschenrechtsverletzungen ausgeübt wird. Im Gegenteil ergeben sich in den letzten Jahren jedoch zunehmend mehr staatlich gebilligte Kooperationen mit Ländern, die autoritär oder undemokratisch regiert werden, z.B. mit der VR China.

Flüchtlinge, die aufgrund dieser innenpolitischen Situationen fliehen, oder die vor nichtstaatlicher Verfolgung fliehen, fallen unter die Genfer Flüchtlingskonvention. Ausschlaggebend ist die Tatsache, dass der Schutz seitens des Staates fehlt, und nicht wer die Verfolgung ausübt. Allerdings wird dieser völkerrechtliche Konsens innerhalb der Europäischen Union nicht von allen Ländern der EU anerkannt, nach wie vor lehnen Deutschland, Frankreich und Österreich diesen ausdrücklich ab.

Insgesamt scheint das Papier außerdem von der Annahme auszugehen, dass mehr und bessere Grenzabsperungen der einzige Ausweg sind, damit das Unkontrollierbare schließlich doch kontrolliert werden kann. Die Einschätzung des Papiers, illegale Einwanderung und Schlepperei als wachsende Probleme der 90er Jahre zu bezeichnen, ist sicherlich richtig, doch hat ECRE nochmals darauf hingewiesen, dass dies ein Problem ist, zu dem auch die Politik der EU beigetragen hat. Jahrelang haben NRO davor gewarnt, dass Menschen in die Illegalität und oft lebensgefährliche Fluchtwege gedrängt werden, wenn alle legalen Zugangsmöglichkeiten versperrt sind.

3b. Deutschland im europäischen Vergleich- Asyl

Die Abschottung gegen Flüchtlinge war, zahlenmäßig betrachtet, auch bisher schon sehr erfolgreich: Die Organisation Pro Asyl meint, dass die Zahlen der Asyl-Antragsteller "in einem bedenklichen Ausmaß zurückgegangen" seien. Insbesondere Deutschland komme seiner Verpflichtung zur Aufnahme bedürftiger Menschen nicht ausreichend nach. Ausschlaggebend dafür sei einerseits, dass die EU insgesamt immer erfolgreicher den Zugang zum Asylverfahren beschneide.

Nach der jüngsten Übersicht des UNHCR, die für alle EU-Staaten Zahlen bis Ende Oktober aufführt, stellten bis dahin 285 927 Menschen dort einen Antrag. Das lässt erwarten, dass die Zahl der Asylbewerber in der EU für 2000 niedriger ausfällt als für das Vorjahr, als 345 173 Antragsteller registriert worden waren.

Die Zahl der neuen Asylbewerber in Deutschland ging im gesamten Jahr 2000 auf 78.800 zurück - das ist der niedrigste Stand seit 13 Jahren. Damit sank auch der Anteil der Bundesrepublik an der Aufnahme von Flüchtlingen in der EU, berechnet anhand der Einwohnerzahl der BRD.

Im Jahr 2000 stellten 20,2 Prozent der Asylbewerber in der Union ihr Ersuchen in Deutschland. Die Quote hatte im vorangegangenen Jahr noch bei 26,9 Prozent und 1998 sogar noch bei 33,1 Prozent gelegen. In die Bundesrepublik kamen damit ungefähr so viele Asylbewerber wie nach Großbritannien, wo 22,2 Prozent der Flüchtlinge anlandeten. Diese beiden Länder nehmen in absoluten Zahlen die meisten Asylbewerber auf. Wenn jedoch die unterschiedliche Einwohnerzahl der EU-Länder berücksichtigt wird, sieht die Statistik ganz anders aus. Setzt man die Zahl der Asylbewerber zur Gesamtbevölkerung ins Verhältnis, dann stehen Belgien und Irland ganz vorn. Die Niederlande folgen auf Platz drei. Alle diese Länder haben 2000 einen größeren Anteil der Flüchtlinge in der EU aufgenommen als im Vorjahr. Großbritannien liegt in dieser Auswertung unter den 15 EU-Staaten auf Rang sieben, Deutschland auf Rang neun und damit in der unteren Hälfte.

Die CSU geht in ihrem aktuellen Papier zum europäischen Asylrecht noch davon aus, "dass neben Deutschland neuerdings auch auf Großbritannien ein überdurchschnittlicher Anteil der Asylbewerber in der EU entfällt" und macht dafür die Verfahren verantwortlich. Ihre „Das-Boot-ist-voll,-These operieren ist sachlich falsch und verlogen.

4. Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland

4a. Schwierige Datenlage

Ausgehend von der Realität, dass seit den 1960ern die Anzahl der Zu- und Fortzüge jeweils bei mindestens 200.000 pro Jahr und die Gesamtzahl der Wanderungsbewegungen selten unter 1.000.000 gelegen hat, ist in den letzten Jahren mehrfach die Diskussion um Einwanderung entbrannt und immer häufiger die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung erhoben worden. Dabei wurden die wenigen existierenden Daten je nach Interessenlage der Akteure instrumentalisiert.

Aufgrund der fehlenden gesetzlichen Grundlage ist die quantitative Erfassung der Migrationsbewegungen der Bundesrepublik und die qualitative Bewertung schwierig, denn die einzige Grundlage für die Bewertung der Wanderungsbewegungen sind die An- und Abmeldungen bei den kommunalen Einwohnermeldeämtern. Genauere Aussagen über die Beweggründe und die Dauer von Zu- und Fortzügen können nicht getroffen werden.

Aufgrund dieses Umstandes bleibt es weiterhin bei der Richtigkeit der Forderung nach gesetzlichen Grundlagen für die Erfassung von Einwanderung und Auswanderung.

4b. Viele Zuzüge, ebenso viele Fortzüge

Insgesamt ist die Anzahl der Zu- und Fortzüge in der Bundesrepublik seit jeher sehr hoch. Im Verlauf der 1990er Jahre setzte eine grundlegende Veränderung der Wanderungsbewegungen ein: Die Anzahl der Zuzüge sank massiv ab, die Anzahl der Fortzüge nahm massiv zu, das Zuwanderungssaldo sank dementsprechend von über 600.000 auf unter 50.000 ab.

Um die weitere Diskussion auf einer richtigen Grundlage basieren zu lassen, muss registriert werden, dass ein signifikanter Anstieg der Fortzüge von Nicht-Deutschen außerhalb der EU im Jahr 1992 einsetzte, dem Jahr des Höhepunkts der sogenannten "Asyldebatte", in der den ausgrenzenden Argumenten zur Ablehnung von Flüchtlingen im speziellen und Fremden im allgemeinen dann terroristische Anschläge durch den braunen Mob folgten. Der spürbare Einschnitt der Anzahl der Zuzüge erfolgte dann 1993 und 1994, also nach der faktischen Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl mit Wirkung zum 1. Juli 1993 durch die Benennung sogenannter "sicherer Herkunfts- und Drittstaaten".

Das gesellschaftliche Klima und die Verschlechterung der Lebensbedingungen von Nicht-Deutschen Menschen führte zur Abwanderung, die juristische Veränderung der Grundbedingungen verhinderte dann auch die Zuzüge - oder besser: Zuzugsversuche.

Viele Fortzüge ergaben sich jedoch auch aus der Tatsache, dass viele ausländische MitbürgerInnen – die „Gastarbeiter“ – das Rentenalter erreicht hatten und in ihr Ausgangsland zurückkehrten. Dieser Trend wird vermutlich noch mehrere Jahre anhalten und bei Verschärfung des sozialen Klimas möglicherweise noch zunehmen. Die Anzahl derjenigen, die die Grenzen der Bundesrepublik von außen kommend überschreiten, ist seit jeher hoch.

Gleichzeitig deutet die steigende Zahl der Fortzüge aber auch an, dass sich im Saldo mehr Menschen dafür entscheiden, das Land dauerhaft zu verlassen, und dass die Bundesrepublik ein Auswanderungsland wird.

Dieser Umstand macht im wesentlichen zwei Dinge deutlich:

Wie bereits die Asyldebatte der 1980er und 1990er Jahre erfolgt die Debatte über "Begrenzung des Zuzugs" und "Auswahlkriterien" nicht auf der Grundlage einer tatsächlichen Problemlage, sondern aus ideologischen, wahltaktischen Gründen: Ziel ist die Durchsetzung eines nationalistischen und kapitalistischen Deutungsmusters, dass die Menschen nach ethnischer Zugehörigkeit und nach verwertbarer Leistungsbereitschaft klassifiziert.

Die längerfristige gesellschaftliche Entwicklungstendenz erfordert eine gegenteilige Entwicklung: Die Staatsbevölkerung der Bundesrepublik altert. Längere Lebenszeit und längere Lebensarbeitszeit werden nicht einmal ansatzweise im Stande sein, die gegenwärtigen (geschweige denn höhere) Produktivitätsbedingungen aufrecht zu erhalten. Von der UN vorgelegte Szenarien deuten an, dass zukünftig jährlich der Zuzug von ca 485.000 Menschen per Saldo notwendig sein wird, um das gegenwärtige Arbeitskräftepotential zu erhalten.

Einen Fehler begeht indes, wer allein die produktiv anwendbare Qualifikation zur prioritären Zugangsvoraussetzung in die Bundesrepublik macht. Eine langfristig tragfähige Lösung muss sich zwar immer auch auf die demographische Entwicklung stützen. Doch auch auf diesem Gebiet existieren zahlreiche Milchmädchenrechnungen: Nicht allein der gegenwärtige Altersaufbau mit Addition und Subtraktion von Geburts- und Sterberate bringt hier ein aussagekräftiges Ergebnis hervor. Unter Berücksichtigung der Produktionsverhältnisse sind gesellschaftliche Entwicklungen wie beispielsweise das Erwerbsverhalten von Frauen von großer Bedeutung: In der Bundesrepublik ist die Frauenerwerbstätigkeit auf einem international niedrigen Niveau; eine Angleichung ist wünschenswert und wahrscheinlich, so dass eine geringere Staatsbevölkerung nicht zu einem in gleicher Rate absinkenden Erwerbspersonenpotenzial führt.

Für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation heißt dies jedenfalls, dass die Schaffung von Integrationsmechanismen (und Integration bedeutet "Eingliederung" und nicht "Gleichmacherei") mitbestimmend ist für das Ausmaß von Akzeptanz von Unterschieden in der Bevölkerung.

4c. Einwanderung aus Osteuropa

Die Einführung der Freizügigkeit für alle zehn Beitrittskandidaten wird eine anfängliche Zunahme der ausländischen Bevölkerung aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern um knapp 220 000 Personen p. a. in Deutschland und um 335 000 Personen p. a. in allen Mitgliedstaaten der gegenwärtigen EU bewirken. Diese Zahl wird innerhalb einer Dekade auf weniger als die Hälfte des ursprünglichen Niveaus sinken. Rund 30 Jahre nach Einführung der Freizügigkeit wird ein Gleichgewicht, bei dem sich die Ein- und Rückwanderungen ausgleichen, mit 2,5 Millionen Einwohnern aus den Kandidatenländern in Deutschland und 3,9 Millionen Einwohnern in der gesamten EU erreicht. Dies entspricht einem Anteil von 3,5 % an der deutschen Bevölkerung und einem Anteil von 1,1 % an der Bevölkerung der gegenwärtigen EU-Mitglieder.

Befürchtungen, dass die EU nach Einführung der Freizügigkeit mit Migranten 'überschwemmt' werden könnte, sind nach diesen aktuellen Berechnungen des DIW unbegründet. Die Osterweiterung wird allerdings langfristig eine Zunahme der ausländischen Bevölkerung und der Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Ländern in Deutschland und der EU bewirken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bislang erst ein kleiner Teil der Bevölkerung aus diesen Ländern in die heutige EU ausgewandert ist und das Einkommensgefälle auch mittelfristig hoch bleiben wird. Die Zuwanderung wird sich jedoch über einen langen Zeitraum verteilen. Dabei werden die Migrationszahlen stark mit dem Konjunkturzyklus schwanken.]

5. Asylrecht

5a. die Situation

Mit dem sogenannten Asylkompromiss" wurde in der BRD das Grundrecht auf Asyl fast vollständig abgeschafft. Kaum noch Flüchtlinge sind in der Lage, die Barriere der "sicheren Drittstaaten" zu überwinden, aus denen vielfach längst eine "Abschiebekette" bis ins Herkunftsland hergestellt wurde.

Die Rechtssprechung leistet bei der weiteren Aushöhlung der Reste des Asylrechts tatkräftigen Beistand:

- wer von Folter oder individueller Gefahr für Leib und Leben bedroht ist, wird in ein "Opfer allgemeiner Gefahren" umgedeutet - damit liegt kein Asylgrund vor

- nur individuell nachgewiesene staatliche Verfolgung wird - im offenen Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention - als politische Verfolgung gewertet.
- Vergewaltigung wurde in solchen Urteilen als "bloße Belästigung" gewertet
- immer wieder wird argumentiert, dass Folter, Arbeitsverbot für Frauen o.ä. kulturelle Normalität in dem jeweiligen Land und damit nicht als politische Verfolgung zu werten sei.
- Wer zwei Staatsangehörigkeiten hat (so z.B. Muslime aus der serbischen Republik Srpska), kann ohne weiteres in eines der beiden Länder abgeschoben werden - gleichgültig, was für eine Lebenssituation ihn/sie dort erwartet. Eine Prüfung der Gesamtsituation des Landes findet nicht statt bzw. es werden großzügig angebliebene „innerstaatliche Fluchtalternativen„ benannt.

Dabei ist der Eifer der Behörden mittlerweile so groß, dass auch offen rechtswidrig vorgegangen wird. So sind inzwischen mehrere Fällen von Abschiebungen während des laufenden Asylverfahrens bekannt geworden (Presseerklärung von PRO ASYL vom 8.10.97). Das Bundesland Bayern ist bei dieser Entwicklung natürlich an vorderster Front dabei.

Aber auch bei der Verschärfung der Situation von Flüchtlingen in der BRD spielt Bayern eine unrühmliche Rolle. Aus diesem Bundesland kam der Vorschlag, Hilfe zum Lebensunterhalt künftig in Naturalien zu gewähren, und in Bayern wird diese Regelung des AsylBLG konsequent umgesetzt. Dabei mangelt es nicht an weiteren Schikanen:

- Die Abschiebung in die Herkunftsländer wird zudem ohne jede Rücksicht darauf durchgeführt, ob Familien auseinandergerissen werden. Ist ein einzelnes Familienmitglied als AsylbewerberIn anerkannt, wird dann eben der Rest der Familie abgeschoben - mittlerweile auch Kleinkinder ohne Begleitung. Handelt es sich um Ehen zwischen Menschen mit unterschiedlicher Staatsbürgerschaft, werden sie eben einfach in verschiedene Länder abgeschoben.
- Die Abschiebehaft, in die immer mehr Menschen bereits direkt nach ihrer Ankunft in der BRD verbracht werden, ist gekennzeichnet von miserablen Haftbedingungen, ungewisser Dauer der Haft (oft bei völliger Unkenntnis des Haftgrundes!), Schikanen des Personals und der Angst vor der Abschiebung und der Auslieferung an Folter und Mord.

5b. die Zahlen

In den vergangenen fünf Jahren kamen 578 000 Asylantragsteller nach Deutschland. Im gleichen Zeitraum wurde rund 280 000 Personen, also nahezu der Hälfte, aus zwingenden rechtlichen Gründen und wegen objektiver Abschiebehindernisse Schutz gewährt.

Wer von „Wirtschaftsflüchtlingen„ oder „massenhaftem Asylmissbrauch„ spricht, lügt aus politischem Kalkül.

Das Missverhältnis - nur drei Prozent Anerkennungsquote, aber Schutzgewährung für rund 50 Prozent - hat mehrere Gründe:

Zusätzlich zu denen, denen Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes gewährt wird, erkennt das Asylbundesamt rund neun Prozent weitere Flüchtlinge nach internationalen Abkommen wie der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention an. So erhöht sich die amtliche Quote auf mehr als zehn Prozent. Doch auch diese Zahl ist durch einen statistischen Kunstgriff niedrig gerechnet. Das Bundesamt nimmt als Berechnungsgrundlage für seine Anerkennungsquote nämlich die Gesamtzahl aller Asylanträge; und dazu gehören auch die Gesuche, die aus rein formalen Gründen abgelehnt werden oder sich durch die Ausreise des Flüchtlings erledigt haben.

Diese "formalen Ablehnungen" betreffen immerhin rund 25 Prozent aller gestellten Anträge. Dort, wo die Prüfer tatsächlich inhaltlich über politische Verfolgung entschieden, stieg mittlerweile die Anerkennungsquote auf etwa 15 bis 22 Prozent.

Zählt man die Fälle hinzu, in den sich Asylbewerber erst vor Gericht die Anerkennung erstritten, klettert die Quote um im Durchschnitt sieben weitere Prozentpunkte und nähert sich nach den Angaben der 25- bis 30-Prozent-Marke.

Addiert man dazu noch die Flüchtlinge, die nach abgelehntem Asylanträgen aus humanitären Gründen in Deutschland geduldet oder aus von ihnen nicht vertretbaren Gründen nicht abgeschoben werden können, dann lesen sich die politisch gehandelten Zahlen über den vermeintlichen Asylmissbrauch ganz anders: Rund 50 Prozent der Flüchtlinge in der Bundesrepublik gelten - streng nach Recht und Gesetz - als schutzwürdig.

6. Die bisherige Debatte um ein Einwanderungsgesetz

Ende Februar 2000 verkündete Bundeskanzler Schröder auf der Computer-Fachmesse CeBIT die Greencard für 30.000 nicht-deutsche Software-SpezialistInnen.

Inzwischen gibt es bereits diese "Anwerbestoppausnahmereverordnung", die in ihrer Ausgestaltung durchaus umstritten war. Insgesamt soll die Öffnung des 1973 verkündeten prinzipiellen Anwerbestopps auf drei Jahre begrenzt sein.

Ein Teil der Reaktionen auf die Schröder-Initiative war vorhersehbar, etwa der rassistische "Kinder statt Inder"-Ausfall von Jürgen Rüttgers, CDU-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen.

Die Gewerkschaften lehnen die Öffnung des Arbeitsmarktes für Nicht-Deutsche weitgehend ab. Die ver.di-Gewerkschaften und die IG Metall befürchten Lohndumping und eine "Schmutzkonkurrenz" nicht-deutscher Billig-ArbeiterInnen. Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende DGB-Vorsitzende, und IG Metall-Chef Klaus Zwickel verweisen auf die von den Unternehmen selbst verschuldete Ausbildungsmisere, von der die Greencard ablenken solle. 32.000 erwerbslose EDV-ExpertInnen und 54.000 erwerbslose Ingenieure seien ein Potenzial, "das die Wirtschaft nutzen müsse", so Zwickel.

Diese Argumente sind teilweise berechtigt: Sie laufen aber Gefahr als bloßes reaktionäres Abwehrgargument missbraucht zu werden: Der deutsche Arbeitsmarkt soll Deutschen oder zumindest bereits hier lebenden Menschen vorbehalten bleiben. Hier wird völlig die ökonomische Notwendigkeit von Einwanderung, sowie internationaler Verflechtungen der Wirtschaft ignoriert.

Die Angst vieler ArbeitnehmerInnen vor Lohndumping ist verständlich. Allerdings besteht die Hauptursache von Lohndumping in der illegalen Beschäftigung und nicht in der Einwanderung. Viele ImmigrantInnen haben zur Zeit keine Chance, in Deutschland offiziell einzuwandern und werden somit in die Illegalität abgedrängt. Sie können sich nicht gegen Billiglöhne wehren, ohne ihre Existenz in Deutschland zu gefährden. Die beste Vorgehensweise im Kampf gegen Lohndumping ist immer noch, seine Ursachen zu beseitigen. Dazu gehört vor allem auch der unsichere rechtliche Status vieler Menschen, die in Deutschland arbeiten.

Dem Lohndumpingargument im Zusammenhang mit Einwanderung könnten die Gewerkschaften auch mit einem offensiven Kampf um Verteilungsgerechtigkeit begegnen, der gemeinsam, mit und für alle geführt wird – egal woher sie kommen und egal, wie lange sie bereits hier sind.

Mit dem Greencard-Erweiterungsvorstoß des Bundeskanzlers wird auch die Einführung eines Einwanderungsgesetzes erneut diskutiert.

Dabei geht es primär um die Versorgung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes mit neuer Arbeitskraft, tatsächlich um die Profitmaximierung der Unternehmen durch geringere Lohnzahlungen und weniger Ausbildungsinvestitionen.

Inzwischen sind zudem offenbar alle kritischen Stimmen, die noch Anfang der 90er Jahre etwa bei den Grünen ein Einwanderungsgesetz zu einem hochumstrittenen Projekt gemacht hatten, völlig verschwunden. In der Debatte der politischen Linken in den letzten 10 Jahren mutierte das Einwanderungsgesetz von einem hochbedenklichen Regulierungsinstrument zu einem neuen politischen Kassenschlager. Die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft werden von allen Seiten anerkannt und mit keinem Wort kritisch hinterfragt. Von den Unternehmerverbänden bis zu den Grünen wollen alle ein Einwanderungsgesetz als Steuerungsinstrument für den Arbeitsmarkt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, wie beherzt die Grünen dieses Kosten-Nutzen-Kalkül zu übernehmen bereit sind. Ein Einwanderungsgesetz müsse her, damit auch wirklich "die fähigsten Köpfe" kommen, so etwa die Bundestagsabgeordneten Cem Özdemir und Matthias Berninger. Özdemir, immerhin innenpolitischer Sprecher seiner Partei, will eine "moderne Einwanderungspolitik", und dazu "gehört auch, dass ein Staat sich in den Bereichen öffnet, wo Bedarf ist".

Vor zehn Jahren haben die Grünen auf Grund solcher Argumentationen ein quotenbewehrtes Einwanderungsgesetz eben als Zuwanderungsbegrenzungsgesetz abgelehnt. Und auch in ihrem Gesetzentwurf für ein Einwanderungsgesetz aus der letzten Legislaturperiode geht es vordringlich darum, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen und Menschen, die vor geschlechtsspezifischer Verfolgung, vor Armut oder vor ökologischen Katastrophen fliehen, einen sicheren Zugang ohne das Nadelöhr des Asylverfahrens zu ermöglichen.

7. Forderungen

7a. die SPD

Die SPD betont im Koalitionsvertrag zwar, zur Genfer Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention zu stehen, Ziel der gemeinschaftsrechtlichen Regelung müsse aber eine ausgewogene Verantwortungs- und Lastenverteilung sein.

Anerkannt wird, dass bislang ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozess stattgefunden habe auf die Integration der auf Dauer in Deutschland lebenden Zuwanderer gesetzt werden müsse, die sich zu den deutschen Verfassungswerten bekennen. Integration könne indes nur gelingen, wenn die Grenzen der Aufnahmefähigkeit und Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft beachtet werden. Deshalb will die SPD eine wirksame gesetzliche Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Diese müsse die Arbeitsmarktlage, die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und humanitäre Gesichtspunkte berücksichtigen.

Ansonsten müsse im Zentrum der Integrationspolitik die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts stehen, wobei der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit abhängig sein sollte. Dies ist bereits umgesetzt.

Hier wird wie bei den Grünen ausdrücklich betont, dass Flüchtlinge und Zuwanderer unterschiedliche Personengruppen seien - wer politisch verfolgt sei, habe Anspruch auf Schutz.

7b. die Jusos

Als Ergebnis einer juristischen Betrachtung der aktuellen Rechtslage kann festgehalten werden, dass die Einwanderungsmöglichkeiten aufgrund der deutschen Gesetzgebung und ihrer völkerrechtlichen Bindungen einer Quotierung kaum zugänglich sind und dass dort, wo es das Gesetz erlaubt, das Maximum an zulässiger Einwanderung weitgehend festgelegt ist.

Da nicht anzunehmen ist, dass die Bundesrepublik Deutschland aus ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen aussteigt, müsste in der Folge zwischen der Einwanderung aus humanitären Gründen und der wirtschaftlich motivierten Einwanderung, die noch gesetzlich zu regeln wäre, deutlich getrennt werden.

Flüchtlingsbewegung weltweit reduzieren

Entwicklungsländer, die Anstrengungen zur Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen leisten, müssen mit zusätzlichen Hilfsprogrammen der zu stärkenden UNHCR und der AKP-Lomé-Staaten Mittel zur Bewältigung dieser Aufgaben zufließen.

Einwanderungsgesetz

Die aktuellen Reaktionen auf die von Bundeskanzler Gerhard Schröder ausgelöste Greencard-Diskussion zeigen zwar die Notwendigkeit für ein solches Gesetz. Es ist auch notwendig, um den Druck auf das Asylgrundrecht abzubauen, damit es vor weiteren politisch motivierten Dezimierungen bewahrt wird. Ein Einwanderungsgesetz

für die Bundesrepublik Deutschland wird also kommen. Deshalb lehnen wir eine quotenbewehrte Einwanderung grundsätzlich ab.

Die SPD hat jetzt noch die Chance, sich an die Spitze der Entwicklung zu setzen, dies kann aber nicht in der Form geschehen, dass eine ausgrenzende Haltung – auf Basis falscher Zahlen und Grundannahmen - Ausgangspunkt für weitere Überlegungen wird.

Ziel muss es sein, mit diesem Gesetz zunächst einen Beitrag zur Lösung der sozialen, ökonomischen und politischen Problemen dadurch zu leisten, dass weit über die bisherigen gesetzlichen Regelungen hinaus Einwanderung und anschließende Einbürgerung ermöglicht wird.

Durch die Schaffung einer rechtlich abgesicherten Einwanderungsmöglichkeit werden sich die Zuzugszahlen zwar kurzfristig nach oben bewegen, dies wird sich aber selbst bei wirtschaftlich motivierten Zuzügen erst einmal in Grenzen halten, wie die bisherigen Erfahrungen und Daten gezeigt haben.

Das Grundrecht auf Asyl soll unangetastet bleiben bzw. wieder ausgebaut werden.

Mit der Debatte um ein Einwanderungsgesetz hat diese Diskussion fast nichts zu tun.

Bei Asyl geht es darum, politisch Verfolgten Schutz zu gewähren. Bei einem Einwanderungsgesetz geht es darum, die Lebenssituation der darüber hinaus Einwandernden zu regeln.

Um gesellschaftlichen Ressentiments und sozialen Ängsten zu begegnen, ist eine gesellschaftliche Debatte nötig, die von den MeinungsträgerInnen in einem aufklärerischen Sinne mitgestaltet wird.

Zudem sind verstärkte Bemühungen zur Integration der bereits hier Lebenden oder neu Einwandernden nötig.

„Integration

Die Notwendigkeit einer Integration von Einwandernden wird von niemandem angezweifelt. Sie darf dabei nicht mit einer Anpassung an eine angeblich in Deutschland bestehende „Leitkultur“ verwechselt werden. Integration ist immer ein gegenseitiger Prozess, der nicht nur von AusländerInnen sondern auch von InländerInnen aufgegriffen werden muss. Sie dient dem gegenseitigen Verständnis und der Toleranz gegenüber dem „Fremden“.

Wir fordern folgende Maßnahmen zur Förderung der Integration:

1. Sprachkurse

Wir sehen die Vermittlung von Sprachkenntnissen als eine zentrale Voraussetzung von Integration an. Die Sprachkurse sollen sich dabei an den Bedürfnissen der ImmigrantInnen orientieren und vor allem Kenntnisse vermitteln, die im täglichen Leben benötigt werden. Allen Einwandernden muss die Möglichkeit gegeben werden, Unterricht in Deutsch zu bekommen.

Sprachkurse müssen flächendeckend angeboten werden, so dass wirklich alle ImmigrantInnen Kurse besuchen können. Insbesondere weibliche Familienangehörige, die aus patriarchalischen Familienstrukturen stammen, haben aber oft nicht die Möglichkeit, an Sprachkursen teilzunehmen. Sie können sich mit unserem Vorschlag aus ihrer Abhängigkeit lösen und ihre Existenz auf die eigenen Beine stellen. Eine ausreichende Sprachkenntnis ist für eine erfolgreiche Integration unerlässlich. Ein modularer Aufbau der Sprachkursangebote ist sinnvoll, da er insbesondere die Möglichkeit eröffnet, Angebote bei einem Wohnortwechsel wahrzunehmen. Die Rolle der Frauen als Multiplikatorinnen wird oftmals weit unterschätzt. Deshalb sollten insbesondere für eingewanderte und nachgeholte Frauen spezielle Sprachkurse angeboten werden. Auch Kinder lernen eine Sprache nicht immer von selbst, ihnen sollen kindgerechte Deutschkurse angeboten werden.

Die Vermittlung von Sprachkenntnissen können mit Hilfe von bestehenden Vereinen und Organisationen durchgeführt werden. Sollte das Angebot dazu nicht ausreichen, ist von staatlicher Seite qualifizierte Abhilfe zu schaffen.

2. Integration in Schulen

Integration von Kindern und Jugendlichen muss eine offizielle Aufgabe der Schulen werden. Viele LehrerInnen sind mit multikulturellen Klassen überfordert, für sie sollen Fortbildungen durchgeführt werden. Die Klassenstärken sind den Erfordernissen entsprechend anzupassen.

Die Schullaufbahn ist in unserem jetzigen System prägend für das restliche berufliche und gesellschaftliche Leben. Kinder von ImmigrantInnen werden dabei systematisch benachteiligt. Sie besuchen nur selten höhere Schulen und sind deshalb auch auf dem Arbeitsmarkt im Nachteil. Die Gründe für den mangelnden Besuch von höheren Schulen haben ähnliche Ursachen wie bei Kindern aus sozial schwächeren Schichten. Erschwerend dazu kommen oft noch schlechtere Deutschkenntnisse.

Diese Benachteiligungen sollen langfristig über eine Änderung des bestehenden Schulsystems gemildert werden. Das jetzige System basiert auf sozialer Auslese und Konkurrenzdenken. Wir plädieren für die Einführung der Gesamtschule. Kurzfristig müssen Hausaufgabenbetreuungen und Förderunterricht in Deutsch durchgeführt werden. Auf schlechtere Sprachkenntnisse muss auch gerade bei der Notenvergabe Rücksicht genommen werden. In den Fächern, in denen es auf genaue Deutschkenntnisse ankommt, dürfen an Kinder von EinwanderInnen nicht von Anfang an die gleichen Anforderungen gestellt werden. Erst muss sichergestellt sein, dass sie die gleichen Chancen haben, die schulischen Anforderungen zu erfüllen. Die Schaffung dieser Basis ist Aufgabe der Kultusministerien.

Desweiteren müssen die Unterrichtsinhalte überarbeitet werden, damit diese die Lebenswirklichkeit und kulturelle Vielfalt aller Kinder unserer Gesellschaft widerspiegelt und Stereotypisierungen und Rassismen überwindet. Wenn das Bildungssystem die Menschen mit einem Migrationshintergrund nicht erreicht, ist es kein originäres Problem der Leute, sondern ein Problem des Systems.

Die Integration der Kinder von EinwanderInnen in den Klassenverband soll von den LehrerInnen aktiv gefördert werden. Dazu gibt es verschiedene pädagogische Konzepte. Diese Maßnahmen kommen auch inländischen Kindern und Jugendlichen zugute.

Insgesamt benötigen wir gerade für die zweite und dritte Generation der hier lebenden MigrantInnen dringend eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive.

3. Integration in der Erwerbsarbeit

ImmigrantInnen werden auch im Arbeitsleben systematisch benachteiligt. Sie bekommen häufig weniger Lohn für die gleiche Arbeit und haben oft nur Zugang zu schlecht bezahlten Berufen. Damit sich EinwanderInnen gegen diese Diskriminierungen wehren können, fordern wir die Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes.

Außerdem müssen Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, eine positivere Bewertung erfahren und leichter anerkannt werden. Ist eine vollkommene Anerkennung aus sachlichen Erwägungen ausnahmsweise nicht möglich, sind Studien- oder Ausbildungsverkürzungen im erlernten Beruf in erheblichem Umfang zu ermöglichen. Die erforderliche Nachqualifikation ist staatlich zu fördern.

4. Politische Integration

Wir fordern die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts in kommunalen Parlamenten auch für Nicht-EU-BürgerInnen. Bis zur Umsetzung dieser Maßnahme müssen gewählte Ausländervertretungen in den kommunalen Parlamenten Rede- und Antragsrecht bekommen.

Öffentliche Verwaltungsaufgaben müssen in Zukunft auch stärker von MigrantInnen erledigt werden können. Sie müssen stärker in den Öffentlichen Dienst miteinbezogen werden. Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen, die mit AusländerInnen arbeiten, sollten umfassend geschult werden, damit sie ein Verständnis für hier lebende MigrantInnen entwickeln können.

Die pädagogische Forschung muss in den Stand gesetzt werden, Methoden zum Erlernen bzw. Vermitteln nicht-rassistischen Verhaltens zu entwickeln. Generell muss der Bildungssektor seinen Beitrag als Vorreiter durch entsprechende Forschung und durch Anwendung der entwickelten Methoden leisten.

Selbstorganisationen von Menschen mit Migrationshintergrund, die zum Ziel haben, die Interessenvertretung ihrer Mitglieder bezogen auf die gesellschaftlichen und politischen Institutionen der BRD zu verbessern, sind gezielt zu fördern.

Alle Formulare bei Behörden und Ämtern sind mehrsprachig (in den gängigsten "Migrationssprachen") zu verfassen. Ggf. haben auch öffentliche Beschriftungen mehrsprachig zu erfolgen.

5. Medien

Berichterstattungen in den Medien können dazu führen, dass Vorurteile gegen Nicht-Deutsche geschürt werden oder in denen Nicht-Deutsche sogar kriminalisiert werden. Sie schaffen Ablehnung in den Köpfen der Menschen und wirken einer Integration von Nicht-Deutschen diametral entgegen. Eine sensiblere Verarbeitung von Themen, die sich mit Migration und Integration auseinandersetzen, ist erforderlich. Eine Kontrolle bzw. eine eventuelle strafrechtliche Verfolgung in diesem Bereich kann auf der Grundlage eines Antidiskriminierungsgesetzes gewährleistet werden, das sich aber nicht nur auf Medien begrenzen darf.

Die Integration von ImmigrantInnen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von allen ernst genommen werden muss. Sie ist für die Zukunft unserer Gesellschaft von größter Bedeutung. Aus diesem Grund sollte die Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch Bund und Länder für die oben aufgeführten Maßnahmen selbstverständlich sein.“

Asylrecht wiederherstellen

Die Beschlüsse des Berliner Parteitags der SPD sind unverzüglich umzusetzen.

Langfristig fordern wir die Wiederherstellung von Art. 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz. Durch den neuen Artikel 16a Grundgesetz wurde der individuelle Asylrechtsanspruch durch die Einführung des Konzepts »sicherer Drittstaaten« weitgehend abgeschafft. Bis zu dieser Änderung fordern wir aber, das einige einfachgesetzlichen Regelungen abgeändert bzw. gestrichen werden:

1. Rückkehr zu den internationalen Standards im Flüchtlingsrecht

- Die Drittstaatenregelung ist auszusetzen.

Die sogenannten sicheren Drittstaaten werden per Grundgesetz als sicher erklärt. Die praktische Erfahrung zeigt aber, dass diese Staaten in überwiegender Zahl weder ein verfassungsrechtlich festgeschriebenes Asylrecht, noch ein verbindliches Prüfungsverfahren praktizieren. Darüber hinaus erkennen die „sicheren“, Drittstaaten wiederum andere Staaten als Drittstaaten an, und schieben insofern Flüchtlinge aus dem Geltungsbereich der Europäischen Menschenrechtskonvention.

- Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zur Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention ist als verbindlich zu akzeptieren. § 53 AuslG ist dementsprechend zu ändern. Abschiebungsschutz muss auch dann gewährt werden, wenn keine staatliche Gewalt existiert.

- Familienasyl im Sinne von § 26 AsylVfG wird auch denjenigen Ehegattinnen, Ehegatten und Kindern gewährt, die über einen sogenannten sicheren Drittstaat eingereist sind. Der Familiennachzug für Konventionsflüchtlinge wird ermöglicht.
- Eine Verfolgung aus geschlechtsspezifischen Gründen muss im Asylverfahren berücksichtigt werden. Eine entsprechende Klarstellung muss in § 51 AuslG erfolgen.
- 2. Das sogenannte Flughafenvorverfahren ist ersatzlos zu streichen.
- 3. Ein effektiver Rechtsschutz im gerichtlichen Verfahren muss wieder hergestellt werden. Im Eilverfahren muss ein Antrag auf Zulassung der Beschwerde eingeführt werden.
- 4. Die Abschiebungshaft ist abzuschaffen. Es ist völlig ausreichend, Abzuschiebende kurzfristig und vorübergehend festzuhalten, wenn die Abschiebung anders nicht gesichert werden kann.
- 5. Das Asylbewerberleistungsgesetz ist ersatzlos abzuschaffen. Das Bundessozialhilfegesetz und andere Vorschriften sind so zu ändern, dass keine Sonderbehandlungen von Flüchtlingen erfolgt. Es verstößt gegen elementare Menschenrechte. Eine um 20% gekürzte Sozialhilfe, Umstellung auf Sachleistungen, etc. ist wohl eines der härtesten Diskriminierungsinstrumente.
- 6. Das Amt des Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten ist abzuschaffen. Der Bundesbeauftragte klagt obstruktiv gegen anerkennende Entscheidungen und hat sich in vielen Jahren als institutionalisiertes Verfahrenshemmnis erwiesen.
- 7. Die Residenzpflicht für Flüchtlinge ist aufzuheben. Durch die, seit 1982 bestehende, Residenzpflicht ist es Flüchtlingen verboten, sich in der BRD frei zu bewegen. Sie dürfen den ihnen als Wohnort zugewiesenen Landkreis nicht verlassen. Die zur Einhaltung dieser Residenzpflicht stattfindenden, auf rassistischen Kategorien basierenden, Polizeikontrollen fügen den Flüchtlingen physisches und psychisches Leid zu (dies ist in zahlreichen Fällen dokumentiert). Die Residenzpflicht, die es - einmalig in der Welt - nur in der BRD gibt, schränkt verschiedene Grund- und Menschenrechte (Bewegungsfreiheit, Meinungs- und Redefreiheit, Recht auf Vereinigung), in eklatant widriger Art und Weise ein. Der gesetzliche Zwang zur dauerhaften Unterbringung in Sammellagern ist sofort zu beenden. Dies verstößt gegen die Menschenwürde. Außerdem bieten sie die ideale Angriffsfläche für rassistische und ausländerfeindliche Biedermänner, die dann leicht zu Brandstiftern werden.

Insbesondere Frauen würden von einer Ausweitung der bisherigen Regelung profitieren. Schätzungen zufolge sind etwa 80% der Flüchtlinge (die Prozentangaben schwanken zwischen 70-90%) Frauen und Kinder, etwa 50-60% Kinder und 20-30% Frauen. Allerdings führt ihre Flucht meistens nicht über ihr Herkunftsland hinaus. Obwohl die Mehrheit der Flüchtlinge Frauen sind, erreichen sie weit seltener eines der westlichen Aufnahmelande, als männlichen Flüchtlinge. Lediglich 1% der weiblichen Flüchtlinge gelingt eine Flucht nach Europa. Die geringe Präsenz von weiblichen Flüchtlingen hat verschiedene Ursachen. Insbesondere die geringen finanziellen Mittel über die diese Frauen verfügen, die Tatsache, dass sie Kinder versorgen und ihre meist geringere Bildung machen eine Flucht in weiter entfernte Gebiete fast unmöglich. Eine legale Einwanderungsmöglichkeit würde diesen Frauen eine Möglichkeit bieten, überhaupt in ein westliches Land zu gelangen.

Die Jusos fordern außerdem die Bundesregierung auf, sich einer europaweiten Lösung der Asylpolitik nicht länger in den Weg zu stellen und im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses und der Vertragsänderung bei der folgenden Regierungskonferenz auf ihr Vetorecht bei Asylfragen zu verzichten.

Asylfragen sollten in Europa der Mehrheitsentscheidung im Rat und der Mitentscheidung im Europäischen Parlament unterliegen. Ausgangspunkt für die Initiative muss die volle Wiederherstellung des Asylgrundrechts sein.

Perspektiven für eine abgehängte Region

- Menschen und Strukturen in Ostdeutschland stärken -

Seit der Wende 1989/90 ist im Osten der Republik viel geschehen. Wer heute einen Blick in die neuen Länder riskiert, der wird sie gegenüber alten Bildern verändert finden. Dabei gibt es genauso positive wie negative Erscheinungen.

1,3 Billionen Mark haben Bund, westdeutsche Länder, die Sozialversicherungssysteme, die Europäische Union und die Bürger Ost und West gemeinsam seit 1991 für den Aufbau Ost bezahlt. Die finanziellen Transfers in die neuen Bundesländer haben zwar einige Erfolge gebracht, aber eben nicht zur erhofften Angleichung der Lebensverhältnisse geführt.

Bis 1999 stieg das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin von 1991 mit 43 Prozent des Niveaus der westdeutschen Länder auf 71 Prozent im Jahr 1999 an. Dabei ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass das BIP in den neuen Ländern wieder langsamer ansteigt als in den alten Ländern und die Schere damit wieder weiter auseinander klafft.

Die Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Ländern liegen bei 80 Prozent der westdeutschen, die Renten aus der staatlichen Rentenversicherung bei 110 des westdeutschen Wertes.

Die Industriedichte in Ostdeutschland ist zu gering, in Ostdeutschland kommen auf 1000 Einwohner 41 Industriebeschäftigte, in Westdeutschland mehr als doppelt so viele. Viele Unternehmen sind in den letzten Jahren in Konkurs gegangen. Die Folge ist eine Arbeitslosigkeit, die im Osten noch immer durchschnittlich 18 Prozent beträgt, in einigen Regionen deutlich über 25 Prozent liegt. Das ist höher als die Arbeitslosenquote in Portugal, welches das Schlusslicht in Europa bildet und steht in einem massiven Widerspruch zur Quote von 8 Prozent in den alten Ländern, die besser darstehen als die meisten anderen europäischen Länder. Die Folge davon ist auch eine Abwanderung aus den ostdeutschen Bundesländern, die wieder deutlich über 200.000 pro Jahr liegt und damit beinahe wieder das Niveau der Anfangsjahre erreicht hat.

Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Angleichung ins Stocken geraten. Seitdem verharrt die ostdeutsche Arbeitsproduktivität bei rund zwei Dritteln der westdeutschen. Die Bruttowertschöpfung in den neuen Ländern hat in den Jahren 1991 bis 1999 um insgesamt 84 Prozent zugenommen. Der weitaus größte Teil dieses Zuwachses, nämlich 64 Prozent, entfiel auf den Zeitraum bis zum Jahre 1995. Aus diesem Grunde muss bedenklich stimmen, dass die Investitionsdynamik seit Mitte der Neunzigerjahre merklich nachgelassen hat.

1996 lief das Fördergebietsgesetz aus, 1997 trat ein neues Gesetz in Kraft, das wesentlich weniger finanzielle Mittel bereitstellte und keine Ausnahmeregelungen für Abschreibungen in Ostdeutschland vorsah. In Sachen Wohnungsbau und Bürobauten war dieser Schritt überfällig, weil seit Jahren die Überkapazitäten subventioniert wurden, die heute zu massivem Anpassungsdruck in der ostdeutschen Bauwirtschaft führen. Ob aber die Reduktion der Förderung bei den gewerblichen Anlageinvestitionen, für Maschinen und Einrichtungen richtig war, ist außerordentlich fraglich, wie man an der vom Sachverständigenrat konstatierten nachlassenden Investitionsdynamik ablesen kann.

Von einem Aufholprozess kann zumindest seit 1996 keine Rede sein. Denn: Seither blieb nach der amtlichen Ermittlung des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder" das reale Wachstum der neuen Länder alle Jahre wieder deutlich hinter dem westdeutschen Wert zurück

Die Gründe dafür sind:

1. Die Kapitalausstattung, die Kapitalintensität der ostdeutschen Wirtschaft erreicht allenfalls 75 Prozent des westdeutschen Wertes. Die Ausstattung mit Sachkapital ist eine wesentliche Voraussetzung für internationale Wettbewerbsfähigkeit; für Vorprodukte und Zulieferteile in der vernetzten Weltwirtschaft garantiert nur die jüngste Maschinengeneration die marktübliche Qualität. Und nur im Investitionsprozess entstehen zusätzliche Arbeitsplätze.

2. Die Lohnkosten je Stunde im verarbeitenden Gewerbe liegen in Ostdeutschland bei 72 Prozent des westdeutschen Wertes. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität der neuen Länder aber nur bei 59 Prozent des Westwertes.

3. Durch eine restriktive Investitionspolitik von Bund und ostdeutschen Ländern wird die von den großen empirischen Forschungsinstituten ermittelte Infrastrukturlücke Ostdeutschlands in Höhe von 300 Milliarden D-Mark viel zu zögerlich abgebaut.

Es wird deutlich wirtschaftliche, soziale und auch kulturelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind 10 Jahre nach der Vereinigung noch immer vorhanden. Überholen ohne einzuholen - das war das erzeugte Bild, das die Anfangsmonate nach der Wende kennzeichnete. Das Bild der baldigen blühenden Landschaften war nicht hilfreich, für die bevorstehenden Anstrengungen, die die gesamte Republik zu bewältigen hatte und hat.

Die Region Ostdeutschland ist durch das Thierse-Papier wieder stärker in den Fokus der öffentlichen Auseinandersetzungen gerückt. Nun heißt es gemeinsam Antworten auf die Herausforderungen in Ostdeutschland zu finden.

Ein Jahrzehnt nach dem Beitritt ist die Anfangseuphorie ins Realistische bis Resignierende verkehrt. Wenn die angestoßene Debatte einen Zweck erfüllen muss, dann den des Wachrüttelns aller Beteiligten. Den Aufbau Ost zur Chefsache zu erklären reicht nicht aus - mit den Menschen gemeinsam muss ein ernsthafter, ehrlicher Diskurs über Entwicklungspotenziale und -chancen geführt und umgesetzt werden.

1. Kulturelle Unterschiede

Die Zerstörung der ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Reproduktionsbedingungen des Großbürgertums, des kleinbürgerlichen Mittelstandsmilieus und des bürgerlich-humanistischen Milieus durch die Politik in der SBZ und der DDR zum einen und die Privilegierung der Angehörigen aus dem Arbeitermilieu beim Zugang zu höherer Bildung zum anderen führten zu einer Homogenisierung der Bevölkerung Ostdeutschlands in Richtung kleinbürgerlicher-proletarischer Milieus. Die Medien, Kunst und Kultur, Wissenschaft, Bildungssystem und auch die Betriebe wurden durch permanente Verbreitung der staatsideologischen Deutungsmuster ausdrücklich auf den Marxismus-Leninismus als weltanschauliches Grundkonzept ausgerichtet und verpflichtet. Die Egalisierung der Lebensverhältnisse wie auch die Angleichung der Normalitätsvorstellungen und politischen Werte der DDR-Bürger bildet ab Mitte der sechziger tatsächlich eine Milieulandschaft heraus, die im Vergleich zur westdeutschen, eher proletarisch, egalitär und links war. Selbst die 68er Bewegung fand im Ostdeutschen Raum nicht die Beachtung und ihre Auswirkungen wie in anderen europäischen Staaten. In Befragungen des Statistischen Bundesamtes blieb der Osten eine weniger individualisierte, egalisierte arbeitlerliche Gesellschaft. Dieser

Trend hält bis heute an, in Befragungen des Statistischen Bundesamtes rechnen sich noch 61% der Ostdeutschen der Unter- und Arbeiterschicht zu. Diese „kulturelle Andersartigkeit“, reflektieren wir nicht nur, nein wir bestehen auch darauf anders zu sein. Diesem Selbstvergewisserungsbedarf trägt niemand offiziell Rechnung, er spiegelt sich heute wieder in Form von Ostalgie oder dem glorifizieren scheinbar „ostdeutscher Mentalitätspolitik“, wie Wolfgang Thierse oder Regine Hildebrandt.

Jeder zweite Ostdeutsche befürwortet eine stärkere Kontrolle der Wirtschaft durch die Politik. Im „freien Spiel der Kräfte“, sehen sie mehr als die Westdeutschen die Gefahr, dass Gesellschaft zu einem Freiraum für die Stärkeren und Verantwortungsloseren wird und ihre Funktion als Lebensraum verliert - und das sie die Leidtragenden dieser Entwicklung sind.

Dieser Eindruck ist - bei Betrachtung der zurückliegenden Jahre - nachvollziehbar. Der Aufbau selbsttragender Wirtschaftsstrukturen ist für Ostdeutschland nicht gelungen. Nach den anfänglichen Fehlentscheidungen – viele industrielle Kerne der DDR wurden nicht etwa saniert, sondern zerschlagen oder verscherbelt – gilt es nun neue Perspektiven zu erschließen.

Dabei gilt es das ostdeutsche Selbstbewusstsein weiterzuentwickeln und in die Politik der Sozialdemokratie einzubetten. Für die Entwicklung der ostdeutschen Region ist weder ein "vollbeten" des Glases noch plakative Schuldzuweisungen (kein Recht auf Faulheit) hilfreich. Wollen wir die Wähler im Osten langfristig für die Lösungen der Sozialdemokratie gewinnen, muss es uns gelingen ostdeutsche Interessen ernsthaft zu vertreten, dieses setzt auch ein Verständnis für die Andersartigkeit voraus.

2. Verbundnetzwerke

Das in Ostdeutschland nur jedes vierte Unternehmen ausbildet, ist auch durch die Betriebsgröße beeinflusst. Bei 87 % der Betriebe handelt es sich um Kleinbetriebe, wovon viele über keine Ausbildungsberechtigung verfügen. Als problematisch erwies sich die schwache Ertragslage der Unternehmen in den neuen Bundesländern. So schlossen nur 60 % der Betriebe neue Ausbildungsverträge ab. Auch wenn man berücksichtigt, dass gerade kleinere Unternehmen nicht jährlich einen Lehrling einstellen, wirkte sich hier die Schwäche der Baukonjunktur besonders aus, wurde doch 1996 noch jeder fünfte Lehrling im Baugewerbe ausgebildet. Erfreulich gestaltet sich die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe, wo 21 % der Auszubildenden beschäftigt sind.

Das eine erfolgreich abgeschlossene Lehre noch keine Garantie für eine Übernahme in ein Arbeitsverhältnis ist, wird deutlich bei genauer Betrachtung der Fakten. So wurde nur jeder zweite Lehrling im Anschluss an eine erfolgreiche Lehre eingestellt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass überbetriebliche Bildungseinrichtungen fast keine Jugendlichen weiter beschäftigen. Bei betrieblicher Ausbildung beträgt die Anzahl der Übernommenen 60 %. Auch muss beachtet werden, dass 15 % der Jugendlichen über eine andere Lebensplanung verfügten und beispielsweise ein Studium aufnahmen.

Die Bereitstellung von ausreichend Ausbildungsplätzen kann von dieser Unternehmenszusammenstellung nur mit ungeheurem Aufwand erfüllt werden. Viele kleine Betriebe haben keine Ausbildungsbefähigung oder sind finanzielle nicht in der Lage diese Investitionen in die Zukunft ihrer Betriebe zu tätigen. So ist der Staat in der Vergangenheit immer wieder als Ausbilder eingesprungen und hat mit erheblichem Subventionsaufgebot versucht den Jugendlichen eine Perspektive zu finanzieren. Ein Appell an die Wirtschaft wird hier nicht ausreichen. Auf die Umlagefinanzierung werden wir nicht verzichten können. Sie muss endlich kommen. Künftig sollten noch verstärkter kleine und mittelständische Unternehmen in die Duale Ausbildung über Verbundnetzwerke einbezogen werden. Nicht in der zunehmenden staatlichen Finanzierung oder im Weggang der Jugendlichen liegt die künftige Antwort, sondern in der Nutzung vorzufindender Strukturen und einem realistischen weiterentwickeln derer. Der Aufbau Ost ist nicht mit einem Nachbau West zu leisten.

Ein wichtiger Schritt für die Perspektivschaffung des ostdeutschen Ausbildungsmarktes ist das Zusammenfassen einzelner Ausbildungsordnungen zu Berufsgruppen in der die Nutzung von Verbundnetzwerken über modulare Ausbildungsgänge noch effektiver ist.

3. Schule und Arbeit

Unsere Schulabgänger bewerben sich noch immer auf nur 10 bis 20 geschlechtsspezifische Ausbildungsberufe. Die breite Auswahl an gerade seit 1996 neu bereitgestellten oder modifizierten Ausbildungsordnungen liegt ihnen nicht vor. Schulen und Beratungszentren versagen an dieser Stelle. Zurecht fordert unsere Generation an dieser Stelle eine Orientierungshilfe, die schon frühzeitig vorhandene Potenziale herausfiltert und mit der Kombination richtiger Qualifizierungen sich voll entfalten kann. Die Orientierung durch das Elternhaus fällt angesichts des ausdifferenzierten „Marktes der Möglichkeiten“, weitestgehend weg. Hinzu kommt in Ostdeutschland, dass unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil haben. So haben die meisten Betriebe kein Image über groß angelegte Werbekampagnen aufbauen können, wie z.B. Daimler Chrysler, und werden ohne Hilfe von Schule und Arbeitsamt die angebotenen Lehrstellen auf dem Markt schwerer anbieten können.

Aber gerade das Aufbrechen des stockenden Informationsflusses zwischen Schülern und Betrieben ist notwendig, will ich den Jugendlichen aufzeigen, dass ihre Zukunftsvorstellungen auch regionale Umsetzungsmöglichkeiten haben. In der Reformierung der Unterrichtsfächer Arbeitslehre muss dieses Vorhaben Verankerung finden. Weiterhin sollte hier eine kritische Auseinandersetzung mit Wirtschaftsabläufen und Arbeitsprozessen und praktische Erprobungen eigener Zukunftsvorstellungen ermöglicht werden. Diese sollten aber nicht nur reine Beschäftigung im Rahmen des Unterrichtsfaches sein, sondern müssen aufbauend auf der Entwicklung eines sogenannten "Lebensfahrplanes" für den einzelnen gewählt werden.

4. Jump-Programm

Wir begrüßen das Vorhaben das Jugendsofortprogramm bis 2003 auszuweiten. Geplante Veränderungen zu den Vorgängerauflagen berücksichtigen die besondere Situation Ostdeutschlands. So sind die Vergabe von 50% der Mittel für die neuen Bundesländer und die vorgesehene Bevorzugung betrieblicher Ausbildungsplätze in der Mittelvergabe richtige Schritte. Wollen wir den Jugendlichen noch mehr Perspektive verschaffen, ist ein Aspekt noch unbedingt zu berücksichtigen.

Das Jugendsofortprogramm (JuSoPro) sieht bisher vor, definierten Benachteiligtengruppen persönliche Qualifizierungsdefizite durch verschiedene Maßnahmen auszugleichen um somit eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Beim Betrachten der Maßnahmenteilnehmer Ost fällt allerdings auf, dass vom Abiturienten bis zum Hauptschüler alles dabei ist und somit von einem Programm für Benachteiligte nicht mehr gesprochen werden kann. Die Vermittlung in den Arbeitsmarkt bleibt nach durchlaufen der Maßnahmen auch weit hinter den Erwartungen zurück. Eben weil die Qualifizierungsdefizite nicht das eigentliche Problem darstellen, sondern die fehlenden Arbeitsmarktstrukturen für die spätere Integration. Daher fordern wir Jusos den Ausbau des Jump-Programms bei dem für die Ostdeutschen Bundesländer ein Aufbau von 100.000 Arbeitsplätzen in öffentlichen Bereichen im Rahmen des Programms organisieren. Diese dürfen natürlich nicht zu einer Verdrängung bereits bestehender Betriebe führen, sondern sollten in bisher unterentwickelten aber notwendigen Bereichen des öffentlichen Lebens angesiedelt sein.

Die Bereitstellung von 100 Millionen DM für sogenannte Mobilitätshilfen im Rahmen des Jump-Programmes kritisieren wir aufgrund der ausgestrahlten politischen Botschaft. Die politische Herausforderung besteht in der Gestaltung eines lebenswerten Umfeldes und nicht in der Verschickung junger Menschen quer durch unser Land. Mobilität ist wichtig in unserer heutigen Gesellschaft und gehört zu den Kompetenzen, die für die Bewältigung des Lebens unumgänglich ist. Aber dies staatlich zu finanzieren und im Nachgang vielleicht gar noch die Rückkehr mit finanziellen Anreizen zu versehen, stärkt den Weg, Menschen an der Verwertungslogik des Marktes auszurichten und stellt individuelle Orientierungshilfen und Potenziale in den Hintergrund.

Wir Ostlandesverbände sind dagegen Fachkräfte, welche auch in Ostdeutschland dringend benötigt werden, Anreize zu geben, aus schlecht entwickelten Regionen in die industriellen Kernregionen zu ziehen. Eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland kann nur gelingen, wenn gerade leistungsfähige junge Menschen, mit ihrer Tatkraft und Motivation den Aufschwung in Ostdeutschland nachhaltig stützen. Gerade die negative psychologische Wirkung von Mobilitätshilfen darf nicht unterschätzt werden. Jugendlichen aus den neuen Bundesländern wird durch die Bundesregierung suggeriert, das der Aufbau Ost nicht den Stellenwert besitzt, welcher notwendig wäre, um auch als junger Mensch seine Perspektive in den fünf neuen Bundesländern zu suchen.

Daher wird der Artikel 11a des Jugendsofortprogrammes wie folgt geändert:

§ 2 Förderfähiger Personenkreis

Jugendliche können gefördert werden, wenn sie seit mindestens einem Jahr arbeitslos gemeldet sind und auf Grund ihrer Qualifikation in absehbarer Zeit in der Nähe des Wohnortes kein Arbeitsplatz zur Verfügung stehen wird. Gefördert werden können auch Jugendliche, die zu Beginn des Ausbildungsjahres noch über keinen Ausbildungsplatz verfügen.

5. Perspektiven für den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland

Die gewünschte Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland kann nur mit einer drastischen Senkung der Arbeitslosenquote auf bzw. unter das Niveau der westdeutschen Bundesländer einher gehen. Um dieses Ziel zu erreichen sind verschiedene Maßnahmen in unterschiedlichen Zeiträumen erforderlich. Man muss daher kurzfristig andere Mittel ergreifen, als in der mittel- und langfristigen Perspektive.

Der hohen Sockelarbeitslosigkeit ist kurzfristig nur zu begegnen, indem der Staat sich im Non-Profit Bereich massiv engagiert. Wir Jusos sind für ein staatliches Dienstleistungsmodell, fernab des von Neoliberalen geprägten Dienstbegriffes, wonach einfache Arbeiten zu unwürdigen Löhnen verrichtet werden müssen. Wir sprechen uns für die Erhaltung und den punktuellen Ausbau von Leistungen aus der Sozialversicherung bzw. von staatlicher Stellen aus, um eine „moderne Dienstboten-Gesellschaft“, schon im Ansatz zu verhindern. Wir sind für ein Dienstleistungsmodell mit sozialer Ausstrahlung, welches gerade für Ältere, eine echte Alternative zur Arbeitslosigkeit darstellt. Dieses Modellprojekt muss aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, wobei keine Projekte finanziert werden dürfen, die in Konkurrenz zur Privatwirtschaft treten.

Gleichzeitig sollten ältere Arbeitslose, deren Chance auf Einbindung in den ersten Arbeitsmarkt ungeheuer gering ist, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit einer Dauer von drei bis fünf Jahren versorgt werden. Ein über 55-Jähriger wird auch nach der dritten Umschulung nicht zum IT-Fachmann. Er kann aber sehr wohl noch etwas leisten und wir sollten ihn nicht allein lassen.

Der von Arbeitsminister Riester nach dänischen Vorbild geplanten Jobrotation stehen wir positiv gegenüber. Dabei kann sich ein Arbeitnehmer für eine bestimmte Zeit zur Weiterbildung von der Arbeit freistellen lassen. Sie ist ein wichtiger Schritt, um während der erforderlichen Weiterbildung von Arbeitnehmern, Arbeitslosen eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt zu geben. Ein Teil des Lohnes sollte dabei von der Bundesanstalt für Arbeit übernommen werden.

Wir Jusos halten die Vorstellung von Wirtschaftsverbänden und konservativen Politikern für falsch, wonach Arbeitslose eine Arbeitsstelle auch dann annehmen müssen, wenn diese nicht ihrem Qualifizierungsniveau entspricht. Auch eine Entlohnung unter Tarif sollte nur ausnahmsweise zur Rettung eines Betriebes möglich sein, da Lohndumping auch die wenig besser gestellten Unternehmen der Branche in Zahlungsschwierigkeiten bringt, wie im Baugewerbe hinlänglich beobachtet werden kann.

Die Forderung nach einem Niedriglohnsektor, sowie nach einer größeren Spreizung der Löhne ist absurd. Gerade in den neuen Bundesländern verfügen wir mittlerweile seit einem Jahrzehnt über einen Niedriglohnbereich, welcher nur minimale Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat (Ansiedlung von Callcentern). Als deutlich problematischer stellte sich hingegen die von Unternehmen vorgenommene Verlagerung unproduktiver Arbeitsschritte in die neuen Bundesländer heraus, wodurch ein schneller Verringerung des Produktivitätsrückstandes Ostdeutschlands verhindert wurde. Daher wollen wir perspektivisch die Angleichung der ostdeutschen Löhne an Westniveau. Wir fordern die Bundes- und Landesregierungen auf, die Löhne der ostdeutschen Beamten, sowie die der Angestellten des Bundes, der Länder und Kommunen in einer angemessenen Zeitspanne anzupassen.

Eine staatliche Akzeptanz von Lohndumping wie durch die derzeitige Vergabep Praxis lehnen wir ab. Wir fordern daher die Landesregierungen auf, ein Vergabegesetz wie beispielsweise das Sachsen-Anhaltinische zu verabschieden. Durch dieses Gesetz sollte die Tariffreue als festgeschriebene Anforderung an sich bewerbende Unternehmen gestellt werden.

Langfristig sollte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich günstiger gestalten, da weniger Schulabgänger auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt drängen. Um langfristig das Produktivitätsniveau der alten Bundesländer zu erreichen, ist der weitere Ausbau der Universitäten und Forschungszentren, sowie eine Verknüpfung dieser mit Betrieben am Standort erforderlich. Darüber hinaus sollten sich die ostdeutschen Regionen auf die Förderung von wachstumsstarken Zukunftstechnologien konzentrieren, da hier die Marktanteile noch nicht aufgeteilt sind. Wir müssen eigene Profile für unsere Regionen entwickeln, ein Vergleich mit westdeutschen Regionen hat in der Vergangenheit überwiegend zur Nachahmung geführt nicht aber zur kritischen Analyse welche Richtung die Entwicklung Ost einschlagen wird. Die desolate Nutzung der GreenCards in Ostdeutschland zeigt, dass in diesem Bereich noch viel Anstrengungen zu unternehmen sind. Wissenschaftliche Standorte bilden sich in Ansätzen heraus, müssen aber dringend gefördert werden und eine Verankerung in der Wirtschaft finden, so dass Ostdeutschland als Standort für Zukunftstechnologien und Wissenstransfer Perspektiven eigener Entwicklungsdynamik aufbaut.

6. Kommunales Infrastruktur Programm

Bei der Frage nach mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und der Abwanderung vor allem junger Menschen aus Ostdeutschland kommen wir immer wieder am gleichen Punkt an. Was fehlt sind die Unternehmen, die Arbeitsplätze bereit stellen können, und das lebenswerte Umfeld, in dem Unternehmen sich ansiedeln und Menschen gerne leben, weil sie kulturelle und soziale Angebote haben.

Für Ostdeutschland ist die Lösung des Problems eine aktive Arbeitsmarktpolitik sein, die durch gezielte Investitionen eine Infrastruktur schafft, in der sich neue Unternehmen ansiedeln wollen und bestehende Aufträge erhalten und dadurch Arbeitsplätze schafft und sichert. Diese Investitionen sind nur von Seiten der Kommunen leistbar, denn nur sie können ohne enorm bürokratischen Aufwand entscheiden, welche Projekte in ihrer Umgebung vorrangig gefördert werden sollen. Allerdings sind die meisten Kommunen in Ostdeutschland durch die Aufholjagd der vergangenen Jahre finanziell stark geschwächt und haben kaum noch Spielräume für freiwillige Leistungen.

Gerade die von Arbeitslosigkeit betroffenen Kommunen haben nicht die finanziellen Voraussetzungen, aus eigener Kraft die negative Spirale aufzubrechen, die sich aus kaum wachsender Wirtschaftskraft, abnehmender Beschäftigung, zunehmender Arbeitslosigkeit und abnehmender steuerlicher Ertragskraft ergibt. Aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche lagen die Einnahmen der ostdeutschen Gemeinden je Einwohner aus Steuern 1998 bei 552 DM, während der Vergleichswert in Westdeutschland mit 1.404 DM nahezu dreimal so hoch ausfiel. Auch wenn die ostdeutschen Kommunen durch laufende Zuweisungen fast gleich hohe Einnahmen haben, lässt sich damit der noch zu bewerkstellende Aufholprozess in Bezug auf Infrastruktur nicht bewältigen.

Ziel muss es sein, dass die Kommunen auf regionaler Ebene durch die Vergabe zusätzlicher Aufträge und die Finanzierung zusätzlicher Projekte sowohl ihre Infrastruktur im wirtschaftlichen und sozialen Bereich verbessern als auch unmittelbar zusätzliche Arbeitsplätze für Zielgruppen der Arbeitsförderung schaffen können. Beispielhaft seien genannt Investitionen in Stadt- und Dorferneuerung, öffentliche Bildungseinrichtungen, Kinder- und Jugendbetreuung, Wohnumfeldverbesserung, touristische Infrastruktur, soziale und kulturelle Infrastruktur, Wegebau, Denkmalerhalt und -sanierung, Ver- und Entsorgungsstruktur, Verbesserung der ökologischen Situation.

Wir fordern deshalb:

Eine neue Säule in der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Ostdeutschland, in der den Kommunen im Rahmen eines "Kommunalen Infrastruktur-Programms" über 5 Jahre staatliche Hilfen in Höhe von 2 Milliarden Deutsche Mark von Seiten der Bundesregierung für infrastrukturelle Maßnahmen direkt zur Verfügung gestellt werden. Dabei sollte der Bund zu 80 Prozent, das Land zu 10 Prozent und die Kommunen ebenfalls zu 10 Prozent kofinanzieren.

Die Mittel des Bundes, vermehrt um den Beitrag der Länder, werden den kommunalen Haushalten in Form von Globalzuweisungen mit der Zweckbindung, nur im Rahmen des Kommunalen Infrastruktur-Programms einsetzbar zu sein, zur Verfügung gestellt. Die Planung der im Rahmen des Programms erfolgt durch die kommunale Ebene in Abstimmung mit den örtlichen Arbeitsämtern.

Vorrangig sollte Langzeitarbeitslosigkeit abgebaut werden. Von besonderem Interesse ist dabei die Verknüpfung mit Strukturanpassungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer, die über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren gewährt werden können."

7. Solidarpakt II

Wolfgang Thierse hat in seinen fünf Thesen festgestellt, der Osten habe noch einen investiven Nachholbedarf, der sich auf etwa 300 Milliarden belaufe. Zusammen mit den Arbeitslosenzahlen, dem Bruttoinlandsprodukt und dem Wirtschaftswachstum wird klar, dass der Osten noch einige Jahre auf die Hilfe angewiesen sein wird. Kein Realist konnte erwarten, dass die Aufholjagd nach zehn Jahren abgeschlossen sein wird, auch wenn das von Seiten der Kohl-Regierung nur zu gern versprochen wurde.

Deshalb gilt es heute, einen Solidarpakt zwei zu beschließen, der auf mindestens unverändertem Niveau für weitere zehn Jahre fortgeschrieben wird.

Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

I. Demokratisierung ist sozialdemokratische Reformpolitik

Die Demokratisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist das grundlegende Ziel sozialdemokratischer Reformpolitik: „In der Wirtschaftsdemokratie haben gesellschaftliche Ziele Vorrang vor den Zielen privatwirtschaftlicher Kapitalverwertung. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern demokratisch legitimierte Entscheidungen müssen im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln setzen. Ökologisch und sozial verantwortbares Handeln lässt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird.“ (SPD-Grundsatzprogramm) Wirtschaftsdemokratie ist kein Gegenkonzept zur Marktwirtschaft. Sie hebt vielmehr die Errungenschaften der Marktwirtschaft in sich auf und versucht ihre Nachteile aufzulösen. Wirtschaftsdemokratie, bedeutet die gemeinwohlorientierte Steuerung von marktwirtschaftlichen Systemelementen durch

die volkswirtschaftliche Rahmenplanung und Investitionslenkung,

- planvolle Arbeitsmarktpolitik, die durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor und die gesetzliche Flankierung von Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich Arbeitsplätze schafft,
- demokratische Kontrolle unternehmerischer Macht, besonders der multinationalen Konzerne,
- Mitbestimmung der Beschäftigten auf den Entscheidungsebenen des Betriebs und des Unternehmens.

Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) kann also nur ein Teil umfassender Reformen für mehr Mitbestimmung und demokratische Kontrolle unternehmerischer Macht sein.

II. Die Reform des BetrVG

Das Betriebsverfassungsgesetz ist in seiner derzeitigen Fassung seit 1972 nahezu unverändert gültig. In dieser Zeit hat sich die Arbeitswelt nachhaltig verändert. Zu nennen sind hier beispielsweise Outsourcing und Lean-Management.

Diese dramatische Veränderungen der betriebliche Wirklichkeit sind auch der konservativ-liberalen Regierung nicht verborgen geblieben. Sie hat die dringend erforderliche Modernisierung der Betriebsverfassung konsequent unterlassen und sogar weiter torpediert: Mit dem sog. Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 hat sie die Rechte der Betriebsräte bei Sozialpläne verschlechtert. Mit den Sprecherausschüssen für leitende Angestellte und dem sog. Minderheitenschutz wurde 1988 eine geschlossene Interessenvertretung der Beschäftigten erschwert und 1996 wurde die Änderung des § 113 BetrVG eine Regelung geschaffen, die es den Unternehmen erleichtern soll, Betriebsänderungen in noch kürzerer Zeit gegen den Willen der Betriebsräte durchzuführen, Arbeitnehmer noch schneller zu entlassen.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf zur Novellierung des BetrVG zeigt sich die SPD-geführte Bundesregierung bereit, notwendige Reformschritte einzuleiten. Der vorgelegte Gesetzentwurf darf auf keinen Fall weiter aufgeweicht werden. Er trägt bereits Kompromisscharakter, schöpft in weiten Teilen die gesetzlichen Möglichkeiten zur Ausweitung der Rechte von Betriebsräten nicht aus und muss an entscheidenden Stellen noch nachgebessert werden. Die Veränderungen, die am Referentenentwurf vorgenommen wurden, sind nicht nachvollziehbar.

Der Gesetzentwurf für die Novellierung des BetrVG

- nimmt einen ersten Schritt zur erforderlichen Neufassung des Betriebsbegriffes vor: ein einheitlicher Betrieb wird nicht mehr nur bei räumlicher Nähe, sondern auch bei organisatorischer Verbundenheit angenommen. Künftig können auf der Grundlage von Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen Sparten-, Filial- und unternehmenseinheitliche Betriebsräte gebildet werden. Die mögliche Einrichtung eines Betriebsrates durch eine Betriebsvereinbarung als „Auffanglösung“, ist allerdings abzulehnen, da so eine Durchbrechung des Tarifvorrangs möglich wird. Es ist nicht nachvollziehbar, dass der positive Ansatz des Referentenentwurfs, die Bildung eines Konzernbetriebsrates und eines Konzernwirtschaftsausschusses verpflichtend vorzusehen, im

jetzigen Gesetzentwurf gestrichen wurde. Die Einrichtung eines Konzernbetriebsrats ist jetzt von einer Vorabstimmung der Gesamtbetriebsräte abhängig, die Einrichtung eines Konzernwirtschaftsausschusses gar nicht mehr vorgesehen. Es fehlt weiterhin das Recht auf einen Konzernbetriebsrat, wenn die Konzernspitze im Ausland sitzt. Positiv ist, dass dem Betriebsrat bei Aufspaltung eines Betriebes ein Übergangsmandat bis zur Wahl eines Betriebsrats im neuen Betrieb eingeräumt wird.

- geht erste Schritte zu einer Neufassung des Arbeitnehmerbegriffs, indem auch Tele- und LeiharbeiterInnen das aktive Wahlrecht im Entleihbetrieb enthalten. In den Arbeitnehmerbegriff müssten aber auch Werksvertragsarbeitnehmer und arbeitnehmerähnliche Personen aufgenommen werden.
- erleichtert das Wahlverfahren für Betriebsräte, da in Kleinbetrieben von 5-50 Arbeitnehmern die Wahl eines Betriebsrates im Rahmen einer Betriebsversammlung ermöglicht wird. Diese Erleichterungen sind besonders hervorzuheben, da die Arbeitgeber die bisher geltenden langen Fristen in Zusammenhang mit den Wahlhandlungen häufig missbrauchten. Beispielsweise wurden KandidatInnen fristlos gekündigt, um die Wahl eines Betriebsrats zu verhindern. Leider wurde aber dem absurden Argument der Arbeitgeber in diesem Bereich teilweise nachgegeben, nachdem bei der Wahl auf einer Betriebsversammlung das demokratische Wahlverfahren gefährdet wäre. Der Gesetzentwurf sieht jetzt den Zeitraum von einer Woche zwischen der Wahl des Wahlvorstandes und der Betriebsratswahl vor.
- sieht in Betrieben ab 101 ArbeitnehmerInnen eine Erhöhung der Betriebsratsgröße vor. Die Möglichkeiten der Freistellung werden gegeben dem geltenden Recht ausgebaut und auch Teilfreistellungen für die Betriebsratsarbeit ermöglicht. Leider konnten die Arbeitgeber über Wirtschaftsminister Müller auch hier einige Verschlechterungen erreichen. Positiv am Gesetzentwurf ist, dass die Ausstattung der Betriebsräte mit Informations- und Kommunikationstechnik verbessert werden soll.
- bietet Möglichkeiten, die Chancenungleichheit zwischen Männern und Frauen zu überwinden. Frauen müssen nach dem Gesetzentwurf entsprechend ihrem Anteil an den ArbeitnehmerInnen eines Betriebes im Betriebsrat vertreten sein. Außerdem sind ein Abbau der Benachteiligung teilzeitbeschäftigter Frauen sowie Initiativ- und Beratungsrechte des Betriebsrates für Frauenfördermaßnahmen vorgesehen. Damit der Betriebsrat aber gegenüber dem Arbeitgeber eine ernst zu nehmende Verhandlungsposition hat, muss ihm hier ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.
- ermöglicht dem Betriebsrat Mitbestimmungsmöglichkeiten über die Grundsätze bei der Durchführung von Gruppenarbeit. Damit ist allerdings nicht die Mitentscheidung über die Einführung und Beendigung von Arbeitsgruppen gemeint. Im Sinne wirklicher Mitbestimmung müssen die Rechte des Betriebsrates hier noch ausgeweitet werden. Im Sinne einer Stärkung der Individualrechte der ArbeitnehmerInnen ist die Möglichkeit des Betriebsrats, Beteiligungsrechte an einzelne Arbeitsgruppen durchaus sinnvoll. Abzulehnen ist am Gesetzentwurf aber der Absatz, der diesen Gruppen auch das Rechts auf Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber einräumt. Hierdurch würde der Betriebsrat weitgehend seine Schutzfunktion in Angelegenheiten verlieren, wo sie der einzelne Arbeitnehmer dringend braucht.
- dem Betriebsrat entschieden zu wenig wirkliche Mitbestimmungsrechte zur Beschäftigungssicherung ein: zwar muss der Arbeitgeber die Vorschläge des Betriebsrats beraten, Durchsetzungsmöglichkeiten werden dem Betriebsrat aber nicht eingeräumt. Außerdem sind die Aufnahme der Förderung und Sicherung der Beschäftigung sowie die Ausführungen des Gesetzentwurfs zu Maßnahmen der Beschäftigungssicherung, die der Betriebsrat vorschlagen kann, äußerst problematisch. Es bleibt zu befürchten, dass der Betriebsrat durch diese Formulierungen in betrieblichen „Bündnissen für Arbeit“, zu noch mehr Zugeständnissen zu Ungunsten der ArbeitnehmerInnen als bisher gezwungen wird.
- räumt dem Betriebsrat Mitbestimmungsrechte bei der Einführung von betrieblichen Berufsbildungsmaßnahmen ein. Leider wurden aber rechtliche Möglichkeiten beim Verstoß des Arbeitgebers gegen die Vorschriften des BetrVG in diesem Bereich nicht aufgenommen.
- bringt auch für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) durch Vereinfachung des Wahlverfahrens und durch die Absenkung der ArbeitnehmerInnenzahl zur Bestimmung der Größe und mehr Mitspracherechte der JAV eindeutige Verbesserungen. Positiv ist ebenfalls zu bewerten, dass Frauen in der JAV künftig ihrem Anteil im Betrieb entsprechend vertreten sein müssen. Allerdings sind auch Nachbesserungen des Gesetzentwurfs notwendig: JAVen müssen auch in Betrieben gebildet werden können, in denen es keinen Betriebsrat gibt. In den ArbeitnehmerInnenbegriff müssen auch die Jugendlichen gefasst werden, die in einer außer- oder überbetrieblichen Ausbildungsstätte ausgebildet werden. Dadurch wird auch dort die Wahl einer JAV möglich.
- führt die Pflicht des Betriebsrates ein, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu bekämpfen. Allerdings wäre eine Ausweitung der ArbeitnehmerInnenrechte notwendig, wie ein Leistungsverweigerungsrecht beispielsweise für Drucker oder Briefzusteller, wenn ihnen vom Arbeitgeber die Produktion oder Verteilung rassistischer und fremdenfeindlicher Schriften zugemutet wird.
- führt Beteiligungsrechte des Betriebsrates im betrieblichen Umweltschutz ein, die allerdings keine Mitbestimmungsrechte darstellen. Hier wäre eine eindeutige Ausweitung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates im Arbeits- Gesundheits- und Umweltschutzes notwendig.

So werden kleine Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern nach wie vor nicht ausreichend berücksichtigt. Unternehmen dieser Größe müssen auch nach der Reform keine Sozialpläne bei betrieblichen Änderungen, die Entlassungen nach sich ziehen, erstellen. Weiterhin wird es auch keine Mitwirkung bei personellen Einzelmaßnahmen in Unternehmen dieser Größe geben. Bei der ersten Gründung eines Betriebsrates gibt es nach wie vor keine rechtliche Absicherung für die drei Mitarbeiter, die zur ersten Betriebsversammlung einladen. Auch können bislang keine Betriebsratsmitglieder bei weniger als 200 Beschäftigten zumindest teilweise freigestellt werden. So geraten nicht freigestellte Betriebsräte allzu häufig in die kaum lösbare Zwickmühle zwischen Berufs- und Betriebsratspflichten.

- Wir fordern die breite Einführung bzw. Erhaltung von Betriebsrenten. Diese sollen bei kleinen mittelständischen Unternehmen durch genossenschaftliche organisierte Tariffonds gewährleistet werden
- Wir fordern, alle Steuerfreibeträge auf direkte Prämienförderung umzustellen und so alle Formen der Vermögensbildung gleichzustellen
- Das Depotstimmrecht der Banken muss abgeschafft werden
- Die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Person muss auf maximal vier begrenzt werden. Das Amt des Vorsitzenden des Vorsitzenden zählt doppelt.
- Wir unterstützen die Einführung von Betriebsräten auf EU-Ebene

Forderungen für mehr Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen

Die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert bei der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetz folgende Reformen festzuschreiben:

- (1) Ein einheitlicher Betrieb muss nicht nur bei räumlicher Nähe, sondern auch bei organisatorischer Verbundenheit angenommen werden. Der Gemeinschaftsbetrieb muss ausgebaut werden, so dass ArbeitnehmerInnen auch mehrerer Arbeitgeber einem einheitlichen Betrieb angehören und somit einen einheitlichen Betriebsrat wählen können.
- (2) Die Voraussetzungen des Arbeitnehmerbegriffs sollen nicht nur bei persönlicher, sondern auch bei wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Auftraggeber/Arbeitgeber erfüllt sein. Damit fallen auch Scheinselbstständige und arbeitnehmerähnliche Personen unter den Geltungsbereich des BetrVG.
- (3) Statt bisher ab fünf regelmäßig Beschäftigte soll künftig bereits ab drei Beschäftigten die Einführung eines Betriebsrates ermöglicht werden.
- (4) Statt ab 300 Beschäftigten soll künftig bereits ab 200 Beschäftigten ein Betriebsratsmitglied freigestellt werden. Unter 200 Beschäftigung soll eine Teilfreistellung erfolgen.
- (5) Aus der "vertrauensvollen Zusammenarbeit" im Betrieb soll "gleichberechtigte Zusammenarbeit" werden.
- (6) Das Gruppenprinzip, das heißt die Trennung von Arbeitern und Angestellten, ist längst überholt und gehört aufgehoben
- (7) Der Betriebsrat und die in ihm vertretenen Gewerkschaften sollen künftig in allen Belangen eines Betriebs (soziale, personelle und wirtschaftliche Entscheidungen) ein zumindest gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht erhalten. Im Streitfall entscheidet eine Einigungsstelle. Die Zahl der mitbestimmungspflichtigen Fälle wird erheblich ausgeweitet.
- (8) Dem Betriebsrat soll künftig ein hohes Maß an Initiativrechten zugestimmt werden: die Unternehmensführung ist verpflichtet, dazu Stellung zu beziehen.
- (9) Der Betriebsrat erhält die Möglichkeit, bei allen Gesprächen zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten teilzunehmen. Ausnahme bleibt das "Vier-Augen-Gespräch".
- (10) Kündigungen, denen der Betriebsrat aus sozialen Gründen widerspricht, bleiben nicht wie bisher bis zu einer gerichtlichen Klärung bestehen, vielmehr gilt die Kündigung bis zur gerichtlichen Klärung als unwirksam.
- (11) Der Kündigungsschutz von 3 Monaten für die ersten 3 einladenden ArbeitnehmerInnen zur Errichtung eines Betriebsrats muss auf 6 Monate erhöht werden. Außerdem muss dieser Kündigungsschutz auf alle ArbeitnehmerInnen des Betriebes ab der Einladung der 1. Betriebsversammlung bis zur Wahl des Betriebsrats ausgeweitet werden. Außer es liegt ein „wichtiger Grund“ vor.
- (12) Die vorgeschriebene Wahlvorschriften sollen entbürokratisiert und somit erheblich vereinfacht werden. Die Wahlzeiten müssen verkürzt werden.
- (13) Die Gleichstellung der Geschlechter im Betriebsrat konnte in den vergangenen Jahren nicht durchgesetzt werden. Die entsprechende Sollvorschrift ist daher durch eine Mussregelung zu ersetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass eine Betriebswahl nicht am Fehlen der erforderlichen Kandidatinnen scheitert.
- (14) In Betrieben mit mehr als 30 Beschäftigten, in denen es keine Betriebsräte gibt, muss der Arbeitgeber verpflichtet werden für eine Bildung eines Betriebsrats zu sorgen. Das heißt der Arbeitgeber steht im Rahmen seiner Fürsorgepflicht in der Verantwortung eine Betriebsversammlung einzuberufen. Bei dieser Betriebsversammlung wird ein Wahlausschuss bestimmt, der für die weitere Betriebsratsbildung die Wahlberechtigung und KandidatInnenlage klärt. Der Betriebsrat ist selbstverständlich vom Arbeitgeber unabhängig. Der Arbeitgeber ist lediglich für die Einberufung der ersten Betriebsversammlung verantwortlich, bei der die ArbeitnehmerInnen, wie in anderen Betrieben auch, alles weitere bezüglich des Betriebsrats selbst übernehmen. Es muss eine Strafe folgen, wenn der Arbeitgeber es zulässt, dass es in seinem Betrieb keinen Betriebsrat gibt.

Forderungen für mehr Rechte von Jugend- und Ausbildungsvertretungen

Die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert bei der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetz folgende Reformen festzuschreiben:

- (1) Statt bisher ab fünf regelmäßig Beschäftigte soll künftig bereits ab drei Jugendliche oder Auszubildende im Betrieb die Einführung einer Jugend- Ausbildungsvertretungen (JAVen) ermöglicht werden.
- (2) JAVen können auch gewählt werden, wenn im Betrieb kein Betriebsrat vorhanden ist. JAVen müssen darüber hinaus selbstständig arbeiten können.
- (3) Änderung des ArbeitnehmerInnenbegriffes. ArbeitnehmerInnen sollen auch diejenigen sein, deren Ausbildung in einer außer- oder überbetrieblichen Ausbildungsstätte erfolgt.

- (4) JAVen sollen das Recht haben, zu allen Besprechungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber hinzugezogen zu werden, wenn die Belange der Jugendlichen oder Auszubildenden betroffen sind. Deshalb soll der Zusatz "zu allen Besprechungen" in § 68 BetrVG eingefügt werden.
- (5) Konkretisierung und Klarstellung, dass JAVen ein uneingeschränktes Recht auf Sitzungen haben. Deshalb soll die Formulierung "nach Verständigung mit dem Betriebsrat" in § 65 BetrVG durch den Begriff "nach Unterrichtung des Betriebsrats" ersetzt werden.
- (6) Das Recht auf mind. eine JAV-Versammlung pro Kalendervierteljahr.
- (7) Die Beantragung der Übernahme Auszubildender in das Arbeitsverhältnis soll explizit als Aufgabe der JAV wahrgenommen werden.
- (8) Das Recht auf Begehung der Arbeits- und Ausbildungsplätze.
- (9) Das Recht auf Einrichtung von Sprechstunden für alle JAVen.
- (10) Männer und Frauen sollen entsprechend ihren zahlenmäßigen Verhältnis in der JAV vertreten sein. Infolgedessen soll die Verbindlichkeit zum Geschlechterverhältnis im BetrVG erhöht werden. Deshalb: Ersetzung der in § 62 (3) geregelten Sollvorschrift durch eine Mussvorschrift.
- (11) Die Vertretung in JAVen muss unabhängig vom Alter der Auszubildenden sein. Das heißt auch Auszubildende, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, werden von den JAVen vertreten und können sich als JAV wählen lassen. Die bisherige Beschränkung auf 25 gehört aufgehoben, Auszubildende sollten eine gemeinsame Vertretung haben.

III. Aufgaben für Jusos und SPD

Bezogen auf die Arbeitsmöglichkeiten des Betriebsrates und der JAVen hebt sich der Gesetzentwurf positiv vom bisherigen Gesetz ab. Gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen wir Druck ausüben, dass die problematischen Stellen im Gesetzentwurf nachgebessert werden und keine weiteren Zugeständnisse an die Arbeitgeber gemacht werden. Wir unterstützen die Regierungslinie, dass die Reform des BetrVG im „Bündnis für Arbeit, nicht thematisiert werden soll.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen wir aber auch deutlich machen, dass der Gesetzentwurf den Betriebsräten zu wenige wirkliche Mitbestimmungsrechte einräumt. In diesem Sinne unterstützen wir den Gesetzentwurf des DGB zur Novellierung des BetrVG. Wir müssen aber auch hervorheben, dass Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie bei weitem mehr bedeuten, als eine Reform der Betriebsverfassung. Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie bleiben die Mittel zur Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Mitbestimmung und Wahlrecht für alle Azubis!

Der Juso-Bundeskongress unterstützt die Forderung der DGB-Jugend, den am 22. Juni im Bundestag zum Beschluss stehenden Entwurf zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes in folgenden Punkten zu ergänzen: Offensichtlich ist keine Ergänzung des Arbeitnehmerbegriffs (§ 5 Abs. 1 BetrVG) vorgesehen, obwohl dies dringend nötig wäre. Nach derzeitiger Rechtslage fallen zahlreiche Beschäftigte nicht unter den Schutz des BetrVG. Somit steht u. a. vielen Auszubildenden auch kein Wahlrecht zur betrieblichen Interessenvertretung zu.

Es ist nicht hinnehmbar, dass im Rahmen staatlich geförderter Programme und Maßnahmen bundesweit der nicht gerade kleinen Gruppe von über 200.000 Auszubildenden in außer- und überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen der betriebsverfassungsrechtliche Arbeitnehmerstatus und somit demokratische Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte verweigert werden. Sie haben keine Chance, eine JAV zu wählen, um ihre Interessen zu vertreten. Faktisch sind sie aber ebenso abhängig beschäftigt, wie andere ArbeitnehmerInnen auch, egal ob sie in den Betrieb eingegliedert sind oder nicht.

Der Juso-Bundeskongress fordert die SPD-Fraktion im Bundestag auf, sämtliche Auszubildende ohne wenn und aber bei der anstehenden Reform in den Schutzbereich der Betriebsverfassung mit einzubeziehen und entsprechend den § 5 Abs. 1 des BetrVG im Gesetzesentwurf der Bundesregierung bis zur geplanten Verabschiedung am 22. Juni 2001 im Bundestag zu ergänzen.

Alle anderen Lösungen entsprechen nicht den Gleichheitsgrundsätzen von Recht und Billigkeit. Die beabsichtigte Lösung über das Berufsbildungsgesetz würde durch die Schaffung von Parallelgremien die Ungleichbehandlung von betrieblichen und Außerbetrieblichen Auszubildenden verschärfen. Eine gewählte Interessenvertretung mit abgesicherten Rechten im BetrVG hilft beiden Seiten und ist der bessere Weg.

Keine Beschränkung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit!

Mit der anstehenden Osterweiterung wird sich eine qualitative Veränderung der EU ergeben. Die Institutionen der EU sind auf eine solche Erweiterung weitestgehend nicht vorbereitet. Der Gipfel von Nizza hat die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Akteure demonstriert. Neben der Notwendigkeit von Anpassungen des Abstimmungs- und Koordinierungsprozesses der EU zeigt sich aber immer deutlicher, dass die bisherige wirtschaftspolitische Ausrichtung der Gemeinschaft, d.h. die einseitige Angebotsorientierung, geändert werden muss. Zum

Abbau der hohen Divergenz der sozio-ökonomischen Verhältnisse in der erweiterten EU, ist eine stärker interventionistisch orientierte Politik notwendig.

Trotz erheblicher Gefälle des Wohlstandsniveaus in den einzelnen Regionen stellt die Europäische Union bis dato einen Klub der hochentwickelten Industrieländer dar. In den potentiellen Beitrittsländern wird dagegen lediglich eine Wirtschaftsleistung von etwa 40 % des durchschnittlichen EU-pro-Kopf-Bruttosozialproduktes erzielt.

Der Schutz der Beitrittsländer vor der einseitigen Wettbewerbsorientierung der Union, eine aktive Industriepolitik und die Ausweitung der sozialen Infrastruktur stellen Grundbedingungen für die nachhaltige Entwicklung der Beitrittsländer dar. Dies kann nicht allein mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreicht werden. Eine erfolgversprechende Strategie muss eine größere handelspolitische Freiheit der Mittel- und Osteuropäischen Staaten für einen selektiven Protektionismus und zur Absicherung einer offensiveren Export- und Wechselkurspolitik beinhalten.

Die Mittel aus dem PHARE – Programm, die zur Unterstützung der Beitrittsvorbereitungen eingesetzt werden, sollten in diesem Sinne verwendet werden.

Durch des weitgehenden Wegfalls von Zöllen und quantitativen Handelsbarrieren ist der Handel von Gütern jene Dimension der wirtschaftlichen Integration, die neben dem Kapitalmarkt bereits am weitesten fortgeschritten ist. Die EU exportiert vor allem kapital- und humankapitalintensive Güter und importiert arbeitsintensive Güter. Dies führte bereits 1998 zu einem Handelsbilanzüberschuss in Höhe von 25 Mrd. US \$ von der EU gegenüber den Mittel- und Osteuropäischen Staaten, welcher sich nach dem Beitritt noch vergrößern wird. Dadurch werden also Arbeitsplätze in der EU gesichert und geschaffen, speziell in Ländern mit einem höheren Anteil am Ostmitteleuropahandel, z.B. in Deutschland. Die Wohlfahrtsgewinne in Deutschland werden letztlich über den zu erwartenden Kosten liegen, dies gilt im übrigen auch für die Beitrittsländer.

Hingegen ist die (zeitlich befristete) Einschränkung der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit für die neuen UnionsbürgerInnen nicht hinzunehmen. Freizügigkeit stellt als eine der vier Grundfreiheiten der EU ein elementares Recht der UnionsbürgerInnen dar. Auch zeigt die Erfahrung der Beitrittsländer Spanien und Portugal, dass mit der befürchteten Wanderungswelle nicht zu rechnen ist. Ebenso beweist die geringe Binnenwanderungen innerhalb der Mittel- und Osteuropäischen Staaten zwischen strukturschwachen und prosperierenden Regionen (z.B. zwischen der Ostslowakei und Bratislava), dass die geschürten Ängste überzogen sind. Nach seriösen Schätzungen wird der Zuzug aus den Beitrittsländern in die EU etwa 300 000 Personen pro Jahr betragen (Schlüsseldokument der EU).

Den Versuch gerade der Bundesregierung, hier in einer Übergangsfrist nur „benötigten“ ArbeitnehmerInnen aus den Beitrittsländern den Zuzug zu ermöglichen, lehnen wir wegen des für die nachhaltige Entwicklung der Beitrittsländer schädlichen Brain-Drain-Effektes energisch ab.

Auch für die Wirtschaftsbereiche, in denen durch die Konkurrenz von Mitbewerbern aus den Beitrittsländern eine Verschlechterung der Lohnsituation der hiesigen abhängig Beschäftigten befürchtet wird, insbesondere dem Bausektor, ist eine Beschränkung der Freizügigkeit der falsche Weg. Stattdessen müssen die tariflichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere auch die EU-Entsenderichtlinie, stärker überwacht werden

Den Vorschlägen, in welchen mit der Dienstleistungsfreiheit eine weitere Grundfreiheit der EU eingeschränkt werden soll, erteilen wir eine entschiedene Absage.

Ebenso sind die Befürchtungen der Bevölkerung in den MOE-Ländern übertrieben, die sich auf eine „Landnahme“, durch die vermögendere Westeuropäer beziehen.

In einigen Bereichen sind die Anforderungen des gemeinschaftlichen Regelwerkes Acquis Communautaire mit erheblichen Kosten verbunden oder kurzfristig nicht zu erreichen. Hier können Übergangsfristen für die Beitrittsländer eine Lösung bieten.

Die Lenkungswirkung der Öko-Steuer erhöhen!

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, einen Gesetzentwurf einzubringen, um den öffentlichen Personennah- und -fernverkehr von der Ökosteuern zu befreien.

Um zusätzliche Attraktivität zu erreichen, fordern wir die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf den ermäßigten Steuersatz für den öffentlichen Personennahverkehr.

Begründung:

Eine derartige Maßnahme würde die Konkurrenzfähigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel im Vergleich zum Auto erhöhen. Die ökologische Lenkungswirkung der Steuern würde folglich verbessert.

Standard behindertengerechter Einrichtungen

Der Ausbau von behindertengerechte Einrichtungen muss vorangetrieben werden. Es muss sichergestellt sein, dass sich körperlich oder auch geistig beeinträchtigte Mitmenschen in der Bundesrepublik genauso selbstverständlich zurechtfinden, wie ein jeder andere. Öffentliche Einrichtungen müssen behindertengerecht gestaltet werden.

Behörden, Verbrauchermärkte, Warenhäuser, gastronomische Betriebe und öffentliche Münzfernsprecher aber auch städtebauliche Maßnahmen müssen einen einheitlichen Standard erhalten, so dass sich Behinderte in jeder Stadt zu Recht finden können.

Der abgesenkte Bordstein an Ampeln und Fußgängerüberwegen muss für den Behinderten genauso selbstver-

ständig sein wie auch das Reisen im öffentlichen Personennah- und Fernverkehr. Weitergehend muss umfassendes Kartenmaterial erstellt werden, dass sanitäre Einrichtungen, Fernsprecher und andere öffentlich zugängliche Orte dem Behinderten als "behindertengerecht" kennzeichnet.

Begründung:

Durch die indirekte Ausgrenzung dieser Gruppe ist der grundgesetzliche Anspruch (GG § 3,3) der Allgemeinen Gleichheit nicht gewährleistet. Behinderte werden durch das bisherige Verhalten aus der Gesellschaft ausgegrenzt und vom Straßenbild verbannt.

Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie

Warum Atomstrom? Immer wieder wird uns erzählt, dass die sogenannte zivile Nutzung der Atomkraft in der BRD notwendig ist, um Energiekrisen zu vermeiden. Tatsache ist, dass - unter Berücksichtigung der system- und betriebsbedingt nicht einsetzbaren Kraftwerke - nach plötzlicher Abschaltung aller AKW's immer noch eine Reserve von 10.600 MW (ca. 15% der verfügbaren Leistung) gegeben ist. Das Märchen von der Notwendigkeit der AKW's, zur Sicherung unseres derzeitigen Lebensstandards ist somit als solches entlarvt.

In Wirklichkeit ist diese zentralisierte Form der Energiegewinnung vor allen Dingen relevant für die Erhaltung gesellschaftlicher Machtstrukturen. Zum einen macht sie ohne die totale Ausbeutung unserer Ressourcen an fossilen Brennstoffen unser Wirtschaftssystem der industriellen Komplexe möglich, zum anderen ist sie militärisch relevant. Der Anteil an waffenfähigem Plutonium, der aus den Kernbrennstäben gewonnen werden kann ist immens. Außerdem bedeutet Energie Macht. Die Fähigkeit Energie zuzuteilen oder zu entziehen ist in einem zentralisierten Energiesystem deutlich einfacher.

Folglich ist allen demokratischen Ansprüchen nach die logische Konsequenz aus diesem systemimmanenten Problem der Umbau zu einem dezentralisierten und auf regenerativen Quellen aufbauenden Energiesektor. Hierfür gilt: Je schneller wir den effizienten Atomausstieg durchführen, um so eher wird der Weg für einen effektiven Strukturwandel der Energiewirtschaft frei gemacht.

Eine weitere Tatsache ist auch, dass sich die Neubaukosten für ein wirtschaftlich und ökologisch zeitgemäßes Kraftwerk auf ca. 800 DM je installiertes Kilowatt belaufen würden. Der völlige Ersatz der zehn jüngsten AKW's durch solche Kraftwerke würde sich auf einen Höchstbetrag von ca. 11,2 Milliarden DM belaufen. Dies ist nur ein Bruchteil dessen, was in der Vergangenheit und zur Zeit auch noch in die Forschung der Atomenergie gesteckt wurde.

Schade das sich regenerative Energien nicht zur militärischen Nutzung eignen.

Der Konsens ist Nonsense!

In der BRD sind derzeit 19 Atomanlagen am Netz. Erbaut zum Teil auch gegen gesellschaftlichen Widerstand. Am 27. September 1998 waren viele Menschen davon überzeugt, dass diese Wahl die Wahl für einen grundlegenden Wechsel gewesen wäre. Zu diesem grundlegenden Wechsel hätte auch ein Abschied vom alten System der Energiegewinnung gehört. Die energiepolitischen Vereinbarungen des Koalitionsvertrages der rot-grünen Bundesregierung ließen dies auch als realistisch erscheinen, aber man hatte die Rechnung ohne die Atomindustrie gemacht.

Vielleicht waren Verhandlungen nach Sachlage mit den Energiekonzernen sogar notwendig. Aber das Ergebnis dieser Verhandlungen hätte der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie sein müssen. Dieser Konsens zeigt in Wahrheit nur einmal wieder die gesellschaftliche Machtverteilung bzw. das Ausmaß des Einflusses der Wirtschaft in diesem Zusammenhang. So kommt es, dass sich die Energiewirtschaft mit dem Ergebnis der Gespräche wirklich sehen lassen kann. Mit „Restlaufzeiten“, von mehreren Jahrzehnten ist die Wahrscheinlichkeit, dass der technische KO der AKW's dem „erzwungenen“, (eigentlich ja eher ausgehandelten) Ausstieg zuvorkommt, sehr groß geworden. Dies ist keine annehmbare Lösung!

Eine weitere Fehlentscheidung hat es zum Thema Wiederaufarbeitung (WA) gegeben, denn es ist höchst unsinnig die WA noch bis 2005 zuzulassen, wenn die BRD aus der Nutzung der Atomenergie aussteigen will. Im Gegenteil ist das sofortige Ende der WA unumgänglich und grundsätzliche Forderung. Die WA ist ein gefährlicher und teurer Prozess, der noch dazu kaum technischen Wert hat. (Jedenfalls nicht für eine zivile Nutzung!)

Das Wackerteln der Menschheit

In Tschernobyl ereignete sich 1986 das schwerste Unglück in der Geschichte der Atom-Strom-Produktion, als ein Reaktor zu heiß wurde und explodierte. Dabei kamen viele Menschen in der Ukraine und in Weißrussland ums Leben, andere sind immer noch krank von der Strahlung, der sie damals ausgesetzt waren. Eine lange Serie von technischen Pannen führte zu starkem internationalem Druck, aufgrund dessen, die russische Regierung sich bereit erklärte, das Atomkraftwerk Tschernobyl am 15. Dezember komplett vom Netz zu nehmen.

Sicherheitslücke Atom-U-Boot

Ein anderes Ereignis erschütterte die Welt als das Atom-U-Bootes Kursk aus nicht vollständig geklärten Gründen sank und 118 Seeleute sowie einiges an radioaktivem Material mit auf den Grund der See nahm. Auch hieran wird die Gefahr eines atomaren Unfalls deutlich. An Bord der Kursk befanden sich zwei Druckwasserreaktoren mit jeweils 190 Megawatt thermischer Leistung. Das entspricht mehr als einem Drittel der Leistung des kleinsten Deutschen Kernkraftwerkes Obrigheim (mit einer Leistung von 1.000 Megawatt).

Langfristig kann diese Radioaktivität nicht zurückgehalten werden. Schließlich rostet das Boot schneller, als das nukleare Material zerfällt. Die Brisanz dieser Problematik wird offensichtlich, wenn man bedenkt, dass es sich bei der Barentsee und der Karasee ohnehin bereits um sehr belastete Gebiete handelt. 17 Reaktoren, sieben samt Brennelementen, hat das russische Militär hier versenkt. In den Militärhäfen, wie Murmansk, rotten weitere atomarbetriebene U-Boote vor sich hin. Für die Entsorgung fehlt schlicht das Geld. Ebenso dümpeln dort Schiffe, die mit radioaktivem Müll vollgeladen wurden, und ein großes Sicherheitsrisiko darstellen. All diese „Atommülldeponien“, zusammengenommen stellen eine nicht unerhebliche Gefahr dar, zumal es kaum Kontrollen gibt.

Wichtig für das Ausmaß der Verstrahlung ist auch, wann die Brennelemente in den Reaktor geladen wurden. Je länger sich die Brennelemente im Reaktor befinden, desto mehr Uran ist bereits in Spaltungsprodukte, wie z.B. Plutonium umgewandelt worden. Dies hat einen Einfluss auf die Halbwertszeiten und somit auf die Dauer bis zur vollständigen Neutralisierung der Strahlung.

Das Spaltprodukt Plutonium kommt in der Natur so gut wie gar nicht vor. Im Reaktor entsteht es, wenn Uran 238 ein freies Neutron aufnimmt. Spuren dieses Elementes finden sich heute allerdings fast überall auf diesem Erdball, das Erbe von über 400 überirdisch gezündeten Atomtests, von Wiederaufarbeitung, Atommüllversenkung im Meer, Reaktorunglücken und Unfällen von Atombetriebenen oder bestückten Schiffen und U-Booten.

Seine gefährliche Wirkung für Mensch und Tier entfaltet es dann, wenn es eingeatmet oder verschluckt wird, da es als Alpha-Strahler die Hautoberfläche nicht durchdringt. Die Aufnahme kann hierbei durch Nahrung, Wasser oder Luft erfolgen. Das Gift entfaltet seine tödliche Wirkung im Gewebe, wo es größere Schäden anrichtet, als z.B. die uns allen aus der Medizin bekannten Röntgenstrahlen. Es lagert sich in Organen (z.B. Lunge und Leber) und den Knochen an und kann dort Krebs auslösen. Durch Verstrahlung des blutbildenden Knochenmarks, kann es auch die Ursache für Leukämie sein.

Problematisch ist das es seine tödliche Strahlung nur sehr langsam verringert: Das Plutonium (^{239}Pu), das z.B. im Reaktor aus Uran (^{238}U) entsteht, hat eine Halbwertszeit von 24.110 Jahren, d.h. nach dieser langen Zeit ist erst die Hälfte der Radioaktivität zerfallen. Es dauert nach menschlichem Ermessen eine Ewigkeit, bis die Aktivität vollständig abgeklungen ist je nach Menge Hunderttausende oder Millionen Jahre.

Das Damokles-Schwert

Die Möglichkeit eines schweren Kernschmelzunfalls bleibt eine ständige Bedrohung solange auch nur ein einziges AKW in Betrieb ist. Moderne Technik kann zwar die Risiken minimieren, aber nie vollständig ausmerzen.

Konkret muss im Falle eines Super-Gaus in einem Druckwasser-Reaktor mit 15.000 Direkt-Strahlentoten gerechnet werden. Hinzu kommen ca. 1 Million zusätzlicher Strahlenkrebstoter sowie vielfältige Gesundheits- und Erbschäden bei Millionen von Menschen. Und dies ist nur eine optimistische Schätzung. Zu den nicht exakt kalkulierbaren Schäden unter der Bevölkerung kämen dann noch materielle Schäden in der Höhe von rund 10 Billionen Mark.

Atomreaktoren auf Schiffen oder U-Booten bedeuten eine noch größere Gefahr als es die Reaktoren auf Land ohnehin schon bieten. Fahrzeuge können kollidieren, sie haben, da es sich fast ausschließlich um militärische Fahrzeuge handelt auch explosive Waffen an Bord. Beispielsweise kann durch ein Feuer die Elektrik, die zur Kontrolle der Reaktoren nötig ist beschädigt werden. Im Zusammenhang mit der kompakteren Bauweise, und den damit verbundenen viel stärkeren Kräften, die im Inneren des Reaktors wirken (verglichen mit einem landbetriebenen Atomreaktor), ist dies eine durchaus ernstzunehmende Gefahr.

Bei der Diskussion über die Restlaufzeiten darf daher das Hauptziel, der generelle Ausstieg aus der Kernenergie, nicht in Vergessenheit geraten.

Gefahr raus, Sonne rein

Der totale Ausstieg aus der Atomenergie lässt sich nur mit einem intensiven Einstieg in die Solarenergie realisieren. Hierbei ist Solarenergie im weitesten Sinne zu sehen. Die durch Sonnenstrahlung auf die Erde gebrachte Energie kann sowohl direkt (Photovoltaik und Solarthermie) als auch indirekt (Wind, Wasser, Biomasse) für die Erzeugung von Strom und Wärme genutzt werden.

Das 100.000 Dächerprogramm der Bundesregierung bietet hierzu einen guten Anfang, doch muss auch schon heute über ein weltweites Solarenergiekonzept nachgedacht werden. Ein regional begrenzter Ausstieg setzt zwar die richtigen Zeichen und Maßstäbe, wiegt uns aber in trügerischer Sicherheit, da Radioaktivität nicht vor Nationalgrenzen halt macht.

Ein weiterer guter Schritt in diese Richtung ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das am 1. April 2000 in Kraft getreten ist. Es setzt Mindestpreise für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien fest, abhängig von Kraftwerkleistung, Energieform und Standort der Anlage. Ziel ist die Ermöglichung kostendeckender Energieproduktion. (Absolut gerechtfertigt wenn man bedenkt, dass die Preise konventionell gewonnener Energie nicht die tatsächlichen Kosten der Produktion widerspiegeln, sondern durch direkte und indirekte Subventionen des Staates niedriger sind.)

Dieses steht in Übereinstimmung mit EU Direktiven und Grundsatzserklärungen zu dieser Thematik und ist auch im Zusammenhang mit den Klimavereinbarungen von Kyoto zur Reduktion von Treibhausgasen und für die Reduktion der CO₂-Emission von großer Bedeutung.

Dies bestätigt auch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 13.03.2001, in welchem es die Rechtmäßigkeit dieses Gesetzes im Sinne der EU-Gesetzgebung bestätigte und die Klage von Energieproduzenten abwies.

Die deutsche Umsetzung zählt im europäischen Vergleich zu den Erfolgreichsten und hat schon jetzt zu bemerkenswerten Entwicklungen, z.B. in der betroffenen Windenergietechnik geführt. Dies wiederum hat positiven Effekt auf angebundene Industriezweige, wie z.B. metallverarbeitende Industrie, Elektrotechnik, Maschinen- und Anlagenbau sowie weniger offensichtliche Bereiche wie die Bauindustrie.

Obwohl dies bereits gute Grundbedingungen (für eine positive Entwicklung) sind, können wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Unser vordringlichstes Ziel muss es sein, Forschung und Entwicklung der Solarenergie weiter voran zu treiben. Um so zu einer 100%igen Energieerzeugung aus „Solarenergien“, in dezentralen Energieerzeugungszentren zu gelangen.

Mögliche Mittel hierzu können die regelmäßige Überprüfung und Anpassung der Spezifikationen des EEG und/oder staatliche Forschungsförderung sein. Darüber hinaus müssen Subventionen (direkt oder indirekt) für konventionelle Energieproduktion eingestellt und die so eingesparten Gelder für einen sozialverträglichen Umbau der Energiegewinnungsstrukturen in den betroffenen Regionen eingesetzt werden. Auf lange Sicht ist dieser Wandel unabdingbar, da die Ressourcen an klassischen Energieträgern begrenzt sind und die Kernenergie wenig effizient aber dafür sehr risikolastig ist

Das Generationenproblem oder Die Endlagerproblematik am Beispiel Morsleben

50 Jahre nach Beginn des Atomzeitalters gibt es noch keine zufriedenstellende Lösung für den Umgang mit dem produzierten Atommüll. Die Risikotechnik, in die bereits Milliarden von DM geflossen sind, hat neben Millardengräbern wie Wackersdorf, Kalkar und Tschernobyl auch viele Transnukleare Skandale zu verantworten, und droht in ihrem strahlenden Müll zu ersticken. Und trotzdem produzieren wir lustig vor uns hin.

Rund 13.000 Kubikmeter Atommüll produzieren deutsche Atomanlagen jedes Jahr. Die hochradioaktiven abgebrannten Brennelemente aus den Atomkraftwerken werden zur Wiederaufarbeitung ins Ausland verschoben. Aber seit einigen Jahren, kriegen wir das zehnfache Volumen unseres eigenen Mülls zurückgeschickt.

Statt den Hahn für immer zuzudrehen, wird ungeachtet des Atommüllberges weiterer Atomstrom (und damit auch atomarer Schrott) produziert. In der Panik vor den Folgen des selbst geschaffenen Dilemmas sind Atomindustrie und Bundesregierung nicht sehr wählerisch, was die Sicherheit der Lagerstätte betrifft.

1990 gab es durch die Wiedervereinigung sozusagen einen warmen Regen für die ganze Branche, den Schacht Bartensleben, ein ehemaliges Salzbergwerk bei Morsleben, das auch umgehend zu einem geeigneten Endlager erklärt wurde. Hier lagern seit 1986 unter unvorstellbaren Bedingungen ungefähr 14.000 Kubikmeter DDR-Atommüll. Flüssige Abfälle wurden eingesprüht, feste Abfälle offen abgekippt. Das Magdeburger Verwaltungsgericht verfügte 1991 zunächst einen Einlagerungsstopp, den das Bundesverwaltungsgericht im Jahr darauf kassierte: gegen die befristete Nutzung sei nichts einzuwenden. Der deutsche Einigungsvertrag von 1990 garantierte nämlich für die Altanlagen der ehem. DDR zehn Jahre lang „Bestandschutz“, – sie konnten bis zum Jahr 2000 ohne strenge westdeutsche Umweltauflagen weiterbetrieben werden. Durch diese verquere Logik gab es kein Genehmigungsverfahren, wie es das Atomgesetz vorschreibt.

Nach heutigem Stand der Technik, ist eine Prognose nur für 10.000 Jahre möglich, allein die Halbwertszeiten, wie z.B. von Plutonium, sind allerdings wesentlich größer. Effektiv müssen radioaktive Abfälle aus Atomanlagen und abgebrannten Brennelemente, wenn ihre zerstörerische Wirkung auf menschliches Leben und die übrige Natur ausgeschlossen sein sollen, mindestens 10 Millionen Jahren sicher und hermetisch abgeschlossen gelagert werden. Wir suchen also einen Ort, der ein mehrfaches von dem, was wir heute errechnen können an Stabilität bietet. Diese Forderung an sich hört sich schon so lächerlich an, das eigentlich über die Endlagerproblematik nicht weiter geredet werden braucht. Ein garantiert sicheres Endlager ist weltweit nicht in Sicht.

Doch am Beispiel Morsleben sieht man, wie in der Realität mit so etwas umgegangen wird!

Das Geschäft mit dem technischen Notstand im Ost-Block

Seit dem Unfall in Tschernobyl melden offizielle Stellen immer häufiger Unfälle in den 31 russischen Atomanlagen (1992 z.B. 204 Unfälle; 1993 im Januar 5 Unfälle innerhalb einer Woche).

Durch diese Meldungen allarmiert, setzten westliche Politiker das Thema aus Angst vor einem erneuten Supergau immer wieder auf die Tagesordnung. Das Ergebnis sind Förder- und Soforthilfeprogramme, die in ihrem Umfang zu gering sind, die bestehenden Kraftwerke wirklich nach europäischen Standart sicher zu machen. Sie reichen gerade dazu aus, die schlimmsten Notstände zu beseitigen.

Westliche Firmen, haben diese Marktlücke erkannt, zumal ihre Auslastung durch Aufträge den Stand von 1950 weit unterschritten hat. Sie bieten den Staaten des ehemaligen Ost-Blocks alles vom Schlüsselfertigen Atomkraftwerk bis zu Aufrüstungsserien für ihre bestehenden Atommeiler an. Doch gute Technik ist teuer! So das diese Angebote aufgrund von Finanzknappheit viel zu oft nicht angenommen werden können.

Doch die Wirtschaft hat noch weiter Joker in der Tasche. In Deutschland gehen nach der Wiedervereinigung viele Reaktoren der ehemaligen DDR vom Netz, weil sie den neuen Sicherheitsstandards nicht genügen. Diese Technik wir demontiert, und in Länder des ehem. Ost-Blocks zur Aufrüstung der dort bestehenden Kraftwerke exportiert.

Im Herbst 1991 z.B. wurden Ersatzteile im Wert von 19 Millionen DM aus den stillgelegten Atommeilern in Greifswald zur Nachrüstung der baugleichen Reaktoren ins bulgarische Kosloduj gebracht. Für sechs Millionen DM lieferte Siemens Leckage-Überwachungssysteme, die zwar ein Leck melden, aber nicht verhindern können. Die in Kosloduj aus Sicherheitsgründen abgeschalteten alten Blöcke 1 und 2 konnten dank dieser deutschen Hilfe wieder geflickt werden; Reaktorblock 1 ging 1993 wieder ans Netz.

Am Beispiel von Tschernobyl wurde es uns exemplarisch vor Augen geführt, das ein effektiver atomarer Ausstieg nur international (nicht national) möglich ist. Allerdings kann ein vollständiger Umbau der Energiegewinnungsstrukturen in Deutschland als erfolgreiches Modellprojekt der restlichen Welt zeigen, dass ein Verzicht auf die gefährvolle Atomenergie möglich ist.

Wiederaufarbeitung (WA)

Mit dem ungefährlich klingenden Begriff „Wiederaufarbeitung“, bezeichnet man die chemische Abtrennung von Uran und (waffenfähigen) Plutonium aus sogenannten „abgebrannten“, Brennelementen nach deren Einsatz im

Reaktor. Der Anteil an spaltfähigem Uran ist in diesen auf Grund der geringen Effizienz der Kernenergietechnik immer noch relativ hoch.

Die Technik hierfür wurde in den USA gegen Ende des zweiten Weltkrieges im Rahmen eines hochgeheimen Militärischen Projektes namens „Manhattan Project“, entwickelt, um den vermeintlich ebenfalls an der Atombombe arbeitenden Nazis zuvorzukommen. Das Resultat ist bekannt: Zwei japanische Städte wurden damals in Schutt und Asche gelegt. Das Ende des Krieges war der Anfang des Atom-Zeitalters und in den sechziger Jahren wurde dann auch damit begonnen, die sehr komplizierte und aufwendige „Wiederaufarbeitungstechnologie“, für zivile Zwecke zu erproben.

Gern versuchen Betreiber von Wiederaufarbeitungsanlagen, das Bild vom geschlossenen Brennstoffkreislauf in die Öffentlichkeit zu tragen. Teilweise wird sogar das Bild vermittelt, es handele sich um eine Art von Recycling, dieses entspricht jedoch nicht der Realität, das Verfahren macht nämlich aus Atommüll noch mehr Atommüll. Bei jeder Stufe der Aufarbeitung entstehen feste, flüssige oder gasförmige radioaktive Abfälle. Alleine das Aufkommen an festem Atommüll ist 20 bis 160 mal höher als ohne Aufarbeitung. Die gasförmigen Abfälle entweichen über den Kamin in die Atmosphäre, die radioaktiven Abwässer werden nach mehr oder weniger effektiver Reinigung und Verdünnung über die sogenannten Vorfluter in Flüsse oder das Meer geleitet, die festen Abfälle werden, je nachdem, ob es sich um schwer, mittel oder leicht radioaktiven Müll handelt entweder auf Deponien gelagert, oder in Fässern auf dem Gelände deponiert.

Eine Vorreiterrolle bei der planmäßigen Umweltverschmutzung spielt die britische Anlage Sellafield. Das an der Westküste gelegene Werk wird von der BNFL (British Nuclear Fuels Ltd.) betrieben. Zwischen 500 und 1000 Kilogramm des hochgiftigen Plutoniums hat die BNFL, neben anderen giftigen Substanzen, bis heute „in einem kontrollierten Experiment,“, so wurde es in den 50er Jahren genannt, in die irische See geleitet. Insgesamt 7 Millionen Liter radioaktiver Flüssigkeit täglich. Trotz weit über 100 Störfällen mit ungeplanten Ableitungen, Bränden, Explosionen und der Verseuchung von Mitarbeitern hält die britische Regierung der BNFL die Treue und missbraucht Meeresumwelt und Menschen an der Irischen See auch weiterhin als Versuchstiere. Schon lange ist erwiesen, das in der Grafschaft Cumbria, das Leukämierisiko bei Kindern bis zum 10fachen über dem Landesdurchschnitt liegt.

Im französischen La Hague sieht es nicht besser aus. Die radioaktiven Substanzen, die in La Hague in den Ärmelkanal geleitet werden, sind bis nach Skandinavien nachweisbar. Nur versucht die französische Regierung die Risiken und Schäden eher zu vertuschen, so ist eine Studie über das Leukämierisiko bei Kindern eher geheime Verschlussache, wenn es diese überhaupt gibt.

Die Abfallbehandlung funktioniert bisher weder in La Hague noch in Sellafield wie geplant. Die Anfang der neunziger Jahre fertiggestellte Verglasungsanlage (dort sollte der hochaktive Müll, in sogenannten Glaskokillen eingeschmolzen werden) wurde schon im September 1991 für ein halbes Jahr aufgrund von Sicherheitsmängeln geschlossen. Auf dem Gelände von La Hague lagern große Mengen von Altlasten, über deren Zusammensetzung keine Informationen vorliegen, die man aber nach heutigem Stand der Technik auch nicht analysieren kann. Die in La Hague praktizierten Verfahren, zur Behandlung von schwach und mittelaktivem Atommüll entsprechen noch nicht einmal den Verpackungsbestimmungen für das Endlager Schacht Konrad,.

Nur knapp unter 2 Tonnen wiederaufgearbeitetes Uran (WAU) sind bisher zu neuen Brennstoffen verarbeitet worden, denn das aus der Wiederaufarbeitung gewonnene Material ist stark verunreinigt und fällt in die Kategorie „Atommüll,“. Bleibt noch das Plutonium, ein ganzes Prozent der Wiederaufgearbeiteten Substanzen. Es soll in den skandalumwitterten Hanauer Siemens-Betrieben zu sogenannten Mischoxid-Brennelementen verarbeitet werden, zu einem Preis, der pro Brennelement nach neusten Schätzungen 13mal höher ist, als der Preis für Brennstoff aus Natururan. Aber nicht nur der Preis spricht gegen Mischoxid-Brennelemente: Es ist zunächst gefährlicher in der Verarbeitung und danach wegen der starken Neutronenstrahlung und Wärmeentwicklung auch schwieriger zu transportieren und zu lagern.

Die Behauptung der Atomindustrie, Plutoniumbrennstoffe lassen sich wiederaufarbeiten, bleibt wie oben ausgeführt, bis zum heutigen Tage unbewiesen.

Aktive Wiederaufarbeitung bedeutet also aktive Umweltzerstörung. Die oben genannten Punkte zeigen nur exemplarisch auf, welche unzumutbaren Gefahren mit der Wiederaufarbeitung einhergehen. Es darf also, da es sich um eine globale Zerstörung handelt keine Wiederaufarbeitung weltweit geben.

Hieraus folgt, dass der tatsächliche Zweck der WA das Verschieben von Atommüll aus den AKW's über die WAA's in La Hague und Sellafield in die sogenannten deutschen Zwischenlager Gorleben, Ahaus und Greifswald. So kann nämlich verhindert werden, dass AKW's wegen fehlender Lagermöglichkeiten für abgebrannte Brennelemente vom Netz gehen müssen. Auch vom Bau dezentraler Zwischenlager an den AKW's kann somit abgesehen werden.

Nach dem Castor ist vor dem Castor – Vor dem Castor ist nach dem Castor

Im Jahre 1997 wurde vom Bundesumweltministerium unter der damaligen Leitung von Dr. Angela Merkel ein Transportstopp für Castoren verhängt. Dies war auf das Entweichen von Radioaktivität zurückzuführen. Im März 2001 ist der erste Castor nach vier Jahren von La Hague ins „Zwischenlager,“ Gorleben gerollt. Da die den Transport direkt begleitenden PolizistInnen noch immer nach sechs Stunden die Jahreshöchstdosis an Strahlung abbekommen, ist davon auszugehen, dass dieses Problem noch immer nicht gelöst wurde. Allein dies ist Grund genug die Transporte sofort wieder zu stoppen.

Der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel hat nach der Durchsetzung des Transportes im Wendland im Interview von Gefahren für die Demokratie gesprochen in Zusammenhang mit dem riesigen Polizeiaufgebot und der daraus resultierenden Radikalisierung, insbesondere der Jugend. Im Wendland hat schon Monate vor dem Transport der Belagerungszustand geherrscht. Wohngebiete sind nachts kontrolliert und ausgeleuchtet worden. Die Polizei ist mit militaristischer Rüstung vorgefahren. Wohngebiete sind in 30 000 PolizistInnen im Wendland bedeuten den Ausstieg aus der Normalität. Der Transport ist vom Staat mit Hilfe der Polizei durchge-

setzt worden, obwohl ein starker gesellschaftlicher Widerstand vorhanden war. Dieser Einsatz der polizeilichen Gewalt gegen die Bevölkerung ist die wahre Gefahr. Dieser Castor ist nicht aus La Hague nach Deutschland gerollt, weil die BRD so ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachkam, wie Regierungsmitglieder immer wieder behaupteten. Diese „nationale Verantwortung„ ist nicht vorhanden. Der Atommüll gehört den BetreiberInnen der AKWs. Es ist ihre Verantwortung! Und damit sind es auch ihre Kosten. Es ist nicht einzusehen, dass das Land Niedersachsen die Kosten für die Durchsetzung der Transporte zu Lasten der Bildungs- und Sozialpolitik trägt. Dieser Transport war ein Türöffner für die nun schon erfolgten weiteren Transporte aus deutschen AKW's (wie z.B. Phillipsburg und Neckar-Westheim) nach La Hague und Sellafeld. Die WAA in La Hague hätte keinen weiteren Müll mehr angenommen, wenn die ersten Castoren nicht abgeholt worden wären. Erst nach Ende der Nutzung der Kernenergie in der BRD fällt auch der Bundesregierung eine Verantwortung für diese Transporte zu!

Wir widerstehen - Widerstand lebt!

„Noch haben wir keinen Atomstaat. Noch ist der Kampf gegen die Atomkraftwerke in keiner Art und Weise beendet. Dieser Kampf hat in Wirklichkeit gerade erst begonnen. Das Ziel und die Kampfnormen weiter zu klären ist darum von großer Bedeutung.“ Das schrieb Rudi Dutschke im Mai 1977. Mittlerweile haben wir einen Atomstaat. Dennoch geht der Kampf gegen die Atomkraftwerke weiter. Das Ziel ist eindeutig, die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen – am besten international. Wie oben aber schon ausgeführt sind AKWs nur ein Symptom des Systems in dem wir leben. Wir dürfen nicht den Fehler anderer antiatom Gruppen machen und a) uns nur auf den Kampf gegen die Kernkraft konzentrieren und b) geschweige denn aus den Augen zu verlieren, dass es um das ganze System des Kapitalismus geht, dem wir widerstehen.

Rudi Dutschke hat es Kampfnormen genannt. Größte Teile der Presse haben es sich im Laufe der Jahre einfacher gemacht. Es wird zwischen guten „friedlichen„ und bösen „gewalttätigen„ DemonstrantInnen unterschieden. Dabei wird das was „ziviler Ungehorsam„ bedeutet immer mehr kriminalisiert, das Recht auf Widerstand gilt unter rot-grün nur noch sehr eingeschränkt. Es gilt für uns „zivilen Ungehorsam„ wieder mit Leben zu füllen. Es gibt keine guten und bösen DemonstrantInnen, es gibt nur sehr viele verschiedene Formen des Widerstandes. Die Grenzen des Widerstandes sind individuell zu formulieren, die klare Grenze ist die menschliche Würde und das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Der Juso-Bundesverband ist Teil des Anti-Atom Widerstandes. Der Widerstand ist bunt und vielfältig, wir rufen weiterhin zur Beteiligung an Demonstrationen auf. Im Rahmen unserer Netzwerkstrategie begreifen wir uns auch an dieser Stelle der politischen Arbeit als Schnittstelle zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften. Der Bundesverband nutzt diese Position zur vielfältigen Unterstützung des Widerstandes.

Atomausstieg jetzt richtig !

- Wir fordern die Bundesregierung dazu auf die bereits im Koalitionsvertrag festgelegten Maßnahmen zum Atomausstieg nun auch umzusetzen.
- Dies bedeutet (u.a.) endlich den immer noch im Gesetz verankerten Förderzweck für die Kernenergie dort herauszustreichen und stattdessen ein Gesetz zum Ausstieg zu verabschieden.
- Darüber hinaus muss die Gesetzgebung dahingehend geändert werden, dass die Atomindustrie - wie jeder andere Konzern und jeder Haushalt dieser Republik auch - für die Entsorgung und den Transport des von ihr produzierten Müll aufkommen muss.
- Weiterhin fordern wir, die sofortige Wiederherstellung der bürgerlichen Grundrechte (Demonstrationsrecht und Versammlungsfreiheit) auch bei Castortransporten nach Gorleben.
- Die Polizei soll zuallererst die Bürgerrechte der Bürger schützen und nicht die Profitakkumulation von Konzernen bzw. Trusts sichern.

Her mit der Haftpflicht für AKW's!

Der Juso-Bundeskongress fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-geführte Bundesregierung auf, initiativ zu werden, damit unverzüglich als Risikovorsorge für den Betrieb von Atomkraftwerken eine Betriebshaftpflichtversicherung mit ausreichender finanzieller Deckung für alle Gesundheits-, Sach- und Vermögensschäden vorgeschrieben wird.

Begründung:

Zur Zeit verlangt der Gesetzgeber für den Fall einer Katastrophe in einem deutschen Atomkraftwerk lediglich eine Schadensdeckung bis zu 1 Milliarde DM. Dieser Betrag deckt jedoch weniger als 0,1 % der möglichen Sach- und Vermögensschäden ab. Die Betreiber sind also gegen einen Großschaden vollkommen unterversichert. Das volle Risiko eines Atomunfalls tragen die Bürgerinnen und Bürger, nicht die Betreiber des Atomkraftwerks. Während für das Auto und für jeden Betrieb mögliche Sach- und Personenschäden durch eine Haftpflichtversicherung voll abgedeckt werden müssen, ist es der Atomlobby bisher gelungen sich jeder gesellschaftlichen Verantwortung zu entziehen.

In gewisser Weise handelt es sich bei dieser Nichtversicherungsspflicht um eine staatliche Subvention. Die Behauptung, dass Atomstrom im Vergleich zu alternativen Energiequellen günstiger ist, würde bei einem Wegfall dieser Subventionen entkräftet. Durch die Atomhaftpflicht würde man Chancengleichheit zwischen Atomenergie und alternativer Energie schaffen und somit die wirtschaftliche Attraktivität von alternativen Formen der Energiegewinnung steigern

Dieser Umstand muss endlich geändert werden: Gerade eine Bundesregierung, die den Ausstieg aus der Kernenergie langfristig plant, muss die Rahmenbedingungen für die kurz- und mittelfristige Nutzung nicht im Interesse der Atomlobby, sondern nur im Interesse der Menschen ausgestalten

Situation der Bahn in Deutschland

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag

1.

Die Bahnreform ist mit einer ganzen Reihe von Erwartungen durch den Gesetzgeber und die Bevölkerung verbunden worden. Sie sollte die Voraussetzungen schaffen, dass die finanzielle Situation der chronisch verschuldeten Bundesbahn nicht auch auf eine privatisierte Bahn AG übergeht, die Verkehrsleistung im Personen und Güterbereich erhöht werden und es zu einer Qualitätsverbesserung im Angebot kommt.

Eine Bilanz der derzeitigen Erfahrungen mit der Reform fällt gemessen an diesen Vorgaben ausgesprochen ernüchternd aus. Die wirtschaftliche Situation der Bahn ist erneut, nur wenige Jahre nach der großen Reform, ausgesprochen prekär. Die Beförderungszahlen stagnieren sowohl bei Güter wie auch beim Personenfernverkehr. Einzige Ausnahme ist der Nahverkehr, also gerade der Bereich, den die Bahn durch die Regionalisierung aus ihrer direkten Verantwortung verloren hat.

Auch die Verbesserung des Qualitätsniveaus der Bahn ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Außer dem ICE, der schon von der alten Bundesbahn eingeführt wurde, hat die Bahn keine nennenswerten neuen Produkte mit einer Qualitätssteigerung eingeführt. Schlimmer noch, der bei seiner Einführung hoch gelobte Interregio stagniert und wird als Produkt nicht weiterentwickelt. Sein Wagenpark besteht bis heute aus lediglich modernisierten alten D-Zugwagen die bereits bei ihrer Überarbeitung ein beträchtliches Alter aufwiesen.

Alle Bemühungen, einen kostendeckenden Schienenverkehr in Deutschland und seine Funktion als Verkehrsträger bei der Daseinsvorsorge zu erreichen müssen letztlich scheitern, wenn die grundlegende Ursache des Problems nicht beseitigt wird. Das ist die Ungleichbehandlung der Schiene auf der Kostenseite. Solange Speditionen nicht die tatsächlichen Kosten für den Erhalt des Autobahnnetzes kalkulieren müssen, das Flugbenzin nicht besteuert und die Kanäle nicht über einen Kostendeckungsgrad von 20% hinaus kommen, gibt es keine Basis für einen kostendeckenden Schienenverkehr.

Bahnreform nachbessern

Es erscheint notwendig die Bahnreform dort auf den Prüfstand zu stellen, wo ihre Ziele nicht erreicht wurden. Das heißt, es muss nach den Ursachen gesucht werden, die dazu geführt haben, dass die Ziele nicht erreicht wurden. Eine erste wichtige Erkenntnis scheint zu sein, dass das Netz der DB in einem solch schlechten Zustand ist, das die Bahn mit dessen Unterhaltung und Ausbau überfordert ist. Die Bundesregierung hat deshalb Maßnahmen, wie das Zukunftsinvestitionsprogramm, ergriffen um die sich zeigende Investitionslücke zu schließen und eine Entwicklung im Netz zu ermöglichen. Langfristig muss eine Lösung gefunden werden, die die Bahn im Verhältnis zu ihrem Schienennetz gleichstellt zum Kostenverhältnis zwischen Individualverkehr und Straße. Dazu sollte eine Verkehrsinfrastrukturgesellschaft gegründet werden, die für die Erweiterung des bestehenden Netzes zuständig ist und durch den Bund, bzw. die Länder, Städte und Gemeinden finanziert wird. So ist eine Erweiterung und Verbesserung der Bahninfrastruktur in Deutschland sichergestellt, die mehr Verkehr auf die Schiene bringen wird. Die aus dem Bahnkonzern ausgliedernde DB-Netz, die als eigenständige AG im Bundesbesitz geführt werden sollte, soll das Bestandsnetz durch die Einnahmen aus der Trassenbenutzung in Stand halten und auf dem jeweiligen technisch neuesten Stand halten. Zeitweise sind auch Zuschüsse des Bundes und der Länder zur Sanierung von alten Strecken notwendig. Die Geschäftspolitik der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft und der DB-Netz muss sich dabei an den Erfordernissen der Daseinsvorsorge orientieren. Das Eisenbahnbundesamt sollte zukünftig für die Gewährung eines diskriminierungsfreien Zugangs zum Netz zuständig sein. Die Trassenpreise müssen dabei so festgelegt werden, dass die DB-Netz die ihr übertragenen Aufgaben auch finanzieren kann.

Bei allen strukturellen Veränderungen darf es jedoch nie zu einem Widerspruch zwischen der Maßgabe des kostendeckenden Betriebes und der Vergleichbarkeit der Lebensbedingungen kommen. In solchen Fällen sind Möglichkeiten für Mischkalkulationen zu entwickeln.

Darüber hinaus, sind aber weitere Maßnahmen erforderlich, um die Wettbewerbsnachteile der Bahn gegenüber anderen Verkehrsträgern zu verringern. Neben der Verteuerung der Kosten für die Transportleistung auf der Straße (Stichwort Schwerverkehrsabgabe), muss auch über weitere Kostenreduzierung für die Bahn nachgedacht werden. Ein geeignetes Mittel dazu könnte die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes bei der Bahn sein. Die daraus resultierenden Mindereinnahmen sollten durch eine Fortsetzung der Ökosteuer über 2003 hinaus finanziert werden. Eine Ausnahmeregelung bei der Ökosteuer ist dagegen eher kritisch zu sehen, da sie nicht dazu führen würde auch bei der Bahn energiesparend zu arbeiten.

2. Produktangebote unterhalb des ICE müssen verbessert werden

Aber die öffentliche Hand ist nicht nur auf der fiskalischen Seite gefordert. Der Bund als derzeit noch alleiniger Besitzer der DB AG muss dafür sorgen, dass sein Unternehmen durch eine gute Produkt- und Preispoli-

tik erfolgreich Kunden halten und vor allem zurückgewinnen kann. Dabei ist die Neuordnung der Produktpalette der DB unterhalb des ICE-Niveaus unbedingt erforderlich. Der Interregio darf als qualifiziertes Produkt nicht länger verkümmern. Pläne ihn unter dem neuen Namen InterregioExpress zu modernisieren müssen schnellstmöglich in die Tat umgesetzt werden.

Dabei muss das Qualitätsloch das sich inzwischen zwischen modernen Regionalverkehrszügen und dem alten IR auftut überwunden werden. Ein klare Trennung zwischen Regionalverkehren in Form des Regionalexpress und dem neuen IRE als interregionalem Verkehrsmittel ist flächendeckend erforderlich. Der neue InterregioExpress der durch die Länder bestellt werden soll, bietet die Chance den Bedürfnissen nach touristischen Angeboten (das war und ist schon wegen der Möglichkeit der Fahrradmitnahme und der verhältnismäßig häufigen Haltepunkte ein Rückgrat des bisherigen IR) nachzukommen und vor allem den für eine Fahrgaststeigerung unverzichtbaren Zubringerverkehr zu den Fernverkehrszügen des EC/IC/ICE Netzes zu gewährleisten. Er muss jedoch wie sein Vorgänger auch eine eigene durchlaufende Funktion besitzen, um im Fernverkehr die Leistung des Interregio zu erreichen. Es muss aber auch erwogen werden, vergleichbare Produkte durch neu am Markt auftretende Eisenbahngesellschaften erbringen zu lassen. Da es sich aber beim InterregioExpress wie bisher um einen Fernverkehrszug handelt, kann eine finanzielle Beteiligung der Länder nur durch eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel erfolgen.

3. Die Chancen und Risiken der Regionalisierung von Nebenstrecken

Das gerade der Nahverkehr in den letzten Jahren hohe Zuwachsraten zu verzeichnen hatte zeigt, dass dieser Bereich große Entwicklungschancen hat. Nicht verschwiegen werden darf dabei aber, dass der ÖPNV auch stark von der Unterstützung durch die Öffentliche Hand abhängig ist. Insofern bieten die Bestrebungen der DB zur Regionalisierung ihres Nebenbahnenennetzes Chancen und Risiken zugleich. Es hat sich gezeigt, dass dort wo regionale Gesellschaften das Management übernommen haben, sie viel besser auf Kundenwünsche eingehen konnten und sich zusammen mit einer Modernisierung des Schienennetzes und des Fahrzeugparks Angebote realisieren ließen, die sehr attraktiv sind und überproportional viele Kunden hinzu gewinnen konnten.

Das die große DB AG sich gerade damit unendlich schwer getan hat, war für alle in den letzten Jahrzehnten erlebbar. Ihr gelang es nicht durch neue Konzepte Nebenbahnen zu erhalten. Statt dessen wurden diese reihenweise stillgelegt. Das dies inzwischen zum Teil äußerst erfolgreich reaktiviert werden konnte, lag nicht zuletzt daran, das neue Besitzer an den Start getreten sind, die sehr erfolgreiche Betriebskonzepte vorgelegt hatten.

Möglich sind solche Erfolge andererseits aber auch nur dann, wenn die Länder, Landkreise und Gemeinden sich an den Kosten für den Betrieb beteiligten. Insofern muss bei allen Bestrebungen die Dichte des Angebots in der Fläche durch eine Regionalisierung zu verbessern, darauf geachtet werden, dass es auch wirklich zu einer Qualitätsverbesserung kommt. Gerade die DB AG hat sich dabei in den letzten Jahren kaum um eine Verbesserung ihres Angebots bemüht. Die Länder oder die Verkehrsverbünde können und müssen aber genau dieses im Interesse der Kunden verlangen und erreichen. Das bedeutet, einerseits das sich auch die Bahn AG oder andere private Eisenbahngesellschaften finanziell engagieren müssen. Dies gilt insbesondere bei der Sanierung des Fahrweges und dem verwendeten Wagenmaterial. Schließlich profitiert insbesondere die DB AG auch von einem funktionsfähigen Zubringernetz zum Fernverkehr. Andererseits ist bei der Ausschreibung der Strecken darauf zu achten, dass die Gesellschaft, die den Zuschlag erhält, auch wirklich kundenorientiert arbeitet und ein Qualitätsniveau garantiert. Gerade hier hat die DB in den letzten Jahren vieler Orten versagt.

Gefragt ist also eine Regionalisierung, bei der die neuen Betreibergesellschaften entweder der DB oder anderer Gesellschaften, faire Zugangsmöglichkeiten zu den Netzen haben (was an der bisherigen Preispolitik der DB-Netz oftmals gescheitert ist) und ihr Angebot mit modernen Fahrzeugen an den Kundenwünschen orientieren. Insbesondere die Länder bzw. die Verbünde sind dabei gefragt durch eine geschickte Ausschreibepolitik ein gutes Mobilitätsangebot mit der DB oder auch anderen neuen Anbietern zu entwickeln.

Weiterhin halten wir es für unverzichtbar, dass auch in Regionalzügen dauerhaft Zugbegleiter eingesetzt werden. Dies dient sowohl dem Sicherheitsempfinden der Fahrgäste und deren Servicebedürfnissen, als auch zum Erhalt der Arbeitsplätze bei der Bahn.

Gesundheit für ALLE

1 Einleitung

Nach der von der rot- grünen Bundesregierung beschlossenen Rentenreform steht eine weitere Reform der sozialen Sicherungssysteme in absehbarer Zukunft zur Diskussion: die Gesundheitsreform. Um aktiv an der Gestaltung der Reform mitzuwirken, ist es wichtig, sich frühzeitig in den Diskussionsprozess einzubringen. Deswegen präsentieren wir Jusos mit diesem Antrag jetzt schon unsere gesundheitspolitischen Überzeugungen. Dieser Antrag kann zum jetzigen Stand der Diskussion natürlich noch nicht alle Aspekte berücksichtigen. Es sollen vielmehr nur einige Eckpunkte festgesetzt werden. Sobald ein Entwurf zur Gesundheitsreform vom Gesundheitsministerium herausgegeben wird, werden wir in weiteren Anträgen hierzu genauer Stellung nehmen.

Reformbedarf besteht in der Gesundheitspolitik zweifelsohne, da aufgrund des demographischen Wandels zukünftig mehr Personen Anspruch auf gesundheitliche Leistungen haben, die bedingt durch den technischen Fortschritt immer kapitalintensiver und teurer werden. Außerdem wurden in der Vergangenheit Ausgaben anderer Bereiche der Sozialversicherung und des Staates auf die Krankenversicherung verlagert.

Für uns Jusos im Bezirk Mittelrhein ist es wichtig, dass dieser Wandel von der gesamten Solidargemeinschaft getragen wird! Nicht Wirtschaftlichkeit, sondern das Wohl der PatientInnen muss das primäre Ziel einer Gesundheitsreform sein. Gesundheit darf nicht zu einem Privileg eines bessergestellten Teils der Bevölkerung werden.

2 Zur finanziellen Lage der Gesundheitsversorgung in der BRD

Als Märchen innerhalb der gesundheitspolitischen Diskussion erweist sich die Behauptung einer Kostenexplosion in den vergangenen Jahren. Bezieht man die gesundheitlichen Leistungen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung der BRD (BIP), hat sich dieses Verhältnis (Gesundheitsquote) von 1980 bis 1996 in den alten Bundesländern nur marginal verändert, nämlich von 13,1% auf 14,3%. Die Ausgabenentwicklung verläuft also parallel zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit!

Anders stellt sich aber das Bild dar, wenn man bei der Interpretation des Quotienten aus Gesundheitsausgaben und BIP die Entwicklung der Grundlohnsumme berücksichtigt. So ist das BIP von 1990 bis 1998 um 38% gestiegen, der Grundlohnzuwachs betrug aber nur 29%.

Dementsprechend sind die Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung nicht aufgrund irgendeiner Kostenexplosion gestiegen, sondern weil die Versicherungsbasis durch reale Einkommensverluste der ArbeitnehmerInnen verkleinert worden ist.

Die Umverteilung von unten nach oben in den 90er Jahren ist daher mit schuld an den gestiegenen Beitragssätzen!

3 Grundlagen einer sozial gerechten Gesundheitspolitik

Gesundheitspolitik ist kein neutraler Raum, sondern passt sich in ihrer konkreten Ausgestaltung immer einem bestimmten gesellschaftspolitischen Leitbild an.

Wir Jusos vertreten das Leitbild einer sozial gerechten Gesellschaft. Wir fordern, dass auch die Gesundheitspolitik diesem Anspruch genügt. Folgende Aspekte sind für uns hierbei von besonderer Wichtigkeit und auf jeden Fall zu berücksichtigen:

- JedeR hat das Recht auf eine optimale Gesundheitsversorgung.
- Vollbeschäftigung ist eines der wichtigsten Ziele. Denn eines der größten Probleme der Sozialversicherungssysteme der BRD ist die Massenarbeitslosigkeit, da so die Zahl der BeitragszahlerInnen verkleinert wird und die Ausgaben steigen. Folglich müssen endlich neue Wege in der Wirtschaftspolitik gegangen werden.
- Um den Kreis der Beitragszahler zu vergrößern und dem Prinzip der Solidargemeinschaft gerecht zu werden, müssen möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen in die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einbezogen werden.
- Der Finanztransfer zwischen den chronisch unterfinanzierten Ostkassen und den gut finanzierten Westkassen muss beibehalten werden.
- Eine erzwungene kapitalgedeckte Eigenvorsorge gleicht einer Umverteilung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und entlastet die Arbeitgeberseite überproportional. Sie bedeutet überdies eine Individualisierung des Gesundheitsrisikos. Deswegen lehnen wir Jusos eine kapitalgedeckte Eigenvorsorge entschieden ab.
- PatientInnenzuzahlungen sind erstens unsozial und verbessern zweitens die Effizienz des Gesundheitswesens in keiner Weise. Aus diesem Grund müssen die Zuzahlungen weiter zurückgeführt und mittelfristig ganz abgebaut werden.
- Auf der Ausgabenseite der GKV müssen Wirtschaftlichkeitsreserven konsequent ausgeschöpft werden.
- Die Stärkung von PatientInnenrechten, etwa durch die Stärkung von Selbsthilfegruppen und die Verbesserung der Rechtsstellung bei Schadensersatzprozessen, ist ein wichtiges gesundheitspolitisches Ziel.
- Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem: Qualifizierte Ausbildung, Arbeitsplatzsicherheit und Einhaltung von Arbeitsstandards der im Gesundheitswesen Beschäftigten sind für uns Jusos von hoher Bedeutung.

4 Gesundheitspolitische Reformen in einzelnen Leistungsbereichen

Eine sozialer Gerechtigkeit verpflichtete Gesundheitsreform muss auch Veränderungen in einzelnen Leistungsbereichen beinhalten. Folgende Aspekte sind uns Jusos besonders wichtig:

Prävention

Wie bereits in der Zahnmedizin erprobt, müssen Vorsorgekonzepte stärker als bislang in das Gesundheitswesen mit einbezogen und verbessert werden. Dies sei anhand folgender Beispiele verdeutlicht:

- Regelmäßige Augendruckmessungen zur Vorbeugung des grünen Stars: Jährliche Kosten von lediglich ca. 30 DM erweisen sich als erheblich günstiger als kostenintensive Operationen und Nachsorgungen.
- Mamographie-Screening: Screening gemäß den europäischen Richtlinien kann die Brustkrebssterblichkeit um 30% reduzieren. Tumore werden durch das Screening in einem früheren Stadium erkannt. Ein frühes Entfernen eines kleinen Tumors ist humaner und kostengünstiger als ein Abnehmen der Brust und eine Nachbehandlung der Metastasen.

Die neuen Vorsorgekonzepte sollen wie auch in der Zahnmedizin von den Krankenversicherungsträgern kostenmäßig getragen werden.

Transparenzpflichten gegenüber den PatientInnen

Grundsätzlich ist jeder Patient als mündig anzusehen. Daher fordern wir Jusos weitreichende Transparenzpflichten im Gesundheitswesen.

So ist den PatientInnen beispielsweise eine allgemein verständlich geschriebene Kopie der Abrechnungen der Ärzte bei den Krankenversicherungsträgern zuzusenden, vor Behandlungsbeginn alle Therapiemöglichkeiten gemäß der Therapierichtlinien und mögliche Leistungserbringer zu nennen.

Leistungserbringer, also Krankenhäuser und ähnliche Einrichtungen, sind gehalten, Informationen über tatsächliche Qualität ihrer Leistungen frei und leicht zugänglich zur Verfügung zu stellen.

Rehabilitation

Medizinische Rehabilitation wird derzeit praktisch nur stationär betrieben. Wir fordern zusätzlich die nachsorgende medizinische Rehabilitation durch ambulante, ortsnah arbeitende Rehabilitationsdienste. Die Abstimmung zwischen Krankenhaus und ambulanten Versorgungsangeboten muss verbessert werden.

Eine erfolgreiche Rehabilitation rechnet sich bereits, wenn der/die Versicherte aufgrund dieser Maßnahme vier Monate länger im Erwerbsleben bleiben kann.

Koordinierte Versorgung

Die Vernetzung der vorhandenen Versorgungsangebote muss Ziel der zukünftigen Gesundheitsversorgung sein. Anzustreben ist dabei eine koordinierte PatientInnenbetreuung, bei der die behandelnden Ärzte zur Kooperation verpflichtet werden, um gegeneinanderstehende Maßnahmen oder Doppelmaßnahmen zu vermeiden. Rehabilitation und Selbsthilfegruppen müssen in diese Vernetzung eingebunden werden.

Stärkung von Selbsthilfegruppen

Wir Jusos fordern die Stärkung von Selbsthilfegruppen, denn in Selbsthilfegruppen kann die professionelle Versorgung um Elemente gegenseitiger emotioneller und sozialer Unterstützung ergänzt werden.

Es darf jedoch nicht zu einer Verlagerung von Erwerbsarbeit in den ehrenamtlichen Bereich kommen.

Pflege zu Hause

Insbesondere Kinder, aber auch andere PatientInnengruppen haben in ihrer gewohnten Umgebung bessere Heilungschancen. Daher ist die ärztliche Versorgung durch Hausbesuche stärker als bisher als Alternative zum stationären Klinikaufenthalt zu beachten.

Dabei muss klar sein, dass hier zum einen ein Bereich wäre, in dem über den ÖBS neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, zum anderen Regularien geschaffen werden können, zum anderen Regularien geschaffen werden müssen, die verhindern, dass diese Arbeit nur von Frauen geleistet wird. Selbstverständlich muss schlussendlich dasjenige System angewendet werden, das die größten Heilungschancen aufzeigt.

Positivliste

Eine Positivliste an Medikamenten muss einerseits wirkstoffbezogen sein, um einen Rest-Preiswettbewerb zu sichern und so zum Abbau von Monopolpositionen beizutragen. Andererseits darf sie aber auch kein Freifahrtsschein für Über- und Fehlverordnung sein.

Die Wirksamkeitsprüfung im Zuge der Arzneimittelzulassung muss auch eine Kosten-Nutzenkomponente beinhalten. Grundsätzlich sind, bei gleicher Wirkung, preiswertere Mittel vorzuziehen. Um aber die langen und teuren Entwicklungszeiten von neuen Medikamenten bis zur Marktreife zu berücksichtigen, ist eine deutliche Verlängerung des Patentschutzes für die Firmen gesetzlich zu regeln, die Forschung leisten.

5 Finanzielle Reformen der Gesundheitspolitik

Grundsätzliches

Die Frage, wie ein Gesundheitsversorgungssystem auszugestalten ist, lässt sich nicht einfach durch die Auswahl bestimmter Instrumente beantworten. Vielmehr bestimmen letztlich gesellschaftspolitische Zielvorstellungen und Leitbilder darüber,

- welche volkswirtschaftlichen Gruppen in welchem Ausmaß das Gesundheitsversorgungssystem finanzieren;
- welche Leistungen in welchem Umfang angeboten werden;
- inwiefern das Prinzip der Gleichheit und Solidarität im Gesundheitsbereich Anwendung findet.

Wir Jusos fordern, dass bei den gesundheitspolitischen Leistungen das Prinzip der Gleichheit, bei der Finanzierung das paritätische Proportionalitätsprinzip gelten muss. Gleichheit bedeutet: Der gesamten Bevölkerung muss unabhängig vom individuellen Einkommen ein hochwertiges Versorgungsniveau angeboten werden, das entsprechend der sozial-ökonomischen Entwicklung weiter auszubauen ist. Parität heißt: Unternehmen müssen sich mindestens im gleichen Maße wie die arbeitenden Menschen an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen. Proportionalität bedeutet: Für Unternehmen wie auch für Arbeitnehmer muss gelten, dass die Beiträge entsprechend der ökonomischen Leistungsfähigkeit wenigstens proportional ansteigen.

Daraus folgt, dass wir Zuzahlungsregelungen, die einer schleichenden Privatisierung des Gesundheitssystem gleich kommen, genauso ablehnen wie einseitige Beitragssatzsenkungsprogramme für Unternehmen und medizinisch nicht zu vertretende Leistungsausgrenzungen. Wir fordern daher die Rücknahme der in der Vergangenheit durchgesetzten Zuzahlungsregelungen, Entlastungen für Unternehmen und Leistungseinschnitte und werden eine solche Politik auch zukünftig bekämpfen.

Darüber hinaus sprechen wir uns für eine grundlegende Reform der finanziellen Grundlagen des Gesundheitssystems aus, die insbesondere zwei Aspekte zu beachten hat: die Erhöhung der Steuerungskompetenz durch Globalbudgetierung und die Sicherung der finanziellen Grundlagen durch Beitragsreform und Erweiterung der Bemessungsbasis sowie Erweiterung des Risikostrukturausgleichs.

Erhöhung der Steuerungskompetenz durch Globalbudgetierung

Grundsätzlich muss gelten, dass hinsichtlich des anzustrebenden Versorgungsgrades und der medizinischen Qualität gesundheitspolitische Ziele das Ausgabenniveau bestimmen sollten. Insofern halten wir ein dogmatisches Festhalten an einem konstanten Beitragssatz für unsinnig. Gesundheit ist eben keine finanzielle Verhandlungsmasse, und deswegen müssen Beitragssatzsteigerungen immer eine mögliche Alternative sein. Hierfür ist

vor allem eine Abkehr vom Irrglauben notwendig, dass eine Steigerung von Lohnnebenkosten zwingend Arbeitsplätze vernichten würde.

Unstrittig ist aber auch die Notwendigkeit, zu verhindern, dass die Ärzteschaft und andere Gesundheitseinrichtungen unter dem Deckmantel der Gesundheitsversorgung ihre eigenen Profitansprüche bedienen, indem sie Maßnahmen verordnen, die zwar teuer, aber keineswegs medizinisch notwendig sind. Insofern schlagen wir Jusos vor, die Ausgabenentwicklung einer Überprüfung im Rahmen einer qualitativ begründeten globalen Budgetierung zu unterziehen.

Bislang herrscht eine sektorale Budgetierung vor. Das heißt, dass die Ausgabenentwicklung jedes einzelnen Sektors – ambulante und stationäre Versorgung sowie Arzneimittelversorgung – einer getrennten Kontrolle unterliegt. Die derzeit existierende Abschottung des ambulanten vom stationären Sektor wie auch zwischen professionellem und nicht-professionellem System produziert aber tendenziell Unwirtschaftlichkeiten. Ein Beispiel sind medizinisch nicht indizierte Mehrfachuntersuchungen, die gleichzeitig die PatientInnen durch unkoordiniertes Vorgehen der einzelnen Teilsysteme belasten. Die Qualität der Versorgung wird durch das fehlende "Miteinander" ebenso verschlechtert wie die Wirtschaftlichkeit. Insofern wäre eine Verzahnung der Versorgungsbereiche eine sinnvolle Verbesserung des Gesundheitssystems.

Zudem besteht ein Problem darin, dass Umschichtungen innerhalb des Gesundheitssystems bei sektoraler Budgetierung erschwert werden. Dies möge folgendes Beispiel illustrieren: Steigt etwa der Arzneimittelbedarf bei gleichzeitigem Rückgang der Krankenhauseinweisungen, so würde das sektorale Budget für Arzneimittel vielleicht erhöht, aber eine Verminderung des sektoralen Budgets der Krankenhäuser wäre unwahrscheinlich. Im Rahmen eines globalen Budgets bestünde hingegen die Möglichkeit, bei Aufrechterhaltung der gesamten Ausgaben Mittel von den Krankenhäusern hin zu den Arzneimitteln umzuschichten.

Wir Jusos weisen also ausdrücklich darauf hin, dass der eigentliche Zweck einer Globalbudgetierung darin liegen muss, veränderte Kooperations- und Integrationsformen mit einer besser gesteuerten Bedarfsüberprüfung innerhalb des Gesundheitssystems zu verbinden. Globalbudgets sind daher zu ergänzen um qualitative Instrumente wie Gesundheitsberichterstattung, Einbindung von Selbsthilfepotentialen, Gesundheitsförderung, Früherkennung, Rehabilitation etc. Und sie sind zu erweitern um eine bessere Abstimmung zwischen den TrägerInnen des Gesundheitswesens, also zwischen Kassen, ÄrztInnen, Aufsichten und PatientInnen, sowie um regionale Gesundheitskonferenzen.

Mit anderen Worten: Sparen an sich ist eine unsinnige Forderung. Im Gegenteil: Wo nötig, sollen und müssen die Ausgaben sogar deutlich steigen. Innerhalb des Gesundheitssystems gilt es aber, Wirtschaftlichkeitspotentiale deutlich auszuschöpfen.

Hierbei gilt es jedoch auch zu beachten, dass Arbeitsintensivierung sowie Stellenabbau im Gesundheitswesen von uns Jusos entschieden abgelehnt werden. Der Personalbedarf im Gesundheitssystem ist vielmehr noch nicht ausgeschöpft. Unnötige Leistungen sind zu streichen, nicht Arbeitsplätze! Arbeitsstellen sind zu erweitern!

Steigerung der Einnahmenseite durch Beitragsreform

Ein einnahmeseitiges Problem der GKV besteht darin, dass hier nur eine verringerte Beitragsbemessungsgrenze existiert, die sich auf nur 75% der Grenze der GRV beläuft. Diese niedrigere Grenze ist nicht nur problematisch, weil sie Personen bereits ab einem verhältnismäßig niedrigen Einkommen nur mit unterproportional hohen Beiträgen belastet, sondern auch, weil Personen mit einem Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze sich privat versichern können. Es gilt also: Beitragsbemessungsgrenze = Versicherungspflichtgrenze.

Wir fordern zum einen, dass diese $\frac{3}{4}$ -Regelung aufgehoben und die volle Beitragsbemessungsgrenze der GRV zum Maßstab erhoben wird. Zum anderen plädieren wir dafür, diese dann gemeinsame Beitragsbemessungsgrenze von GRV und GKV deutlich zu erhöhen. Die Versicherungspflichtgrenze muss hierbei im selben Ausmaß wie die Beitragsbemessungsgrenze steigen.

Diese Maßnahmen sind gerecht und zugleich mit einem positiven Finanzierungseffekt verbunden, da mit Ausnahme des Krankengeldes alle Leistungen der GKV einkommensunabhängig sind und die höheren EinkommensbezieherInnen, die nun in die Pflichtversicherung der GKV fallen und für hohe Beiträge sorgen, Leistungen allenfalls durchschnittlich in Anspruch nehmen. Höheren Einnahmen stehen damit nicht im selben Ausmaß höhere Ausgaben gegenüber.

Grundsätzlich plädieren wir dafür, mittelfristig die Beitragsbemessungsgrenze und gleichzeitig hiermit auch die Versicherungspflichtgrenze abzuschaffen. Wir setzen uns auf lange Sicht dafür ein, die Zerteilung in öffentliche und private Kassen aufzuheben, indem die privaten Kassen in öffentliche Einrichtungen überführt werden.

Erweiterung der Bemessungsbasis

Grundlage der Beitragsbemessung sind bislang nur Löhne, Gehälter und Renten. Wir fordern eine Erweiterung der Bemessungsbasis um Einkünfte aus Mieten, Pacht und Kapitalanlagen. Zudem sollen auch Beamte und Freiberufler in die GKV einzahlen.

So wird dem Prinzip der Orientierung an der individuellen Leistungsfähigkeit stärker Rechnung getragen und gleichzeitig die Finanzierungsseite der GKV gestärkt.

Erweiterung des Risikostrukturausgleichs

Wir Jusos finden den Wettbewerb zwischen den verschiedenen Kassen problematisch. Eine Verbesserung der Leistungen wird hierdurch nicht erzielt, sehr wohl aber die inakzeptable Risikoselektion in einerseits Kassen mit häufig kranken, eher finanzschwachen BeitragszahlerInnen – vor allem den AOKen – und andererseits Kassen mit selten kranken, eher finanzstarken BeitragszahlerInnen. Hieran wird deutlich, dass ein solidarisches Krankenversicherungssystem mit Marktprinzipien nur schlecht vereinbar ist.

Im Grundsatz sprechen wir uns daher für flächendeckende Einheitskassen aus. Solange dies nicht realisierbar ist, schlagen wir Jusos zur Behebung der Finanznöte der benachteiligten Kassen vor, dass der sogenannte Risikostrukturausgleich, wodurch Mittel von den starken zu den schwachen Kassen umgeschichtet werden, quantita-

tiv erweitert wird, obwohl uns klar ist, dass die ungerechten Risikostrukturen zwischen den Kassen hierdurch eher noch verfestigt werden.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Grundsätzlich gilt, dass das Hauptproblem auf der Einnahmeseite der GKV in der Massenarbeitslosigkeit besteht. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist daher auch aus sozialpolitischer Sicht eine Aufgabe, die anzugehen politische Priorität sein muss. Wir Jusos weisen darauf hin, dass gerade der Gesundheitssektor einen erheblichen Beitrag zur öffentlichen Beschäftigung leistet.

Um so nachdrücklicher fordern wir, die Beschäftigung im Gesundheitssektor nicht ab-, sondern im Gegenteil auszubauen. Beschäftigungsabbau konterkariert nicht nur über Lohn- und folglich Beitragsrückgang die Bemühungen um Verbesserungen der Finanzlage der öffentlichen Kassen, sondern ist auch aus qualitativer gesundheitspolitischer Sicht ein inakzeptabler Schritt, weil er die Gesundheitsversorgung verschlechtert.

Der Juso-Bundeskongress beauftragt den Bundesvorstand, sich ausführlich mit der Gesundheitsreform zu beschäftigen. Über den beschlossenen Antrag hinaus muss er eine fundierte Analyse leisten, Leitbilder für die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit entwickeln und konkrete Reformmöglichkeiten aufzeigen.

Brustkrebsvorsorge

Der Juso-Bundeskongress fordert von der Bundesregierung:

- Die sofortige flächendeckende Einführung des qualitätsgesicherten Brustkrebs-Screenings (Reihenuntersuchung) nach den europäischen Leitlinien per Gesetz
- Die sofortige Umsetzung des Krebsregistergesetzes und flächendeckenden Aufbau von (Brust)Krebsregistern nach internationalen IARC-Standard
- Die sofortige Beschränkung der jetzt durchgeführten Mammographien, da sie nicht den europäischen Standards zur Brustkrebsfrüherkennung entsprechen.

Begründung:

In Deutschland sterben täglich 52 Frauen an Brustkrebs. Mindestens 10 davon könnten gerettet werden, wenn wir eine qualitätsgesicherte Brustkrebsbekämpfung nach europäischen Leitlinien praktizieren würden. In 12 europäischen Ländern ist dieses Screeningprogramm schon eingeführt worden. Z.B. wurde die Brustkrebssterblichkeit in Schweden um 63% gesenkt.

Mit diesem Früherkennungsprogramm könnten 400-500 Mio. DM pro Jahr gespart werden.

Durch eine Umsetzung des Krebsregistergesetzes könnten die behandelnden Ärzte besser kontrolliert werden. In Essen wurden z.B. mehreren Hundert Frauen die Brust abgenommen, ohne dass tatsächlich ein Tumor vorhanden war. Dies hätte verhindert werden können, wenn wir Krebsregister nach internationalen IARC-Standard hätten und damit die Ärzte von einer unabhängigen Instanz kontrolliert würden.

Wir liegen in der Brustkrebsbekämpfung weit hinter dem europäischen Standard. Eine effektive Brustkrebsvorsorge nach europäischen Richtlinien rechnet sich für den Staat und könnte 10 Menschenleben pro Tag retten. Dies muss Grund genug sein diese europäischen Richtlinien sofort umzusetzen.

Neue Internationale Solidarität

Grundsatzpapier des Juso-Bundesverbandes

Die Welt des beginnenden 21. Jahrhunderts ist eine voller Umbrüche und Widersprüche. Die wenigsten Strukturen und Zusammenhänge auf politischer und ökonomischer Ebene ähneln denen der Welt von vor zehn oder gar fünfzehn Jahren. Eine Atempause ist in dieser Entwicklung ist nicht absehbar.

Unter dem Eindruck dieser Umbrüche ist linke Politik vor die Herausforderung gestellt, neue Instrumente zu erfinden, um eine Welt zu schaffen, in der es keine Unterdrückung des Menschen durch den Mensch mehr gibt. Dies muss die Linke unter Bedingungen zu leisten versuchen, unter denen wichtige Teile ihrer eigenen Organisationsformen fortgefallen sind. Die Linke hat in ihrer Geschichte als einheitliches, historisch handelndes Subjekt nie existiert, dennoch hat es in den verschiedenen organisatorischen Ausprägungen der Nachkriegszeit das Verständnis gegeben, dass linke Parteien, Gewerkschaften und später entstehende Neue Soziale Bewegungen des Nordens mit Befreiungsbewegungen des Südens dieselbe Zielsetzung der Emanzipation des Menschen teilen, auch wenn sie unterschiedliche strategische Instrumente einsetzten. Die Befreiungsbewegungen, die die Nachkriegszeit entscheidend prägten, sind untergegangen. Der Wegfall des verfehlten, sowjetisch geprägten Staatssozialismus brachte die Linke überall in die Defensive. Aufgrund dieser historischen Entwicklung muss die Linke der Metropolen wieder der stärker agierende Teil der globalen Bewegung werden, da sie ihre politischen Ziele nicht mehr auf die Akteure des Südens projizieren und damit ihre eigene Verantwortung auf diese abschieben kann.

In vielen Teilen der Welt wurde als Reaktion auf die nicht gestaltbar erscheinende Globalisierung das Bild eines emanzipierten Menschen durch das Bild einer überlegenen Ethnie ersetzt. Die Antwort der weltweit agierenden, in der NATO vereinten Mächte war das militärische Eingreifen in verschiedenen Konfliktherden. Dieses Eingrei-

fen führte zwar in den meisten Fällen zur militärischen Beendigung von Kriegshandlungen, trug aber wie im Irak oder in Serbien/Kosovo nicht dazu bei, die unterliegenden Probleme zu lösen.

In ökonomischer und sozialer Hinsicht wurden in den letzten Jahren weder die sich immer weiter öffnende Schere der Entwicklung in Nord und Süd mit praktischer Politik bekämpft noch gibt es entscheidende theoretische Grundlagen für eine Entwicklungskonzeption in den Ländern des Südens. Die ursprünglich sehr erfolgreichen Volkswirtschaften des (süd)ostasiatischen Raumes wurden durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch von 1997 - vielleicht abgesehen von China - in ihrem Entwicklungsweg in Frage gestellt. Ähnlich weist die Entwicklung der früheren sowjetischen Republiken und ihrer Nachbarstaaten in Europa und Asien nicht in eine positive Richtung. Ehemals entwickelte Gebiete wurden wieder auf überwinden geglaubte Subsistenzwirtschaft zurückgeworfen. Diese sozioökonomische Entwicklung fördert weiterhin die Destabilisierung dieses Raumes und setzt der globalen Misere eine weitere Komponente hinzu.

In den Metropolen hat die neoliberale Transformation der 80er und 90er Jahre die Gewerkschaften stark unter Druck gebracht und der Sozialdemokratie eine ideologische Neuorientierung aufgezwungen, die konstruierten Sachzwängen gerecht zu werden versucht. Dadurch wurden die sozialen Entwicklungslinien nicht korrigiert, die sich seit den siebziger Jahren auch hier abzeichneten, die daraus resultierenden Einkommensunterschiede wurde nicht verringert, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht noch am Anfang und hat nicht zu einer grundlegenden Trendwende in der Reichtumsverteilung geführt. Die durch Globalisierung - aufgrund von Veränderungen in der industriellen Basis, Deregulierung und der Explosion der Finanzmärkte - prophezeite Verallgemeinerung des Wohlstandes hat nicht stattgefunden und sie kann auch nur ansatzweise stattfinden, wenn die Linke wieder zu einer Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene bereit sein wird. Dass hier aufgrund der historischen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte die Nationalstaaten als einzige Handlungsebene an Kompetenzen verloren und sich gleichzeitig internationale Institutionen und Regime mit neuen Kompetenzen entwickelt haben, muss zur Entwicklung einer internationalen Strategie führen.

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Lage der Linken weiterhin von einer defensiven Position geprägt ist. Dies ist einerseits den objektiven Verhältnissen geschuldet, andererseits jedoch erscheint die Linke subjektiv noch nicht dazu in der Lage zu sein, neue Konzepte einer vorwärtsweisenden Politik auszuarbeiten. Das Wiederentstehen sozialer Bewegungen in den Ländern des Südens wie des Nordens, die sich mit progressiven Zielsetzungen gegen die fortschreitende Deregulierung wenden, lässt auf eine Besserung der Situation hoffen. Insofern kann dieser Antrag nur ein Zwischenstand bei dem Bemühen sein, die gegenwärtigen internationalen Zusammenhänge zu skizzieren und Teilantworten auf die aktuellen Herausforderungen zu geben. Analyse: Ursachen des heutigen Nord-Süd-Verhältnisses

Veränderung der politischen Landkarte

Mittlerweile hat sich bei den meisten die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion, egal wie sie bewertet wurde, auch das politische Kräfteverhältnis in den einzelnen Staaten des Westens zuungunsten der Linken veränderte. Zehn Jahre später zeigt sich die wachsende Machtdifferenz zwischen den beiden ehemaligen Supermächten im Ausgang der ehemaligen Stellvertreterauseinandersetzungen und der Desintegration ganzer Räume. Verteilungskämpfe werden z.T. durch Privatisierungsvorgänge im unklaren Gemenge von Politik und Wirtschaft entschieden (symbiotischer Klientilismus) und die Renten von den Gewinnern der ersten Stunde abgeschöpft, die weitere Maßnahmen von demokratischen Reformen bremsen. Allein am Beispiel Russlands waren das über 622,5 Mrd. \$. Die Verteilungskämpfe spiegeln sich in der Peripherie häufig als Auseinandersetzungen „Politisierter Ethnizität“ wieder.

Europa hat durch die Herausforderung der Integrationsbemühungen eine verstärkte Phase der „Binnenorientierung“ ihrer Politik erfahren. Dieser Prozess ist noch nicht zu einem Ende gelangt. Die ökonomische Integration Osteuropas in den westeuropäischen und den Weltmarkt und die Kosten der Aufbauleistungen wurden zum Großteil von den europäischen Staaten übernommen, eingebettet im politischen Prozess zur EU.

Das Thema der Einen-Welt-Politik ist real in den Hintergrund gedrängt worden, erste zaghafte Versuche eines europäisch-afrikanischen Dialoges, die Verhandlungen zu Lomé-V, die Berichterstattung über die Verhandlungen der WTO lassen u.a. das Thema für Tage punktuell, aber eben nicht konzeptionell auf die politische Agenda erscheinen.

Entwicklungstheorien

Das veränderte Kräfteverhältnis zwischen den politischen Systemen hat auch den „Entwicklungstheoriestreit“, unabhängig objektiver Kriterien, weitgehend entschieden. Dass beide, Dependenz- und Modernisierungstheorie, in ihren angewandten Strategien zumeist gescheitert waren, wurde in den Hintergrund gedrängt. Die radikale Form der Weltmarktintegration, die Idee des „trickle-down“ ausgehend von Wachstumspolen, bestimmt stärker denn je die Politik des IWF und in abgeschwächter Form auch der Weltbank. Richtige Erkenntnisse und Lösungswege anderer Strategien, die sich in einzelnen Wegen nationaler Wirtschaftspolitiken äussern könnte, werden durch die rigide Kapitalvergabe (good governance) v.a. des IWF unmöglich gemacht.

Die „Grundbedürfnisbefriedigung“ als Strategie des sozialdemokratisch-geführten Ministeriums ist ein erster Schritt den Least Developed Countries (LLDC's) zu helfen. Das Ziel von „Entwicklung“, das Schaffen von Chancen in strukturellen Problemlagen von unterschiedlichsten Ausgangsniveau mit ganz unterschiedlichen Ursachen, wird so jedoch nicht erreicht.

Gesellschaftsgestaltung, Demokratisierung, Abkehr von Willkür, Umverteilung als Grundlagen eines sozialistischen und sozialdemokratischen Gesellschaftsbildes sind nicht Zugaben der Zivilisationsentwicklung, sondern werden erst erreicht, wenn Entwicklung für eine Gesellschaft ermöglicht wird.

Auch wenn durchaus Kritik an einzelnen Punkten durch die neue Bundesregierung geübt und die politische Auseinandersetzung mit den USA gesucht wird (Bsp: Weltbankchef und IWF-Chef), wird die gesamte Tragweite der fast durchgesetzten kapitalistischen Weltwirtschaftsstruktur nicht erkannt. Dann wird es „Entwicklungspolitik“ nicht mehr geben, sondern nur noch „Marktstrategien“. Die „Eine-Welt“ wird eine weitere Generation verlieren (die 80er und 90er nennt man in der entwicklungspolitischen Debatte „die verlorenen Jahrzehnte“). Eine Chance auf Entwicklung wird es für viele Völker aber erst geben, wenn die strukturellen Bedingungen des Weltmarktes, die Funktionsgesetze des Marktes für sie ausser Kraft gesetzt sind.

„Globalisierung“ als Strukturbeschreibung der kapitalistischen Weltwirtschaft?

Schon häufiger haben wir erkannt, dass die These des Globalismus, die Versprechungen der Globalisierung, *verstanden als Ideologie des gleichberechtigten Marktzugangs*, nicht zutrifft. Auch in den 90er Jahren hat es eine verstärkte Tendenz zur regionalen Blockbildung in der Weltwirtschaft gegeben. Über ¾ des Welthandels findet in oder zwischen den drei grossen kapitalistischen Zentren (NAFTA, EU, ASEAN) statt. Über 88% des weltweiten BIP werden zudem immer noch nationalstaatlich produziert und konsumiert.

Auch in der verstärkten Tendenz der „Dienstleistungsökonomie“, der „Kommunikations-“, „Wissens-“ oder „Technologiegesellschaft“ und auch nicht die Tendenz zur „Flexibilisierung“ des Produktionsbereiches (wenn das denn überhaupt bewiesen werden kann), hat eine räumliche Diffusion von ökonomischem Entwicklungspotenzial vereinfacht - im Gegenteil. Die Tendenz zur Agglomeration wird deutlich verstärkt. Dadurch wird die Weltarbeitsteilung weiter manifestiert.

Weiterhin hat sich die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Ökonomie deutlich gezeigt. Ausgehend von fast vollständig deregulierten Finanzmärkten breiteten sich Währungskrisen aus, die sich schliesslich in Form von Kapitalmangel zu Krisen der Realökonomie kontinentalen Ausmaßes verstärkten.

Die Krisenhaftigkeit des internationalen kapitalisierten Systems hat sich insgesamt aber nicht in einer Hinterfragung des Systems als solchen niedergeschlagen. Vielmehr wird (auch von Spekulanten wie bspw. Soros) nach stärkeren Regulationsformen gerufen, um das kapitalistische System als ganzes zu stabilisieren, ohne jedoch nach weiteren Alternativen zu fragen.

Geografie des Kapitalismus

Die Einteilung der Länder in die „3 Welten“ ist mit dem Zusammenbruch der SU hinfällig geworden. Die ehemalige 2. Welt in Europa teilt sich, nach Übernahme fester Aufgaben der kontinentalen und Weltarbeitsteilung, auf. Einige Länder werden den Anschluss, besser Transformation, an die 1. Welt mit Mühen und sozialer Polarisierung zumindest ökonomisch bewältigen. Ein anderer Teil von Ländern, wie Regionen wird weiteren Rückschritt erleben und in die sog. 3. Welt abrutschen (weite Teile Russlands, Teile des Balkan, Schwarzes Meer).

Die Durchsetzung neoliberaler Transformations- und Entwicklungsstrategien zur Bewältigung der Kompatibilität für die westeuropäische Ökonomie hat also Gewinner und Verlierer produziert. Eine Erhebung zur Allgemeingültigkeit verkehrt sich somit ins Absurde.

Während es in den letzten zehn Jahren auch im Süden Südamerikas durchaus positive Entwicklungen zu verzeichnen gibt (Argentinien, Chile, Ostküste Brasiliens), sind weitere Teile stärker abgehangen worden (Ecuador, Bolivien).

Eine ähnliche divergente Entwicklung lässt sich für den asiatischen Kontinent feststellen. Auf dem afrikanischen Kontinent sind nur einzelne Länder aufgrund ihrer geostrategischen Position und Verantwortung für den Gesamtkontinent unterstützt worden, größte Teile Afrikas sind vom Weltmarkt abgekoppelt.

Einzig China, das einen anderen Weg der Transformation (Gradualismus) einschlug, hat eine deutlich rasante positive ökonomische Entwicklung genommen. Die gewonnenen Erkenntnisse aus den unterschiedlichen Transformationsvorgängen sollten auch die Kriterien der sozialen Verwerfungen berücksichtigen und in die politischen Prozesse einfließen. *(Satz gestrichen)*

Die Rolle und Funktion von Institutionen im kapitalistischen Weltgefüge

Institutionen erlangen nach einem Aufbrechen von politischen Konstellationen eine zunehmende Bedeutung, da sich die herausbildenden dominanten ideologischen (rationale Simplifizierung) Deutungsmuster in ihnen als verrechtlichte Ergebnisse widerspiegeln. Auch bei der Durchsetzung der neoliberalen Interpretation von Internationalisierung (=Globalisierung) ist dies deutlich der Fall.

Die Durchsetzung des Prinzips des Freihandels, einseitige zyklische Stützung der Konjunktur, eine Geldpolitik, die nur auf vermeintliche Inflationsbekämpfung ausgerichtet ist, sind nur einige Eckpfeiler einer solchen Strategie.

Die Institutionalisierung einer solchen Politik in internationalen Organisationen und Verträgen (u.a.: WTO, IWF, Weltbank, MAI) bedeutet eine rechtliche Festlegung aller Nationalstaaten auf eine Grundlogik dieses wirtschaftlich-pseudowissenschaftlichen „neoliberalen“ Paradigmas. Eine andere demokratische Entscheidung zur Gestaltung der Zukunft ist keine „Entscheidungsalternative“ mehr, sondern wird zum Bruch internationalen Rechts.

Politik, d.h. das Denken und Möglichmachen von Alternativen (was sonst ist Freiheit) wird gegenüber der Ökonomie weiter geschwächt. Die Entmachtung der Nationalstaaten verfestigt sich als demokratische Partizipationsmöglichkeit im Ruf nach einer internationalen Kooperation von Politiken. Statt Wirtschaftsdemokratie auf globaler Ebene (d.h. in UNO-Strukturen oder regionalen Ablegern!!), werden Wirtschaftsstrukturen durch Souveränitätsabgabe der Nationalstaaten in den einzelnen Politikfeldern gestärkt.

Dieser Mechanismus bedeutet jedoch keineswegs, dass sich das Ringen um einen möglichen politischen Erfolg in diesen Institutionen nicht lohnt; ganz im Gegenteil. Um eine Pluralisierung von Entwicklungswegen zu ermöglichen, ist ein Kampf in diesen Institutionen unerlässlich. Weder naiv noch enthusiastisch gilt es aber, schnelle

oder herausragende Veränderungen zu erwarten oder zu versprechen. Maßgebliche und ideologiebildende Institutionen sind aus ihrer Gründungs- und damit Grundlogik nur ganz allmählich umzubauen. Die Erkenntnis der Rolle von Institutionen unterscheidet uns doch grade maßgeblich von anderen Teilen der politischen Linken. Wir teilen damit die fundamentale Kritik und ihr revolutionäres Potential am Wirkungsmechanismus des Weltwirtschafts- und -institutionengefüges, ohne damit das Ringen um jeden Millimeter in diesen Institutionen kampflos preiszugeben.

Grundlegendes erstes Ziel muss demnach ein Aufbrechen der Manifestierung einer einzelnen Strategie sein, vor allem wenn ihr Ergebnis für die Chancen einer Entwicklung für viele Regionen des Planeten verheerend sind. Damit sind Institutionen, die vom Inhalt her diese Politik mitdurchsetzen und durch Verrechtlichung für sakrosankt erklären, als Belege des zivilisatorischen Fortschritts abzulehnen. Es geht um die Pluralisierung von Wirtschafts- und somit von Entwicklungspolitiken.

Besondere Politikfelder der Neuen Internationalen Solidarität

Internationale Gleichstellungspolitik

Unterschiedliche Entwicklungszustände

Die unterschiedlichen Entwicklungszustände der verschiedenen Regionen der Welt in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht lassen zwar keine einheitliche Herangehensweise zu, wenn es gilt, die Geschlechterverhältnisse zu analysieren, die Wirkungen der Globalisierung sind jedoch weltweit zu spüren. Um so mehr erstaunt es, wie blind sich die Globalisierungsdebatte gegenüber den Auswirkungen der Globalisierung auf die Lebenssituation von Frauen erweist. Sie ignoriert, dass auch die "neue" Durchkapitalisierung nicht auf unbezahlte Reproduktionsarbeit verzichten kann, die eine wesentliche Basis der kapitalistischen Funktionsweise bildet. Ein geschlechtsspezifischer Blick auf die Globalisierungsdynamik zeigt daher notwendige neue Handlungspotentiale der nationalen und internationalen Politik auf.

"Feminisierung der Armut"

Fünf Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking von 1995 kamen im Juni 2000 mehr als 10.000 VertreterInnen von Regierungen und NGOs auf der Nachfolgekonferenz in New York zu dem Ergebnis, dass die zwischenzeitlich erreichten Erfolge gering sind und sich die Lage der Frauen weltweit sogar verschlechtert hat. Sie stellten eine deutliche "Feminisierung der Armut" fest: Es sind zu mehr als 2/3 Frauen, die unter Armut, mangelnder Gesundheitsversorgung und vorenthaltener Bildung leiden. Zudem haben Frauen ein geringeres Einkommen, schlechtere soziale Absicherung und einen erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt.

Aufstiegsmöglichkeiten bleiben ihnen oftmals verwehrt, sie sind häufiger und länger als Männer von Arbeitslosigkeit betroffen. Beim Zugang zu neuen Technologien sind Frauen, denen in vielen Ländern meist nicht einmal eine elementare Schulbildung zugestanden wird, benachteiligt. Dabei sind sie in vielen Bereichen des Südens die alleinigen Familienernährerinnen. In die politischen Entscheidungsprozesse sind sie nirgendwo, nicht einmal in Industrieländern und auch nicht auf kommunaler Ebene, entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung einbezogen. Weltweit ist nur jeder 8. Parlamentarier eine Frau. Auch der Zugang zu Verhütungsmitteln bleibt Frauen oft verwehrt; jährlich werden 90 Millionen Frauen ungewollt schwanger.

Auch Eingriffe in die sexuelle Selbstbestimmung der Frau sind weltweit an der Tagesordnung. Ob in Form von Beschneidung, Vergewaltigung oder Zwangsprostitution, ist sexuelle Gewalt ein universales Problem im Norden wie im Süden.

Transformationsprozesse der Globalisierung

Die allgemeine Benachteiligung von Frauen wird durch die Globalisierung noch verstärkt, da die soziopolitischen Veränderungen auf dem Rücken der sozial Schwachen und der durch Lohnarbeit und zusätzliche unbezahlte Reproduktionsarbeit doppelt belasteten Frauen ausgetragen werden. Ihren konkreten Niederschlag finden die Transformationsprozesse der Globalisierung in der Stabilitätspolitik des Nordens und den Strukturanpassungsprogrammen des Südens, in deren Folge Staatsausgaben reduziert werden und vor allem eine expansive Exportorientierung zuungunsten von Binnennachfrage und Massenkonsum betrieben wird.

Die aus der globalisierten Wirtschaft resultierende Flexibilisierung der Raum- und Zeitstrukturen sowie die Senkung der Lohnnebenkosten verbessern zwar die Arbeitsmarktchancen von Frauen. Ihre Doppelbelastung wird dadurch jedoch fortgesetzt und durch den Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme unter dem Primat der Haushaltskonsolidierung sogar verstärkt, da zunehmend mehr Einzelbereiche, darunter auch die Reproduktionsarbeit, in den individuellen Verantwortungsbereich zurückverwiesen werden.

Durch den Rückzug des Staates aus seiner Regulierungsverantwortung und zunehmende Privatisierung fehlt es jedoch an Eingriffsmöglichkeiten, um die Benachteiligung von Frauen zu beenden und das menschenrechtliche Grundprinzip der Gleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern durch spezielle Frauenfördermaßnahmen zu verwirklichen. Die Wirtschaft hingegen, die ihre Selbstverpflichtungen nicht einhält, wird sich nicht freiwillig um ein Konzept zur Umstrukturierung der Geschlechterverhältnisse bemühen. Hier bedient Mann sich nach wie vor kapitalistischer Ausbeutungsmethoden und setzt auf das rekonstruierte Geschlechterverhältnis.

Die Veränderung der Grenzziehung zwischen privaten, öffentlich-sozialen und ökonomischen Räumen führt somit nicht zu neuen Geschlechtsidentitäten und Geschlechterverhältnissen; vielmehr werden bestehende Disparitäten im Geschlechterverhältnis verstetigt und verschärft.

Wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel

Wohlfahrtsstaatliche und linke Politik allein werden die Situation von Frauen nicht automatisch ändern. Doch ohne sozialstaatliche Maßnahmen, Frauenförderung, eine humane Arbeitszeitpolitik und einen grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel werden durch Standortdebatte und Strukturanpassung weltweit Frauen noch mehr marginalisiert und entrechtet werden.

Es gilt daher, wieder die Definitionsmacht bezüglich wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhänge zu erlangen und den Einfluss der organisierten und professionellen Interessenvertretungen zu stärken. Nur so können Marktverhältnisse demokratischer gestaltet, den Abbau des Sozialstaates verhindert und patriarchal dominierte Geschlechterverhältnisse abgeschafft werden. Es muss der Primat der Politik zurückgewonnen werden, statt auf die Selbstregulierung des Marktes zu hoffen.

Aktive Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen

Grundvoraussetzung bei der Erarbeitung neuer Forderungen und ihrer Umsetzung muss die aktive Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen in nichtstaatlichen, staatlichen und internationalen Organisationen sein. Dabei darf man sich nicht allein auf Gender Mainstreaming im Sinne einer Einbeziehung der Situation von Frauen in jede politische Analyse und jedes Projekt verlassen, da hier noch verlässliche Anwendungskriterien fehlen. Auf spezifische Frauenförderprogramme kann daher auch weiterhin nicht verzichtet werden. Dazu zählt auch eine Öffentlichkeits- und Bewusstseinsarbeit über die Ursachen geschlechtsspezifischer Diskriminierungen und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung.

Es gilt, eine frauenorientierte Neue Weltordnung zu etablieren - das Patriarchat ist universal und international. Dazu müssen Fraueninteressen in allen Politikfeldern, z.B. Handelspolitik, Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden, indem die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aktiv einbezogen werden und in ihrer Verhandlungskompetenz gestärkt werden. Rechtliche Diskriminierungen von Frauen müssen beendet werden und Frauen eine eigenständige ökonomische Existenz ermöglicht werden - weltweit.

Themenbereich Europa

Europäische Politik, insbesondere die der Europäischen Union, hat in den letzten Jahre an Komplexität zugenommen. In immer mehr politischen Feldern findet eine einheitliche europäische Politik statt oder werden zumindest die nationalen Politiken eng koordiniert. Die hierzu notwendige Fachkompetenz kann nicht allein im Rahmen der internationalen Politik gewährleistet werden. Diese Erkenntnis ist nicht neu, doch bleibt weiterhin der Eindruck, dass Fragen der europäischen Ebene gerne auf den Bereich Internationales abgewälzt werden. In Abgrenzung zu tradierten Ansätzen seien daher folgend nur die Positionierung zu groben Entwicklungstendenzen Europas, möglichst fernab der tages- und fachpolitischen Diskussion, dargelegt.

Osterweiterung der Union

Trotz erheblicher Gefälle des Wohlstandsniveaus in den einzelnen Regionen stellt die Europäische Union bis dato einen Klub der hochentwickelten Industrieländer dar. Mit der anstehenden Osterweiterung wird sich eine qualitative Veränderung der EU ergeben. Die Institutionen der EU sind auf eine solche Erweiterung weitestgehend nicht vorbereitet. Der Gipfel von Nizza hat die mangelnde Anpassungsfähigkeit der Akteure demonstriert. Neben den notwendigen Anpassungen des Abstimmungs- und Koordinierungsprozesses der EU zeigt sich aber immer deutlicher, dass die bisherige politische Ausrichtung, d.h. die einseitige Angebotsorientierung, geändert werden muss. Soll die hohe Divergenz der sozio-ökonomischen Verhältnisse in der erweiterten EU mittelfristig abgebaut werden, werden wieder stärker interventionistisch orientierte Ansätze greifen. Dazu gehört auch der Schutz der Beitrittsländer vor der blinden Wettbewerbsorientierung der Union. Industriepolitik und die Ausweitung der sozialen Infrastruktur stellt eine Grundbedingung für die nachhaltige Entwicklung der Wettbewerbsländer dar. Dies kann nicht allein mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreicht werden.

Hingegen ist die (zeitlich befristete) Einschränkung der Niederlassungsfreiheit für die neuen Unionsbürger nicht hinzunehmen. Freizügigkeit stellt ein elementares Recht der Unionsbürger dar. Auch zeigt die Erfahrung der Beitrittsländer Spanien und Portugal, dass mit der befürchteten Wanderungswelle nicht zu rechnen ist. Den Versuch gerade der Bundesregierung, hier in einer Übergangsfrist nur „benötigten“, ArbeitnehmerInnen aus den Beitrittsländern den Zugang zu ermöglichen, lehnen wir energisch ab. In den Wirtschaftsbereichen, in denen durch die Konkurrenz von Mitbewerbern aus den Beitrittsländern eine Verschlechterung der Lohnsituation der hiesigen abhängig Beschäftigten befürchtet wird, insbesondere dem Bausektor, ist muss eher durch eine strengere Überwachung der tariflichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen angesagt erfolgen. Eine als die Beschränkung der Freizügigkeit ist der falsche Weg.

Die Euro-Zone

Seit der Einführung des Euro zum 1.1.1999 hat sich nach einer kurzen Stabilitätsphase der Wechselkurs zum US-\$ drastisch verschlechtert. Diese Entwicklung scheint zunächst den Euro-Skeptikern recht zu geben. Aber auch wenn der Euro und der mit der Währungsunion verbundene Stabilitätspakt sicherlich nicht als linkes Projekt eingestuft werden kann, so ist das momentane Geschrei der Euro-Sklerose unbegründet. Die Kursentwicklung des Euro gegenüber dem US-\$ hält sich im Rahmen der Schwankungen, die beispielsweise die DM gegenüber dem US-\$ historisch erfahren hat. Wesentliche fundamentale Gründe für die Stärke des US-\$ sind in der konjunkturellen Lage der US-Wirtschaft und in der Kursentwicklung auf den internationalen Finanzmärkten zu sehen, die gerade im Nachgang der Finanzkrisen eine hohe Nachfrage nach US-Wertpapieren (und damit nach US-\$) gezeigt hat.

Tendenzen der Europäischen Zentralbank (EZB), zur Vermeidung angeblicher Gefahren einer importierten Inflation mittels Zinserhöhungen entgegenzutreten, sind angesichts der Folgen auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung abzulehnen. Angesichts einer sich abschwächenden konjunkturellen Entwicklung ist die einseitige Orientierung auf die Inflationsvermeidung makroökonomisch unsinnig. Hier zeigt sich die Fehlkonstruktion der EZB, die analog zur Deutschen Bundesbank keinerlei Kontrolle durch die politisch legitimierten Institutionen unterliegt. Dabei drohen in Euroland weitaus größere Gefahren durch eine engstirnige Geldpolitik als in der Bundesrepublik. So schlägt beispielsweise eine unterschiedliche Produktivitätsentwicklung in den Mitgliedsländern der Union, die zuvor durch Ab- bzw. Aufwertungen der Währungen ausgeglichen werden konnten, direkt auf die reale Ökonomie über. Dies kann nur durch entsprechende fiskalpolitische Maßnahmen korrigiert werden. Zur Koordination dieser Maßnahmen mit der Geldpolitik fordern wir daher eine *economic government* und eine Kontrolle der EZB durch das Europäische Parlament.

Die EU und die internationale Finanzmärkte

Die spekulative Vertiefung der Euro-Entwicklung zeigt die Notwendigkeit einer koordinierten Politik gegen Währungsspekulation. Es ist grotesk, einerseits eine restriktive Politik auf den Binnenwert des Euro zu verfolgen, andererseits aber den Außenwert alleine den labilen Märkten zu überlassen. Die Möglichkeit einer solchen Koordinierung zwischen den Leitwährungen der Triade, US-\$, Euro und Yen ist mit der Einführung des Euro wesentlich gestiegen. Diese Koordinierung kann allerdings nicht allein auf der Ebene der Notenbanken geschehen, sondern Bedarf einer politisch gewollten Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Ein erster Schritt dazu ist die Einführung der Tobin-tax auf Devisentransaktionen und die Verwendung dieser Einnahmen als Stabilisierungsfonds im Fall von Finanzkrisen. Weiter bedarf es einer Änderung der Politik des IWF und der Weltbank. Die auf Liberalisierung und Deregulierung setzende Politik hat wesentlich zum Ausmaß der asiatischen Finanzkrise beigetragen. Die Mitgliedsstaaten der EU stehen hier als bedeutende Anteilseigner der Bretton-Woods Organisationen in einer besonderen Verantwortung.

Europa im Zeichen der „New Economy„

Seit einiger Zeit werden auch auf der europäischen Ebene die Folgen der sog. „New Economy„ diskutiert. Auch wenn es für den Begriff, wie etwa auch die EZB feststellt, keine klare Definition gibt, so ist damit grob gesprochen die durch die informationstechnologischen Prozeßinnovationen ausgelösten Veränderungen betrieblicher Austauschprozesse und betrieblicher Organisation insgesamt gemeint. Dies wird zweifelsohne in den kommenden Jahren zu einer Schwächung ökonomischer Strukturen auf der nationalen Ebene und einer Stärkung der europäischen Ebene führen.

Starke Zweifel sind allerdings hinsichtlich der von offizieller Seite geäußerten Euphorie hinsichtlich der Wachstums- und Beschäftigungseffekte der sogenannten iester „New Economy„ zu äußern. Der Blick auf die Wachstums- und Produktivitätsentwicklung in den USA der jüngsten Zeit verschließt den Blick darauf, dass die USA in der Ausgangsposition wesentlich schlechter dastanden als die EU.

Der Nettoeffekt der Jobentwicklung ist weiterhin unklar. Neuen Arbeitsplätzen in den informationstechnologischen Bereichen stehen massive Arbeitsplatzreduzierungen in anderen Sektoren entgegen. Insofern es zu einer weiteren Europäisierung der Wirtschaftsbeziehungen kommt, ist insbesondere mit Arbeitsplatzverlusten durch *economies of scale* zu rechnen. Zudem wird es zu wesentlichen strukturellen Veränderungen hinsichtlich der Qualifikationsanforderungen an die ArbeitnehmerInnen kommen, die durch entsprechende Maßnahmen auch auf europäischer Ebene zu begleiten sind.

Inwieweit es durch die Strukturänderungen zu einer tendenziellen Schwächung der ArbeitnehmerInnenrechte kommt, hängt auch von der Organisationsfähigkeit der Gewerkschaften auf der EU-Ebene ab. Zwar gibt es auf nationalstaatlicher Ebene erste Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation in der New Economy, auf der EU-Ebene besteht hier allerdings, wie auch in den klassischen Sektoren, erheblicher Nachholbedarf. Neben der eigenständigen Organisation der Gewerkschaften bedarf es hier einer stärkeren Berücksichtigung der Gewerkschaftsinteressen bei den Institutionen der EU.

Grundrechtcharta

Europapolitik muss eine Politik für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sein. Sie müssen im Mittelpunkt aller Integrationsbemühungen stehen. Die Grundrechtcharta der Europäischen Union, die auf dem Gipfel von Nizza proklamiert wurde, ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt nach vorn. Sie ist vor dem Hintergrund unterschiedlicher nationaler Vorstellungen und Traditionen als ein wichtiger Beitrag zur Vereinheitlichung des Grundrechtsschutzes und zur Identitätsstiftung der Europäischen Union zu sehen.

Wir setzen uns dafür ein,

dass die Grundrechtcharta in die Europäischen Verträge aufgenommen und rechtsverbindlich wird. Die feierliche Proklamation in Nizza darf nicht schon alles gewesen sein,

dass nach der Aufnahme der Charta in die Verträge allen Bürgerinnen und Bürgern in der EU die Möglichkeit der individuellen Beschwerde vor dem EuGH eröffnet wird, wenn sie ihre Rechte durch Organe der Europäischen Union bedroht sehen,

dass die Ausarbeitung der Grundrechtcharta zugleich den Grundstein für eine europäische Verfassung legt, an deren Spitze die Grundrechtcharta stehen sollte.

Institutionen der Europäischen Union

Die Institutionen der Europäischen Union bedürfen einer Reform mit dem Ziel einer umfassenden Demokratisierung. Entscheidungen müssen transparenter und gegenüber den demokratisch legitimierten Organen (insbesondere dem Europäischen Parlament) stärker rechenschaftspflichtig werden. Im Wechselspiel zwischen notwendiger oder auch nur politisch gewollter Zentralisierung und der konservativen Spielart der Subsidiarität, die darunter häufig nur die Durchsetzung nationaler Interessen verstand, ist ein kaum zu durchschauender Wirrwarr von Zuständigkeiten entstanden. Die bisherigen Reformbemühungen (Nizza) sind zurecht negativ kommentiert worden.

„Wir fordern daher:

dass durch eine klare Aufgabenzuweisung die politische Verantwortung der europäischen Ebene und der Mitgliedsstaaten in nachvollziehbarer Weise abgegrenzt wird. Das Recht, der EU neue Kompetenzen zu übertragen, muss bei den Mitgliedsstaaten verbleiben. Die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist und bleibt eine Frage der innerstaatlichen Politik;

dass die Transparenz der Entscheidungswege auf europäischer Ebene durch Ausbau der Kommission zu einer starken europäischen Exekutive, durch die weitere Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments mittels Ausweitung der Mitentscheidung und volle Budgethoheit sowie durch den Ausbau des Rates zu einer europäischen Staatenkammer gestärkt werden.“

Politikfelder

Wie bereits erwähnt tangiert die Europäische Union nahezu alle Politikfelder. Als besonders hervorsteckende Aufgaben für die kommenden Jahre sind hervorzuheben:

- Eine europäische Steuerpolitik, die den Wettbewerb nach unten verhindert und gleichzeitig Raum für nationale Besonderheiten wieder öffnet.
- Eine europäische Sozialpolitik, die die Mitgliedsstaaten auf die Einhaltung von Mindeststandards und eine dem Entwicklungsstand des jeweiligen Mitgliedstaates gerecht werdende Versorgung der BürgerInnen mit sozialen Rechten und Dienstleistungen. Dazu gehört eine europäische Politik der öffentlichen Daseinsfürsorge als Schutz vor der allmächtigen Doktrin des Binnenmarktes.
- Eine europäische Außenpolitik jenseits der Militarisierung. Während stets die vermeintliche Notwendigkeit einer gemeinsamen Sicherheitspolitik betont wird (und militärische Intervention ohne Verantwortung vor der Öffentlichkeit gemeint ist) werden andere Möglichkeiten einer einheitlichen europäischen Politik, etwa in den Internationalen Organisationen oder der Gestaltung der Beziehungen zu den Ländern des Südens, kaum diskutiert.

Migration

Asyl

Europa hat bislang mehr für die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Ausgangsräumen und deutlich mehr für die Bekämpfung von Flüchtlingen getan, die in Europa hätten Zuflucht finden können. Den zahlreichen Initiativen, Appelle, Absichtserklärungen und Beschlüsse für die Bekämpfung von Fluchtursachen, von der nationalen über die europäische Ebene bis zu den UN, folgten keine Taten. Einerseits sind Beteiligungs- und Finanzierungsfragen nicht geklärt, andererseits stehen dem massive ökonomische Interessen entgegen.

Zwar haben sich im Oktober 1999 die Staats- und Regierungschefs über die Vergemeinschaftung der Asyl- und Migrationspolitik in der EU verständigt, aus ihren Grundannahmen werden aber entsprechend falsche politische Konsequenzen gezogen: Migration soll durch wirtschaftliche Anreize für die Herkunftsländer ausgeglichen werden, anstatt dass politischer oder wirtschaftlicher Druck zur Beseitigung von Menschenrechtsverletzungen ausgeübt wird.

Im Gegenteil ergeben sich in den letzten Jahren jedoch zunehmend mehr staatlich gebilligte Kooperationen mit Ländern, die autoritär oder undemokratisch regiert werden, zB mit der VR China. Flüchtlinge, die aufgrund dieser innenpolitischen Situationen fliehen, oder die vor nichtstaatlicher Verfolgung fliehen, fallen unter die Genfer Flüchtlingskonvention. Ausschlaggebend ist die Tatsache, dass der Schutz seitens des Staates fehlt, und nicht, wer die Verfolgung ausübt. Allerdings wird dieser völkerrechtliche Konsens innerhalb der Europäischen Union nicht von allen Ländern der EU - so Deutschland, Frankreich und Österreich - anerkannt.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass bessere Grenzabspernungen der einzige Ausweg sind, damit das Unkontrollierbare schließlich doch kontrolliert werden kann. Die Einschätzung der EU-Verantwortlichen, illegale Einwanderung und Schlepperei als wachsende Probleme der 90er Jahre zu bezeichnen, doch dies ist ein Problem, zu dem auch die Politik der EU beigetragen hat. Jahrelang haben NRO davor gewarnt, dass Menschen in die Illegalität und oft lebensgefährliche Fluchtwege gedrängt werden, wenn alle legalen Zugangsmöglichkeiten versperrt sind.

Forderungen:

1. Das uneingeschränkte Asylrecht muss in der Grundrechtscharta verankert werden.
2. Bei der Umsetzung der Zielsetzungen, die sich aus dem Amsterdamer Vertrag ergeben, und die in Tampere ergänzt wurden, sind Mindestanforderungen zu realisieren, die einen effektiven Flüchtlingsschutz gewährleisten.
3. Die Wiedereinführung des Grundrechts auf Asyl und die Rechtsschutzgarantie sind die beste Gewähr, dass die BRD ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen gerecht wird.
4. Dringender Handlungsbedarf besteht für die BRD bezüglich der restriktiven Auslegung der GFK und der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK). Die bestehende Schutzlücke ist zu schließen und damit die Rückkehr zu internationalen Schutzstandards einzuleiten.
5. Wir fordern außerdem die Bundesregierung auf, sich einer europaweiten Lösung der Asylpolitik nicht länger in den Weg zu stellen und im Rahmen des Post-Nizza-Prozesses und der Vertragsänderung bei der folgenden Regierungskonferenz auf ihr Vetorecht bei Asylfragen zu verzichten.

Asylfragen sollten in Europa der Mehrheitsentscheidung im Rat und der Mitentscheidung im Europäischen Parlament unterliegen. Ausgangspunkt für die Initiative muss die volle Wiederherstellung des Asylgrundrechts sein.

Einwanderung aus Osteuropa

Die Einführung der Freizügigkeit für alle zehn Beitrittskandidaten wird eine anfängliche Zunahme der ausländischen Bevölkerung aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern um knapp 220 000 Personen p. a. in Deutschland und um 335 000 Personen p. a. in allen Mitgliedstaaten der gegenwärtigen EU bewirken. Diese Zahl wird innerhalb einer Dekade auf weniger als die Hälfte des ursprünglichen Niveaus sinken. Rund 30 Jahre nach Einführung der Freizügigkeit wird ein Gleichgewicht, bei dem sich die Ein- und Rückwanderungen ausgleichen, mit 2,5 Millionen Einwohnern aus den Kandidatenländern in Deutschland und 3,9 Millionen Einwohnern in der gesamten EU erreicht. Dies entspricht einem Anteil von 3,5 % an der deutschen Bevölkerung und einem Anteil von 1,1 % an der Bevölkerung der gegenwärtigen EU-Mitglieder.

Befürchtungen, dass die EU nach Einführung der Freizügigkeit mit Migranten 'überschwemmt' werden könnte, sind unbegründet. Die Osterweiterung wird allerdings langfristig eine Zunahme der ausländischen Bevölkerung und der Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Ländern in Deutschland und der EU bewirken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Einkommensgefälle auch mittelfristig hoch bleiben wird. Die Zuwanderung wird sich jedoch über einen langen Zeitraum verteilen.

Wir lehnen die Einführung von Übergangsfristen ab, wie sie von den Parteien und vom DGB in die öffentliche Debatte eingebracht wurden. Die Frist von 5 bis 7 Jahren ist willkürlich und kann die angeblich angestrebte Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes nicht erreichen. Nur aktive Beschäftigungspolitik in Europa und wirtschaftliche Unterstützung für die Herkunftsländer können hier im Sinne aller ArbeitnehmerInnen gegensteuern.

Frauen in Europa - die anhaltende Geschlechterungleichheit

Auch wenn zwischen 1994 und 1999 eine leichte Verringerung der Geschlechterungleichheit zu verzeichnen war und zwischen 1998 und 1999 die weibliche Beschäftigungsquote in der EU von 51,2% auf 52,6% anstieg – verglichen mit einem schwächeren Anstieg für Männer von 70,8 auf 71,6% – so ist doch das Tempo dieser Veränderung zu langsam. Der Abstand betrug 1999 immer noch 19 Prozentpunkte in bezug auf alle Formen der Beschäftigung, doch aufgrund der Überrepräsentation von Frauen bei der Teilzeitarbeit erreichte der Abstand 25,6% in Vollzeitäquivalenten.

Wenn man Aspekte wie Ausbildung und Elternschaft einbezieht, wird das Bild noch klarer: Während Frauen und Männer mit einem höheren Ausbildungsgrad eine ähnliche Beschäftigungsquote aufweisen (jeweils 73% bzw. 79%), liegt die Beschäftigungsquote der Frauen mit einem niedrigeren Abschluss bei der Hälfte gemessen an der männlichen Quote (jeweils 27% bzw. 50%). Der Abstand zwischen den Geschlechtern nimmt substantiell zu, wenn Kinder zum Haushalt dazugehören.

Die Lohnunterschiede variieren entsprechend. Die Lohnraten einer Umfrage von 1995 über die Einkommensstruktur zeigen, dass quer durch die EU Frauen im Durchschnitt 73% der männlichen Brutto-Stundenlöhne und 75% verdienen, wenn nur Vollzeitbeschäftigte berücksichtigt wurden.

Die Unterschiede zwischen den Ländern sind erheblich, doch haben politische Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit in einer Reihe von Mitgliedstaaten zu einer Verringerung des Geschlechterabstandes beigetragen.

Auch wenn in Europa anerkannt wird, dass die Stellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt besondere Aufmerksamkeit verlangt und dass die Integration von Frauen durch entsprechende aktive Maßnahmen gefördert werden muss, verbleibt die Umsetzung, wie bei den meisten sozialen Fragen größtenteils in den Händen der Mitgliedstaaten.

Insbesondere deswegen ist die Effizienz und die Reichweite des Gender-Mainstreaming schwer zu beurteilen, da dieser Prozess erst vor kurzem begonnen hat und sich über alle Mitgliedstaaten erstreckt. Trotzdem gibt es einige Punkte, die einer Bemerkung wert sind:

Auch wenn das Mainstreaming-Konzept immer mehr von den Europäischen Regierungen akzeptiert und verstanden wird, gibt es doch immer noch große Unterschiede, wie Gender-Mainstreaming interpretiert und umgesetzt wird. Nach wie vor scheint also eine duale Strategie, einerseits die Belange von Frauen integriert zu behandeln, andererseits nach wie vor spezifische Frauenförderungsprogramme weiterzubetreiben, erfolgversprechender. Hinzukommen müssten ohnehin klare Kriterien, wie Gender Mainstreaming auf Programme und politische Konzepte angewendet werden soll. Ohne vergleichbare Kriterien und ohne eine regelmässige Evaluation der mit dem neuen, allerorten propagierten Prinzip erreichten Veränderungen kann sich sonst die GMS als Todesfalle für bereits erreichte frauenpolitische Massnahmen und Förderungsprogramme erweisen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich für eine europaweite Umsetzung der Quotierung für Privatwirtschaft und für den Öffentlichen Dienst einzusetzen, wie sie das EuGH-Urteil sie ausdrücklich zulässt (generelle Regelung in Verbindung mit Einzelfallprüfung).

Friedenspolitik

Durch einen tiefgreifenden Wandel in der Außen- und Sicherheitspolitik wurden Handlungsspielräume eingeschränkt und zunehmend mehr von ökonomischen Prämissen bestimmt. Zwar zählte 1999 das Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung weltweit 134 Konflikte zwischen Staaten, Organisationen und organisierten Gruppen, von denen immerhin 100 gewaltlos ausgetragen wurden und „nur“ 34 mit Gewalt, d.h. die überwiegende Mehrzahl aller Krisen wird diplomatisch beigelegt. Der politische Wille, wie und ob der Konfliktaustrag geregelt werden soll, scheint dabei offensichtlich die grösste Bedeutung zu haben. Dennoch ist offenkundig, dass durch die Neue Nato-Doktrin, die den Blick ablenkt auf sog. "Schurkenstaaten" und die ökonomischen und ökologischen Konfliktursachen negiert, ein aussenpolitischer Paradigmenwechsel eingeleitet wurde und mit überraschender Deutlichkeit Interessenlagen des militärisch-industriellen Komplexes definiert wurden, die es nötig machen, Instrumente zum bewaffneten Eingreifen zur Verfügung zu stellen. Dadurch wurde Krieg als Mittel der Politik scheinbar wieder hegemoniefähig gemacht. Ein sicherheitspolitischer Grundkonsens, der Gewaltverhütung und Prävention als Priorität von Sicherheitspolitik anerkennt, scheint in weite Ferne gerückt und ist durch die Verlagerung der Entscheidungsebenen zudem mehr denn je demokratischer Kontrolle entrückt.

Zehn Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation, neun Jahre nach dem Zweiten Golfkrieg wird die überwiegende Anzahl der Kriege und Konflikte jedoch nicht zwischen zwei oder mehreren Staaten ausgetragen. Die meisten gewaltsamen Auseinandersetzungen finden innerhalb von Staaten statt. Dieser Befund trifft v.a. auf Staaten der Peripherie zu. In großen Teilen Afrikas, in Mittelasien und nicht zuletzt auf dem Balkan haben solche Kriege in den letzten Jahren stattgefunden.

Unterhalb der Kriegsschwelle finden sich aber auch vielfältige Formen sozialer Gewaltanwendung zwischen Gruppen. Diese laufen entlang ethnischer, religiöser, regionaler oder/und anderer Abgrenzungs- und Ausschlusskriterien. Auch diese Formen von Gewaltanwendung haben nicht nur viele - stille - Opfer zur Folge, sondern führen zur Aufrüstung privater Sicherheitsdienste und Söldnerfirmen, die weiter zur Eskalation beitragen.

Ursachen von Konflikten und Kriegen

Häufige Ursachen von Kriegen und gewaltsamen Konflikten sind mittlerweile soziale und ökonomische Desintegrationsprozesse, die mit der Auflösung gewohnter Lebensverhältnisse, Lebensweisen und Deutungsmuster und damit mit der Zerstörung bislang wirksamer Konfliktregelungsmechanismen einhergehen. Insbesondere bei Staaten, die nur als territoriale und völkerrechtliche Hülle existieren, sind Auseinandersetzungen in der Regel mit gewaltsamen Konflikten verbunden und Anarchisierung gesellschaftlicher Strukturen.

Als Antwort auf den Verlust sozialer und politischer Bindung suchen die davon Betroffenen zunehmend Zuflucht in religiös-fundamentalistischen oder autoritär-nationalistischen Bewegungen, die bekannte Deutungsmuster und Lebensweisen gegen soziale, politische und kulturelle Veränderungen instrumentalisieren. Progressive Befreiungsbewegungen als Reaktion auf Wandlungsprozesse sind dagegen in den letzten Jahren immer seltener geworden. Eine Folge von Kriegen sind natürlich Fluchtbewegungen aus den betroffenen Ländern und Regionen.

Viele dieser Kriege werden unter dem Deckmantel von Religion oder ethnischen Konflikten geführt. Im Mittelpunkt stehen aber meist andere Interessen. Dabei sind die Auslöser von Bürgerkriegen häufig nur vordergründig in den Staaten selbst zu suchen. Zweifellos sind viele gewaltsame Konflikte auf die durch die Kolonialmächte verursachten Eingriffe in Landaufteilung, Gesellschaft und Versorgung / Produktion zurückzuführen.

Die Verteilung von Reichtum und Ressourcen, Land und politischer Macht kann zwar als Hauptauslöser festgestellt werden, wird aber noch von den Interessenlagen der Industriestaaten forciert. Diese zeigt sich vor allem durch die mittels Entwicklungshilfe aufgerüstete Militärpräsenz und setzt sich in außenpolitischen Maßnahmen handelspolitischer und diplomatischer Art fort.

Zudem ist die Rolle von IWF und Weltbank problematisch. Unterstützung durch diese Institutionen sind an "stabilitätsorientierte" Vergabekriterien gebunden. D.h., der Staatshaushalt muss ausgeglichen, die Inflation niedrig und der Wechselkurs "realistisch angepasst" werden. Diese Vorschläge bedeuten in aller Regel den Abbau von Grundnahrungsmittelsubventionen, Kahlschlag im zumeist sowieso schlecht ausgebauten sozialen Netz (Bildungs-, Gesundheitswesen, Beratungen, etc.) und massiver Personalabbau im öffentlichen Sektor. Insgesamt haben diese Maßnahmen vernichtende Wirkung auf das soziale Gefüge. Weitere Massenverelendung ist die Folge. In manchen Fällen zerbricht das staatliche Gefüge dabei und rivalisierende Bürgerkriegsparteien treten an die Stelle desselben.

Des Weiteren existiert weiterhin die klassische Form der Kriegsursachen, da eine parallel zur Abkopplung ganzer Regionen vom Weltmarkt stattfindende Verstärkung von Konflikten um den Zugang zu Rohstoffquellen zu beobachten ist. Dabei handelt es sich vorwiegend um strategische Rohstoffe im Energiesektor. Dies erklärt zum einen die Vehemenz, mit der um Öllagerstätten gestritten wird, zum anderen die Bemühungen der Industriestaaten, ungehinderten Zugriff auf die Lagerstätten zu haben. Solch ein Krieg wird seit einem Jahrzehnt im Golf geführt. Die neue NATO-Doktrin, die im Zuge der Auseinandersetzungen mit Serbien 1999 verabschiedet wurde, fixiert die Aufgabe des einzigen wesentlichen militärischen Zusammenschlusses, den freien Zugang zu Rohstoffquellen zu sichern.

In diesem Zusammenhang kommt dem kriegerischen Konflikt mit Serbien um die Politik Miloševics im Kosovo besondere Bedeutung zu. Hier hat die NATO mehrere Zielsetzungen erreicht. Erstens hat sie gegenüber ihren eigenen Mitgliedern wie dem Rest der Welt Handlungsfähigkeit demonstriert. Zweitens hat sie die Bevölkerung der Mitgliedsstaaten an diesem relativ einfach zu vermittelnden Fall auf weitere kriegerische Auseinandersetzungen vorbereitet, die im Analogieschluss in Zukunft geführt werden können. Drittens wurde gleichzeitig die Handlungsunfähigkeit der Vereinten Nationen wie auch der EU demonstriert. Zu guter Letzt hat die NATO über diese Intervention einen strategischen Stützpunkt in der Region gewinnen können. Dass die Probleme dabei letztlich nicht gelöst wurden, lässt sich an den UÇK-Aktivitäten gegen die im Kosovo lebenden Serben und den bewaffneten Auseinandersetzungen an der mazedonischen Grenze ablesen.

Zivile Konfliktbearbeitung

Im Kern hängen Einmischung oder Nicht-Einmischung des Westens von dessen Interessen ab bzw. von den Ergebnissen der politischen Aushandlungsprozessen, in denen er seine Interessen definiert. Fakt ist, dass die Industrieländer in vielen Konflikt- und Kriegsregionen mitmischen. Hierbei ist die widersprüchliche Entwicklung zu beobachten, dass einerseits immer mehr Konzepte zur zivilen Konfliktberatung entwickelt und gefordert werden, andererseits jedoch die Eingriffsoptionen in der Tendenz militärischen Charakter tragen. Politisch ist jedenfalls darauf hin zu wirken, dass die zivile Konfliktbeilegung als höchste Priorität weiterzuentwickeln und in den Einsatz- und Haushaltsplänen vorrangig zu behandeln ist. Gleichzeitig gilt es jedoch festzuhalten, dass kapitalistische Gesellschaften immer wieder Gewalt generieren werden und somit eine völlige Abkehr von militärischen Mitteln abwegig ist.

Dennoch gilt es, Militärbündnisse zu überwinden und neue, regionale Friedens- und Sicherheitsstrukturen analog der OSZE zu etablieren. Im Zentrum stehen dabei die Selbstbestimmung der Menschen, nicht der Ethnien, sowie ein umfassender Gewaltverzicht nach innen und außen. Diese regionalen Strukturen müssen auch handlungsfähige Institutionen mit den eindeutigen Ziel der Konfliktvermeidung vor allem durch ein funktionsfähiges Frühwarnsystem ausbilden. Neue Staaten können auch nur dann anerkannt werden, wenn die Minderheitenrechte sichergestellt, eine Übereinkunft über Grenzverläufe mit Nachbarstaaten getroffen und eine angemessene Kriegsnachsorge gewährleistet ist. Die Anerkennung neuer Staaten stellt aber im Grundsatz ein Problem dar und

ist nur im absoluten Ausnahmefall zu akzeptieren, da zivile Konfliktlösung auch hier Vorrang haben sollte und dementsprechend innerstaatliche Lösungen gefunden werden müssen. Die Erfahrung der Auflösung der Sowjetunion und insbesondere Jugoslawiens zeigt, dass die Auflösung von ethnisch heterogenen staatlichen Gebilden letztlich nicht zur Lösung von ethnischen Konflikten beitragen und zu einer Verschärfung von ökonomischen und sozialen Problemen beiträgt.

Möglichkeiten ziviler Friedenspolitik

Als im März 1999 die NATO ihren völkerrechtswidrigen Angriff gegen Jugoslawien startete, stellte dieser Moment entgültig alle bisherigen sicherheitspolitischen Normalitäten auf den Kopf. Nur zehn Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes konnten deutsche Soldaten unter Anweisung einer rot-grünen Bundesregierung in einen Angriffskrieg ziehen.

Parallel zum Krieg verabschiedete die NATO im April 1999 in Washington ihre neue Doktrin, nach der sie Kampfeinsätze auch ohne Mandat der Vereinten Nationen durchführen will. Auch diese Arroganz gegenüber dem Völkerrecht und das aggressive Durchsetzen der kapitalistischen Interessen stellen eine neue Qualität dar. Von einer friedlichen Weltordnung, wie sie Anfang der 90er Jahre viele erhofften, sind wir weiter entfernt denn je. Die USA formulieren immer offensiver ihren Hegemonieanspruch und die Europäische Union verstärkt ihre Bemühungen, international als handelnder Akteur aufzutreten.

Aufgaben und Instrumente der UNO

Diese meinen es nicht mehr nötig zu haben, den Konsens mit Russland und China zu suchen und setzen auf die NATO als Hauptakteur. Unterstrichen wurde dies durch die neue NATO-Doktrin. Für uns Jusos sind die Vereinten Nationen nach wie vor der Akteur, der von seiner Struktur und seinen Aufgaben her geeignet ist, weltweit Frieden voranzubringen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht auch in der UNO Reformbedarf sehen. Vor allem ist dies im Fall des UN-Sicherheitsrates der Fall.

Der Schwerpunkt der UNO liegt laut Charta im Bereich der Friedensschaffung und Friedenssicherung. Allzu oft hat die UNO in den vergangenen Jahren ihre Rolle als neutrale Vermittlerin in Konflikten aufgegeben und ließ sich nach den Interessen des Westens/der USA instrumentalisieren.

Diese Instrumentalisierung hat den Vereinten Nationen stark geschadet. Es muss Ziel sein, auf eine Politik zu setzen, die es schafft, sich nicht von den Interessen der Großmächte leiten zu lassen. Wir setzen daher v.a. auf das Konzept des zivilen Peace-Keepings.

Ein weiteres Instrument sind die wirtschaftlichen und politischen Sanktionen. Auch wenn Sanktionen in der letzten Zeit an einigen Stellen in Kritik geraten sind, halten wir daran fest, dass wir gezielte Sanktionen, die auf die Abstrafung der Machteliten setzen und die Zivilbevölkerung nicht treffen, ein geeignetes Instrument sind um auf Staaten und Regionen einzuwirken.

Drittstaaten, die auf Grund ihrer Handelsbeziehungen zu einem sanktionierten Land wirtschaftliche Nachteile zu befürchten haben, müssen Hilfe über einen bei der UNO einzurichtenden Sanktionsfond bekommen.

Es erscheint aus der Aufgabenbestimmung der UNO vordringlich, Instrumente und Mittel zu entwickeln, um in Konflikten präventiv zu wirken und dabei Neutralität bewahren, um ihren Erhalt sicherzustellen.

Strukturelle Reform des Sicherheitsrates

Das Vetorecht der fünf ständigen Mitglieder (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien) führt dazu, dass Prozesse und sinnvolle Initiativen der Vereinten Nationen durch das Machtdenken eines einzelnen Staates blockiert werden können. Das uneingeschränkte Vetorecht verhindert in unseren Augen einen notwendigen Demokratisierungsprozess. Stattdessen ist es notwendig, einen Katalog aufzustellen, der Mehrheitsentscheidungen und Vetomöglichkeiten nur im Ausnahmefall festlegt. Parallel hierzu ist es nicht mehr verständlich, warum es eine Aufteilung in ständige und nicht-ständige Mitglieder im Sicherheitsrat gibt. Alle Mitglieder des Rates sollten von der UN-Vollversammlung gewählt werden.

Der UN-Sicherheitsrat spiegelt heute nicht mehr die weltpolitischen Realitäten wieder. Die starke Europazentrierung ist nicht mehr zeitgemäß, da weitere Akteure auf die internationale Ebene getreten sind. Die Dominanz der Länder des Westens sollte gebrochen werden. Der Süden hingegen muss eine stärkere Rolle einnehmen. Der Sicherheitsrat soll daher bei einer Erhöhung der Mitglieder des Südens erweitert werden.

Den Vorschlag, Japan und Deutschland als neue ständige Mitglieder in den Rat aufzunehmen, lehnen wir daher ab. Wir schlagen vor, die Sitze Frankreichs und Großbritanniens in Sitze der Europäischen Union umzuwandeln. Dies führt zusätzlich dazu, dass die Europäische Union eine spürbarere gemeinsame Außenpolitik bekommt. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, sich für europäische Sitze im Sicherheitsrat einzusetzen

Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Vor dem Hintergrund divergierender Strategien im Jugoslawien-Krieg wurde die sicherheitspolitische Abhängigkeit der Europäischen Union von den USA abermals deutlich. Der Jugoslawien-Krieg diente als Katalysator für die ESVP. Den europäischen Eliten wurde während des Krieges erneut klar, dass sie sich der militärischen Macht der USA innerhalb der NATO unterzuordnen haben. In den Bereichen der Krisenbewältigung (Logistik, Ausrüstung, Aufklärung, Kommunikation und Durchführung von Einsätzen) war die EU auf die amerikanischen Mittel angewiesen. Durch die Beschlüsse der EU-Gipfel von Köln und Helsinki hat die Europäische Union deutlich gemacht, in welche Richtung sich ihre Sicherheitspolitik entwickeln soll: Die Europäische Union militarisiert sich und will ihre (wirtschaftlichen) Interessen zukünftig als weltpolitischer Akteur durchsetzen können. Die Ziele,

die sich die Staats- und Regierungschefs gesetzt haben, sind der Aufbau von Streitkräften im Umfang von 50.-60.000 Mann, die innerhalb von 60 Tagen einsatzfähig sein sollen und dann mindestens ein Jahr lang Einsätze im Format der Petersberger Aufgaben durchzuführen.

Wir treten für ein weltoffenes und entmilitarisiertes Europa ein, welches seine Stärke nicht in militärischem Eingreifen sieht. Wir unterstützen den Gedanken, dass Europa eine gemeinsame Außenpolitik gestaltet und international als handelnder Akteur auftritt. Eine Politik, die Außen- und Sicherheitspolitik unter einem militärischen Paradigma definiert lehnen wir jedoch ab.

Es ist notwendig, Lehren aus dem Jugoslawien-Krieg zu ziehen und gezielt politische, diplomatische und wirtschaftliche Möglichkeiten zu schaffen und weiterzuentwickeln, die es der Europäischen Union ermöglichen, Konflikte früh wahrzunehmen und präventiv auf diese einzuwirken. Die Sicherheits- und Außenpolitik muss sich immer nach den Grundsätzen der UN-Charta definieren und so zu einer Stärkung der Vereinten Nationen führen. Mit dem Stabilitätspakt, so kritikwürdig er in seiner Form auch ist, hat die Union gezeigt, dass sie über zivile Mittel verfügt.

Transatlantische Beziehungen im Wandel

Die europäischen Regierungen beabsichtigen mit dem Projekt der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (EVSP) Eigenständigkeit gegenüber den USA aufzubauen. Innerhalb der EU sind zwei Strategien zum Umgang mit den USA festzustellen: Ein Teil der politisch Verantwortlichen strebt an, durch eine gestärkte EVSP das europäische Gewicht innerhalb der NATO zu erhöhen, ein anderer geht soweit, dass sie sich militärisch von den USA lösen und als eigenständiger Akteur auftreten wollen. Eine größere Eigenständigkeit der Europäer wird von unserer Seite aus begrüßt, dabei stellt die Loslösung von der US-Hegemonie innerhalb der NATO eine attraktive Option dar, die allerdings nicht durch eine massive Aufrüstung der EU erreicht werden darf. Abrüstung und der Einsatz ziviler Mittel müssen Priorität der EU bleiben.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Ein Vorteil der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist, dass sie als gesamteuropäische Organisation unter Einbeziehung der USA und Russlands alle wichtigen Akteure für einen Stabilisierungs- und Friedensprozess in Europa vereint. Ihre Aufgabe ist es, in Konfliktregionen zivile Strukturen aufzubauen, Wahlen zu organisieren und freie Medien zu fördern. In den letzten Jahren wurden zivile Instrumente geschaffen, die eine erfolgreiche Arbeit der Langzeitmissionen der OSZE ermöglichen (u.a. seit 1992 Hohe Kommissariat für Nationalen Minderheiten). Neben einer besseren Aufklärung über die Arbeit der OSZE ist sicherzustellen, dass sie von den jeweiligen Mitgliedsländern als das primäre Instrument zur Sicherung des Friedens in Europa zu nutzen ist. Hierzu gehört dann eine Verstärkung der Arbeit der OSZE in Bereichen, in denen Konflikte bereits im Ansatz eingedämmt oder gelöst werden können sowie eine generelle Ausweitung der Kompetenzen der OSZE und damit verbunden eine bessere finanzielle Ausstattung derselben.

Auf dem Weg zu einem Neuen Internationalismus

Für die Sozialdemokratie ist Internationalismus ein integraler Bestandteil ihrer Politik. Internationalismus wiederum ist mehr als ein abstrakter und appellatorischer Politikansatz. Internationalismus ist vielmehr die integrale Berücksichtigung internationaler Fragen in allen praktisch und theoretisch bearbeiteten Politikfeldern. In dieser Hinsicht waren die Parteien der Sozialistischen Internationale den Bürgerlichen Parteien schon immer weit voraus: Während letztere noch dabei sind, sich mühsam von ihren nationalstaatlich zentrierten Politikansätzen zu lösen und die „Globalisierung„ noch immer als einen politisch nicht gestaltbaren Prozess betrachten und ideologisch verklären, hat die Sozialistische Internationale schon immer „Wirtschaft„ auch und besonders als globale Aufgabe verstanden.

Vor diesem Hintergrund verstehen wir Jusos Internationalismus als eine praktische politische Aufgabe. Dies hat zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Ausprägungen hervorgebracht. Seit Ende der 80er Jahre spielt die Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Jugendverbänden in den Jugendorganisationen von SI und SPE eine immer größere Rolle. Zunehmend wird auch der Blick über den Tellerrand der sozialdemokratischen „Familie„ immer wichtiger, so z.B. in der Zusammenarbeit mit NGOs.

In dieser Entwicklung liegt auch der strategische Ansatz für einen Neuen Internationalismus begründet. Die Zukunftsaufgabe der Jusos im Bereich der Internationalen Arbeit ist bidirektional: Auf der einen Seite muss die programmatische, vor allem aber die praktische Verschränkung der internationalen Arbeit des Verbandes mit der übrigen Politik der Jusos wesentlich enger verschränkt werden. Auf der anderen Seite sollte, aufbauend auf unserer eingespielten Präsenz in internationalen Jugendorganisationen, die Zusammenarbeit mit NGOs deutlich verstärkt werden.

Dabei ist das praktische politische Ziel aller unserer Aktivitäten die Durchsetzung einer sozialen und demokratischen Weltinnenpolitik gegen die derzeitige Vorherrschaft der Neoliberalen Ideologie.

Ein Neuer Internationalismus als Arbeitsansatz innerhalb der Jusos und ihrer sozialistischen Partnerorganisationen

Viele Juso-Gliederungen pflegen langjährige Kontakte zu und einen intensiven Austausch mit Partnerorganisationen innerhalb und außerhalb Europas. Diese positive Entwicklung muss unterstützt und ihre Ausweitung gefördert werden.

Gleichzeitig müssen die verschiedenen Kontakte aber auch besser untereinander koordiniert werden. Dies gilt natürlich auch für die VertreterInnen der Jusos in internationalen Organisationen und in entsprechenden Gremien der Partei.

Nur einer starken Internationalen Kommission kann diese schwierige Aufgabe gelingen – und dies auch nur, wenn die aktiven Bezirke/ Landesverbände und die aktiven Personen mit erhöhter Verbindlichkeit dort zusammenarbeiten und sich gegenseitig informieren.

Ein Neuer Internationalismus als Arbeitsansatz der Doppelstrategie

Wir Jusos wollen – auch als Bestandteil einer Neuorientierung unserer Doppelstrategie – verstärkt die Diskussion und die Zusammenarbeit mit internationalen NGOs suchen. Wir machen dabei keinen Hehl aus unseren Absichten: Wir wollen innerhalb der breiten Palette der NGOs besonders jene stärken, die unseren besonders gegenüber neoliberaler Ideologie kritischen Ansatz teilen. Wir wollen damit gleichzeitig den gesellschaftlichen Druck gegen diese Ideologie und ihre AnhängerInnen und ApologetInnen – auch innerhalb der Sozialdemokratie – erhöhen.

Jusos bleiben der internationalen Solidarität verpflichtet. Das bedeutet, dass wir unsere Arbeit an der Frage von Umverteilung und Gerechtigkeit im globalen Maßstab ausrichten. Wir setzen uns in konkreten Fällen für den Kampf unserer GenossInnen in den Ländern des Südens ein und nutzen unseren Einfluß in Deutschland, um Organisationen wie z.B. die Frente Polisario in der Westsahara, zu unterstützen. Internationale Solidarität bedeutet für uns auch, dass sich Jusos weiterhin organisatorisch, politisch und finanziell an Organisationen und Initiativen beteiligen, die ein internationales Forum für unserer Positionen schaffen. Das wichtigste Instrument, als weltumspannende solidarisch finanzierte Organisationen, ist für uns die IUSY.

Unsere Arbeit ist heute jedoch weniger durch Solidaritätsarbeit im klassischen Sinne geprägt. Die Erfahrungen aus vielen gemeinsamen Projekten und Initiativen in Lateinamerika und anderen Regionen ist, dass an die Jusos vielfach der Wunsch von politischer und organisatorischer Beratung herangetragen wird. In unserer Arbeit geht es also nicht zuletzt auch darum, in enger Kooperation mit der FES, IUSY und ECOSY, politischen Sachverstand, Erfahrungen und Austauschmöglichkeit bereitzustellen.

Gerade in einem sich erweiternden Europa wird es in Zukunft immer mehr darum gehen, auf Ebene der Jugendverbände eine gemeinsame Politik in verschiedenen Bereichen zu formulieren. Dazu bedarf es einer professionellen Zusammenarbeit der „Fachpolitiker“, insbesondere im Rahmen der ECOSY. Die Grundlage für eine vernünftige Infrastruktur muss in den kommenden Jahr gelegt werden und der Verband über die Aktivitäten unserer Schwesterorganisationen unterrichtet werden. Dazu brauchen wir einen europäisch funktionierenden Jugendverband.

Neben der Professionalisierung der Arbeit steht natürlich auch die Frage der Durchsetzung von Verbandspositionen auf der Tagesordnung. Wir vertreten den Anspruch, als eine der politisch, organisatorisch und finanziell am stärksten engagierte Mitgliedsverbände in IUSY und ECOSY auch politisch gestalterisch tätig zu werden. Dabei steht für uns im Vordergrund linke Politik in diesen beiden Organisationen zu diskutieren und durchzusetzen.

Zu guter Letzt soll die deutsche Öffentlichkeit von der internationalen Arbeit der Jusos besser informiert werden. Hierzu gehört die verstärkte Publikation unserer Positionen sowie die Durchführung von öffentlichen Fachveranstaltungen, die nach Möglichkeit jährlich stattfinden sollen.

Ein neuer Internationalismus von links!

Neben der Arbeit in den internationalen Jugendorganisationen und in den NGO's wird die Verankerung des Internationalismus im Programm der SPD und der SI von zentraler Bedeutung sein.

Während auch sozialdemokratische Regierungschefs klammheimlich internationale Zusammenarbeit über das Austauschen und Übernehmen von Politikkonzepten praktizieren und Internationalismus nicht mehr als Aufgabe der Arbeiterbewegung, sondern als die Zusammenarbeit souveräner Nationalstaaten definiert, hat die Linke derzeit keine Konzepte, wie Internationalismus von links besetzt werden kann.

Da die Nationalstaaten bislang die zentralen Akteure auf einer Weltregionalen Ebene sind, muss verstärkt versucht werden, die nationalen Politiken im Sinne des Internationalismus zu beeinflussen.

Aufklärung des Kosovo Konfliktes

Die im Frühling 1999 durchgeführten Luftangriffe der NATO im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt haben zu einem intensiven Diskussionsbedürfnis in der Sozialdemokratie und in anderen Teilen der Linken geführt.

Aufgrund der komplexen politischen Lage wurde die Diskussion weitgehend in den Hintergrund gedrängt. Dennoch haben die Jusos auf dem Berliner Bundeskongress einen Beschluss gefasst, in der SPD einen solche Diskussionsprozess einzuleiten. Dieser wurde auf einer Sitzung der Internationalen Kommission begonnen. Auf dem kommenden SPD-Parteitag im November 2001 wird Bericht hierzu erstattet werden.

Der Juso-Bundeskongress fordert:

1. Im Rahmen des Berichtes muss geklärt werden, ob im Vorfeld der Angriffe alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgenutzt wurden. In diesem Zusammenhang ist auch der Verhandlungsprozess von Rambouillet nochmals kritisch zu überprüfen.
2. Der Bericht muss die Frage nach der völkerrechtlichen Berechtigung des Angriffs behandeln und beantworten.
3. Der Bericht muss die Frage nach den Schäden und Opfern des Angriffs beantworten.
4. Der Bericht muss die Frage nach der Wirksamkeit der Angriffe - gemessen an den Zielsetzungen - beantworten.

5. Der Bericht muss eine Antwort auf die Frage geben, wie die Perspektiven aussehen und wie auf dem Balkan - insbesondere nach den Vorgängen in Makedonien - eine friedliche und stabile Entwicklung eingeleitet werden kann.

Der Bericht und eine anschließende offene Debatte müssen auf dem Parteitag an prominenter Stelle und vor den Vorstandswahlen stattfinden.

Für eine zivile und demokratische Zukunft auf dem Balkan

Die sich wieder verschärfende Situation in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens zeigt, dass eine zivile und demokratische Zukunft auf dem Balkan noch sehr gefährdet ist. Wir fordern daher die Bundesregierung dazu auf, folgende unabdingbare Grundsätze für einen Frieden im ehemaligen Jugoslawien in ihre Balkanpolitik festzuschreiben und gemeinsam mit der UNO und anderen regionalen Organisationen zu verwirklichen:

- Im Kosovo muss ein friedliches Zusammenleben aller Volksgruppen gewährleistet werden. Die Eindämmung gewaltsamer ethnischer Konflikte ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Stabilität in Gesamteuropa. Dazu gehört die Möglichkeit einer sicheren Rückkehr aller Vertriebenen in ihre Heimat.
- Die Verankerung von Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechten muss ein Ziel wertegeleiteter Außenpolitik darstellen. Wir stimmen mit den demokratischen Kräften in Serbien und Montenegro überein, dass Wahlen Mindeststandards in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfüllen müssen. Verwaltungsaufgaben dürfen aus diesem Grund nur an überzeugte Demokraten übertragen werden. Ein größeres Problem bei der Entwicklung einer aktiven Zivilgesellschaft stellen bisher die lokalen Eliten dar. In einigen Gebieten nehmen diese sogar den Ruin ihres Landes oder ihrer Region in Kauf und schaden damit ihrem eigenen Volk. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die demokratischen Kräfte in Serbien, nichtstaatliche Organisationen sowie die unabhängigen Medien zu unterstützen.
- Deshalb fordern wir die internationale Staatengemeinschaft und die Bundesregierung auf, konsequent Kriegsverbrecher festzunehmen und nach Den Haag auszuliefern. Außerdem fordern wir die Staatengemeinschaft auf, langfristig in der Region Präsenz zu zeigen. Dabei muss die militärische Präsenz kontinuierlich verringert und die Instrumente des nicht-militärischen Krisenmanagements im Gegenzug verstärkt integriert werden. Nur so können die Flüchtlinge sicher zurückkehren, werden mafiose Strukturen und Vetternwirtschaft zwischen Kriegsgewinnern aufgelöst und hat Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit eine echte Chance verwirklicht zu werden. Diese Maßnahmen sind zusätzlich Voraussetzung, damit die Länder des ehemaligen Jugoslawiens interessanter und attraktiver für Investitionen werden. Langfristige Präsenz ist auch deshalb notwendig, weil ansonsten Separatisten Vorschub geleistet wird, wie das aktuelle Beispiel um den kroatischen „Phantomstaat“, Kroatische Republik „Herceg-Bosna“, zeigt.

Internationale Solidarität leben!

Wir Jusos setzen uns dafür ein, den Austausch zwischen den Volksgruppen auf dem Balkan zu verbessern und die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Gruppen in den einzelnen Regionen zu fördern. Dazu gehören folgende konkrete Maßnahmen:

Von der SPD erwarten wir, dass:

- Städtepartnerschaften reaktiviert und/oder neu ins Leben gerufen werden,
- der Aufbau einer echten Zivilgesellschaft durch die Förderung sozialdemokratischer Parteien verwirklicht werden kann,
- jede politische Kraft, die auf einen Kurs der regionalen Zusammenarbeit einschlägt, honoriert werden muss.

Aufbauend auf die Erfahrungen einer Informationsreise der Jusos Baden-Württemberg nach Kroatien und Bosnien halten wir folgende Maßnahmen für nötig und fordern deren Umsetzung:

- Förderung eines Studentenaustauschs
- Transfer von Wissen und Know-how
- regelmäßige Kontakte der Jusos zu den Partnerorganisationen, Aufbau von regionalen Partnerschaften
- Aufbau eines Netzwerks junger Entscheidungsträger aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Verwaltung

Der Juso-Bundesverband setzt das Thema „Balkan-Kontakte“, als Schwerpunkt in den kommenden Jahren im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Vor allem gegenüber den Partnerorganisationen gilt es von Seiten des Bundesverbands Vertrauen und Verlässlichkeit zurückzugewinnen. Wir fordern eine Abkehr von der einseitigen Debatte über die Aufarbeitung des Kosovo-Konflikts hin zu aktivierender Unterstützung für junge Sozialdemokraten im ehemaligen Jugoslawien. Auch hier müssen Jusos „neue Zeiten denken“ und vorausblickend arbeiten, um internationales Vertrauen zu gewinnen. Es ist Zeit!

Raketenabwehr verhindern - nukleare Abrüstung vorantreiben

Der Juso-Bundeskongress fordert die deutsche Bundesregierung auf, gemeinsam mit anderen europäischen Staaten innerhalb und außerhalb der NATO daraufhin zu wirken, dass es nicht zur Realisierung der US-amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem (NMD) kommt.

Statt dessen ist eine weitere deutliche Abrüstung der weltweit stationierten Nuklearwaffen anzustreben. Im Rahmen der START III Verhandlungen sollten Reduzierungen erreicht werden, die es in Zukunft auch den kleineren Nuklearwaffenstaaten erlauben, auf Augenhöhe über eine Verkleinerung ihrer Arsenale zu verhandeln. Darüber hinaus müssen endlich die Verhandlungen über einen Produktionsstopp für spaltbares Material vorangetrieben werden.

Nachdem gegen Ende der Ost-West-Konfrontation wesentliche Einschnitte in die Nukleararsenale der USA und der UdSSR gelungen waren, bahnt sich inzwischen auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung eine neuen Konfrontation an. Ein wesentliches Hindernis für Fortschritte in der nuklearen Abrüstung ist die geplante NMD.

Diese Pläne sind nicht wirklich neu. In den achtziger Jahren dominierte Ronald Reagans SDI-Programm die sicherheitspolitische Diskussion. Seitdem investierten die USA Milliarden in die Erforschung und Entwicklung von Systemen zur Abwehr von ballistischen Raketen – bislang mit zweifelhaftem Erfolg. Das NMD-System ist darüber hinaus nicht mit dem ABM-Vertrag (Anti-Ballistic-Missile Treaty) von 1972 vereinbar, in dem sich die USA und die UdSSR verpflichtet haben, auf ein landesweites Raketenabwehrsystem zu verzichten.

Durch NMD wird nicht nur die Rüstungsspirale neu angetrieben, es werden auch Unsummen an Geldern vernichtet, die dringend für die Lösung globaler Probleme, wie z.B. Klimaschutz, benötigt werden. An einem solchen Programm darf sich die Bundesregierung nicht beteiligen.

Entwicklungshilfe stärken - auch im Bundeshaushalt!

Die aktuellen Haushaltsberatungen haben es gezeigt: Die Entwicklungspolitik und -hilfe muss auch bei einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung gegen Angriffe kurzfristig denkender Sparkommissare verteidigt werden. Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind internationale Solidarität und Zusammenarbeit keine leerer Worthülsen aus einer längst vergangenen Epoche. Gerade im Zeitalter der Globalisierung muss eine reiche Industrienation wie Deutschland ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden.

Wir unterstützen daher ausdrücklich Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul bei ihren Bestrebungen, die von Finanzminister Hans Eichel vorgeschlagene Streichung in Höhe von 400 Millionen Mark im Entwicklungshilfeetat abzuwehren. Auch der jetzt gefundene Kompromiss, der eine Absenkung des Etats um 200 Millionen Mark vorsieht, wird von uns Jusos abgelehnt. Statt dessen erfordert das auch von Deutschland mit vereinbarte Ziel, für die Entwicklungshilfe 0,7 % des Bruttosozialproduktes zur Verfügung zu stellen, eine deutliche Aufstockung des entsprechenden Haushaltes. An diesem Ziel halten wir fest. Schon die deutsche Beteiligung am AIDS-Bekämpfungsprogramm und dem internationalen Programm zur Bekämpfung der weltweiten Armut erfordert zumindest eine Beibehaltung des bisherigen Haushaltsansatzes. Auch im Wege der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes darf es nicht zu einer Kürzung der Zukunftsausgabe „Entwicklungshilfe“ kommen.

Die Etatauseinandersetzungen zeigen die Notwendigkeit der von Heidemarie Wieczorek-Zeul eingeforderten grundsätzlichen Debatte um die globale Verantwortung der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern. Dabei kann es nicht um Almosen für die ärmeren Länder und Hilfe bei Hunger- oder Naturkatastrophen gehen. Grundlage einer verantwortlichen und nachhaltigen Entwicklungspolitik muss vor allem eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sein. Gerade Europa mit seinem hohen Subventionen für den Agrarsektor bei gleichzeitiger Abschottung dieses Bereiches gegen Importe aus Entwicklungsländern spielt hier bislang eine verheerende Rolle. Die nach zähem Ringen nun endlich verabschiedete „Everything But Arms“-Initiative für den Marktzugang der am wenigsten entwickelten Länder ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Von der rot-grünen Bundesregierung und der SPD-Fraktion erwarten wir, dass sie die Koalitionsvereinbarung und das Regierungsprogramm ernst nehmen und sich ihrer Verantwortung für die Länder des Südens stellen.

Finanzielle Einsparmöglichkeiten sehen wir Jusos beispielsweise bei der Ablehnung der Absicherung von Hermes-Bürgschaften für sozial und ökologisch unverträgliche Großprojekte wie den Ilisu-Staudamm in der Türkei. Als Entwicklungshilfe getarnte Fördermaßnahmen für deutsche Unternehmen, wie etwa für den U-Bahn- oder Transrapid-Export, haben im Entwicklungshilfehaushalt nichts zu suchen.

Let's save Hasankeyf!

Nein zur Hermes-Bürgschaft für den Ilisu-Staudamm

Die Jusos fordern die SPD-Bundesregierung und die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, der Vergabe einer Hermesbürgschaft für den Ilisu-Staudamm nicht zuzustimmen. Der Bundesregierung liegt ein bisher positiv behandelter Antrag auf die Gewährung einer Hermes-Kreditbürgschaft in Höhe von 150 Millionen DM vor, den die Ravensburger Firma Sulzer für den Bau erhalten soll.

Die Jungsozialisten lehnen den Bau dieses strategischen Megaprojekts ab und möchten sich an der internationalen Kampagne „Let's save Hasankeyf“, beteiligen. Wir treten damit für den Erhalt der historischen Stadt Hasankeyf und gegen die Vertreibung ihrer Menschen ein.

Nachdem sich nun auch das britischen Unterhauses gegen eine Unterstützung des Ilisu-Staudamms ausgesprochen hat, könnte ein Wegfall der deutschen Hermesbürgschaft das verheerende Staudammprojekt zum Scheitern bringen. Generell erwarten wir von der deutschen Außenpolitik, Menschenrechten und Friedenspolitik endlich Vorrang gegenüber Wirtschaftsinteressen und der Rücksichtnahme auf Bündnispartner einzuräumen. Die Jusos fordern insbesondere, dass Hermesbürgschaften nur mit verbindlichen Umwelt- und Sozial- und entwicklungsverträglichen Kriterien vergeben werden.

Unruhen bei EU-Gipfel

Bei den antikapitalistischen Protesten anlässlich des EU-Gipfels in Göteborg wurden gestern frei Demonstranten von der Polizei angeschossen. Der Schusswaffengebrauch gegen Demonstranten stellt für uns einen der schlimmsten Auswüchse staatlicher Gewalt dar. Wir verurteilen diese Qualität der Repression und erklären uns mit den vor Ort Protestierenden solidarisch.

Wir fordern die deutsche Delegation auf, das Verhalten der schwedischen Polizei zu verurteilen und dementsprechend auf die schwedische Regierung einzuwirken.

Stopp des Verkaufs des ehemaligen KZ Schloss Lichtenburg in Prettin

1. Der Juso-Bundeskongress unterstützt die Opferverbände in ihrer Forderung an den Bund, unverzüglich den geplanten Verkauf des ehemaligen KZ Schloss Lichtenburg in Prettin (Landkreis Wittenberg/Sachsen-Anhalt) zu stoppen.
2. Der Juso-Bundeskongress fordert die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf, mit der Bundesregierung mit dem Ziel in Verhandlungen zu treten, den Gesamtkomplex Schloss Lichtenburg als Mahn- und Gedenkstätte zu erhalten und diesbezüglich darauf hinzuwirken, dass dies eine Gedenkstätte ist, die überregionalen und internationalen Charakter besitzt.
In diesem Zusammenhang sind in Zusammenarbeit von Bund, Land Sachsen-Anhalt und Landkreis Wittenberg unterschiedliche Nutzungskonzepte zu prüfen.
3. Der Juso-Bundeskongress appelliert an die Bundesregierung, für eine Umgestaltung des Gesamtkomplexes umfangreiche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.
4. Der Juso-Bundeskongress unterstützt die Landesregierung von Sachsen-Anhalt bei ihren Bemühungen, die Gedenkstätte zu erhalten und neu zu gestalten.

Begründung

Das KZ Schloss Lichtenburg in Prettin war eines der ersten Konzentrationslager in Deutschland. Viele bekannte politische Persönlichkeiten wurden dort inhaftiert. Das Naziregime benutzte Schloss Lichtenburg als eines der ersten Frauen-KZ.

Außerdem ist es eines der Konzentrationslager gewesen, in dem Homosexuelle und Bibelforscher interniert waren. Aus diesem Grund besitzt dieses KZ überregionalen und internationalen Charakter. Der Erhalt des Gesamtkomplexes als Mahn- und Gedenkstätte ist dringend erforderlich. Ein ehemaliges KZ darf nicht ohne weiteres kommerziell vermarktet werden. Der Bund sollte in Zusammenarbeit mit Land und Landkreis prüfen, inwiefern das Schloss Lichtenburg beispielsweise zu einer internationalen Jugendbegegnungsstätte unter Einbeziehung des Gedenkstättencharakters entwickelt werden kann.

Prostitution voll legalisieren!

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetzesentwurf vorzulegen, der folgende Grundforderungen erfüllt:

Prostitution wird als Beruf anerkannt.

Alle Bestimmungen, die männliche und weibliche Prostituierte in ihrer Berufsausübung behindern sollen aufgehoben werden. Der Gesetzesentwurf soll die Klarstellung enthalten, dass das Verdikt der Sittenwidrigkeit für sexuelle Dienstleistungen nicht zutrifft. Darüber hinaus sollen alle strafrechtlichen Sondervorschriften gestrichen werden, die die berufliche Ausübung von Prostitution diskriminieren. Aufgehoben werden sollen auch die Sperrgebietsverordnung für Prostitution.

Begründung:

Seit 1. Oktober 2000 gilt in den Niederlanden ein neues Gesetz über die Prostitution. Seit diesem Tag ist dort Prostitution nicht mehr illegal und wird wie jedes andere Gewerbe behandelt. "Prostituierte" ist nun ein gesetzlich geschützter Beruf. In Deutschland steht eine entsprechende gesetzliche Regelung noch immer aus.

Männliche und weibliche Prostituierte können sich über Kundschaft nicht beklagen. Mehr als eine Million Männer - und auch einige Frauen - nehmen täglich ihre Dienste in Anspruch. Unter ihnen Banker, Bauarbeiter oder auch Politiker. Alleinstehende Männer gehen genauso zu Prostituierten wie verheiratete Familienväter. Sie setzen jährlich in diesem Bereich die beachtliche Summe von etwa 12,5 Milliarden DM um. Dies entspricht dem Umsatz von Konzernen wie AEG oder Tchibo.

Die Halblegalität und ihre Folgen

Prostitution ist in Deutschland zwar nicht verboten, aber als Beruf nicht anerkannt. Das ist Teil der herrschenden Doppelmoral, die Prostituierte heimlich begehrt, aber öffentlich verschmäht. Das Prostitutionsgewerbe gilt nach wie vor als sittenwidrig.

Das führt dazu, dass männliche und weibliche Prostituierte zwar Steuern auf ihre Arbeit zahlen dürfen, aber ihren Lohn von den Freiern nicht einklagen können. Freier können Prostituierte um das vereinbarte Entgelt prellen,

ohne sich strafbar zu machen. Ein normales Angestelltenverhältnis ist männlichen und weiblichen Prostituierten genauso versagt wie der Zugang zur Kranken- oder Arbeitslosenversicherung. Die „Förderung der Prostitution“ und „Zuhälterei“ sind strafbar. Was vorgeblich die Frauen vor Ausbeutung schützen soll, bewirkt genau das Gegenteil. Bordellbetreiber machen sich zum Beispiel strafbar, wenn sie für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Da reicht es schon, wenn im Zimmer ein Waschbecken ist oder Kondome bereit liegen. Zusammen mit der Sperrgebietsverordnung, die es den Gemeinden gestattet, Prostitution auf bestimmte Gebiete zu begrenzen, werden männliche und weibliche Prostituierte regelrecht in die Hände von Zuhältern und abzockenden Hausbesitzern gedrängt. So sind Tagesmieten von 200 bis 350 Mark für wenige Quadratmeter bei dreißigtägiger Zahlungsverpflichtung im Monat keine Seltenheit.

Nichts als leere Versprechen

In der vergangenen Legislaturperiode herrschte unter SPD und Bündnis 90/Die Grünen noch Einigkeit darüber, dass die diskriminierenden Regelungen für Prostituierte abzuschaffen sind. Entsprechend hoffnungsvoll las sich denn auch das Versprechen von Rot-Grün im Koalitionsvertrag, eine gesetzliche Regelung schaffen zu wollen, die die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten verbessert. Bis heute sind den vielfachen Ankündigungen jedoch keine Taten gefolgt. Dabei warten nicht nur die männlichen und weiblichen Prostituierten, sondern auch die Gerichte dringend auf die angekündigten gesetzlichen Änderungen. Anhängige Verfahren wurden einstweilen ausgesetzt. Bei der Justiz will man jedoch nicht ewig warten. Sollte die Regierung nicht bald handeln so müsste die Gerichte entscheiden – und zwar nach bisheriger Gesetzeslage. Die Urteile würden dann zu Gunsten der Prostituierten ausfallen.

Huren wollen Taten sehen

Die Prostituierten und ihre Selbsthilfeorganisationen sind verständlicherweise sauer. Ihre Erwartungen an den Regierungswechsel wurden bisher bitter enttäuscht. Dementsprechend groß war denn auch der Frust auf die Politik, als im Juni letzten Jahres das internationale Kult-Hur-Festival in Berlin stattfand. In den letzten Jahren hatte die Hurenbewegung bezüglich der Gesetzesvorlage auf SPD und Grüne gesetzt. Diesen Erwartungen muss man nun gerecht werden.

Druck von links

Mit der Forderung nach einem Gesetzentwurf fordern wir die Aufhebung aller Bestimmungen, die männliche und weibliche Prostituierte in ihrer Berufsausübung behindern. Der Gesetzentwurf muss die Klarstellung enthalten, dass das Verdikt der Sittenwidrigkeit für sexuelle Dienstleistungen nicht zutrifft. Damit wären die zwischen Prostituierten und Freiern geschlossenen Verträge genauso rechtswirksam wie die über die Erbringung anderer Dienstleistungen.

Darüber hinaus müssen alle strafrechtlichen Sondervorschriften gestrichen werden, die die berufliche Ausübung von Prostitution diskriminieren. Aufgehoben werden muss auch die Sperrgebietsverordnung und für Prostitution.

Mehr Rechte für Mitarbeitende

Mit der Einführung der Mitarbeiterklärung ist ein wichtiger Schritt zur Öffnung unserer Organisation beschlossen worden. Seit dem ist die Mitgliedschaft bei den Jungsozialisten auch ohne Parteimitgliedschaft möglich. Wir haben seit Existenz dieser Arbeitsmöglichkeit viele junge Menschen über diese gewinnen können und ihnen auch den Weg in die Partei erleichtert. Das Ende der MAE's als Modellprojekt und damit verbunden die dauerhafte Einrichtung dieser Mitarbeit war richtig und wichtig.

Die vollständige Verankerung und Berücksichtigung in unserem Verband haben die Mitarbeitenden allerdings noch nicht gefunden. So wird bspw. die Delegiertenberechnung für den Bundeskongress auf Grundlage der SPD-Mitglieder unter 35 Jahren ermittelt, die sogenannten "Nur-Jusos" sind demnach nicht existent in den Landesverbänden. Weiterhin ist das Ausstellen einer Mitgliedskarte für die Verdeutlichung der Verbundenheit zur Organisation sinnvoll. Natürlich können wir dies nicht ohne Beseitigung bürokratischer Hürden aus dem Weg räumen.

Wir fordern daher die Berücksichtigung und Erfassung aller Mitarbeitenden. Dazu müssen diese in das Mitgliederverwaltungssystem vollständig aufgenommen werden. Das ist seit Einführung der MAVIS 1997 über die Kategorie "SPD-Mitglieder mit Teilrechten" möglich. Darüber hinaus müssen die erfassten Daten bei der Erfassung und Berechnung von Mitgliedszahlen und Delegationen miteinbezogen werden. Um das weitere Ziel - langfristig Jugendliche über die Mitarbeit bei den Jusos an die Partei heranzuführen, schlagen wir vor die Mitarbeiterklärung als projektbezogene Mitarbeit auf einen Zeitraum von 3 Jahren zu beschränken. Nach Ablauf der Frist hat der Unterschreibende die Möglichkeit erneut ein Arbeitsverhältnis bei den Jusos einzugehen oder aber doch in die SPD einzutreten.

Wir fordern, die Richtlinien und Statute dahingehend zu ändern.

Freiwillige Selbstverpflichtung zur harten Quote

Die Jusos haben sich die Förderung von Frauen in den letzten Jahren in besonderer Weise zur Aufgabe gemacht und damit gute Erfahrungen gesammelt. Die harte Quote, von der SPD als Modellversuch genehmigt, war dabei eines unter vielen Instrumenten, und hat dazu geführt, dass Frauen im Verband anteilmäßig an Positionen beteiligt wurden. Die Quote ist aber noch lange nicht überflüssig: würde sie heute abgeschafft, würden morgen die Vorstände und Delegationen männlich dominiert sein. Deshalb halten wir an der Quote als legitimes Mittel zur Schaffung von Gleichberechtigung im Verband fest.

Angesichts des Frauenanteils in der SPD, aber auch bei den Jusos, sehen wir es als unsere Pflicht an, Frauen in ihrer politischen Arbeit zu unterstützen, nicht nur, wenn es um eine gerechte Verteilung von Mandaten und Funktionen geht, sondern auch um ihnen das politische Rüstzeug zu geben, um in der Politik zu bestehen.

Deshalb verpflichten wir als Jusos uns mit dieser Resolution, die harte Frauenquote von 40 Prozent für alle Funktionen und Mandate einzuhalten:

- Wir werden in unsere Delegationen und Vorstände einen Anteil von 40 Prozent Frauen wählen
- Sollten nicht genügend Frauen kandidieren, werden wir die ihnen zustehenden Plätze und Funktionen unbesetzt lassen.
- Freiwillig verzichten danach überzählig gewählte Männer auf ihr Mandat. Dies gilt auch für den Bundesvorstand.
- Sollten Delegationen unquotiert an Konferenzen teilnehmen, so verzichten die Delegationen auf soviel Mandate, wie nötig sind, um die Quote zu erfüllen.

Uns Jusos ist die harte Frauenquote wichtig und wir fordern die SPD auf, auf dem BPT in Nürnberg die harte Quotierung für die JungsozialistInnen als Regel einzuführen.

Die Quote ist aber kein Selbstzweck und kann nur erfolgreich sein, wenn sie mit anderen Maßnahmen zu einem Maßnahmenbündel zusammengefasst wird und es gelingt, die Gleichberechtigung als ständige Aufgabe in den Köpfen unserer Aktiven zu verankern. Weitere Maßnahmen des Juso-Bundesverbandes werden ein Mentoring-Programm, Bildungs- und Serviceangebote (nicht nur) für Frauen sowie die Verfolgung des gender-Ansatzes für alle politischen Vorhaben des Juso-Bundesverbandes sein.

Pro 15:30

Solange es organisierten Fußball gibt, stand er immer im Spannungsfeld zwischen dem Spaß am Sport und dem Kommerz. Die Schaffung des Profifußballs und die Einbindung in die Werbestrategien des Kapitals, die immer mit der Notwendigkeit der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Fußballs begründet wurde, hat schon frühzeitig vom Fußball besitzergreifen. Trotzdem konnte sich der Fußball immer einen großen Freiraum gerade als ein integraler Bestandteil der Jugendbewegung erhalten.

Seit Bestehen privater Fernsehsender ist das Gleichgewicht zwischen gesellschaftlich relevanter Bewegung und einer hemmungslosen Kommerzialisierung endgültig zusammengebrochen. Finanzmogule wie Rupert Murdoch und Leo Kirch haben den Fußball als gigantische Geldmaschine entdeckt: Die Diskussionen über die Übertragungsrechte der Fußballweltmeisterschaften 2002 und 2006, und auch die Diskussion über die Zersplitterung des Bundesligaspielplanes zeigen, dass es nur noch darum geht, Fußball als eine lukrative Finanzquelle mediengerecht zu präsentieren. Der Fan, der bisher die eigentliche Stütze des Fußballs war, spielt auch im Kalkül der Vereine eine immer untergeordnete Rolle. Gerade die, die dem Fußball zu dieser gesellschaftlich bedeutenden Position verholfen haben, spielen in den Augen des Managements als ökonomischer Faktor nur noch eine unbedeutende Rolle. Das dabei die Zukunft des Fußballs in Frage gestellt wird, dass kurzfristige finanzielle Gewinne Vorrang vor langfristigen Perspektiven haben, wird übersehen. Schon jetzt zeigt sich, dass die ständige Präsenz des Fußballs in den Medien zu einer sinkenden Akzeptanz bei den Zuschauern führt.

Der organisierte Protest der Fußballfans ist der Versuch, diesen Tendenzen im bezahlten Fußball entgegenzutreten. Wir unterstützen daher den Forderungskatalog der Initiative „Pro 15:30“ zur Spielgestaltung in den Bundesligen:

1. Bundesliga

Abschaffung der Sonntags-Spiele

Abschaffung des Sonntags als regulärer Spieltag / Belegung des Sonntags ausschließlich als Ausweichtermin im Sinne der am UEFA-Cup teilnehmenden Mannschaften und dies nur unmittelbar auf entsprechende UEFA-Pokalspiele folgenden Wochenenden.

Abschaffung des Samstagabend-Spiels

Bekanntgabe der Spieltermine

Die Ansetzung der Spieltage und genaue Terminierung der Begegnungen ist einmalig je Hin- bzw. Rückrunde verbindlich festzulegen.

Ausgewogenheit der Zuteilung

Es ist darauf zu achten, dass eine ausgewogene Verteilung der Spieltermine auf alle Mannschaften vorgenommen wird. Bisher waren einige Vereine auf den Samstagvormittag „abonniert“, während andere regelmäßig Freitags oder Sonntags spielten.

2. Bundesliga

Abschaffung der Montagsspiele

Weiteres

Die Ansetzung der Spieltage und Terminierung der Begegnungen ist einmalig für die Hin- bzw. Rückrunde verbindlich festzulegen. Die Ansetzung und Festlegung kann an die 1. Bundesliga gekoppelt sein, darf aber unter keinen Umständen von TV-Sendern diktiert werden, wie z.B. während dieser Saison der Fall, als die Termine der 1. Bundesliga seit Wochen für die gesamte Saison feststanden, das Fernsehen jedoch die Terminierung der 2. Liga hinauszögerte.

1. und 2. Bundesliga

Bei der Terminierung der Spieltage soll ein Vertreter aus den Reihen der Fanbeauftragten der Lizenzvereine in beratender Funktion hinzugezogen werden, um bei der Ansetzung der Spiele im Rahmen der Möglichkeiten stärker die Interessen der Fans zu berücksichtigen. Zudem sollten der Modus der Spielterminierung und die Begründung für die Ansetzungen öffentlich gemacht werden. Grundsätzlich sollte darauf geachtet werden, dass Abend- und Sonntagstermine nicht mit Spielen belegt werden, die eine Anreise von mehr als 200 bis 300 Kilometer erfordern

Fernsehübertragungen

Der bekannt gewordene Plan, die Erstverwertung der Fußball-Bundesliga auf die Zeit nach 20.00 Uhr am Samstagabend zu verlegen, ist ein erneuter Schlag gegen den Fußballsport. Die Verbannung der Übertragungen in die Abendstunden leistet dem Fußball einen Bärendienst. Nur um dem weit hinter den Erwartungen zurückbleibenden, höchst defizitären Kirch Pay-TV den Steigbügel zu halten, wird nun auch der Fernsehzuschauer weiter gegängelt. Die Vereins- und Verbandsfunktionäre sollten sich auch hier ihrer Verantwortung bewusst werden. Ein zu erwartender Popularitätsverlust schadet letztendlich ihren Vereinen. Am Ende werden nicht die Fans die Gewinner dieser Neuregelung sein und triumphieren können, sondern Leo Kirch.

Linke Mehrheiten für Berlin!

Der Juso-Bundeskongress nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass die Berliner SPD das Trauerspiel der großen Koalition und den untragbaren Zustand für die Stadt beendet hat. Der Filz der Berliner CDU, der in der Stadt ein finanzielles Desaster ungeahnten Ausmaßes verursachte, hat jeglichen Führungsanspruch verloren.

Nur eine linke Mehrheit der Stadt ist imstande, diesen untragbaren Zustand zu ändern.

Deshalb unterstützt der Juso-Bundeskongress die Initiative der SPD Berlin mit ihrem Spitzenkandidaten Klaus Wowereit, zusammen mit Bündnis 90/Grüne und der PDS eine Neuwahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 23. September 2001 herbeizuführen.

Dies ist ein Neuanfang zur Stärkung des Vertrauens der BürgerInnen in die Demokratie und für eine ausgewogene, sozial gerechte Politik in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, da diese oberste Priorität genießen. Der Juso-Bundeskongress fordert gemeinsam mit den Jusos Berlin auch nach den Neuwahlen eine linke Gestaltungsmehrheit in der Stadt, auch unter Einbeziehung der PDS.